

stammt nicht von mir, und ich möchte damit nicht provozieren, aber immerhin, wenn es so ist, dann ist es irgendwie bedrückend.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man könnte sagen: „Ja bitte, in der Multiplikation und im Verständnis Lehrer - Kinder - Eltern haben wir ja zweimal im Jahr einen Elternsprechtag.“ Aus eigener Sicht eine kurze Schilderung des Verlaufes eines solchen Elternsprechtages: Die Eltern stehen gehorsam zwei, drei Stunden Schlange; wer aus dieser Kette der Eltern ausbricht, wird entweder als exklusiv oder als dumm betrachtet, je nach Aussehen und Bekleidung. Auch das verursacht wieder Ärger. Ich meine daher: Könnte man es nicht so machen, wie es bei manchen landwirtschaftlichen Fachschulen gemacht wird: Die Eltern sitzen in einem Raum an den Tischen, die Lehrer mit ihnen, man spricht sich aus, die Atmosphäre ist gelockert, man hat nicht das Gefühl, warten zu müssen, bis man hereingelassen wird. Das Beispiel wird exerziert, und ich glaube, aus der positiven Zustimmung, die immer wieder von diesen Eltern kommt, ist zu ersehen, daß man es auch wirklich anders machen könnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Fortschritt darf kein Fort-Schritt sein, so hat es gestern in einer Fernsehsendung am Abend über die Rätoromanen in der Schweiz geheißen. Der Fortschritt darf kein Fort-Schritt vom Ursprung werden. Daher, meine auch ich, müssen wir wieder zur Sprache des Herzens zurückfinden. Interessant ist es ja, daß die Kinder das können. Warum eigentlich wir Erwachsenen oft nicht? Wir sollten nicht so tun, meine sehr verehrten Anwesenden, als gäbe es nur jetzt unter anderem auch Schlingel und Lausbuben in den Schulen. Immerhin sind sogar diese Individuen Kinder von Eltern und Familienmitglieder. Wenn jemand wirklich nicht lernen möchte und nicht will, dann müßte selbstverständlich daraus die Konsequenz gezogen werden. Was wir aber brauchen: mehr Anwälte unserer Kinder und Schüler, dann könnte es weniger Ärger geben, denn Ärger kränkt. Was kränkt, macht krank - hat heute unsere Generalrednerin gesagt -, dies führt oft zu seelischen Krankheiten, die schwerer sein können als alle materiellen Sorgen mancher Familien und Eltern. Unsere Generalrednerin hat weiters gesagt, daß wir alle die moralische Verpflichtung hätten, Unterschiedliches zu verbinden und Gegensätzliches zu versöhnen. Wenn wir das alle tun, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist unserer nach Wahrheit und Gerechtigkeit suchenden Jugend am meisten geholfen. Ich stelle fest, es gibt viele gute und positive neue Ansätze in unserer Schule von heute. Machen wir sie gemeinsam zu Schwerpunkten für die Zukunft. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Klasnic: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Erhart. Ich erteile es ihm.

Abg. Erhart: Sehr geehrte Frau Präsident! Hoher Landtag!

Zur Gruppe 2 - Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft - gehört auch die außerschulische Jugendberziehung. Das steirische Jugendförderungs-gesetz, das wir erst beschlossen haben, stellt sicher einen Fortschritt in der Jugendarbeit dar. Auch in anderen

Bereichen der außerschulischen Jugendberziehung geschehen sehr positive Dinge. In der Frage der Landesferienaktion, durchgeführt durch das Landesjugendreferat, war wohl die Landesrechnungshofkritik und, wenn ich unbescheidenerweise anfügen darf, vielleicht auch meine von dieser Stelle aus ausgesprochene Kritik Grund dafür, daß Mängel der Landesferienaktion abgestellt wurden.

So will ich heuer zum Thema Jugendberziehung nur insoweit sprechen, als ich nicht auf Budgetposten betreffend Landesjugendreferat, Jugendheime und so weiter eingehe, sondern, dazupassend zu den Jugendfragen, die Damen und Herren dieses Hauses ersuchen möchte, den Bestrebungen, bald ein Spielapparategesetz zu schaffen, sich anzuschließen.

Seit Jahren, werte Damen und Herren, ist diese Frage in Diskussion. Lösungen wurden noch keine gefunden. Eltern, Erzieher, Lehrer fordern eine gesetzliche Regelung. Manche Bundesländer haben eine solche bereits, in anderen herrscht, gleich wie bei uns, ein ungeregelter Zustand. In der Vorwoche haben wir seitens der SPÖ-Fraktion deshalb neuerlich einen Antrag eingebracht - 1981, noch in der vorigen Periode, war es zum ersten Mal -, und keinen Schritt sind wir weiter. Dem neuerlich eingebrachten Antrag haben wir einen Gesetzentwurf beigefügt, von dem wir überzeugt sind, daß wir mit einer solchen gesetzlichen Regelung einen großen Schritt weiterkämen. In der steirischen Medienlandschaft hat dieser Entwurf eigentlich nur positives Echo gefunden. Wer vorgestern die steirischen Nachrichten im Rundfunk hörte oder gestern die steirischen Tageszeitungen las, überall war die Tendenz zu erkennen, daß ein solches Gesetz begrüßt und für notwendig empfunden wird.

Alle steirischen Tageszeitungen haben dieses Thema gestern ausführlich behandelt. Überschriften wie „SPÖ baut Schranken gegen Spielsalons“ in der „Neuen Zeit“ oder „Breitseite gegen die Spielhöhlen“ in der „Kleinen Zeitung“, „Ist neues Gesetz das Ende der Spielsalons?“ in der „Tagespost“ oder wie es in der „Kronenzeitung“ stand: „Sozialisten sagen Spielautomaten in der Steiermark den Kampf an“, alle diese Tageszeitungen interessiert offensichtlich eine Lösung dieser Frage, genauso wie viele Tausende Menschen in unserem Lande. Die Medien haben dafür ja ein besonderes Gespür.

Ich möchte nun auf den Gesetzesentwurf in den Details nicht eingehen, sondern die Fraktionen dieses Hauses ersuchen, in Zusammenarbeit sich sehr bald dieser Materie anzunehmen, damit wir bald zu einem wirksamen Spielapparategesetz kommen, um hier endlich Lösungen herbeizuführen, die wir ja schon jahrelang diskutieren. Uns als sozialistische Fraktion geht es in dieser sensiblen Sache nicht um Vaterschaft, das möchte ich ausdrücklich betonen, sondern um unverzügliche Zusammenarbeit. Unser Appell an die Landesregierung: Lassen Sie diesen Antrag bald behandeln, so daß es bald zu einer Vorlage kommt, eine Ausschußzuweisung erfolgt, eine Begutachtung eingeleitet wird. Wir sind zu Parteiengesprächen jederzeit bereit. Vielleicht ist es möglich, dieses Gesetz noch in der Frühjahrsperiode 1985 zu verabschieden. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Nächste Wortmeldung ist der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile sie ihm.

Abg. Dr. Dorfer: Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

In der Gruppe 2 finden wir auch die Ansätze für die Ausbildung der Jugend zu Fachkräften in der gewerblichen Wirtschaft. Es ist unbestritten, Hohes Haus, und ich will mich in dieser Frage nicht lange ergehen, daß das Lehrstellenproblem nach wie vor ein Problem ist, das allerdings von Jahr zu Jahr ein kleineres Problem wird, daß aber die Jugendarbeitslosigkeit insgesamt eine ganz wichtige gesellschaftspolitische, wirtschaftspolitische und soziale Frage ist, und jeder arbeitslose Jugendliche ist ein gefährliches Phänomen in unserer Gesellschaft, das zu beseitigen ein ganz wichtiges Anliegen für uns alle sein muß. Zur Lehrstellensituation hat der Kollege Kollmann schon Wesentliches gesagt. Wir können sagen, eine leichte Besserung, aber noch nicht die Lösung des Problems. Ich nehme an, auf Grund aller Unterlagen, die uns vorliegen, daß dies in einigen Jahren durchaus der Fall sein wird. Die Schülerzahlen in den Landesberufsschulen sinken, insbesondere sinken die Schülerzahlen besonders stark im Baubereich, etwa der Landesberufsschule in Murau bei den Maurern, aber auch im Handel, das heißt in den Berufsschulen Voitsberg, Hartberg, Feldbach und Radkersburg. Stabil ist die Berufsschülerzahl im Fremdenverkehr, in Teilbereichen, wie etwa in der Berufsschule in Aigen im Ennstal, sogar steigend. Die Berufsschulinternate werden mit einer einzigen Ausnahme von der Handelskammer im Auftrag des Landes geführt, nur das Internat Fürstenfeld führt das Land in Eigenregie. Das Land zahlt an die Handelskammer, wie aus den Posten der Gruppe 2 zu ersehen, einen Teil der Personal- und baulichen Instandhaltungskosten, und insgesamt kann ich feststellen, daß das eine gute Lösung ist, insbesondere auch für das Land Steiermark. Ich bin sicher, daß durch diese rationelle Führung der Internate durch die Kammer dem Land nicht einige, sondern viele Millionen erspart werden. Ich möchte aber für diese ausgezeichnete Kooperation, vor allem auf Grund der vertraglichen Aufteilung der Personalkosten und sonstigen baulichen Fragen, dem Land, dem Landeshauptmann Dr. Krainer und dem zuständigen Referenten in der Landesregierung, Landesrat Dr. Heidinger, herzlich danken, weil hier immer volles Verständnis für die berechtigten Anliegen der Schüler an den Internaten gezeigt wurde. Im Bereich der Berufsschulinternate bereitet die rückgehende Lehrlingszahl jedenfalls zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten. Während auf der einen Seite durch die rückläufigen Belagszahlen die Einnahmen sinken, sind auf der Ausgabenseite zum großen Teil Fixkosten für den Betrieb und die Erhaltung der Häuser gegeben, die nur sehr geringe Einsparungsmöglichkeiten zulassen. Soweit derzeit eine Beurteilung zulässig ist, dürfte der Rückgang an Lehrlingen in den Internaten auch im laufenden Schuljahr, wenn auch in einem geringeren Umfang wie in den letzten Jahren, anhalten. Zusätzliche Aufwendungen sind zum Teil auch dadurch notwendig, daß einige Internate schon nicht mehr sehr jung sind und daher Renovierungen und Umgestaltungen immer notwendiger werden. Aber zwei Betriebe, Hohes Haus, machen uns in der Internatsverwaltung einigen Kummer. Das ist zum einen das neue Internat an der neuen Landesberufsschule in Knittelfeld. Hier haben wir trotz rationeller Führung im ersten Schuljahr 1983/84 immerhin ein Defizit von 1,081.000 Schilling

verzeichnen müssen, verursacht durch zwei Gründe: einmal durch einen Unterbelag. Das Internat ist auf 240 Lehrlinge ausgelegt, und im Durchschnitt waren nur 100 bis 120 Lehrlinge pro Kurs im Internat, weil alle anderen von insgesamt über 700 Berufsschülern in Knittelfeld eben nach Hause gefahren sind. Dieser Abgang von über einer Million ist trotz des Umstandes entstanden, daß natürlich im neuen Internat noch keine Reparaturen und keine Anschaffungen notwendig gewesen sind. Zum zweiten muß man sagen, es ist doch baulich ein recht komfortables, sehr geräumiges Internat mit hohen Fixkosten und Folgekosten, vor allem was die Heizung betrifft. Die Erhöhung der Internatskostenbeiträge läßt sich natürlich nicht beliebig fortsetzen; geringfügig werden diese Beiträge ohnedies immer erhöht. Würde man sie zu sehr erhöhen, dann wären eben noch weniger Schüler im Internat und noch mehr würden noch weiter weg von der Schule nach Hause fahren, was schulisch sicher nicht von Vorteil sein kann.

Der zweite Defizitbringer in unserer Handelskammerinternatsverwaltung ist das Jugendzentrum beim Landesberufsschulzentrum in Graz-Sankt Peter. Hier haben wir – wie schon seit Jahren – einen Abgang im Jahr 1983/84 von 1,216.000 Schilling verzeichnen müssen, wobei dieser Abgang ausschließlich bei den Betriebskosten zu verzeichnen ist, also auch hier keine Reparaturen und dergleichen. Ich möchte klarstellen, daß dieses Jugendzentrum in Graz-Sankt Peter durchaus nicht nur von jenen Berufsschülern verwendet wird, die in den Handelskammerinternaten wohnen, sondern zum überwiegenden Teil von anderen Berufsschülern, die eben nur die Schulen im Berufsschulzentrum besuchen, aber vor allem auch von den Lehrern dort, und zu Mittag nehmen dort auch viele andere Schüler das Essen ein, das aus dem Handelskammerinternat Mühlegg dorthin gebracht wird. Der Landeszuschuß auch im vorliegenden Entwurf für das Budget 1985 ist wieder – wie schon voriges Jahr – mit 184.000 Schilling angesetzt, obwohl der Landtag vor einem Jahr eine Resolution beschlossen hat, welche die Landesregierung ersucht, diesen Betrag entsprechend zu erhöhen. Es hatte also zunächst dieser Beschluß keine Wirkung. Ich habe daher auch mit Kollegen der anderen Fraktionen neuerlich eine im Grunde gleiche Resolution eingebracht, und ich bitte um Zustimmung und bin eigentlich sicher, daß zwei Landtagsbeschlüsse für das Budget 1986 dann die Wirkung haben werden, daß dieser Betrag erhöht wird. Ich bitte auch um Verständnis darum, weil gerade dieses Berufsschulzentrum durchaus nicht nur für die Bewohner der Internate der Handelskammer vorgesehen ist.

Abschließend, Hohes Haus, meine Damen und Herren, darf ich feststellen, daß sich das Lehrplatzproblem insgesamt leicht entschärft hat. Es wird sich, nach allen Unterlagen, die wir haben, sicher weiter entschärfen, aber das Problem arbeitsloser junger Menschen, vor allem zwischen dem 19. und dem 25. Lebensjahr – oft sehr gut ausgebildeter junger Menschen –, wird uns leider bis auf weiteres erhalten bleiben, obwohl wir wissen, daß wir schon in einigen Jahren und zum Teil jetzt schon in einigen wenigen Branchen zu wenig Facharbeiter und Spezialisten in verschiedenen Branchen der Wirtschaft haben werden. Wir müssen daher

heute einmal die Ausbildung der Jugendlichen fördern und wieder fördern, und das geschieht nie genug, denn – wie ein großer Mann gesagt hat –: „Der Geist ist der wichtigste Produktionsfaktor.“ Hier ist schon öfter erörtert worden, daß es natürlich eine Menge Hemmnisse und Hindernisse aus dem Weg zu räumen gilt, um hier mehr Anreiz für mehr Lehrlingsbeschäftigung zu geben. Wir müssen auch Übergangshilfen aller Art unterstützen, wie zum Beispiel das ausgezeichnete steirische Jugendbeschäftigungsprogramm der Steiermärkischen Landesregierung, auch die Thematik „Teilzeit“ gehört hierher, weil mit Teilzeitbeschäftigung, wenn sie gesetzlich verbessert ermöglicht wird, zweifellos die Arbeitslosenrate verringert werden kann, und vor allem, meine Damen und Herren, müssen neue Investitionsimpulse der Wirtschaft mehr und mehr ermöglicht werden, damit diese die erforderlichen Lehr- und Arbeitsplätze schaffen kann. Derzeit sind die Rahmenbedingungen hierfür teilweise eine Bremse, und fest steht, daß nur ein echter wirtschaftspolitischer Kurswechsel – weniger Staat, mehr private Initiative, mehr Anreiz zur privaten Initiative – für eine neue Gründerzeit die Voraussetzung schaffen kann. Und letztlich kann nur eine solche neue Gründerzeit auch wieder die erforderlichen Arbeitsplätze für unsere großteils doch ausgezeichnet ausgebildete Jugend bringen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Preamsberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Preamsberger: Werte Frau Präsident, werte Damen und Herren!

Wenn mit Recht schon ein paar nervös werden, weil sie mit ihrer Wortmeldung nicht drankommen, dann ergibt sich das aus dem Kapitel. Die Lehrer, die natürlich in der Gegenwart und auch in Zukunft mit schweren Problemen und unerfreulichen Erscheinungen zu kämpfen haben, verstehen es sehr gut, sich hier in diesem Haus durchzusetzen, sie bringen gemeinsam ihre Argumente und vertreten ihre Interessen. Ich glaube – und wir hätten uns heute ja gar nicht zu Wort gemeldet –, es gibt noch so viele andere Bereiche, die uns ebenfalls furchtbare Sorgen bereiten; es wurde bereits angeschnitten, daß es die Jugendarbeitslosigkeit ist. Diese Jugendarbeitslosigkeit ergibt sich ja auch aus einem Bereich, wo wir geglaubt haben, den Lehrern ein wenig zu helfen. Es wurden neue Schulen gebaut, dadurch wurde die Chancengleichheit gegeben und die Voraussetzungen, daß man höhere Schulen besuchen kann. Es wurden in diesem Haus schon vor Jahren vom Kollegen Ing. Stoisser, der mich einmal mit seinem Paket an Büchern geschockt hat, die Gratischulbücher kritisiert. Schulfreifahrten und Studiengebühren wurden beseitigt. Daß damit vielen jungen Menschen die Chance gegeben wurde, sich auszubilden, die Voraussetzung, das Leben besser meistern zu können, bereitet uns natürlich heute Sorgen, denn immer wieder wird mit Recht darauf hingewiesen, daß die jungen Akademiker keinen Arbeitsplatz finden, keine Familie gründen können. Daß das auch für die Demokratie gefährlich ist, wissen wir. Die Geschichte hat bewiesen, daß nicht die Arbeiter Revolutionen verursacht haben, sondern meistens sind sie aus den Reihen der Studenten und Akademiker gekommen.

Ich habe mich heute zu Wort gemeldet, weil es notwendig ist – schon oft haben wir in Ausschüssen aneinander vorbeigeredet, wir haben immer wieder versucht, zumindest nehme ich das an, uns gegenseitig zu verstehen – und es auch an der Zeit ist, sich über die Berufsausbildung für die Zukunft Gedanken zu machen. Eines steht außer Zweifel: daß die schnelle technische Entwicklung bereits die Universitäten und die technischen Hochschulen dazu gezwungen hat, ihr Programm den heutigen Gegebenheiten anzupassen, und man stellt zum Teil fest, daß die Qualität der Berufsausbildung auch in Österreich einer Verbesserung bedarf. Hier ist man ab und zu seitens der Wirtschaft geschockt, wenn die Gewerkschaftsjugend auf die Mißstände in gewissen Bereichen hinweist, und sie sind natürlich interessiert, daß die Schutzbestimmungen mit der Zusammenarbeit des Arbeitsinspektors eingehalten werden. Das ist in Ordnung und richtig. Ein Zwischenruf diesbezüglich ist nicht notwendig. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) Denn auch der kritische Sprecher der Wirtschaft, Dr. Dorfer, hat zu meiner Freude ausdrücklich darauf hingewiesen, daß solche Verstöße auch von der Handelskammer nicht gedeckt werden. Es ist besonders wichtig, daß wir uns bemühen, unserer Jugend, vor allem der lernbereiten Jugend, qualifizierte Arbeitsplätze anzubieten. Wir müssen schon zeitgerecht in den Schulen darauf hinweisen, welche Berufssparten für die Lehrlingsausbildung Zukunft haben. Wir Österreicher müssen daran interessiert sein. Wir können ohne Export nicht leben, unsere Wirtschaft kann sich nur behaupten, wenn wir in Zukunft über qualifizierte Fachkräfte verfügen.

Wenn wir heute über wirtschaftliche Schwierigkeiten und über den Nachwuchs unserer Facharbeiter sprechen, dann ist es auch mit ein Grund, daß wir daran denken müssen, daß die Jugendarbeitslosigkeit unter Kontrolle kommt, denn die Steiermark hat, das ist alarmierend, 46 Prozent arbeitslose Jugendliche, dann hört man wieder, daß es bereits über 50 Prozent sind. Wir sind daran interessiert, daß diese jungen Menschen, wenn sie nicht gleich eine Arbeit finden, eine Weiterausbildungschance bekommen. Es wird von der Gewerkschaft von jeher, und das ist für die Wirtschaft ein Ärgerniserreger, ein Berufsbildungsfonds gefordert. Nicht um sie zu ärgern, sondern weil wir der Meinung sind, daß wir damit rechnen können, daß in Zukunft nicht mehr so viele Jugendliche zur Verfügung stehen, die sich für die Ausbildung anbieten, sondern daß man zur Zeit in allen Bereichen der lernwilligen Jugend eine Chance gibt, sich dem schnellen Wechsel der Technik und der Wirtschaft berufsmäßig anzupassen. Es ist der einzelne Ausbilder, das heißt der einzelne Betrieb nicht in der Lage, diesen jungen Menschen die notwendigen Geräte zur Verfügung zu stellen, um den zukünftigen Anforderungen gewachsen zu sein. (Abg. Dr. Dorfer: „Herr Preamsberger, den Fonds erleben wir nicht mehr!“ – Abg. Ing. Stoisser: „Darf ich zwischenrufen: Wozu brauchen wir einen Fonds? In den ganzen Schulen werden die Jugendlichen ausgebildet, ohne daß es einen Fonds gibt!“) Ich wundere mich, wie höflich Sie jetzt sind, Herr Ing. Stoisser.

Ich möchte Ihnen jetzt gleich außer der Begründung, daß hier eine gewisse Ungerechtigkeit besteht, folgendes mitteilen. Wir haben 12.276 Lehrlinge ausgebildet,

und 1983 waren es nur mehr 10.346, das heißt um über 2.030 Lehrlinge weniger. Das kommt ja nicht nur, weil die Geburtenjahrgänge rückläufig sind, sondern eine gewisse negative Einstellung der Arbeitgeber gegenüber der Lehrlingsausbildung festzustellen ist. (Abg. Ing. Stoisser: „Weil die Schulen größer geworden sind!“) Jetzt kommen wir schon wieder vor lauter Zwischenrufen nicht mehr weiter. (Abg. Ing. Stoisser: „Ich werde wieder um Erlaubnis fragen!“) Gestatten Sie, daß ich noch ein paar Begründungen anführe. Der Bazillus der Förderung, der sich nicht nur in Wirtschaftsbereichen, wenn Betriebe in Schwierigkeiten sind, breitgemacht hat, sondern auch im Bereich der Lehrlingsaufnahmen, weil wir der Meinung sind, durch die Förderung mehr Lehrplätze zu schaffen. Leider sind unsere Erwartungen nicht eingetreten, weil viele Betriebe nicht bereit sind, Lehrlinge aufzunehmen und sie auszubilden. Begründungen gibt es eine Menge: hohe Kosten der Berufsausbildung, zu viel Berufsschulunterricht, und das ist ja einer der Punkte, die wir immer anschnitten, daß wir eine bessere Ausbildung in der Schule benötigen, weil uns international die Entwicklung dazu zwingt. Ich glaube, das Berufsausbildungsgesetz hat der Wirtschaft keine Freude bereitet. Aber was für uns Gewerkschafter wichtig ist und weshalb wir auf diese Idee gekommen sind, ist, eine gewisse Gerechtigkeit in der Lehrlingsausbildung herbeizuführen. Derzeit beschäftigen in Österreich 200.000 Betriebe Facharbeiter, aber nur 62.000 Betriebe bilden Lehrlinge aus. Das ist doch eine Ungerechtigkeit. (Abg. Dr. Dorfer: „Wozu einen Zwang anwenden?“) Jetzt, Herr Dr. Dorfer, möchte ich folgendes sagen: Es wäre doch gerecht, daß diejenigen, die daraus profitieren, es ist von Solidarität doch keine Rede, die anderen lassen sie die Lehrlinge ausbilden und die Kosten tragen, und dann sind sie die Nutznießer dieser ausgebildeten jungen Kräfte. Sie sollen doch ihren Beitrag dazu leisten, daß wir gute Facharbeiter für die Zukunft zur Verfügung haben! (Abg. Ing. Stoisser: „Da müßten alle zahlen: das Land, die Gemeinden, der Bund, die Post, die Gendarmerie, die Bahn!“) Sind Sie mir nicht böse, der Berufsausbildungsfonds würde für einen gewissen Ausgleich sorgen, und es sind ja nicht nur die Kosten, die hier entstehen. Ich darf vielleicht darauf hinweisen, daß es eigenartig ist, daß man in der Gewerkschaft trotz Meinungsverschiedenheiten einen Kompromiß schließt. Es sind auch von Ihrer Seite nicht alle dagegen. Zum Beispiel Nationalrat Steinbauer von Ihrer Fraktion hat nach einem Amerikabesuch darauf hingewiesen, daß sich das Berufsbild gerade bei den Mechanikern in nächster Zeit total ändern wird. Er hat mit ganz neuen elektronischen Geräten in Autos zu rechnen und bekommt ganz neue Instrumente zur Kontrolle der Autos. Diese Veränderung des Berufsbildes gilt für alle Varianten der technischen Berufe und gibt Anlaß dazu, sich zu überlegen, daß auch die Elektronik und der technische Fortschritt, den man heute in Großbetrieben bereits zur Kenntnis genommen hat, in den Kleinbetrieben Fuß fassen werden. (Abg. Ing. Stoisser: „Was hat das mit dem Berufsausbildungsfonds zu tun?“) Daher ist es wichtig, daß eine Ausbildung noch intensiver betrieben wird und daß eine Verteilung dieser Lasten der besonderen Ausbildung in der Wirtschaft nicht nur ein Drittel der Wirtschaftstreibenden zu tragen hätte, sondern es wäre eine

gerechte Verteilung notwendig. (Abg. Dr. Dorfer: „Du gehst ja ohnehin als Gewerkschafter bald in Pension!“) Die Freude, mein lieber Dr. Dorfer, werde ich dir noch ein bißchen ersparen.

Im Grunde genommen, mein lieber Freund – ich bin zwar heute bereits Pensionist –, unterscheiden wir uns halt in vielen Ansichten. Wir haben zur Kenntnis genommen, daß es uns trotz der schönsten Worte nicht gelingen wird, die Arbeitsplätze – ob mit Garantieverprechungen und so weiter – zu sichern und unsere jungen Menschen, die wir in den Betrieben untergebracht und aufgefordert haben, in ihrem Interesse und im Interesse der Wirtschaft zu lernen. Kurz vor meinem Ausscheiden aus dem Betrieb hatte ich noch die Ehre, der Freisprechung unserer Lehrlinge beizuwohnen, wo über 50 Prozent mit sehr gutem Erfolg und Auszeichnung abgeschnitten haben. Das ist ein positiver Beweis, sooft die heutige Jugend auch kritisiert wird, weil sie auch kritisch unseren Einrichtungen gegenübersteht (Abg. Aichhofer: „Wir waren auch kritisch!“) – ja, selbstverständlich –, und wir können zur Kenntnis nehmen und hier feststellen, daß diese Jugend, wenn sie die Chance hat, daß sie lernen kann, auch lernt und bereit ist, Vorsorge zu treffen, um die Zukunft zu meistern.

Wir haben in der Industrie darauf gedrängt, mehr Lehrlinge auszubilden, als wir selbst brauchen; statt ihnen dankbar zu sein, ist es doch ungerecht, sie zu kündigen. Das ist auch mit ein Anlaß, Herr Dr. Dorfer, daß wir im Betrieb nicht nur von der Jugend reden, sondern den älteren Kollegen sagen, „geh' in die Frühpension, damit du deinen Arbeitsplatz einem jungen Menschen zur Verfügung stellen kannst.“ Das habe ich auch getan, weil es für einen Arbeitnehmervertreter Pflicht ist, nicht nur Wasser zu predigen und Wein zu trinken, sondern selbst daraus auch die Konsequenzen zu ziehen. Das war der Anlaß, daß ich auch in Pension gegangen bin, damit jungen Menschen in unserem Betrieb ein weiterer Arbeitsplatz zur Verfügung steht.

Eines möchte ich hier von dieser Stelle sagen, mögen Sie dazu stehen, wie Sie wollen: Wenn Sie der Meinung sind, daß unsere Forderung, die seit Jahren immer wieder von uns erhoben wird, weil wir sie als gerecht ansehen und mehr Möglichkeiten darin sehen, junge Menschen für diese Wirtschaft ausbilden zu können, wenn Sie der Meinung sind: Ein Drittel bildet nur aus, das ist in Ordnung, dann möchte ich – (Abg. Ing. Stoisser: „So kann man das nicht sehen!“) Na ja, weil nämlich die Diskussion, die heute stattgefunden hat, wirklich in einer höflichen und korrekten Form gehalten wurde. Ich hätte mich sonst gar nicht zu Wort gemeldet, denn ich weiß ja, daß wir aneinander immer vorbeireden, und es gibt gewisse Bereiche, wo man sich gegenseitig scheinbar nicht einmal auf einen Kompromiß einigen kann und man nicht bereit ist, sich mit Fachexperten zusammzusetzen, um über den Berufsausbildungsfonds zu diskutieren, ob diese Forderung berechtigt ist – ja oder nein. (Abg. Ing. Stoisser: „Machen wir das!“)

Ich sage heute – und das möchte ich nicht versäumen – den Ausbildern, die sich bemühen, diesen jungen Menschen ihr Wissen mitzugeben – die bemühen sich ja über die Arbeitszeit hinaus, denn es ist ja nicht so einfach, theoretischen Unterricht in den Betrie-

ben zu geben – , ausdrücklichen Dank für ihre Einsatzfreudigkeit, und ich möchte auch unseren Lehrern Dank sagen, die sich in den Berufsschulen wirklich auch bemühen, unseren jungen Menschen das Rüstzeug für die Zukunft zu geben. An die Wirtschaft appelliere ich, daß sie in Zukunft das kleinere Angebot von Jugendlichen besser nütze, indem sie auch Lehrlinge einstellt und ausbildet. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kröll das Wort.

Abg. Kröll: Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich nehme den Budgetansatz von 6,4 Millionen Schilling für Personal, 50.000 Schilling für Anlagen und 3,09 Millionen Schilling für sonstige Sachaufgaben für das Landessportschülerheim Schladming zum Anlaß, um zu dieser Gruppe das Wort zu ergreifen und dabei die Förderung eines Schulbetriebes, die Förderung von Schülerheimen und die Förderung des Sportes an einem Modellfall etwas zu skizzieren.

Seit nunmehr bald 20 Jahren gibt es eine modellhafte Zusammenarbeit in Richtung Leistungssport zwischen dem Steirischen Schiverband unter dem damaligen Präsidenten Derkogner und heute Straub – es freut mich, daß der Vizepräsident Helmuth Lexer aus Tauplitz hier ist, um sich auch das Kapitel „Sport“ anzuhören –, dem Bereich Schule mit den Schulbehörden bis zum Landesschulrat, den Eltern, den Trainern, der ärztlichen Versorgung, dem Unterstützungsverein zur Förderung der Ski-Haupt- und -Handelsschüler der Stadtgemeinde Schladming, den Erziehern, schließlich als Hauptträger das Land Steiermark, das das Landessportschülerheim und die ganzen Sportanlagen und -einrichtungen errichtet hat, und in der weiteren Folge mit Gründung der Handelsschule auch das Bundesministerium für Unterricht, dem Bund, mit dem mit Errichtung der Handelsschule auch eine Mitträgerschaft installiert werden konnte.

Auf Grund einer Initiative des Steirischen Schiverbandes – wie gesagt – fand erstmals in den Jahren 1966 und 1967 und in den Folgejahren 1968 und 1969 in Zusammenarbeit mit der Schulbehörde in Schladming ein konzentriertes Schitraining mit gleichzeitigem Unterricht an der dortigen Hauptschule statt. Einzelne Schirennläufer – Auserwählte aus der ganzen Steiermark – wurden einzelnen Familien zugeordnet und haben ihren Unterricht an der Hauptschule verbracht. Seit 1970, meine Damen und Herren, wurde dann schon eine eigene Schulklasse, konzentriert mit diesen Leistungsschülern, installiert und in der Folge ein Privatinternat am „Holzerhof“ errichtet und auch in der Pension „Holdhof“. Dieses sehr familiäre Heim unter der Trägerschaft des Schiverbandes mit erheblicher Förderung und Unterstützung der Landesregierung fand dann eine Fortführung im Jahr 1983 durch die Gründung der Handelsschule, die in der ersten Phase als dislozierte Schule von Liezen fungierte. Hier war es notwendig, den erfolgreichen Weg der Ski-Hauptschüler durch eine Ski-Handelsschule nahtlos weiterzuführen, um so auch von den Eltern das Vertrauen zu genießen, daß ihre talentierten Mädchen und Buben dem Schiverband zur sportlichen Ausbildung

zur Verfügung gestellt werden und damit auch ein Weg aufgezeigt wird, wie es später im Berufsleben weitergehen kann.

Nun haben wir seit der Zeit der Weltmeisterschaft eine zeitgemäße neue Handelsschule. Der Träger ist ein Handelsschulverein, dem das Land Steiermark, die Republik durch das Ministerium für Unterricht, Kunst und Sport und die Stadtgemeinde Schladming sowie in sportlichen Angelegenheiten der Steirische Schiverband als Mitglieder angehören. Die Zusammenarbeit dieser Träger klappt sehr gut, und ich möchte dafür dem Land, dem Bund, der Stadt Schladming, dem Steirischen Schiverband, dem Landessportschülerheim, den Erziehern, den Eltern, den Ärzten, den Firmen, vor allem aber auch den Schülern beziehungsweise den Ski-Haupt- und -Handelsschülern für ihren großen Einsatz und für ihre Leistungen danken. Von Anfang an hatte ich auch als Mitarbeiter im Schiverband und auch als Gemeinderat und später als Bürgermeister von Schladming die Möglichkeit, an dieser Entwicklung etwas mitzuwirken, so daß ich die Dinge wirklich recht gut kenne.

Hohes Haus! Ich kann nun heute einen Erfahrungsbericht nach fünfzehnjährigem Bestand der offiziellen Ski-Hauptschule, der steirischen Ski-Hauptschule Schladming, nach zwölfjährigem Bestand der Ski-Handelsschule und nach zehnjährigem Bestand des Landessportschülerheimes in Schladming geben und Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten dieses Hauses, im einzelnen etwas näher informieren. Zunächst zur Ski-Hauptschule: Die Ski-Hauptschule Schladming funktioniert im schulischen Bereich mit vier Klassen. Sie ist der Erzherzog-Johann-Hauptschule unter Direktor Egger angeschlossen. Die Schülerzahl pro Klasse beträgt durchschnittlich 14 Schüler. Die Schüler kommen aus allen Teilen der Steiermark, vereinzelt auch aus dem Land Salzburg. Auch Schüler aus dem Ausland, wie Großbritannien, Bulgarien, haben die Ski-Hauptschule Schladming als Gast Schüler, ein Mädchen und ein Bub, bereits besucht. Die unterrichtlichen Zielsetzungen sind die gleichen wie in einer Regelhauptschule, die Stundentafel ist etwas geändert, und bildnerische Erziehung, Werkerziehung und Musikerziehung sind gekürzt auf etwa 50 Prozent zugunsten der sportlichen Ausbildung. Das Unterrichtsjahr verläuft nach einem eigenen Stundenplanrhythmus, der der erforderlichen Unterrichtszeit, dem Training und dem Schirensport Rechnung trägt. Die Erreichung des Lernzieles ist nicht in Frage gestellt. Die kleine Schülerzahl pro Klasse ermöglicht den Lehrern eine individuelle Förderung der Kinder. Die Schulerfolge in der weiterführenden Handelsschule und in anderen Schulen bestätigen die gute Unterrichtsarbeit an der Ski-Hauptschule. Mit Schuljahresende 1984/1985 werden seit Bestehen der Ski-Hauptschule seit 1970 182 Schüler die Ski-Hauptschule Schladming absolviert haben. Aus Anlaß des fünfzehnjährigen Bestehens der Ski-Hauptschule ist derzeit unter anderem auch eine Statistik in Arbeit, die Auskunft geben soll, was aus den Schülern geworden ist, vor allem auch darüber, wieweit sie dem Schisport erhalten geblieben sind als Rennläufer, Vereinsfunktionäre, Jugendbetreuer. Ich komme sicher zu späterer Zeit auf diese Statistik, wenn sie vorliegt, einmal zurück, weil ich glaube, daß neben dem Ziel, Spitzen-

läufer zu werden, gerade die fundierte Ausbildung für die Arbeit in den Heimatgemeinden, in den Vereinen von unschätzbarem Vorteil ist. Nicht jeder kann Weltmeister werden, aber jeder kann eine solide Ausbildung erfahren, die er dann seinem Verein in seiner Gemeinde, seinem Schiklub zur Verfügung stellt. Das war der Bildungsbereich. Nun zum sportlichen Bereich. Für die vielseitige sportliche Ausbildung, insbesondere die schierrnsportliche, stehen vier staatlich geprüfte Trainer und Sportlehrer zur Verfügung, Cheftrainer ist Ernst Erlinger, zugleich auch verantwortlicher Schülertrainer im Steirischen Schiverband. Überhaupt möchte ich sagen, daß die verantwortlichen Trainer an der Schi-Haupt- und -Handelsschule zugleich auch die jeweilig verantwortlichen Trainer im Verband sind, stimmt das Training und die Lehrmethoden aufeinander in optimaler Weise ab. Hier ist der Einfluß des Schiverbandes von ganz entscheidender Bedeutung.

Ich darf Ihnen eine Erfolgsstatistik seit diesem Bestand der Hauptschule nennen. Von diesen Hauptschülern haben den Aufstieg in den ÖSV-Kader geschafft: 21 Absolventen der Schi-Hauptschule, davon sind derzeit noch neun aktiv in einem ÖSV-Kader tätig. Es sind dies: Wirnsberger, Stölzl, Rudi Stocker, Zechner, Tritscher, Michael, Maierhofer Monika, Schlemmer Sonja, Gabi Rainer und Bernd Stöhrmann. Eine Randbemerkung: Beim ersten Versuch des provisorischen Betriebes, wie ich sagte 1967/68, war einer der ersten Schüler Sepp Walcher. Die größten Erfolge neben unzähligen anderen haben Sepp Walcher als Weltmeister in der Abfahrt, Peter Wirnsberger mit der Silbermedaille in der Abfahrt, Lea Sölkner, die Weltmeisterin im Slalom, Regina Sackl, die Weltcupsiegerin im Slalom aus Birkfeld, Monika Maierhofer, die Oststeirerin als Juniorenweltmeisterin im Slalom, und schließlich haben die Knaben bei den Schulmannschaften dreimal ohne Unterbrechung die österreichische Meisterschaft und den internationalen Meister der Schulen 1979 in Oulu in Finnland, 1981 in Saalfelden in Österreich und 1983 in Cortina in Italien bestanden; sie ist somit die erfolgreichste Schi-Hauptschule Österreichs.

Nun zur Schi-Handelsschule. Bis 1979/80 dislozierte Klassen aus Liezen. Ab 1980/81 private Handelsschule, ab 1973/74 mit der ersten Klasse und 32 Schülern begonnen. Seit dem Jahre 1975/76 bis heute stabiler Schülerstand von jeweils 130 bis 150 Schülern an der Handelsschule. Ab 1982/83 nunmehr die vierjährige kaufmännische Lehranstalt für Schisportler. Im Volksmund heißt diese etwas komplizierte Bezeichnung schlicht und einfach Schi-Handelsschule. Hier gilt es auch, und das ist eine wirkliche Freude, und das darf alle Verantwortlichen freuen, weil die Mittel, die angewendet wurden, hier große Früchte zeigen, daß hier folgende Mitglieder der Handelsschule im ÖSV und in Landeskadern aufscheinen: 1980/81 52 Mitglieder, also Schüler, 1981/82 56, 1982/83 58 und 1983/84 das Rekordergebnis: 77 Schüler von der steirischen Schi-Handelsschule sind in einem ÖSV-Kader oder in einem Landesverbandskader eines Bundeslandes. Die großen sportlichen Erfolge der Handelsschüler decken sich zum Teil mit jenen der Hauptschule. Es gibt aber auch zusätzliche Namen, die hier zu nennen sind. Ganz kurz sei nochmals Lea Sölkner erwähnt, Slalom 1978 Welt-

meisterschaft. Peter Wirnsberger 1980 Silbermedaille, Monika Maierhofer Juniorenweltmeisterin im Slalom 1984, ein ganz junger Erfolg. Siegfried Stürzebecher 3. Platz bei der Juniorenweltmeisterschaft im Abfahrtslauf 1983, Harald Krenn 2. Platz bei der Juniorenweltmeisterschaft im Abfahrtslauf 1982. Dazu die Kärntnerin Gfrerer, die den Europacupgesamtsieg 1979 gewonnen hat. Ehemalige Absolventen des ÖSV B- und A-Kaders oder jene, die einen Weltcupstart erreicht haben und Absolventen der Schi-Handelsschule Schlading sind: Jochen Buchner, Christian Sölle, Fritz Stölzl, Bernhard Flaschberger, wie gesagt Wirnsberger, Maierhofer, Andrea Bergmann, Monika Maierhofer, Ulrike Maier, Roswitha Steiner, Emmi Vizthum, Erika Gfrerer, Sissi Kraml, Edith Lindner und noch einmal Lea Sölkner. Die Schüler kommen aus Steiermark, Kärnten, Salzburg, Oberösterreich, Niederösterreich, Tirol und Wien. Auch besuchten einzelne Gastschüler aus Polen, Holland, der Schweiz und Amerika diese bedeutende Schule. Von Anfang an war man bemüht, auch für eine entsprechende ärztliche Versorgung und Betreuung in Form von Untersuchungen und Behandlungen der jungen Sportler zu sorgen. Dr. Rupar als Bezirksamtsarzt wie insbesondere die Arbeitsgemeinschaft Sportmedizin der steirischen Gesellschaft unter der Leitung von Prof. Buchner und unter lobenswerter Mitwirkung auch von Frau Abgeordneter Dr. Kalnoky haben hier von 1978 bis 1984 bereits 398 Spezialuntersuchungen durchgeführt. Hier sind auch eine Anerkennung und eine Belobigung seitens des Ministeriums eingetroffen, daß das, was hier in der Steiermark geschieht, absolut vorbildlich sei. Damit haben die Trainer und Eltern zusammen mit ihren Schützlingen, die Rennläufer werden wollen, im frühen Zeitstadium eine ärztliche Beratung und Entscheidung, weil letztlich ja körperliche Eignungen nicht für jedermann gegeben sind und man auch früh genug erkennen muß, bevor solche jungen Menschen Schäden davontragen, wenn sie zu extrem dem Leistungssport üben und dafür die notwendigen körperlichen Voraussetzungen nicht haben. Die gemeinsamen Beratungen aus ärztlicher Sicht sind eine wichtige Bereicherung.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, brauchen diese jungen Menschen, die sich dem Leistungssport verschrieben haben, auch ein Heim, das das Elternhaus ersetzt, und hier hat das Land Steiermark mit der Errichtung des Landessportschülerheimes dafür gesorgt, daß ein entsprechender Ersatz für das Elternhaus gegeben ist. Seit zehn Jahren erfüllt das Landessportschülerheim in Schlading diese Aufgabe großartig. 150 Schüler finden Aufnahme. Es ist jedes Jahr ein großer Andrang um Aufnahme in dieses Landessportschülerheim, das immer in Koordination zur Schi-Haupt- und -Handelsschule steht, und es ist auch eine Vereinigung der Förderer der Schi-Haupt- und -Handelsschule, die ebenfalls diese Aktivitäten durch Materialbeistellungen und durch Beistellung von Bussen unterstützt, denn diese jungen Leute müssen zu Trainingsstätten fahren, müssen beweglich sein und einen großen nationalen und internationalen Rennkalender abwickeln. Und hier ist gleich eine Bitte ausgesprochen: Vielleicht könnte man aus Anlaß des zehnjährigen Jubiläumsbestandes doch auch von Landesseite her, Finanzabteilung, Rechtsabteilung 6, hier miteinander reden, daß ein solcher Bus, der dringend

benötigt wird, zur Verfügung gestellt werden könnte. Ich glaube, der Anlaß würde es rechtfertigen.

Ich danke allen, die zu diesen Erfolgen beigetragen haben, an der Spitze dem Herrn Landeshauptmann und der Landesregierung, aber ganz besonders dem Herrn Landesrat Prof. Kurt Jungwirth, der für die Schule und für die Heime zuständig ist und der dieses Sportmodell auch in ganz besonderer Weise von Anfang an gefördert hat. Selbstverständlich auch in gleicher Weise dem für Sport zuständigen Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart. Alle befaßten Abteilungen, Rechtsabteilung 1 für Personal, Rechtsabteilung 6, Rechtsabteilung 13 und selbstverständlich auch die Finanzabteilung, was die Errichtung der Schi-Handelsschule betrifft, seien ebenfalls mit ihren Vorfänden und Mitarbeitern herzlichst bedankt.

Im Bereich Schule, Unterricht, Sport und Wissenschaft hat das Land gerade draußen in den steirischen Gemeinden sehr viel für den Sport und in diesem Fall auch für den gezielten Unterricht zur Erzielung eines Leistungssportes geleistet. Neben diesem Modellfall, der jubiliert, sei nur noch insbesondere auch auf den nordischen Bereich in Eisenerz verwiesen, der auch sehr erfolgreich anläuft, und auf die Metropole Murau im nordischen Bereich. Im einzelnen darf ich darauf aber in der Gruppe 7, was Großveranstaltungen für den Winter betrifft, noch einmal zurückkommen, um jetzt den Zeitrahmen nicht zu sprengen.

Allen anderen vom Sport, den Eltern, Schulen, Lehrern, Erziehern, Trainern, den Mitgliedern, Ärzten, dem Handelsschulverein vom Land, Bund und den Gemeinden, die hier ihre Vertretungen in diesen Körperschaften haben, möchte ich zum Abschluß mit dem letzten Satz der Worte von Martha Wölger danken, welche sie bei der Grundsteinlegung des Ländersporterschülerheimes am 17. November 1973 durch Herrn Prof. Kurt Jungwirth schrieb: Ich darf zum Abschluß wirklich nur mehr den allerletzten Satz zitieren. Sie geht in der Einbegleitung darauf ein, was sich die Leute und die Jugend erwarten, und sie kommt zum Schluß und sagt: „Und sollt's net verdriaßen, wir woll'n uns bewehr'n, der steirischen Hoamat zum Dank und zu Ehr'n.“

Und ich glaube, daß das zehnjährige Sportinternat, die zwölfjährige Handelsschule und die fünfzehnjährige Schi-Hauptschule dieser Ehre und dieser Förderung gerecht geworden sind. Einen herzlichen Dank dem Herrn Landesrat und allen Verantwortlichen für diese Leistungen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Feldgrill: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Hammer das Wort.

Abg. Hammer: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe keinen so großartigen Erfolgsbericht wie mein Kollege Kröll über das nordische Ausbildungszentrum Eisenerz zu berichten. Ich möchte aber dennoch hier den Dank an alle, die da mitarbeiten, sagen, und ich möchte betonen, daß es hier auch eine sehr gute Zusammenarbeit aller Bundes- und Landesstellen gibt, die im nordischen Ausbildungszentrum vereinigt sind. Hier werden großartige finanzielle Leistungen vom Land und vom Bund gemacht. Darüber hinaus,

meine Damen und Herren, finden wir auch immer wieder irgendwo einige Sponsoren, die uns helfen, unsere gestellte Aufgabe zu bewältigen. Die Schulen hatten es vielleicht auf Grund der Schulgesetze etwas leichter. Wir hatten andere Voraussetzungen mit der Lehrlingsausbildung, aber ich glaube, dennoch einen Weg gefunden zu haben, der hier dem Sport und der Lehrlingsausbildung entsprechend gerecht wird.

Meine Damen und Herren, hier werden junge Leute ausgebildet, die auch interessanterweise aus einer Gegend kommen, wo sie es äußerst schwer gehabt hätten, einen Lehrplatz zu finden, und ich glaube, hier betreibt das Land Steiermark gemeinsam mit dem Bund aktive Lehrlingsförderung, weil es schwer gewesen wäre, in den Heimatgemeinden dieser jungen Leute Lehrplätze zu finden, und wahrscheinlich gänzlich unmöglich gewesen wäre, daneben noch die sportliche Ausbildung zum Spitzensportler zu erreichen. Die Leute im nordischen Ausbildungszentrum sind zum Teil im B-Sprungkader oder auch im C-Kader drinnen, und die anderen befinden sich auf dem Weg dorthin. Und ich hoffe, daß ich mit Ihrer Unterstützung auch beim zehnjährigen Jubiläum einen solchen erfolgreichen Bericht, den der Herr Kollege Kröll über die Schi-Hauptschule und Schi-Handelsschule in Schladming gebracht hat, zu dem ich ihm nur gratulieren kann, bringen kann. Denn alle Leistungen in bezug auf Lehrlings- und Sportausbildung verdienen sicherlich unsere gemeinsame Anerkennung.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich aber ein paar grundsätzliche Gedanken zum Sport sagen. Die fortschreitende Automatisierung in der Arbeitswelt stellt an die Menschen stets neue Anforderungen. Einerseits werden einzelne Arbeitsvorgänge von den Maschinen übernommen, so daß sich die Tätigkeit des Arbeitenden meist nur auf die Beobachtung des Maschinenablaufes beschränkt oder ihm nur einseitige, stets gleichbleibende Dauerbewegungen erlaubt. Eine weitere Folgerung der Technisierung unserer Arbeitswelt ist zwangsläufig die Verkürzung der Arbeitszeit, die natürlich ein Mehr an Freizeit mit sich bringt. Die Gefährdung von Gesundheit und Leistungsfähigkeit des Menschen wird durch allzu unnatürliche Lebensweise und falsche Ernährung negativ mitbeeinflusst. Die erdrückende Flut von Erfolgswängen, ausgelöst durch die Werbung in den Massenmedien, und eine dadurch fehlgeleitete Konsumierung von Kunst und Kultur können auf Dauer nicht zur Selbstentfaltung der Menschen beitragen. Einen wesentlichen Ausgleich könnte hier der Sport bringen. Es darf als erfreuliche Tatsache festgestellt werden, daß sich immer mehr Menschen dem Sport zuwenden und bei Sport und Spiel ihre geistige und körperliche Selbstentfaltung, mit oder ohne Leistungsanspruch, suchen. Traditionelle, aber auch neue Sportarten erfreuen sich eines großen Aufschwunges. Die Politik hat hier die Aufgabe, jedem die Ausübung von Sport nach seinem Willen und seinen Möglichkeiten zu sichern.

Bedauerlicherweise muß ich hier allerdings auch feststellen, daß den Tausenden Sportvereinen in der Steiermark, die in etwa 40 Fachverbänden zusammengeschlossen sind und den drei Dachverbänden ASKÖ, ASVÖ und UNION angehören, ihre Vereinstätigkeit durch die lineare Kürzung der Budgetmittel wesentlich

erschwert wird. Die Existenz unserer Sportvereine ist aber ein Garant dafür, daß die Sportausübung zu einem sinnvollen, gesunden und vergnüglichen Erlebnis körperlicher Betätigung wird. So sind es auch die Vereine, die die sinnvolle Betreuung des Breitensportes pflegen. Die spielerische Überwindung von Schwierigkeiten und das wertfreie Streben nach Leistung unter Beachtung von Fairneß, Toleranz verschaffen ein gesteigertes Lebensgefühl in der Gemeinschaft. Die Ausübung des Sportes muß für das gesamte Lebensalter und allen Lebensumständen angepaßt und möglich sein. Für jene, die durch körperliche oder geistige Versehrtheit weniger leistungsfähig sind, muß ein wirksamer Anreiz zur sportlichen Betätigung geschaffen werden. Um mögliche Fehlentwicklungen zu vermeiden sowie Informationen über negative Auswirkungen im Sport und deren Folgen, müssen wissenschaftliche Kenntnisse darüber jedem zugänglich sein. Der Maßstab für eine anzustrebende oder erreichte Leistung muß mehr als bisher das jeweilige persönliche Leistungsvermögen und die Einsicht in die natürlichen Grenzen sein, deren Beachtung seelische und körperliche Schäden ausschließt. Eine sehr wichtige Aufgabe kommt dem Sport auch im Bereich des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu. Die Ausnützung des Sports zur Erreichung politischer Machtformen und Unterdrückung von verschiedenen Menschenrassen, Sprach- und Kulturgemeinschaften ist auf jeden Fall abzulehnen. Die Leistung des anderen anzuerkennen, ist im Sport eine fundamentale Forderung und sollte unsere gesamte Einstellung und Haltung im gesellschaftlichen Zusammenleben bestimmen. Vielleicht, meine Damen und Herren, nicht nur im Sport. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schwab. Ich erteile es ihm.

Abg. Schwab: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Den letzten beißen die Hunde. Hoffentlich beißt niemand! Nachdem in der heutigen Landtagssitzung ein Antrag der SPÖ-Abgeordneten, betreffend die Erlassung eines Spielapparategesetzes, zugewiesen und vom SPÖ-Klub auch eine Pressekonferenz dazu abgehalten wurde, will ich kurz einige Anmerkungen machen. Der Ordnung halber muß festgestellt werden, daß seit dem Jahre 1982 ein entsprechender Ressortentwurf der Rechtsabteilung 2 vorliegt und dieser Initiativantrag, in vielen Formulierungen wörtlich gleichlautend, also nicht neu ist. Wir alle – und ich glaube, da sind wir uns sehr einig – müssen und wollen verhindern, daß die Kinder und die Jugendlichen in dem Zusammenhang im wahrsten Sinne des Wortes von gewissen Geschäftemachern ausgenommen werden. Ich möchte mich nicht mit Details beschäftigen, sondern nur einige Punkte herausgreifen. Es heißt im Initiativantrag im Paragraph 3 Absatz 2: „Öffentliche Zahlungsmittel in bar dürfen nicht ausgeworfen werden. Guthaben sind ausschließlich gegen Verzehr in dem betreffenden Gaststättenbetrieb zu konsumieren.“ Eine Klarstellung, meine Damen und Herren: Nichts gegen die Wirte. Ich fürchte aber, und ich meine das sehr ernst, daß die vorgesehene, fast würde ich es Zwangskonsumation

nennen, eines allfälligen Spielguthabens auch zur weiteren Steigerung des Alkoholkonsums und damit unter Umständen zu einer weiteren zusätzlichen Abhängigkeit bei den Jugendlichen beitragen würde. Darüber und über einige andere Punkte muß noch geredet werden.

Ein wichtiger Schritt in dem Zusammenhang war die Novellierung des Steiermärkischen Jugendschutzgesetzes vom 13. Juni 1984, wo wir all diese Fragen eingebaut haben. Ganz kurz zu einem Bereich, der das Spielen überhaupt betrifft. Ich glaube, daß der Begriff „Spielen“ in seiner umfassenden Bedeutung eigentlich etwas Wunderbares ist, wenn man die Kinder beim Spielen beobachtet, wie sie sich frei und locker bewegen, wie sie sich begeistern können, wie sie aber auch manchmal Aggressionen zum Ausdruck bringen und auch abbauen können. Hier möchte ich ansetzen. Kindern und Jugendlichen ist es im Grunde genommen unerträglich, längere Zeit die negative Rolle des Versagers zu übernehmen. Wenn sie einmal auf diesem Weg sind, suchen sie Anschluß unter Gleichgesinnten und fühlen sich wohl – und das ist der nächste Schritt – in einem leistungsfeindlichen Klima, das der Genuß- und Sinnesfreude gegenüber dem Rationalen den Vorzug gibt. Kein Mensch, und das muß man dazusagen, kommt normalerweise ohne Genuß- und Sinnesfreude aus, weil das zum Leben dazugehört. Aber, und das möchte ich eigentlich zum Ausdruck bringen, wenn es umkippt, wird es gefährlich, weil diese vermeintliche Freiheit zu neuen Abhängigkeiten führt, weil die Menschen dann letzten Endes süchtig werden nach Glücksspiel, Alkohol, Drogen und damit in weiterer Konsequenz auch finanziell abhängig werden. Die brutalen Videokassetten, die derzeit groß im Handel gängig sind, sind ein weiterer kritischer Bereich. Hier wird ja versucht, eine Regelung auf Bundesebene zu finden. Ich habe mich – und mit dem möchte ich abschließen – oft auch gefragt, und Ihnen wird es nicht anders gehen, woher hat die Jugend, woher haben wir als Erwachsene diese Informationen und dieses Denken? Natürlich zum einen Teil aus der eigenen Erfahrung, aber doch auch zu einem beträchtlichen Teil aus den Medien, also aus Rundfunk, Fernsehen und den Zeitungen, und was, meine Damen und Herren, sagen nicht nur die englischsprechenden Medienmacher: „Only bad news are gut news“ – also „nur schlechte Nachrichten verkaufen sich gut.“ Rundfunk, Fernsehen und Zeitungen strotzen in Wahrheit geradezu vor Kämpfen, Morden, Terror, Totschlag, Verbrechen, Unfällen und Skandalen. Und wir alle sind in Wahrheit lüstern genug, alle diese Negativinformationen bereitwillig in uns hineinzustopfen und auch wirken zu lassen, und das ist der springende Punkt dabei. Wir dürfen uns nicht wundern, daß viele Menschen, vor allem auch junge Menschen, der Zukunft mit großer Skepsis entgegenblicken. Es gibt aber auch die andere Jugend, Gott sei Dank, die bereit ist mitzutun. Gerade der Kollege Kirner hat das auch für den musischen Bereich erwähnt. Die Jugend, die bereit ist, mitzutun in der Feuerwehr, in den Jugendverbänden, in den Sportorganisationen, auch in den Parteien, sagen wir es dazu. Wir müssen sie mit konkreten Aufgaben betrauen und ihnen damit auch das Gefühl des Gebrauchtwerdens vermitteln. Der Jugend helfen, indem wir die Jugend fordern. Gesetzliche Maßnahmen allein erscheinen mir zu wenig. Der

wirksamste Grundstein für die Erziehung und auch für den Schutz der Jugend muß in der Familie gelegt werden. Das Elternhaus, die Schule und die vorhin genannten Organisationen haben hier eine wichtige und unverzichtbare Aufgabe zu erfüllen. Ich möchte mit Peter Rosegger schließen, der gesagt hat: „Nicht reiche oder arme Menschen, sondern zufriedene Menschen soll die Bildung bringen.“ (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Helmut Heidinger. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Heidinger: Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Wie bekannt – und es haben ja mehrere Redner zu diesem Problem gesprochen –, ist in der Gruppe 2 der Ansatz 220 enthalten, der sich mit den Berufsschulen beschäftigt. Ich möchte das Hohe Haus doch auf verschiedene Dinge und Umstände in diesem Bereich aufmerksam machen und zum Teil auf die Anregungen und Fragen der Herrn Abgeordneten eingehen. Wenn Sie sich das durchgerechnet haben, so hat netto der Ansatz 220 eigentlich sehr bescheiden vom Ergebnis 1983 auf den Voranschlag 1985 um 8,4 Prozent zugenommen, während der Gesamthaushalt um 10,4 Prozent gestiegen ist. Und einer der Gründe ist zweifellos, daß sich die Lehrlingszahl – und ich darf darauf gleich zurückkommen – vom letzten Schuljahr auf das Schuljahr 1983/84 um immerhin 6 Prozent auf rund 30.700 Berufsschulpflichtige vermindert hat. Es ist sicher ein gutes Zeichen für die Steiermark, daß wir 1700 eingeschulte Schüler aus anderen Bundesländern haben. Die Ausbildung erfolgt in 16 Landesberufsschulen mit angeschlossenen Schülerheimen, also in Internatsschulen, in den elf Grazer Berufsschulen und in einer Bezirksberufsschule, deren Schulerhalter die Stadtgemeinde Bruck an der Mur ist. Darüber hinaus haben wir noch sechs private Berufsschulen. In diesen Schulen waren 983 Klassen, und 585 Lehrkräfte haben hier unsere Lehrlinge unterrichtet.

Ich möchte den Herrn Abgeordneten Dr. Dorfer hier besonders auf den Ansatz 2514 hinlenken, auf all die Beträge, die vom Land an die Kammer gehen, die ja dankenswerterweise die Internate mit Ausnahme der Landesberufsschule Fürstenfeld führt und somit zweifellos das Land entlastet, und es ist auch gerechtfertigt, hier Zuschüsse zu geben. Diese Zuschüsse sind aber von 1983 Ergebnis auf 1985 Voranschlag um 2,3 Millionen Schilling oder 19,6 Prozent gestiegen. Ich bedaure es auch, daß es trotz der Resolution des Hohen Landtages, die einstimmig verabschiedet war, nicht gelungen ist – und von der Abteilung her sind die Ansätze natürlich erhöht worden, aber der Herr Finanzreferent hat auf den Ansatz des Vorjahres für das Lehrlingszentrum in Graz-Sankt Peter heruntergekürzt. Wir werden uns also sehr bemühen, im nächsten Budget den Anlauf zu schaffen.

Der Herr Abgeordnete Prensberger hat sehr temperamentvoll – wenn ich seine Wortmeldung vereinfachend darstelle – gemeint, es sei ungerecht, daß die einen Betriebe ausbilden und die anderen zuzusagen den Nutzen davon hätten. Hier hat er zweifellos an die Situation zwischen Gewerbe und Industrie gedacht, und er hat daraus den Schluß gezogen – und wir haben ja hier im Land sehr lang debattiert, und ich

möchte daher diesen Aspekt nur in einer Richtung beleuchten, nämlich in der Frage „richtige Berufswahl“ beziehungsweise: „Bilden wir für morgen aus oder für die Vergangenheit?“

Und hier darf ich Ihnen meine ehrliche Überzeugung sagen, daß die Berufsschulen aus zwei Gründen viel rascher der Entwicklung folgen, als das etwa die allgemeinbildenden Schulen tun:

Der eine Grund ist, weil Unternehmer, die keine Chance mehr sehen, auch keine Lehrlinge mehr ausbilden, und man kann das ja bei der Beobachtung der einzelnen Lehrberufe sehen. Ich darf Ihnen hier, wenn Sie interessiert sind, das Studium des Berichtes über das Berufsschulwesen in der Steiermark empfehlen. Sollten Sie ihn nicht haben, die Abteilung ist gerne bereit, ihn jedem Interessierten zur Verfügung zu stellen. Da kann man sehr deutlich die Verschiebung in den Lehrberufen sehen. Es ist eben eine Tradition der dualen Ausbildung, daß das Gewerbe fast 50 Prozent, die Industrie nur 20 Prozent, der Handel wieder rund 20 Prozent, Verkehr ein Prozent, Geld- und Kreditwesen kann man vernachlässigen und der Fremdenverkehr mehr als 10 Prozent ausbilden. Der Fremdenverkehr ist der einzige Bereich mit steigenden Lehrlingszahlen. Und ich glaube nicht, wenn man nun einen Fonds einführen würde, der die Gelder gleichmäßig verteilt, daß man damit eine bessere Ausbildung pro futuro erreicht. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein Problem, über das wir sicher laufend nachdenken müssen, ist, daß für meine Begriffe die Zahl der Lehrberufe viel zu zersplittert ist, daß es zumindest notwendig ist, sie dann in der Berufsschule auf die Grundsätze etwa der Holzverarbeitung, der Metallverarbeitung und so weiter zurückzuführen, damit die Flexibilität innerhalb der Berufe größer wird. Ich glaube, man sollte darüber wirklich nachdenken und reden.

Ich möchte dann noch ein besonderes Kapitel herausgreifen, weil es dem Hohen Landtag sehr lange am Herzen liegt und wir hier aus budgetären Gründen nur sehr langsam weiterkommen. Das ist die Frage der Sportausbildung in den Berufsschulen. Über Sport ist ja von den Herren Abgeordneten viel geredet worden. Der Steiermärkische Landtag hat am 15. Dezember 1967 die Landesregierung aufgefordert, durch sportliche Einrichtungen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Lehrlinge sich sportlich betätigen können. Bei den jüngst errichteten Berufsschulen sind solche Einrichtungen in sehr großzügigem Maße bis zu Hallenbädern vorhanden, das ist Bad Radkersburg, Mitterdorf und Gleinstätten, und auch in Arnfels wurde eine Sporthalle errichtet.

Die budgetären Gründe haben uns veranlaßt, dann einen anderen Weg zu gehen. Meine Vorgänger im Amt haben das eingeleitet, und in Murau und Voitsberg haben wir uns in von den Gemeinden errichtete Sportstätten eingekauft. Das hat den Vorteil, daß diese Anlagen voll ausgelastet sind und damit das Problem der Folgekosten auf mehrere Träger bis hin zu den Vereinen verteilt wird. Wir haben nun – und das können Sie dem außerordentlichen Haushalt entnehmen – für die Planung einer Doppelturnhalle für die Grazer Berufsschulen – glaube ich – einen großen Schritt gesetzt, und ich hoffe, daß nach Überwindung einiger formaler Schwierigkeiten im Widmungsverfahren

ren und nach der gründlichen Planung und Planungsprüfung noch heuer mit dem Bau dieser Hallen begonnen wird. Und ich stehe mit dem Herrn Landesfinanzreferenten in Verhandlungen, daß wir für Fürstenfeld, Hartberg und Knittelfeld in schon bestehende Hallen – Fürstenfeld und Hartberg – uns einkaufen und in Knittelfeld dazuzahlen, daß die Stadt eine Halle errichtet. Offene Standorte für Sportstätten wären dann noch Aigen, Gleichenberg, Eibiswald, Feldbach und Mureck. Ich hoffe, daß wir im Zuge der nächsten Budgets hier mit Unterstützung und Verständnis des Hohen Landtages weiterkommen.

Wenn ich noch über Programme sprechen darf, so geht es um die Fertigstellung des Zubaus für die Schule in Gleinstätten. Auch hier haben Sie die Planungsansätze im außerordentlichen Haushalt, und ich hoffe, daß wir im Jahr 1986 nach gründlicher Planung und Planungsüberprüfung, wie das nun auch im Rechnungshofgesetz vorgesehen ist, mit diesem Zubau, der für die Lebensmittelgewerbe, Konditoren, Fleischergewerbe vorgesehen ist, unser Programm abgeschlossen haben und damit die letzte Bezirksberufsschule, nämlich Bruck an der Mur, schließen können. 1986 hoffen wir, mit dem Bau zu beginnen. Es ist also realistisch anzunehmen, 1987/88 wäre das Vorhaben vollendet, wenn die finanzielle Bedeckung gesichert ist.

Wir sind dabei, eine Novelle zum Berufsschulorganisationsgesetz einzubringen, deren wesentlicher Inhalt die Errichtung der Leistungsgruppen ist. Darüber wird der Landtag – hoffe ich – noch in der Frühjahrssession die Unterlagen zur Gesetzwerdung bekommen.

Damit möchte ich in diesem Bereich schon zum Schlusse kommen. Ich darf allen, insbesondere den Lehrern, aber auch den Lehrherren und den Lehrlingen, für ihre Arbeit danken. Eines lassen Sie mich noch sagen, weil der Kollege Preamberger meinte, daß der Unterricht zu wenig modern ist. Wenn man die Lehrlinge in der Landesberufsschule in Knittelfeld beobachtet, die an programmgesteuerten Maschinen arbeiten, dann kommen sie vielfach nach Hause in die Betriebe, auch in Industriebetriebe, und können mehr als ihre Meister, weil die mit solchen Maschinen noch nicht gearbeitet haben. Ich glaube, daß wir gerade in den Berufsschulen uns immer wieder bemühen. Hier darf ich auch die Spenden der Wirtschaft erwähnen, die oft in die Millionen gehen, damit die Berufsschulen die modernsten Geräte haben, an denen unsere jungen Lehrlinge für morgen ausgebildet werden.

Lassen Sie mich nun zum zweiten Bereich kommen, der in meine Zuständigkeit fällt, zum Jugendbeschäftigungsprogramm. Wir haben hier den Ansatz 228 mit 4 Millionen im ordentlichen Haushalt und den Ansatz 78005 im außerordentlichen Haushalt, der vom Erfolg 1983 auf den Voranschlag 1985 um 323 Prozent ausgeweitet wurde! Ich möchte nur schlagwortartig Ihnen sagen, was mit den Geldern in der Vergangenheit geschehen ist und was in Zukunft geschehen wird. Wir wissen, daß wir bei weitem nicht die Mittel haben, die etwa der Herr Sozialminister oder die Landesärämter zur Verfügung haben, aber wir wollen dort – in guter Kooperation, wir haben ja auch einen Jugendbeschäftigungsbeirat, wo der Herr Amtsdirektor Roscher den Vorsitz führt und wir immer wieder zusammenkommen und die Probleme besprechen – Impulse

setzen, wo wir glauben, daß das Regelschulwesen hinter der Zeit nachhängt.

Daher haben wir aus diesem Jugendbeschäftigungsprogramm das Elektronikcollege in Fürstenfeld finanziert. Ich weiß, daß das BFI ähnliches in Deutschlandsberg ins Leben gerufen hat. Wir finanzieren daraus die Lehrlingsausbildung der ehemaligen Eumig-Lehrlinge in Fürstenfeld. Wir haben das Elektronikcollege, ein viersemestriges College mit HTL-Reifeprüfung, in Leoben ins Leben gerufen: 31 Teilnehmer. Wir haben das Projekt Haushalts- und Kinderhilfe mit der Caritas zusammen abgewickelt, wo wir 65 Mädchen einen Arbeitsplatz, aber auch kinderreichen Familien eine Hilfe geboten haben. Wir haben, und das hat zu keiner einhelligen Zustimmung gerade bei der gewerblichen Wirtschaft geführt, 30 Lehrplätze in einer überbetrieblichen Werkstätte von Siemens in Fohnsdorf gemeinsam mit der Arbeitsmarktverwaltung gefördert, weil wir glauben, daß diese Ausbildung zukunftsfruchtig ist. Wir haben schließlich und endlich das GewerbeBORG ins Leben rufen können, wo die erste Klasse mit 28 Schülern installiert wurde. Ich glaube, daß das alles sehr positive Dinge sind, die immerhin vermerkt werden und die vom Hohen Haus Beachtung finden sollten. Wir haben schließlich bei der Lehrplatzförderung dort, wo aus formalen Gründen die Bundesförderung nicht greift, 400 Lehrlinge gefördert. Es wären noch einige kleinere Dinge anzuführen, ich möchte aber nicht die Zeit überziehen. Ich darf all den Abgeordneten, die diesen Problemen ihre Aufmerksamkeit gewidmet haben, danken und hoffe, daß es uns in gemeinsamer Arbeit gelingen wird, dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit doch den Kampf erfolgreich anzusagen. Danke schön. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Schlußwort zur Gruppe 2 erteile ich dem Herrn Landesrat Prof. Jungwirth.

Landesrat Prof. Jungwirth: Herr Präsident, Hohes Haus!

Es ist schon Tradition, daß das Schlußwort Schule, Jugend, Bildung im Steiermärkischen Landtag am Krampustag stattfindet.

Lassen Sie mich ein Wort zu den Themen sagen, die heute hier angesprochen wurden. Wir haben, wenn wir über Kindergärten und Schulen sprechen und dafür tätig sind, immer wieder den Hintergrund der sinkenden oder gesunkenen Geburtenziffern vor Augen. Wir beschäftigen uns eigentlich immer wieder mit dieser Statistik. Ich höre übrigens auch von der zuständigen Rechtsabteilung, daß in der letzten Zeit auffallend viele Ansuchen um Karenzfreistellungen von jungen Lehrerinnen kommen. Man scheint bei den Lehrerinnen zur Selbsthilfe zu greifen. Nur nützt es nicht entscheidend, denn wir kommen über das Tief der Geburtenziffern leider noch nicht hinweg. Sie wissen, daß wir in den siebziger Jahren stark abgebaut haben. Das tiefste Jahr war bisher das Jahr 1978. Da hatten wir zum ersten Mal unter 14.000 Geburten pro Jahr in der Steiermark. Dann ist es wieder ein bißchen hinaufgestiegen. Letztes Jahr wiederum etwas weniger. Immer zwischen 14.000 und 15.000, und die Hochrechnungen für dieses Jahr schauen so aus, daß wir bei Jahresende vermutlich wieder unter 14.000 sein werden. Also so gesehen wird es kein gutes Jahr sein. Trotzdem ist das

Interesse der Öffentlichkeit an den Kindergärten stark geblieben. Wenn man bedenkt, daß diese Geburtenziffern tief liegen und eher gesunken sind, ist es interessant zu beobachten, daß in diesem Jahr rund 400 Kinder mehr in den steirischen Kindergärten einen Kindergartenplatz gefunden haben. Wir halten derzeit bei 20.500 Kindern in 500 Kindergärten, für die 950 Kindergärtnerinnen tätig sind. Immer wiederum muß man sagen, daß der Kindergarten nicht der Ersatz für das Zuhause und die Familie sein kann und sein will, sondern ihre Ergänzung. Wir können behaupten, daß in der Steiermark in diesen Kindergärten wirklich ausgezeichnet gearbeitet wird. Die meistens jungen Kräfte haben wirklich etwas gelernt, sind mit Herz und Seele dabei, und die Kleinen sind bei ihnen sehr gut aufgehoben. Es ist daher eine verständliche Forderung seit einiger Zeit, daß die Kindergärtnerinnen um eine einheitliche Regelung ihrer dienstlichen Verpflichtungen immer wieder vorstellig geworden sind. Es hat nun die Rechtsabteilung 13 einen Entwurf ausgearbeitet und das Anhörungsverfahren durchgeführt. Der Entwurf liegt in der Landesregierung zur Beschlußfassung vor und wird sehr bald ins Hohe Haus kommen. Wir werden bei der Behandlung dieses Themas nicht um zwei Probleme herumkommen, nämlich erstens, daß wir die Kindergärtnerinnen an privaten Kindergärten damit nicht erreichen, denn wir können als Land nur das Dienstrecht von Kindergärtnerinnen an Gemeinde- und Landeskindergärten regeln, also rund ein Drittel der Kindergärtnerinnen wird davon nicht erfaßt werden. Für sie wird eine solche Regelung höchstens eine Empfehlung sein können. Das zweite Problem wird wahrscheinlich aus der Sonderstellung der Stadt Graz kommen, und es werden die Verhandlungen zeigen, wie wir es lösen können. Ich hoffe jedenfalls auf ein gutes Klima und auf ein gutes Resultat, denn die Bediensteten in unseren Kindergärten in der Steiermark würden es wirklich verdienen.

Die Kindergartenbeihilfe wird angehoben. Das ist schon angezogen worden. Wir haben über einen solchen ersten Schritt mit dem Landesfinanzreferenten verhandelt, und das Resultat liegt im Budget. Es liegt also keine Verschwörung vor, wie der Kollege Ofner gemeint hat, sondern im Rahmen der budgetären Möglichkeiten wird eine solche Anhebung auf eine Höchstgrenze von 450 Schilling pro Monat durch Verordnung erfolgen, wobei auch die Einkommensgrenzen hinaufgesetzt werden. Diese Erhöhung kommt natürlich indirekt den Erhaltern zugute, den Gemeinden und vor allem auch den Privaten, die sich oft in dieser Hinsicht sehr schwer tun. Es wird Sie vielleicht interessieren, meine Damen und Herren, wie die Leistungen des Landes für die Kindergärten, umgelegt auf die Einwohnerzahl, aussehen. Es könnte ja der Eindruck entstehen, daß man hier sehr viel Geld sozusagen beim Fenster hinauswirft. Nun haben wir einen Vergleich mit allen Bundesländern einholen lassen, der sehr interessant aussieht. Die Zahlen über Kärnten sind nicht ganz transparent, weil sie im Budget offenbar anders ausgewiesen sind, und ich schließe dieses Bundesland deswegen aus Informationsmangel aus. Es kommt dann die Gruppe, in der auch schon die Steiermark ist, nämlich zusammen mit der Steiermark das Burgenland, Salzburg und Tirol. Diese vier Bundesländer liegen bei einer Leistung zwischen 110 und 120 Schilling pro Einwohner und Budgetjahr für die

Kindergärten im Rahmen der Landesförderung. Wir liegen in der Steiermark bei 111 Schilling. Die anderen Bundesländer steigen da schon höher hinauf: Vorarlberg hat 167 Schilling pro Kopf und Budgetjahr, Oberösterreich 172 Schilling, Niederösterreich liegt wesentlich höher, nämlich bei 350 Schilling pro Kopf der Bevölkerung, und den Vogel schießt natürlich wieder einmal die arme Stadt Wien und das arme Bundesland Wien ab – da hat man ja wirklich manchesmal im Vergleich den Eindruck, daß sich die Relationen ungeheuer ausmachen –, welches pro Kopf der Bevölkerung und pro Jahr 777 Schilling auf dieser Budgetpost ausgibt, das heißt, genau siebenmal soviel wie die Steiermark.

Die Frage der Beihilfen wurde auch vom Herrn Abgeordneten Ofner angeschnitten, und auch hier muß ich Sie bitten, kein künstliches Feindbild aufzubauen. Wir sind selbstverständlich daran interessiert, die höchstmögliche Gerechtigkeit walten zu lassen, und das Problem ist – und das ist nicht neu – eben der Einkommensbegriff in steuerlicher Hinsicht. Wir stehen mit unseren Beihilfen vor genau derselben Frage wie der Bund beispielsweise bei den Studienbeihilfen, und wir haben uns sehr wohl bemüht, auch im Zusammenwirken mit der Finanzverwaltung und auch mit der Rechtsabteilung 10 hier Wege zu finden, und sind immer wiederum dazu gekommen, daß die gesetzlich vorgesehenen und selbstverständlich gesetzlich abgesicherten eben die einzige Möglichkeit und die einzige Grundlage sind, hier die Berechnungsgrundlagen für die Kindergartenbeihilfen zu erstellen. Sollte irgendein Lösungsvorschlag von irgendeiner Seite auftauchen, der vielleicht noch mehr nach Gerechtigkeit aussieht, dann sind wir die ersten, die bereit sind, darauf einzusteigen. Aber bitte sehr, wir bewegen uns ja im Rahmen der Gesetze, und wenn es nicht paßt, dann müßte man Steuergesetze ändern. Aber das können wir nicht, das ist ja nicht in unserem Ermessen und in unserer Kompetenz. Jedenfalls halten wir fest, daß wir ja mit der Einführung der Beihilfe die Subjektförderung eingeführt haben und gerade damit Gerechtigkeit zu schaffen versucht haben, und wir werden auch in Zukunft alles daransetzen, diese Gerechtigkeit soweit wie möglich zu erreichen.

Über die Schulen ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, was die Ziffern betrifft, nichts wesentlich Neues zu sagen. Auch hier gilt natürlich, daß die Talfahrt in den Geburtenziffern sich auswirkt. Wir haben in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr an allen Pflichtschulen zusammengerechnet um 5.553 Schüler und Schülerinnen in der Steiermark weniger. Wir führen zusammen mit dem Landesschulrat eine Unzahl von Trapezkunststücken auf, um Klassen zu erhalten, um Lehrer zu erhalten, um den Schulen, den Schülern und den Lehrern entgegenzukommen, aber können natürlich auch nicht die letzten Wunder wirken. Wir haben daher auch in diesem Schuljahr gegenüber dem abgelaufenen um 117 Schulklassen in der Steiermark weniger. Die Zahl der Landeslehrer ist seit vier Jahren fast unverändert, sie liegt in diesem Schuljahr bei 11.310. Daß es Stellensuchende und Studierende an den pädagogischen Akademien gibt, hat der Herr Abgeordnete DDr. Steiner schon ausgeführt. Ich erspare es mir, seine Zahlen zu wiederholen, sie haben leider gestimmt. Im Lichte dieser Situation bleibt es

immer wiederum auch für mich nicht verständlich, daß die Teilzeitbeschäftigung für die Pflichtschullehrer genauso natürlich wie für die AHS-Lehrer bisher in Österreich nicht möglich geworden ist. Wir haben ja seit September 1984 ein neues Landeslehrer-Dienstrecht und mit diesem Dienstrecht – und das ist ein Bundesgesetz – leider keine Möglichkeit, für die sogenannten literarischen Lehrer an den Pflichtschulen die Teilzeitbeschäftigung einzuführen. Wir wissen, daß das Interesse dafür groß ist, besonders bei jüngeren Frauen, die Kinder haben, die Familie haben und die daran interessiert wären, zum Teil wiederum in den Beruf zurückzukehren oder zum Teil im Beruf zu verbleiben. Es hat ja auch der ehemalige Unterrichtsminister Dr. Zilk in seiner letzten – ich glaube, es war die letzte – Pressekonferenz als Minister sehr spontan auf diese Frage reagiert und angekündigt, er werde das selbstverständlich über sein Ministerium im Verordnungswege regeln lassen, und hat sich belehren lassen müssen am nächsten Tag, daß die gesetzlichen Voraussetzungen leider einfach nicht da sind. Das ist wirklich auf die Dauer nicht zu verstehen, ganz im Sinne der Brücke, von der die Frau Präsident Klasnic heute schon gesprochen hat, die wir doch bauen müssen und immer wiederum suchen müssen zwischen denen, die Arbeit haben, und denen, die keine haben.

Was die Schulen betrifft und die Diskussion rundherum, werde ich mich nicht auf die vielen Strukturfragen und ähnliche Probleme, die heute schon angeschnitten worden sind, einlassen. Ich glaube, wir haben uns eigentlich, was die Schulen betrifft, in Wahrheit immer wiederum nur ein Thema vorzunehmen, nämlich ihr Innenleben. Und ich frage mich in dieser Beziehung manchesmal, ob wir in Österreich mit unserer Schuldiskussion nicht wirklich total danebenliegen und auf dem falschen Dampfer sind.

Es ist heute schon von einer Zeitenwende gesprochen worden, und ist es nicht so, daß wir in Österreich und vielleicht überhaupt ein wenig die Europäer in Gefahr sind, diese Wende zu übersehen? Wir gefallen uns zu leicht in einem modischen Pessimismus, in einer sehr ängstlichen und kleinkarierten Schau der Dinge, wir suchen, ja wir erfinden geradezu die Katastrophen und bejammern uns sehr gerne selbst. Wenn man etwas über die Grenzen des Landes hinauskommt und sieht, wie anderswo die Menschen mit unglaublich vielen Problemen belastet leben und dynamisch in die Zukunft hinein leben, in den jungen Nationen dieser Welt, dann wird man doch etwas nachdenklich. Es gibt so viele Aufsteigerationen. So wie wir in unserer Gesellschaft von sozialen Aufsteigern sprechen, vom armen Bergbauernbuben im Graben, der in der Schule ganz besonders gut lernt, weil er unheimlich motiviert ist – wie die Pädagogik heute sagt –, gilt das ja für ganze Nationen, bitte sehr. Und wenn man sieht, wie sich diese Asiaten – und nicht nur die Japaner, sondern auch die Ost- und Südasiaten – mit neuen Techniken auseinandersetzen und diese einfach zu ihrer Sache machen und da ein neuer Wirtschaftsraum entsteht und man auch den Eindruck haben kann, daß irgendwo die Kraftfelder vom atlantischen Raum vielleicht langsam, aber sicher in den pazifischen Raum hinüber wegschwimmen, dann muß man sich dessen doch bewußt werden und sich die Frage stellen: „Muß

das so sein?“ Es scheint doch so, daß – ich möchte sagen – geistige Gärung und industrielle Gärung in diesen neuen Ländern unheimlich stark geworden sind, und das reicht von der Befassung mit dem Mikroprozessor bis zur Theologie der Befreiung in den lateinamerikanischen Ländern. Die Gärungen sind derzeit anderswo. Sie sind viel weniger bei uns in Europa vorhanden, und das stimmt mich immer wieder nachdenklich. Denn das ist eine Herausforderung für uns und die jungen Menschen, und die Schule ist dazu da, den jungen Menschen zu helfen, die Herausforderung der Welt zu bewältigen. Das heißt mit anderen Worten, daß wir Leute brauchen, die Phantasie haben, die neugierig sind, die lernen wollen, die aktiv leben wollen, die auch sozial eingestellt sind. Das müßten die Themen sein, die auf der Tagesordnung sein sollten, wenn es um die Schulen in Österreich heute und in der Zukunft geht. Ich glaube, daß in dieser Hinsicht die Bildungsdiskussion und die Schuldiskussion wiederum neu aufgenommen werden müßte, damit wir nicht eines Tages die Donau hinunterschwimmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche, weil es sehr spät ist, nicht mehr über die außerschulische Jugendarbeit und die Erwachsenenbildung, die auch einzelne von Ihnen angeschnitten haben. Ich glaube, wir sind uns darüber einig, daß das äußerst wichtige Arbeitsgebiete sind, die ihre Probleme haben, aber es sind heute keine unlösbaren hier aufs Tapet gekommen mit Ausnahme der Tatsache, daß natürlich immer mehr Geld gewünscht wird, als vorhanden ist, aber das ist ja nichts Neues.

Ich möchte zu einem Schluß und zu einem Dank überleiten für viele Männer und Frauen, die bei uns im ganzen Land tätig sind für Kinder und für junge Menschen, sei es in unseren Kindergärten, sei es an unseren Schulen, sei es in Jugendgruppen, sei es in Bildungseinrichtungen. Sie alle wirken für die Zukunft der Steiermark. Und ich danke auch meinen unmittelbaren Mitarbeitern in der zuständigen Rechtsabteilung 6, dem Hofrat Dattinger, dem Landesjugendreferat unter Dr. Rajakovics, speziell, wenn es um Schulen und Kindergärten geht, natürlich der Rechtsabteilung 13 mit Hofrat Urabic und bei den Kindergärten auch ganz speziell dem ORR Dr. Emberger. Vielen Dank für unzählige Verwaltungsschritte und Akte, die sicherlich oft sehr papierern, sehr grau und sehr langweilig sein können, hinter denen aber wiederum Menschen von Fleisch und Blut stecken. Das wird bei uns nicht vergessen. Dafür danke ich, und das soll auch in Zukunft bei uns nicht vergessen sein. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Gruppe 2 mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Prof. Dr. Eichinger: Ich bitte um die Annahme meines Antrages.

Präsident: Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 einverstanden sind, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Die Gruppe 2 ist somit einstimmig angenommen.

Wir unterbrechen nun die Sitzung, sie wird morgen um 8.30 Uhr fortgesetzt. (Unterbrechung um 21.45 Uhr. Wiederaufnahme der Sitzung am 6. Dezember 1984 um 8.30 Uhr.)

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir kommen zur Gruppe 3, „Kunst, Kultur, Kultus“. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe die Ehre, gemeinsam mit dem Herrn Präsidenten die Österreichische Volkspartei vorläufig zu repräsentieren. (Beifall bei der SPÖ.) Als Berichterstatter der Gruppe 3 stelle ich fest, daß diese Gruppe Kunst, Kultur und Kultus umfaßt und aus sechs wesentlichen Ansätzen besteht. Und zwar aus den Ansätzen Musik und darstellende Kunst, Schrifttum und Sprache, Museen und sonstige Sammlungen, sonstige Kunstpflege, Heimatpflege, Rundfunk, Presse und Film. Die Einnahmen machen für 1985 11,197.000 Schilling aus, das ist um 1,8 Millionen weniger als im Budget 1984. Die Ausgaben sind mit 357,812.000 Schilling präliminiert. Das sind allerdings um 18,7 Millionen mehr als im Jahre 1984. Das sind die Ansätze des ordentlichen Haushaltes, und ich darf Sie bitten, die Gruppe 3 Kunst, Kultur und Kultus anzunehmen.

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Sehr geehrter Herr Präsident, werde Damen und Herren!

(Abg. Dr. Strenitz: „Herr Präsident, zur Geschäftsordnung: Wir sind nicht einmal beschlußfähig! Es ist sinnlos, eine Diskussion fortzusetzen!“ – Präsident Komm.-Rat Feldgrill: „Herr Abgeordneter, ich habe die Sitzung um 8.30 Uhr angesetzt und eröffnet und dem Berichterstatter sowie dem ersten Redner das Wort erteilt. In der Zwischenzeit, bis zur Abstimmung, werden die Herren sicher hier sein, damit wir abstimmungsfähig sind. Ich brauche in dieser Frage keine Belehrungen! Bitte sehr, fahren Sie fort, Herr Abgeordneter!“) Wir sind nicht beschlußfähig. Es fehlt ein Großteil der Abgeordneten, vor allem der ÖVP, aber ich möchte trotzdem anführen, warum wir Freiheitlichen dieser Gruppe nicht unsere Zustimmung geben.

Wir lehnen deswegen ab, weil sich der Schuldenstand des Landes in den letzten Jahren dramatisch erhöht hat, weil er sich seit dem Jahre 1980 von 5,746 Millionen im Jahre 1983 praktisch verdoppelt hat. Wir werden deswegen ablehnen, aber nicht deswegen, weil einige Dinge geschehen sind, die gut waren, sondern weil wir meinen, daß es der Mehrheit nicht abgenommen werden darf zu sagen, wo sie einsparen will. Ich melde mich gerade zur Gruppe 3 immer sehr gerne, weil in dieser Gruppe die Blasmusikkapellen sind und gefördert werden. Ich nehme an, daß die Wertschätzung der Leistungen der Blasmusik in diesem Hause mitunter auch darauf zurückzuführen ist. Die Wertschätzung der Leistungen der Blasmusik ist leider nicht immer gegeben, und gerade im vergangenen Sommer mußte ich mit Erschrecken feststellen, daß man der Blasmusik ganz übel mitgespielt hat. Ich kann mir vorstellen, daß die Blasmusik für einen sehr

feinfühligem Menschen nicht unbedingt der erstrebenswerte Ohrenschaus ist, aber daß man die Blasmusik in einem Artikel als „eine Gruppe von lärmenden Menschen“ hinstellt, bei deren musikalischem Einsatz die Würstel im Häfen hupfen, und den Akteuren unterstellt, daß für sie das Krügl Bier das wichtigste sei. Diese Beurteilung hat unsere Blasmusik in unserer steirischen Heimat nicht verdient. Diese Beurteilung haben 14.000 steirische Idealisten nicht verdient. (Landesrat Dr. Heidinger: „Freie Meinungsäußerung!“) In einem Zeitungsartikel! Die Zeit der alten Biermusik ist sicherlich vorbei, und sie gehört schon lange der Vergangenheit an. Die steirische Blasmusik ist heute nicht nur Kulturträger und Traditionserhalter in den Gemeinden, sondern auch ein Forum für unsere Jugend, das Erkennen und Anerkennen von Organisationsstrukturen, das Einfügen in eine Gruppe, das Anerkennen von Autorität und das Erkennen, daß nur mit einem Miteinander und nicht mit einem Gegeneinander gemeinschaftlich musiziert werden kann. Ich meine, die Blasmusik ist eine Schule der Demokratie und des Demokratieverständnisses, mit einem Wort, die steirische Blasmusik garantiert, daß man Gemeinschaft erleben kann, bei der die Kameradschaft untereinander und die Liebe zur Musik und zu unserer Heimat Steiermark im Vordergrund stehen. Wer einmal so wie ich im September 1984 mit meiner Musikkapelle die Steiermark und Österreich beim Oktoberfest „Trachten- und Schützenzug“ in München vertreten hat und miterleben durfte, weiß, welchen beachtlichen Stellenwert dort die Blasmusik im öffentlichen Leben einnimmt. Dorthin wäre es schön, wenn wir auch kommen könnten. Für uns Freiheitliche haben die steirische Blasmusik wie auch die Pflege des steirischen Liedgutes in der gesamten Kulturarbeit einen sehr hohen Stellenwert. Ich möchte auch anmerken, ein größeres Augenmerk wäre wieder auf das Erlernen von Volksliedern in den Volksschulen zu legen. In manchen wird ja vor lauter modern sein wollen auf das steirische Volkslied vergessen.

Aber nun ein Wort zum Steiermärkischen Kulturförderungsgesetz, das nun im Entwurf vorliegt und dessen Inhalt in den einzelnen Klubs derzeit diskutiert wird. Lassen Sie mich auf die wesentlichen Bestimmungen dieses Gesetzes eingehen. Aus der Definition des Förderungsbereiches geht hervor, daß das Land Steiermark als Träger von Privatrechten die in der Steiermark oder in besonderer Beziehung zur Steiermark ausgeübte kulturelle Tätigkeit unter der Wahrung der Unabhängigkeit, Freiheit und Vielfalt zu fördern hat, soweit dies im Interesse des Landes und seiner Bevölkerung liegt. Es wird dann formuliert, was unter kultureller Tätigkeit zu verstehen ist und wo die Schwerpunkte der kulturellen Förderung liegen sollen. Im Paragraph 2 wird verankert, daß auf Förderungen kein Rechtsanspruch besteht, was ja gewissermaßen im Widerspruch zum Paragraph 1 steht, wo es heißt, daß das Land zu fördern hat. Wenn es dann im Paragraph 2 Absatz 2 heißt, daß die Förderung nach Maßgabe der im Landesvoranschlag vorgesehenen Mittel unter Beachtung der Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit zu erfolgen hat, so leuchtet mir nicht ein, was im Bereich der Kultur unter Zweckmäßigkeit zu verstehen ist. Es wird dann im Paragraph 3 Absatz 1 fakultativ aufgezählt, durch welche Maßnahmen eine Förderung möglich ist. Unserer Auffassung nach sollte

es sich hier aber um eine taxative Aufzählung handeln. Problematisch scheint uns jene Bestimmung, die vorsieht, daß es für besondere Förderungen des Landes grundsätzliche Beschlüsse der Steiermärkischen Landesregierung oder Vereinbarungen des Landes Steiermark gibt. Die bereits bestehenden Beschlüsse und Vereinbarungen sollen durch dieses Gesetz anerkannt werden. Vor allem, was die Wirkung für die Zukunft betrifft, haben wir hier verfassungsrechtliche Bedenken. Es wird dann weiter verankert, daß bei der Errichtung von Hochbauten des Landes mindestens ein Prozent der tatsächlichen Baukosten für die künstlerische Ausgestaltung zu verwenden ist. Sinngemäß soll diese Regelung auch – man höre und staune – bei Bauten der Spitalsholding, die es bis jetzt aber überhaupt nicht gibt oder noch nicht gibt, angewendet werden. Weiters ist vorgesehen, daß für Einrichtungen von landesweiter Bedeutung für das Kulturleben zur Sicherung ihres Bestandes und ihrer Tätigkeit neben einer Förderung ein Sockelbetrag zu den laufenden Kosten gewährt werden kann. In diesem Zusammenhang stellen wir die Frage, warum man sich auf einen Sockelbetrag festlegen will. Weiters: Eine Förderung darf nur gewährt werden, wenn die Personen oder Einrichtungen in der Lage sind, mit der Unterstützung des Landes das angegebene Förderungsvorhaben bestmöglich durchzuführen und damit den Förderungszweck zu erreichen. Hierzu sind sowohl die fachlichen als auch die finanziellen Voraussetzungen des Förderungswerbers zu überprüfen. In diesem Zusammenhang möchte ich die Frage stellen, was unter fachlichen Voraussetzungen verstanden werden kann. Auch dieses Gesetz sieht, wie in vielen anderen Bereichen, die Einführung eines Beirates vor. Als Aufgabe dieses Landeskulturbeirates wird schlicht und einfach die Beratung in grundsätzlichen Fragen der Kulturförderung angeführt. Dies scheint uns Freiheitlichen zu global, weshalb wir für eine Aufzählung dieser Agenden des Kulturförderungbeirates plädieren. Unserer Auffassung nach wäre es wichtig, diesen Beirat vor der Gewährung einer Förderung zu hören. Ihm lediglich ein nachträgliches Anhörungsrecht einzuräumen, würde diesem Beirat seine Daseinsberechtigung absprechen. Wir möchten auch in diesem Zusammenhang unsere schon mehrmals aufgestellte Forderung, daß diesem Beirat keine aktiven Mandatare angehören sollten, deponieren.

Es werden dann eine Reihe von Preisen, wie Musikpreis, Literaturpreis, Architekturpreis und so weiter, aufgezählt, deren Verleihung durch die Landesregierung erfolgt. Diesbezügliche Verleihungsvorschläge sind dem Landeskulturbeirat zur Stellungnahme zuzuleiten. Nicht gesagt wird, wer diese Vorschläge erstatten kann. Für besondere Verdienste um die Entwicklung des Kulturlebens in der Steiermark verleiht die Landesregierung die Erzherzog-Johann-Medaille für kulturelle Leistungen. Vorschläge auf Verleihung dieser Medaille werden vom Landeskulturbeirat erstattet.

Es ist weiters vorgesehen, daß die Landesregierung dem Steiermärkischen Landtag alljährlich einen zusammenfassenden Bericht über die getätigten Förderungsmaßnahmen vorzulegen hat. Außerdem soll durch dieses Gesetz der „Joanneumsfonds“ eingerichtet werden, zur Sicherung des Verbleibes wertvollen Kulturgutes im Lande. Dieser Fonds soll mit öffent-

lichen Mitteln und privaten Spenden gespeist werden. Über den Stand und die Gebarung des Fonds ist im Kulturbericht zu berichten. Jedenfalls erscheint uns Freiheitlichen dieses Kulturförderungsgesetz oder, dieser Vorschlag nicht ganz ausgereift zu sein. Wir werden ja sehen, was die laufenden Verhandlungen noch bringen werden.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Wort zum Mahnmahl. Der falsche Eindruck um die Errichtung dieses Mahnmahls zur 50. Wiederkehr des verhängnisvollen Jahres 1934 soll ein wenig korrigiert werden. Wir Freiheitlichen haben nichts gegen das Kunstwerk selbst, das vielleicht die Zeiger einer Uhr zeigt, die auf fünf vor zwölf steht, oder, wie andere auch sagen, zwei niedergehende Bahnschranken darstellt. Das kann sich jeder aussuchen, das ist jedem seine Sache.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich meine nur, daß die Zeit der Bilderstürmer, deren Image man uns anhängen will, schon lange vorbei ist. Vor allem wollen das aber einige in den alten Parteien nicht wahrhaben, die anscheinend noch immer in der Vergangenheit verstrickt sind und dies nicht wahrhaben wollen. Wir haben immer gesagt, ein Mahnmahl um 5 Millionen Schilling öffentlicher Gelder ist für uns Freiheitliche in Zeiten wie diesen nicht gerechtfertigt, ein Zeichen und ein Beispiel von politischem Realitätsverlust. Die Beurteilung dieses Mahnmahls und dessen Aufstellung durch den Landeshauptmann fand wohl unter dem Blickwinkel einer verstellten Wasserwaage statt. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Bitte, ich habe das nicht verstanden!“) Ich meine, daß die Beurteilung und die Genehmigung zur Aufstellung dieses Mahnmahls unter dem Blickwinkel einer verstellten Wasserwaage stattgefunden hat. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ich komme einfach nicht mit, sagen Sie das noch einmal!“) Lieber Eichinger, ich habe schon gemerkt, du kommst öfters nicht mit! (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Herr Kollege, ich will Sie nicht provozieren, aber weil Sie mich angesprochen haben: Es wäre Ihnen gut angestanden, wenn Sie dortgewesen wären, denn die Absicht war eine reine. Die Herren, die von Ihrer Seite in den Ausschuß delegiert wurden, waren im übrigen dort. Es ist Ihre Sache, das zu beurteilen, aber Sie sollten nicht von verstellten Wasserwaagen reden. Das bleibt Ihnen unbenommen, wir aber haben es anders gemeint!“ – Abg. Mag. Rader: „Wir sind mit den Kosten nie konfrontiert worden!“ – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Sie sind mit den Kosten konfrontiert worden, und Sie wissen, daß 4 Millionen allein auf die Ausführung gegangen sind und 30 Arbeiter der Maschinenfabrik Andritz viele Wochen mit Begeisterung daran gebaut haben!“ – Abg. Mag. Rader: „Das ist eine Schutzbehauptung!“ – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das ist keine Schutzbehauptung, wenn Sie wollen, gebe ich Ihnen die Rechnung!“) Lieber Herr Landeshauptmann, ich will hier nicht die Problematik um die Gedenktafel anziehen, wo hier wirklich einiges zu sagen wäre, wobei auch einige Herren Ihrer Gesinnungsgemeinschaft anscheinend die Vergangenheit noch nicht bewältigt haben. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das ist ungeheuerlich! Es steht Ihnen schlecht an, solche Aussagen zu machen!“) Wenn die öffentliche Hand die Aufgabe eines Mäzens übernimmt, dann hat sie, weil sie ja demokratisch kontrol-

liert ist, zusätzliche Aspekte zu beachten, die ein privater Mäzen nicht hat. Nämlich die Chancengleichheit für die Künstler und ein Mindestmaß an demokratischer Akzeptanz. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Im übrigen haben Sie zugestimmt. Sie sind umgefallen, wie schon so oft auch andere Herren Ihrer Partei umgefallen sind!“) Das ist sicherlich unrichtig, Herr Landeshauptmann! (Abg. Dr. Maitz: „Demokratieunterricht müssen wir uns nicht geben lassen!“) Wir meinen, daß gerade hier in der Förderung der Kultur es notwendig ist, daß die Chancengleichheit für die Künstler und ein Mindestmaß an demokratischer Akzeptanz Voraussetzung ist, daß wir hier in der Zukunft diesem Kapitel zustimmen werden können. Wir werden diesem Kapitel nicht unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kirner. Ich erteile es ihm.

Abg. Kirner: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Wenn ich im Vorjahr am Ende meiner Ausführungen zur Gruppe 3 auf die im heurigen Jahr aus Anlaß der 50. Wiederkehr der Februar-Ereignisse 1934 geplante Wanderausstellung „Für Freiheit, Arbeit und Recht“ und auf die wissenschaftlichen begleitenden Arbeiten hinwies und die Einladung hier im Hohen Haus zum Besuch dieser Ausstellung aussprach, so möchte ich, wie unser Landesfinanzreferent, der seine beachtenswerte Budgetrede mit diesem Gedenkjahr einleitete, ebenfalls mit diesem Schicksalsjahr beginnen. Am Freitag wird in Fürstenfeld als letzte Station diese Ausstellung eröffnet werden. Damit schließt sich der Kreis der am 12. Jänner in Leoben durch unseren 1. Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross mit einer überaus eindrucksvollen Gedenkrede eröffneten Wanderausstellung, mit der die ganze Steiermark ein Jahr lang befaßt und zum Nachdenken eingeladen war, damit sich derartige Ereignisse niemals wiederholen mögen. Ich bin der gleichen Meinung wie Herr Landesrat Dr. Klausner, der sagte, daß sicherlich zuwenig Menschen erreicht wurden und daß manche sich nicht „stören lassen wollten“. Aber es waren bis zur Jahreshälfte über 16.000 junge Menschen, so wie sie hier im Hohen Haus rückwärts sitzen, die mit dieser Ausstellung und mit den Geschehnissen der damaligen Zeit konfrontiert wurden, und ihre betroffenen Aussagen sind mehr als erschütternd. Das sollte uns zu denken geben, und die Richtigkeit der Bemühungen für diese Ausstellung findet eigentlich allein schon darin eine Bestätigung. Dies sollte eigentlich auch Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura, wenn er über die Errichtung des Grazer Mahnmals spricht, bedenken.

Ich möchte von dieser Stelle aus vielen, vielen danken, die ehrenamtlich mitgeholfen haben, aber auch jenen, die unsere ehrliche Absicht anerkannten und über alle Partei- und konfessionellen Grenzen hinweg bei den jeweiligen Eröffnungen anwesend waren beziehungsweise die Ausstellung besuchten, sich an Seminaren und Symposien beteiligten oder darüber berichteten. Die steirische Kulturinitiative war mit einem umfangreichen und inhaltlich abgestimmten Rahmenprogramm ein wertvoller Partner, wofür ich ebenfalls herzlichen Dank sagen möchte.

Hohes Haus! Über die erfolgreiche, sehenswerte und eindrucksvolle Landesausstellung „Erz und Eisen in der Grünen Mark“ in Eisenerz möchte ich neben meiner Freude auch die Tatsache festhalten, daß auch das umfangreiche Rahmenprogramm besonders bemerkenswert war und es für viele Auswärtige fast erforderlich gewesen wäre, ihren Wohnsitz nach Eisenerz zu verlegen.

Zwei Veranstaltungen möchte ich aus meiner Sicht herausheben. Es war dies nach 16jähriger Pause, wozu finanzielle Sorgen die Ursache waren, das eindrucksvolle Treffen der Österreichischen Arbeitersänger Steiermarks am 23. und 24. Juni in Eisenerz. 30 Chöre gaben sich ein melodienreiches Stelldichein und bewiesen an zwei Tagen überaus eindrucksvoll, daß sie als Pioniere der Arbeiterbildungsorganisation eine nicht zu übersehende und nicht zu überhörende kulturelle Kraft in unserem Lande darstellen und sie es sich sicherlich verdienen würden, auch seitens des Landes eine höhere Subvention zu erhalten. Als zweite Veranstaltung nenne ich die von der Gesellschaft für Kulturpolitik durchgeführten Österreichischen Kulturkontakte 84 mit dem Motto „Arbeit – Freizeit – Kultur“, kurz vor Beendigung der Ausstellung. Neben vielen bedeutsamen Diskussionsbeiträgen, Anregungen, Forderungen und kulturellen Zielsetzungen und Strategien für die Zukunft ist sicherlich die Zusage des Kuratoriumsvorsitzenden, Bundesminister Karl Blecha, sich beim Ministerrat dafür einzusetzen, daß das größte Freilichtmuseum unserer Republik, die „Steirische Eisenstraße“, auch im Europarat Beachtung, Anerkennung und Unterstützung findet, besonders hervorzuheben. (Beifall bei der SPÖ.)

Inzwischen ist auch vom Herrn Außenminister Leopold Gratz die Zusage seiner diesbezüglichen Unterstützung bereits schriftlich eingetroffen.

Aber nun auch eine kritische Bemerkung zur Vorgangsweise bei der Vergabe der jeweiligen Landesausstellung. Bisher war es nur ein einziges Mal möglich, daß sich der Volksbildungs-Ausschuß und das Hohe Haus mit einer so bedeutsamen – auch finanziell bedeutsamen – kulturellen Veranstaltung, wie es eine Landesausstellung nun einmal ist, befassen konnte, nämlich bei dieser von mir genannten Eisenerzer Landesausstellung. Aber nun scheint es wieder damit vorbei zu sein, denn schon im März 1983 konnte man aus einer Zeitung entnehmen: „Auch die Landesausstellung 1986 ist fix. Sie“ – gemeint war mit Name und Bild Andrea Herberstein – „hat die Landesausstellung 1986 im Schloß Herberstein durchgesetzt.“ Ich gratuliere natürlich der charmanten Dame für ihr Durchsetzungsvermögen sehr herzlich und wünsche auch dieser Ausstellung viel Erfolg, nur bin ich halt persönlich der Meinung, wenn es schon für verschiedene Landesauszeichnungen eine eigene Jury, ein eigenes Kuratorium und Preisausschüsse für einen Betrag von 50.000 Schilling gibt, dann sollte man eigentlich für diese Millionenbeiträge einer Landesausstellung den Volksbildungs-Ausschuß und auch das Hohe Haus damit befassen. (Beifall bei der SPÖ.) Denn ich meine halt auch, Demokratisierung des Kulturlebens im Sinne von Bert Brecht heiße: „Aus einem kleinen Kreis der Kenner einen großen Kreis der Kenner machen.“ (Abg. Pörtl: „Glaubst du nicht, daß das in der Oststeiermark notwendig ist?“) Da gibt es überhaupt keine

Frage, das ist unbestritten. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Kleinlich warst du trotzdem!“) Das ist überhaupt keine Frage über die Bedeutung des neuen Ausstellungsortes. Mir geht es nur um die Beurteilung auch hier in diesem Haus oder auch im Volksbildungs-Ausschuß. Vielleicht deshalb, weil ich auch im Volksbildungs-Ausschuß bin. Wir freuen uns, und wir werden auch sicherlich gerne dorthin kommen. Das ist – glaube ich – unbestritten.

Meine Damen und Herren! Aus der Budgetrede unseres Finanzreferenten war unter anderem auch zu entnehmen, daß die Beratung über das vom Theaterausschuß bereits genehmigte neue Übereinkommen zwischen dem Land Steiermark und dem Grazer Philharmonischen Orchester sich deshalb verzögere, da es auf seiten des Landes nicht gelingt, die Frage des Kostenteilungsschlüssels zu klären. Ich bedaure dies ebenfalls sehr, da eine so wichtige Entscheidung unnötig hinausgeschoben wird.

Erfreulich ist sicherlich die Tatsache, daß das Opernhaus am 12. Jänner kommenden Jahres wiederum die Tore öffnen kann und daß es auch viel Privatinitiativen für eine Ausstattung des Zuschauerraumes gegeben hat. Im Zuge dieses sicherlich erfreulichen und überaus bedeutsamen kulturellen Ereignisses zu Beginn des neuen Jahres sollte man aber dennoch nicht auf das älteste, baulich erhalten gebliebene und noch bespielte Theater Österreichs, auf das Stadttheater Leoben, vergessen, das heuer 194 Jahre jung geblieben ist und sicherlich einen Anspruch und ein Anrecht auf eine höhere Zuwendung seitens des Landes hätte, wie auch viele andere Laienspiel- und Theatergruppen oder auch die Märchenbühne Leoben, die unsere steirische Landschaft beleben. Man sollte auch hier für diesen bedeutenden Musentempel in der größten Stadt der Steiermark in der obersteirischen Region und für die von mir genannten einzelnen Gruppen mehr finanzielle Aufgeschlossenheit zeigen und sich nicht nur bei notwendigen Mittelaufbringungen an die Steuerzahler erinnern. In diesem Zusammenhang möchte ich etwa auch auf die ungleich hohe Zuschußleistung des Landes für den Musikunterricht im Grazer Konservatorium gegenüber den Gemeinden, die als Rechtsträger für 43 Musikschulen aufscheinen, hinweisen.

Es gibt auch noch andere Einrichtungen in Graz, die zur Gänze oder im erhöhten Maße Zuschußleistungen des Landes erhalten, wofür die übrigen Gemeinden in der Steiermark sehr schwer ein Verständnis aufbringen.

Meine Damen und Herren! Ich bedaure es sehr, daß das von der sozialistischen Landtagsfraktion seit Jahren geforderte zeitgemäße Kulturförderungsgesetz mit einem detaillierten Kulturbericht, wie ihn etwa die Bundesregierung herausgibt, einer der nicht erledigten 25 Punkte, erst am 20. November als Diskussionsgrundlage dem Volksbildungs-Ausschuß zur Behandlung zugewiesen wurde, worüber noch Parteienverhandlungen geführt werden müssen, da es doch einige unterschiedliche Meinungsauffassungen gibt, ohne daß ich heute näher darauf eingehen möchte. Umso mehr begrüße ich die erst kürzlich erfolgte Ankündigung der Bundesregierung, daß nach Aussprache mit Künstlern die Initiative zur gesetzlichen Sicherstellung der Freiheit der Kunst ergriffen wurde. Wenn ich gestern in der Gruppe 2 vom erstmaligen europäischen

Einsatz und den Initiativen 1985 in unserem Land im musischen Bereich gesprochen habe, so gab es für unser Bundesland bereits heuer eine hohe Auszeichnung des Europarates. Am 7. Mai 1984 überreichte der Präsident des Europaparlaments, Dr. Karl Ahrens, in Straßburg den Museumspreis des Europarates 1983 an unseren Direktor des Joanneums, Hofrat Dr. Friedrich Waidacher, und wurde er gleichzeitig in Würdigung seiner Leistungen für das europäische Museumswesen in das Komitee für den Europäischen Museumspreis berufen, wozu wir herzlichst gratulieren, denn es ist – und das meine ich wirklich – auch eine Auszeichnung für die vielen, vielen von Gemeinden und Liebhabern hervorragend geführten Museen.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Steiermark besitzt so viele kreative Kräfte in Tradition und Fortschritt, daß wir darüber glücklich sein dürfen. Denken wir an die großartigen und volksnahen kulturellen Bemühungen der einzelnen steirischen Gemeinden, aber auch Vereine, Institutionen und sonstigen schöpferischen Gruppen, die etwa auch in der „Steirischen Kulturinitiative“ mit vielen anderen Partnern wertvolle dezentrale Kulturarbeit leisten. Helfen wir ihnen gemeinsam, daß sie ihre geistigen Vorstellungen auch verwirklichen können. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Pfohl: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Wenn ich zum Kapitel Kultur spreche, so ist es naheliegend, daß ich über die etwa in einem Monat stattfindende Operneröffnung berichte. Dies ist doch ein Ereignis, das nicht nur von den Opernfreunden erwartet wird, sondern das darüber hinaus alle kulturbewußten und kulturinteressierten Grazer und Steirer angeht. Die Wiedereröffnung ist von Land und Stadt so ausgelegt, daß sich Graz seiner Bedeutung entsprechend als ein geistiges und kulturelles europäisches Zentrum präsentiert. So findet beispielsweise am Tag vor der Eröffnung wieder ein Theatersymposium statt, veranstaltet von der Akademie für Führungskräfte unter dem Titel „Ist betriebswirtschaftliche Führung der Theater das Ende der Kunst?“. Namhafte Theaterfachleute konnten als Vortragende gewonnen werden.

Ich darf kurz in Erinnerung rufen: Im September 1889 wurde das Stadttheater – wie das heutige Opernhaus damals genannt wurde – feierlich eröffnet. Nach den Plänen der Architekten Fellner und Helmer sollten gegen die Girardigasse zu ein Manipulationshof und ein Werkstättenhaus entstehen. Aus Mangel an ausreichenden Mitteln kam es aber schließlich nur zum Bau des Operngebäudes ohne Werkstätten und Kulissenlager. Bezogen auf die Gesamtplanung kam es also nur zur Errichtung eines Torsos. In den mehr als 8 Jahrzehnten seither haben sich das Haus und seine Anlagen nicht nur abgenützt, auch die Art, Theater zu spielen, hat sich geändert. Raumaufwendige Kulissen verlangen mehr Platz neben und hinter der Bühne, sanitäts- und feuerpolizeiliche Vorschriften haben sich geändert ebenso wie auch die arbeitsrechtlichen Bestimmungen wesentlich verschärft wurden. Schließlich ist auch das Publikum auf Grund der Vergleichs-

möglichkeiten nicht nur durch Rundfunk und Fernsehen anspruchsvoller geworden. Die Bemühungen, hier Abhilfe zu schaffen, gehen schon Jahrzehnte zurück, allein es blieb bei den Wünschen. Inzwischen hatten sich insbesondere die sanitäts- und feuerpolizeilichen Verhältnisse so verschlechtert, daß abzusehen war, wann der Spielbetrieb aus Sicherheitsgründen hätte eingestellt werden müssen.

So bemühte sich 1979 der Theaterausschuß, die Öffentlichkeit über sein Vorhaben einer Generalsanierung des Opernhauses und eines Neubaus der Werkstätten zu gewinnen. Die Verhandlungen begannen, kamen aber nicht weiter. Erst Landeshauptmann Dr. Josef Krainer gelang kurz nach seinem Regierungsantritt im Oktober 1980 der Durchbruch. In einem Parteienübereinkommen wurden neben der Klärung der Finanzierungsfrage und der Festsetzung der verfügbaren Bausumme von 230 Millionen Schilling wertgesichert die Durchführungsformalitäten festgelegt. Zunächst wurden die skandalösen Arbeitsbedingungen der Werkstätten im Brandhof durch einen Neubau in Messendorf saniert. Viele Besucher – auch größerer Theater, sogar die Staatsopernbetriebe – beneiden uns um diese zweckmäßigen, vorbildlichen Arbeitsstätten.

Für eine Sanierung der Oper selbst und den Zubau für das Kulissendepot in der Girardigasse wurde ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben, den Gott sei Dank das einzige Projekt mit einer niveaugleichen Verbindung zur Bühne gewonnen hat. Jede andere Lösung wäre einem Schildbürgerstreich gleichgekommen. Wir wären von der Theaterfachwelt als Hinterwäldler in Grund und Boden kritisiert worden, aber auch ganz zu Recht von den Bühnenarbeitern, wenn diese wieder bei Kälte, Regen und Schnee im Freien hätten arbeiten müssen. Um die geplante Bauzeit einzuhalten, mußten die Arbeiten gleich mit Hochdruck begonnen werden. Während der Bauarbeit stellte sich heraus, daß die Feuergefahr noch weit höher als angenommen war. Ich habe Ihnen, meine Damen und Herren, ein Brett mitgebracht, auf dem eine Beleuchtung im Zuschauerraum montiert war. Sie sehen selbst, wie das Holz angesengt ist. Ganz tief, hier, ist es verkohlt. Es ist noch lange nicht das Ärgste, leider war es nicht mehr aufzufinden, weil ich Ihnen gerne gezeigt hätte, daß praktisch die halbe Tafel schon weggebrannt ist. In den Elektroboxen in der Wand war das blanke Kabel oft nur zusammengedreht, bei jeder Schaltung sprang ein Funke über, und die Dose war oft nur durch Papiertapeten, nicht einmal durch einen Deckel, verschlossen. Dazu ein sogenannter eiserner Vorhang, der tatsächlich keiner war, weil unterhalb der Bühne der Bühnenraum vom Zuschauerraum stellenweise nur mit Holz abgeteilt war. Diese Zustände stammen aber nicht aus den letzten Jahren, die gehen weit zurück.

Nicht nur, daß all diese Mängel behoben wurden, die Oper wurde auch außen und innen auf Hochglanz gebracht. Nach Übergabe wird es im ganzen Haus weder eine Elektro- noch Sanitärleitung geben, die nicht vollständig erneuert wurde. Zuschauerraum, Foyers, Wandelgänge werden in neuem Glanz erstrahlen, Eingänge, Logentüren werden erneuert – eine Instandsetzung wäre unrentabel –, die Logen neu tapeziert, die Akustik verbessert. Sämtliche Teppiche werden erneuert, alle gefährlichen und häßlichen

PVC-Bodenbeläge werden durch Bodenbespannungen oder Teppiche ersetzt. Die schrecklichen Garderoben und Bufetts sowie die Beleuchtungskörper der dreißiger Jahre werden dem Stil des Hauses angepaßt sein. Daß dies mit diesem im Verhältnis zu ähnlichen Umbauten, wie beispielsweise Zürich, wir haben erst jetzt gelesen, daß der Neubau rund 800 Millionen Schilling gekostet hat, Wiesbaden, Bern und so weiter, sehr niedrigen Baubudget möglich war, ist der Tatsache zuzuschreiben, daß Geld durch Ideen, durch Hirn ersetzt wurde. Ich glaube, daß wir auch mit mehr Geld kaum mehr hätten machen können.

In erster Linie aber verdanken wir die großartige Bewältigung aller aufgetretenen Probleme, und derer gab es genügend, dem für die gesamten Um- und Neubauten der Oper, des Brandhofes, der Werkstätten und des Girarditraktes verantwortlichen Koordinator, dem Ende Oktober verstorbenen Architekten Walther Kordon. Diese Laudatio halte ich nicht, weil man einem Toten nur Gutes nachsagen soll, er war und ist auch heute noch die Seele der Sanierung des Opernhauses und allem, was damit zusammenhängt. Wäre er ein Jahr früher verstorben, die erste Krise hätte er Ende des Vorjahres, hätte vieles nicht realisiert werden können. In erster Linie denke ich hier an die Restaurierung des Zuschauerraumes, der Foyers und der Logen.

Als der Bauausschuß seine Arbeiten aufgenommen hat, war der AKH-Skandal in aller Munde, und es war verständlich, daß sich die verantwortlichen Politiker nicht nur Gedanken, sondern auch Sorgen im Zusammenhang mit einem so großen Bau gemacht haben. Es war der besondere Ehrgeiz von Architekt Kordon, daß sowohl der vorgegebene Finanzrahmen wie auch die Bauzeit eingehalten werden. Ich kann heute schon sagen, daß beides erreicht werden wird. Sowohl der Finanzrahmen, der aufgewertet etwa 300 Millionen Schilling ausmacht, als auch die Bauzeit werden eingehalten. Der Name Kordon wird unauslöschlich mit der Opernhaussanierung verbunden bleiben. (Allgemeiner Beifall.)

Abschließend noch ein Wunsch des Theaterausschusses: Durch die beiden Neubauten Messendorf und Girardigasse war es notwendig, die Eigentumsverhältnisse zwischen Land und Stadt neu festzulegen. Diese Gelegenheit wurde genutzt, um das Theaterübereinkommen neu zu fassen. Der Entwurf ist von beiden Gebietskörperschaften abgesehen, lediglich der Kostenverteilungsschlüssel ist noch zu verhandeln. Bisher war er 50 zu 50, die Stadt wünscht sich ein besseres Verhältnis. Ich hoffe sehr, daß es darüber noch heuer zu einer Einigung kommt, so daß mit der Operneröffnung auch die neue Vertragsregelung in Kraft treten kann, die für die Vereinigten Bühnen in verschiedener Hinsicht Verbesserungen mit sich bringen würde.

Zum Abschluß ein Schlußakzent: Mit der Wiedereröffnung der Oper ist vollendet worden, was vor 100 Jahren geplant, aber aus Geldmangel undurchführbar war. Ich hoffe, daß eine andere kulturelle Planung nicht ebenso lange auf Verwirklichung warten müssen. Durch die Sanierung der Vereinigten Bühnen ist der Raumbedarf für Schauspiel und Oper in jeder Hinsicht ausgezeichnet und ausreichend gelöst. Neben den erwähnten Kunstformen gibt es aber auch noch andere, die wir nicht vergessen und auch nicht

unterschätzen dürfen, ich meine beispielsweise die Rock- und Popszene, deren zeitweise Präsenz für eine vitale Jugendkultur wünschenswert ist. Ob wir Älteren es wollen oder nicht, ob es uns Älteren paßt oder nicht, es ist einfach unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß auch Aufführungsformen wie Arenatheater, dislozierte Ensembles, wie sie zeitgenössische Komponisten vorschreiben, auch in der zweitgrößten Stadt Österreichs ein Obdach erhalten. Solange wir keine Veranstaltungsstätten mit ausreichendem Fassungsvermögen haben, werden für uns internationale Stars, aber auch internationale Orchester, wie beispielsweise die Berliner Philharmoniker, unerschwinglich sein. Linz mit seiner Bruckner-Halle hat uns den Rang schon längst abgelaufen. Aber auch Bregenz, Salzburg und Wien verfügen über glänzende Veranstaltungszentren, Graz jedoch laiviert von Behelf zu Behelf, das sollte uns zu denken geben.

Ich habe mir die Mühe gemacht, mich über die Auslastung der Linzer Bruckner-Halle zu informieren. Obwohl man während des Baues noch fürchtete, sie würde leerstehen, ist sie nun bis zur letzten Möglichkeit ausgelastet. Linz plant daher, eine weitere Veranstaltungshalle zu errichten. Die Steiermark als Kultur- und Graz als deren Hauptstadt brauchen eine repräsentative Veranstaltungsstätte, die vielfältig verwendbar ist und den räumlichen Kulturbedarf des Landes deckt. Meine Damen und Herren, helfen Sie mit, daß diese Pläne verwirklicht werden können! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hammer: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Bei einer entsprechenden Regieführung müßte eigentlich auf jedem Platz jetzt ein kleines Präsent der Stadtgemeinde Eisenerz stehen, ein Schokolade-Erzberg, aber die Tücke des Verkehrs verzögert diese Aufmerksamkeit leider noch etwas, und ich darf mir erlauben, Ihnen das dann später zu überreichen. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren! Bereits beim Budget 1982 hat der Herr Kollege Dr. Pfohl vor mir über die Landesausstellung „Erz und Eisen in der Grünen Mark“, über den Ausstellungsort Eisenerz gesprochen, und ich habe mir vor kurzem die Protokolle angesehen, was wir beide damals gesprochen haben. 1982 waren wir eigentlich noch voll Optimismus, daß diese Ausstellung, gemessen an der Erzherzog-Johann-Ausstellung in Stainz, einen großartigen Besuchererfolg haben wird. 1983 haben wir ebenfalls über die Durchführung der Landesausstellung in Eisenerz gesprochen. Da wurde unser Optimismus schon etwas gedämpfter, weil mittlerweile bereits die Vorbereitungen für diese Ausstellung angelaufen waren und es sich gezeigt hat, daß die Tücken einer solchen Vorbereitung eigentlich immer im Detail liegen. Die Aussagen über die zu erwartende Besucherzahl waren bei weitem nicht mehr so optimistisch wie 1982. Und jetzt dürfen wir sagen, meine Damen und Herren, wir haben uns immer getäuscht, denn ich glaube, keiner hat diesen großartigen Erfolg, den diese Landesausstellung „Erz und Eisen in der Grünen Mark“ 1984 erreicht hat, voraussagen können. (Allgemeiner Beifall.)

Mit dieser großartigen Besucherzahl ist eine Popularisierung der Region um den steirischen Erzberg eingetreten, die ganz einfach einzigartig ist. Besucher kamen aus allen Teilen Österreichs; ja selbst aus dem Ausland kam man nach Eisenerz, um diese Landesausstellung zu besuchen. Die Besucher waren durchwegs begeistert von der Organisation, vom Aufbau dieser Ausstellung, sie waren aber auch von der Stadt Eisenerz selbst begeistert. Von ihrer Altstadt, von dem gut erhaltenen Altstadtkern, von dem Fachleute behaupten, er sei noch einer der schönsten und geschlossensten Altstadtkerne in Österreich überhaupt, und sie waren auch von der Fassadenaktion begeistert, wie diese alten Häuser wieder restauriert wurden. Und hier darf ich, meine Damen und Herren, etwas anschließen. Es ist einfach bewundernswert, wie die privaten Hausbesitzer, aber auch die Genossenschaften hier mitgetan haben, um diese Stadt zu verschönern, um diese alten Fassaden wieder entsprechend zu restaurieren, sie wieder anzupassen, um damit auch ein sogenanntes Zuckerl in dieser Gegend neben der herrlichen Landschaft um den steirischen Erzberg zu schaffen. (Allgemeiner Beifall.)

Es ist gerade vorbildlich, in welcher Weise hier die Förderungsmittel, die durch den Bund, das Land Steiermark und auch die Stadtgemeinde Eisenerz aufgebracht wurden, für diese Tätigkeit eingesetzt worden sind. Die Aufwendungen für die Landesausstellung waren auf Grund dieser großartigen Besucherzahlen sicherlich sehr gerechtfertigt. Ich weiß, meine Damen und Herren, daß der Erfolg viele Väter hat. Es sei mir aber gestattet, allen Mitarbeitern dieser Landesausstellung meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Besonders hervorheben möchte ich die wissenschaftlichen Leiter, die diese Ausstellung gestaltet haben, Herrn Professor Paul Roth und Herrn Dr. Kordes. Sie beide haben in wirklich großartiger Weise diese Ausstellung wissenschaftlich vorbereitet. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, ich darf natürlich auch Sie in diesen Dank einschließen und die gesamte Regierungsmannschaft, Sie, die Sie mit der Regierung die notwendigen Beschlüsse dafür gefaßt haben. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Herrn Prof. Jungwirth müßte man auch erwähnen!“) Selbstverständlich! Ich stehe nicht an, Herr Kollege, Leistungen anzuerkennen. Ich habe das gestern beim Sport gesagt. Die Leistungen sind entscheidend, die wir auch gegenseitig anerkennen sollten. Sie lassen mich ja nicht ausreden! Ich habe es dem Herrn Landesrat Prof. Jungwirth auch in einem persönlichen Gespräch gesagt, daß ich der Meinung bin, daß ein wesentlicher Teil – und wir haben darüber in Schenna bei der Erzherzog-Johann-Festveranstaltung gesprochen, über die Organisation dieser Ausstellung, und damals – ich will nicht näher darauf eingehen – hat es andere politische Vorzeichen oder Diskrepanzen gegeben, aber für mich war es klar, daß seine Entscheidung die ausschlaggebende sein wird, daß diese Ausstellung in Eisenerz durchgeführt wurde, und er hat sicherlich ungeteilten Anteil an diesem Erfolg in Eisenerz. (Allgemeiner Beifall.) Ich glaube, wir verstehen uns ja viel besser, als wir das sonst sagen können. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Nur hättest du das nicht gesagt, wenn wir dich nicht aufmerksam gemacht

hätten!") Danke für diesen Hinweis, Herr Kollege! Du bist da immer so großzügig, du gibst immer so viele Hinweise.

Meine Damen und Herren, es ist sicherlich etwas leichter, wenn man manchesmal ein bißchen aus dem Stegreif reden kann. Ich glaube, die Region um den steirischen Erzberg braucht auch in Zukunft unsere Aufmerksamkeit, unsere ungeteilte Aufmerksamkeit. Ich meine hier die Region von Leoben bis Altenmarkt hinaus, denn die an der B 115, an der sogenannten „Eisen-Bundesstraße“, gelegenen Montandenkmäler sind es wert, sie entsprechend zu erhalten, sie entsprechend zu präsentieren. Seit der Installierung der Projektgruppe „Steirische Eisenstraße“ im Jahre 1982 im Verband des regionalen Entwicklungsverbandes Eisenerz konnten große Fortschritte erzielt werden: Beschilderungsaktionen, die Objektsanierung mit Hilfe des Bundesheeres und im Rahmen des Beschäftigungsprogrammes gemeinsam mit der Arbeitsmarktverwaltung und dem Land Steiermark. Mit unermüdlichem Einsatz von bezahlten und ehrenamtlichen Mitarbeitern, wie der Frau Dr. Metla oder dem Herrn Hofrat Sika, war es möglich, daß hier wirklich Großartiges geleistet wurde. Ein wesentlicher Durchbruch mit der „Steirischen Eisenstraße“ ist uns auch in der Werbung und in der Bewußtseinsbildung gelungen. Führende Mitarbeiter von der „Bayrischen Eisenstraße“ und vom „Iron Bridge Gorge-Museum“ in England, die heuer bei uns auf Besuch waren, bestätigen uns, daß die Pflege und Präsentation dieser Zeugen der Arbeitswelt in ihrer kulturellen, sozialen und technischen Entwicklung eine weit über unsere Grenzen hinaus gehende Aussagekraft und Einmaligkeit besitzen.

Hier darf ich auch als Anerkennung für dieses Projekt die Bereitschaft der drei steirischen Technischen Universitäten hervorheben, die sich bereiterklärt haben, die Patenschaft über das Projekt „Steirische Eisenstraße“ zu übernehmen. Damit glauben wir, daß wir hier das Angebot der wissenschaftlichen Mitarbeit, aber auch der internationalen Beziehungen, die diese Universitäten unterhalten, bekommen werden, und ich danke ihnen für diese Bereitschaft. Wir werden diese Patenschaftsübernahme noch mit einem entsprechenden Festakt vorzubereiten und im Detail abzuklären haben. Mit dem Projekt „Steirische Eisenstraße“ und den in diesem Budgetkapitel vorgesehenen Finanzmitteln sowie der erklärten finanziellen Unterstützung durch Bundesminister Fischer kann im Bereich der „Steirischen Eisenstraße“ die fortschrittliche Denkmalpflege in unserem Land fortgesetzt werden. Die Tatsache, daß sich Bundespolitiker, wie mein Kollege Kirner bereits erwähnt hat, für die „Steirische Eisenstraße“ interessieren und sich bemühen, dieses Kulturprojekt im Europarat als Sonderausstellungsprojekt unterzubringen, verpflichtet uns hier, gezielt weiterzuarbeiten und gemeinsam mit Bund und Land die dafür notwendige erweiterte Trägerschaft zu installieren. Es wird notwendig sein, daß Bund und Land hier gemeinsam mitarbeiten, um dieses weiter voranzutreiben. Die Vorbereitungen dafür sind voll im Gange. Dabei muß es das Ziel sein, die Nutzung der inneren Ressourcen einer Region und die Initiativen sowie Lokalkenntnisse der ortsansässigen Bevölkerung im größtmöglichen Maße zu nutzen. Nützen wir gemeinsam die für diese

Region so vielschichtigen Möglichkeiten der „Steirischen Eisenstraße“ im Interesse der Region von Leoben bis Altenmarkt. Danke! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kollmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Kollmann: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Aller guten Dinge sind drei, und wenn der Kollege Hammer und ich uns jeweils in den Jahren 1982 und 1983 zu Worte gemeldet haben, so müssen wir auch im Jahre 1984 noch einmal etwas über die Landesausstellung sagen. Sehr viel ist bereits gesprochen worden. Ich möchte davon nichts zurückgenommen wissen und alles unterstreichen, vor allem, was die Prognosen betrifft, die wir selbst angestellt haben und die eigentlich Fachleute als zu optimistisch bezeichnet haben, und wenn die Leute zur Eröffnung der Landesausstellung im Mai dieses Jahres gemeint haben, es könnten etwa 100.000 Besucher werden, das wäre schon sehr schön, so ist diese Zahl um mehr als das Doppelte übertroffen worden. Das stimmt uns sehr glücklich.

Noch einmal kurz: Wer ist für den Erfolg verantwortlich? In erster Linie der, der die Idee dazu hatte und sie weitertrug, Vizebürgermeister Ing. Robitschko aus Eisenerz, und die Landesregierung, der Herr Landeshauptmann und vor allem Herr Landesrat Prof. Jungwirth, haben die Idee sofort aufgenommen und begonnen, sie in die Realität umzusetzen. (Abg. Hammer: „Darf ich einen Zwischenruf machen, weil mich auch der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Eichinger aufmerksam gemacht hat: Am 28. Oktober 1981 haben die Sozialisten einen Antrag auf Durchführung der Landesausstellung in Eisenerz eingebracht!“) Danke vielmals für den Hinweis, da war es nämlich schon beschlossen. Die wissenschaftliche und organisatorische Leitung darf auch von mir erwähnt werden, denn es war wirklich allerhand, was da an solider Arbeit geleistet wurde. Arbeit, die von allen, von Fachleuten, aber auch von Nichtfachleuten neidlos und voll anerkannt wurde.

Drittens, und das war vielleicht für diese Landesausstellung fast der wichtigste Beitrag: die Eisenerzer Bevölkerung, die Bereitschaft, diese Ausstellung anzunehmen, sie als ihr Kind zu betrachten und Herz und Hand dem Gast zu öffnen in einer Region, die nicht gerade fremdenverkehrserfahren ist und wo es den Fremdenverkehr in nicht sehr großem Ausmaß bisher gegeben hat. Es hat also in Eisenerz eine echte Ausstellungsgesinnung Einkehr gehalten, und die Begleitprogramme, von welchen Institutionen sie immer organisiert wurden, haben voll eingeschlagen, so unterschiedlich sie waren. Ob das nun die Teilnehmer des Weltraumkongresses waren, die sich nach Eisenerz begaben, oder die Arbeitersänger, sie waren alle gut aufgehoben. Es geziemt sich daher, auch von meiner Seite allen Beteiligten einen herzlichen obersteirischen Eisenerzer Dank zu sagen. Auch dem Herrn Unterrichtsminister Zilk, der außer den Mitteln für die Renovierungsaktionen noch 100.000 Schilling für das Begleitprogramm beigestellt hat. Mehr war leider nicht drinnen trotz heftiger Bitten und Ersuchen, denn auch diese Veranstaltungen haben einiges gekostet.

Doch nun darf ich Ihnen, meine Damen und Herren, in zwei, drei Sätzen etwas Ernstes dazu sagen. Die

Region Eisenerz, die wir im letzten Sommer als strahlende Region gesehen haben, hat in einem Jahrzehnt 1.500 Menschen durch Abwanderung verloren. Dieser Bevölkerungsverlust mit 14,1 Prozent ist immerhin der höchste aller Kleinregionen in Österreich. Die Grubenschließung am Erzberg, die Automatisierung der Erzverladung werden in den nächsten Jahren mindestens 200 Arbeitsplätze kosten, und mittel- und langfristig rechnet man in der VOEST-Alpine mit dem Abbau beziehungsweise mit der Reduktion von Arbeitsplätzen in einem Ausmaß von mehreren Hundert. Ein Auspendeln nach Leoben und in andere obersteirische Industriebezirke erscheint im Moment mangels freier Arbeitsplätze unmöglich. Was passiert? Die Jugend wandert aus. Was aber wäre gerade dieser schöne Eisenerzer Raum ohne Jugend? Bestenfalls eine Art Landschaftsmuseum mit Jagdparadies für VOEST-Alpine-Direktoren und deren Gäste. Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, muß man, glaube ich, auch diese Landesausstellung „Erz und Eisen“ sehen, wenn man die Dinge ernst nimmt. Man muß diese Veranstaltung, in die das Land immerhin insgesamt rund 15 Millionen Schilling sehr gut investiert hat, als hoffentlich erfolgreichen Versuch zum Abstoppen einer unseligen Entvölkerung durch gezielte Förderung eines von einer großartigen Landschaftskulisse unterstützten Fremdenverkehrs sehen, dessen Wohl und Weh sich erst in den nächsten Jahren erweisen wird. Man wird sehen, ob es gelingt, Folgewirkungen zu erzielen, ob es möglich ist, diesen Erfolg von der Landesausstellung zu konservieren und neue Initiativen zu setzen. Es werden sicher die Eisenerzer und ihre Freunde die Ärmel aufkrepeln müssen, und ich bin sicher, daß auch das Land, wenn auch – wie wir immer so schön sagen – nach Maßgabe der Möglichkeiten, den Geldhahn nicht zudrehen wird. Immerhin ist der Budgetansatz 363015 für die „Steirische Eisenstraße“ ein Beweis dafür. Was das Projekt Eisenstraße betrifft, so ist vieles im Fluß, vieles in Vorbereitung, vieles aber noch unausgegoren. Dieses Projekt sollte auch in gemeinsamer Arbeit zu einem Erfolg gebracht werden.

Abschließend, meine Damen und Herren, darf ich allen danken, die im Laufe dieser Landesausstellung nach Eisenerz gekommen sind. Manche sind mehrmals dort gewesen, und so wie ihnen hat die Eisenerzer Bevölkerung auch allen Gästen die freudige Hand entgegengestreckt. Wie heißt es in einem alten Bergmannslied? „Ja, den Söhnen der Gruben und der Berge reicht ein jeder freundlich die Hand“. Und so war es. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ritzinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Ritzinger: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich möchte mich ganz kurz mit einem Thema befassen, das in den kulturellen Bereich hineingehört, das aber sicher – so glaube ich zumindest – auf die Region des oberen Murtales bezogen ist. Mir fällt auf, daß in letzter Zeit Dinge einreißen, die wertvolles Kulturgut verlorengehen lassen, das einfach unwiederbringlich ist. Drei Dinge sind es, die die Region des oberen Murtales besonders prägen. Es sind das auf der einen

Seite die Menschen dieses Raumes, die ungebrochene Naturlandschaft und ein Drittes, das sind die Baudenkmäler und überhaupt die Baulandschaft dieses Gebietes. Auf der einen Seite die Bürgerhäuser, die Hammerherrenhäuser, die alten wuchtigen Schlösser, Städte, Märkte und Dörfer, und auf der anderen Seite die Ensemblewirkung der bäuerlichen Höfe.

Meine Damen und Herren, verständlicherweise möchten auch die Bauernfamilien in fortschrittlichen Wohnhäusern und Wohnungen leben. Durch den sozialen Wohnbau genormt, können diese Häuser ja nur 130 bis 150 Quadratmeter haben. Was geschieht daher? Es werden neben den wuchtigen alten Bauernhäusern Einfamilienhäuser genormter Art und Weise gebaut. Etwas später werden dann diese alten Bauernhäuser weggerissen, weil man damit nichts anzufangen weiß. Fährt man durch die Obermurtaler Landschaft, dann muß man feststellen, daß neben den in den Berg hineingerückten wuchtigen Wirtschafts- und Stallgebäuden oft ein Einfamilienhaus in turmartiger Form steht. Das ist das eine.

Das zweite: In letzter Zeit hat sich die Idee, stillechte Feriendörfer zu bauen, durchgesetzt. Es ist eine gute Idee für den Fremdenverkehr, aber wir beobachten, daß es heute bereits zielbewußte Aufkäufer gibt, die alte Bauernhäuser aufkaufen, abreißen und in Feriendörfern in einer Pseudoart wieder aufbauen. Nur die Materialien werden teilweise verwendet und sind stillrecht. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Vor kurzem, anläßlich eines Sprechtages, erschien bei mir ein junger Bauer mit etwa 50.000 Schilling Einheitswert des Besitzes und sagte: „Herr Abgeordneter, ich habe ein altes Bauernhaus; ich habe es jetzt durch Experten prüfen lassen, ich würde dieses Bauernhaus gerne erhalten, aber die Kosten betragen drei Millionen Schilling. Ich kann das nicht bezahlen, sonst muß ich es abreißen und daneben ein Einfamilienhaus bauen.“

Ein weiteres Beispiel, das sich auch heuer zugetragen hat: Anläßlich eines Maibaumumschneidens der Landjugend auf einem Bauernhof bewunderte ich dort ein neu errichtetes Stallgebäude – sehr modern. Daneben stand ein wuchtiger stillechter alter Obermurtaler Stall. Nachdem diese Familie dort sehr aktiv „Urlaub am Bauernhof“ betreibt, habe ich mir gedacht: „Na bitte, die werden diesen alten Bauernhof wohl als eine Fremdenverkehrseinrichtung umfunktionieren.“ Der Bauer erklärte mir, daß er diesen Stall abreißt. Bis jetzt ist es mir, gemeinsam mit dem Verein für Heimatschutz, noch gelungen, das zu verhindern. Er würde ihn aufrechterhalten, wenn er ein Geld bekommt.

Ein weiteres Beispiel, das sich erst vor drei Wochen zugetragen hat: Wir haben Dörfer, die in ihrer gesamten Ensemblewirkung, wenn man ein oder ein anderes altes Haus herauspickt, einfach ihre Wirkung verlieren. Sie sind bedeutungsvoll für den Fremdenverkehr, aber auch für das Kulturgut dieses Raumes. Meine Damen und Herren, was ist geschehen? Neben wurde, mitten im Zentrum, ein Zweifamilienwohnhaus gebaut, das alte abgerissen, und als ich gerade dort eine Versammlung hielt – das war um 8 Uhr abends –, hat man heimlich das ganze Bauholz dieses alten Hauses aufgepackt und nach Tamsweg in den Lungau geführt.

Diese Beispiele ließen sich fortsetzen. Ich weiß, daß wir nicht alle Bauernhöfe, das alte Kulturgut, erhalten können, dazu fehlen uns die Mittel. Aber, meine Freunde, ich glaube, auch die Bürgermeister sind in dieser Frage etwas überfordert. Ich habe den Bürgermeister gefragt: „Warum hast du überhaupt die Bewilligung zum Abbruch gegeben?“ Er hat gesagt: „Ich stehe allein da.“ Er muß ja allein verantworten, muß dort wieder gewählt werden – sprechen wir die Dinge offen aus. Ich schlage vor, ich glaube, in dieser Frage, wenn es auch nur lokal bezogen ist, ist es fast fünf vor zwölf, damit nicht noch mehr Baukultur unseres obersteirischen Raumes verlorengeht. (Beifall bei der FPÖ.) Es müßte sein, daß jeder Bürgermeister, bevor er einen Abbruch bewilligt, ein Gutachten einzuholen hat. Wenn er schon sonst nichts kann, kann er sich wenigstens auf den Gutachter, wenn es sein muß, ausreden. Darüber hinaus sollten wir uns, bitte, zusammensetzen. Der Fremdenverkehr – ich meine, was haben wir zu bieten? Wir haben diese Baukultur zu bieten, die viele, viele auch im Fremdenverkehr und viele Gäste aus dem städtischen Raum anspricht. Ich glaube, wir sollten uns zusammensetzen, um auch darüber nachzudenken, wie wir eine finanzielle Basis schaffen, damit dieses obersteirische Kulturgut erhalten bleibt. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader: Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich hätte mich nicht zu dieser Gruppe zu Wort gemeldet, wenn nicht der Herr Landeshauptmann sich bemüßigt gefühlt hätte, uns im Zusammenhang mit den Ausführungen des Kollegen Dipl.-Ing. Chibidziura zum Mahnmal vorzuwerfen, wir wären in dieser Frage umgefallen (Abg. Schrammel: „Der Steger ist umgefallen!“), und es hätte uns besser angetan, an dieser Kranzniederlegung, oder was immer das war, teilzunehmen. Ich darf Ihnen dazu mitteilen, daß dieses Dreierkomitee, das sich seinerzeit mit der Frage beschäftigt hat, welche Art von Möglichkeiten es gibt, darzulegen, daß sich das Jahr 1934 nicht mehr wiederholen sollte – meine grundsätzliche Meinung dazu habe ich schon in der Sondersitzung des Landtages zum Ausdruck gebracht. Nämlich, daß die Generation, die ich vertrete, und noch jüngere eigentlich überhaupt kein Herzensanliegen haben, mit Mahnmalen daran erinnert zu werden, sondern daß sich das Jahr 1934 nur damit verhindern läßt, indem man die Zukunft richtig gestaltet und sich nicht ständig mit der Vergangenheit beschäftigt.

Aber, meine Damen und Herren, jenes Dreierkomitee, das sich damit beschäftigt hat, hat sich über die Kosten dieses Mahnmales überhaupt nie unterhalten. (Abg. Dr. Maitz: „Er kapiert es noch immer nicht!“)

Das erste Mal ist die Frage der Kosten aufgetaucht, als wir jenes Gespräch beim Herrn Landeshauptmann hatten, wo auch der Herr Landesrat Gruber, der jetzt von seinem Platz weggegangen ist, teilgenommen hat – in Vertretung von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Gross –, als ich den Landeshauptmann gefragt habe – das sehe ich schon ein, und als Vertreter einer jungen Generation ist es mir zwar kein Herzensanlie-

gen, „weil Sie nichts verstehen davon“, hat er gesagt, mag schon sein –, ich möchte gerne wissen, was das Ding überhaupt kostet. Und da hat sich erstmals herausgestellt, daß es sich um eine Größenordnung von 5 Millionen Schilling handelt, die aus öffentlichen Mitteln gezahlt werden sollen. Ich bin ja sehr dankbar, daß ich jetzt gerade nach dem Kollegen Ritzinger ans Pult komme, der wirklich dramatisch geschildert hat, was an steirischem altem Kulturgut in der Obersteiermark verlorengeht, weil wir kein Geld haben, die Erhaltung zu finanzieren. Ich sage Ihnen, das sind viel bessere Mahnmale für die Vergangenheit als das, was da draußen am Bahnhof errichtet worden ist, meine Damen und Herren!

Aber bitte schön, bei dieser Sitzung wurde zum ersten Mal die Größenordnung bekanntgegeben. Die Sitzung hat sich dann aufgelöst, weil der Herr Landeshauptmann dringend zum Empfang eines Botschafters nebenan mußte, und wir haben dann sofort am nächsten Tag bei uns im Landesparteivorstand darüber beraten, wie wir zu dieser Frage stehen. Jetzt darf ich Ihnen – ich tu' das sonst nicht – eine sehr einseitige Korrespondenz zur Kenntnis bringen, die ich mit dem Herrn Landeshauptmann in dieser Frage geführt habe. Ich habe einmal, sofort nach unseren Beratungen im Landesparteivorstand, dem Herrn Landeshauptmann folgenden Brief geschrieben, den ich Ihnen auszugsweise vorlese: „Im Nachhang zu unserem Gespräch über das Mahnmal 1934 am Europaplatz haben wir innerhalb der FPÖ Gespräche geführt, bei denen ich auch über die von Ihnen genannte Größenordnung von etwa 5 Millionen berichtet habe. Wir stehen selbstverständlich der Absicht aufgeschlossen gegenüber, wenn die politischen Lager, die im Februar 1934 in die bekannten Vorgänge verwickelt waren, die Absicht haben, zu demonstrieren, daß man daraus gelernt hat. Wenn diesem Zwecke ein Mahnmal dient, stehen wir sicherlich auch dazu. Aber wir glauben oder wir sind der Auffassung, daß eine Aufwendung aus öffentlichen Mitteln in dieser Größenordnung unter den gegebenen finanziellen Randbedingungen nicht vertreten werden kann. Ich darf daher an Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, als Initiator namens der ÖVP-Fraktion die dringliche Bitte richten, zu überdenken, ob die Finanzierung des Mahnmales auf andere Art erfolgen kann oder ob ein finanziell eingeschränkteres Projekt dem Ziel nicht ebenso dienlich sein kann“. Jetzt kommt noch etwas. Ich weiß, meine Damen und Herren, daß man in der Politik, wenn man öffentlich attackiert wird, vor allem als großer Machtträger eine Bestemmsituation erreicht und erst recht sagt, ich lasse mir das nicht herunterdividieren. Weil es mir darum gegangen ist, die Frage ohne große Probleme zu klären und diese 5 Millionen zur Verfügung zu haben, zum Beispiel etwa für jene Anliegen, die der Kollege Ritzinger gerade jetzt früher formuliert hat, habe ich dem Landeshauptmann schriftlich ein Stillhalten angeboten, damit er in Ruhe diese Entscheidung revidieren kann. Ich habe ihm geschrieben, daß ich nicht die Absicht habe, diese Initiative unsererseits derzeit in die Öffentlichkeit zu tragen, bitte daher dringlich, die Angelegenheit zu überdenken. (Abg. Schrammel: „Vielleicht kann der Handelsminister das regeln!“) Wie in allen kritischen Fragen, Kollege Schrammel, pflegt der Herr Landeshauptmann Schreiben, die ihm nicht passen, nicht zu beantworten. So auch dieses. Ich habe acht

Wochen lang unsere gegebene Ablehnung zu dieser Frage der Öffentlichkeit nicht bekanntgegeben, damit Sie die Chance hatten, in Ruhe diese Entscheidung wieder zu revidieren. Erst nachdem ich nach 8 Wochen zufällig erfahren habe, daß Sie nicht nur den Beschluß gefaßt, sondern auch den Auftrag erteilt haben, habe ich die Öffentlichkeit informiert. Jetzt zu sagen, wir hätten seinerzeit zugestimmt, ist ein mieser politischer Stil. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Wer ist der Dr. Hueber?“ – Abg. Dr. Maitz: „Gehört der Dr. Hueber nicht zu eurer Partei?“) Lieber Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher! Jenes Dreierkomitee hat nie über die Kosten gesprochen, Herr Kollege Dr. Maitz, sondern nur über die Grundsätze, und in dem Augenblick, Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher, wo uns die Kosten bekannt waren, haben wir nein gesagt. Weil es ganz einfach nicht vertretbar ist, den Menschen täglich erzählen zu müssen, warum der eine oder der andere sehr berechnete Wunsch abgelehnt werden muß, weil wir kein Geld haben, und auf der anderen Seite ein Mahnmal errichtet wird, von dem in Wahrheit keiner weiß, wozu es überhaupt dienen soll. (Abg. Dr. Maitz: „Sie werden sich mit Ihrer Zwiespältigkeit so schneiden, daß Sie sich wundern werden!“) Jetzt uns zu unterstellen . . . (Abg. Dr. Maitz: „Das ist ja unglaublich, Sie kapieren es ja immer noch nicht!“) Nein, Ihre Haltung, Kollege Dr. Maitz, kapiere ich nicht! . . . daß wir Bilderstürmer seien, ist wirklich genauso wie diese Haltung, die der Herr Landeshauptmann gerade vorher gehabt hat, uns jetzt zu unterstellen, daß wir seinerzeit auch der Größenordnung zugestimmt hätten, ein mieser politischer Stil, von dem ich sehr enttäuscht bin. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Schrammel: „Ist der Dr. Hueber ein Mitglied der FPÖ oder nicht!“)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Stoppacher. Ich erteile es ihm.

Abg. Stoppacher: Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist immer ein Vergnügen, wenn man nach einem drankommt, der Leben in das Haus gebracht hat, und dem Herrn Mag. Rader ist es wieder gelungen, in einer Sache das zu tun, in einem weit stärkeren Ausmaße als seinem Klubkollegen Dipl.-Ing. Chibidziura. Man kann darüber streiten, ob man ein Mahnmal errichtet oder nicht. Man kann genauso der Meinung sein, die einen schickt man in ein Komitee, um zu entscheiden, was und ob etwas errichtet wird, und man kann der Meinung sein, daß andere entscheiden, ob man bereit ist, mitzuzahlen oder nicht. Das ist eine Frage des Stils, Herr Magister, und Sie können das halten wie Sie wollen. Ich kann mich genau erinnern, daß an diesem Platz und auch am Präsidentensessel der Herr Dr. Hueber gesessen ist und Ihre Partei und seinerzeit auch den VDU vertreten hat, daran kann ich mich auch noch gut erinnern, und ich nehme an, daß er euch treugeblieben ist und daß er schließlich auch mit Ihrer Zustimmung in dieses Komitee entsandt worden ist. Das nehme ich an. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – Abg. Mag. Rader: „Vom Dr. Hueber ist das Budget immer abgelehnt worden!“)

Das Jahr 1934 war für alle bedeutend, ich bin ein Jahrgang 1925, ich war 9 Jahre alt, ich kann mich gut erinnern, als wir vom Hang des Rabenwaldes nach

Anger hinuntergeblickt haben, als wir dort die ersten Schüsse hörten. Meine Damen und Herren, gerade die, die es miterlebt haben, ich war nicht aktiv, ich war zu jung, so kann man wirklich sagen, daß das eine Zeit unserer Geschichte ist, der wir uns nicht zu schämen brauchen, aber doch, und das müssen wir sagen, jeder, gleichgültig, auf welcher Seite er gestanden hat, mea culpa, mea culpa sagen muß, zu Deutsch: durch meine Schuld. Wenn Menschen dann nach vielen Jahrzehnten versuchen, gemeinsam diese Vergangenheit zu bewältigen, dann sollten wir sie bejahen, auch wenn sie etwas kostet. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Als letzter Punkt zur Vergangenheitsbewältigung: Schauen Sie, es ist doch nicht das einzige Mahnmal. Eine Gruppe, die sicher Ihrer Partei nahesteht, hat eine Tafel bei der Uni angebracht. (Abg. Mag. Rader: „Aber nicht aus Steuergeldern!“) Das habe ich nicht behauptet! (Abg. Mag. Rader: „Das ist ein entscheidender Unterschied!“) Ich sage, Sie haben das angebracht, und ich muß sagen – ich beneide Sie, daß Sie jünger sind, dafür bin ich länger auf dieser Welt, und Sie werden dafür länger auf dieser Welt wandeln als ich –, man soll sich nicht allzusehr aufregen. Ich habe gehört, daß eine Aufregung mit Maß und Ziel für die Blutzirkulation gesund sei. Vielleicht ist sie auch etwas wert. Man hat eine Tafel angebracht, wo der Text aussagt, daß man praktisch die Opfer von 1934 bis 1955 gleichstellt. Meine Damen und Herren! Wer die Zeit miterlebt hat, bewußt und zum Teil aktiv, der muß zugeben, daß das ein wesentlicher Unterschied war in der Verantwortung der Menschen über die eigenen Tätigkeiten in der einen Ära und in der anderen Ära. Das heißt nicht, daß man im nachhinein das eine rechtfertigt und das andere verdammt. Aber ein Unterschied war das ohne Zweifel, und dieser Text hat sicher nicht zur Vergangenheitsbewältigung beigetragen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Ein weiteres Thema. Lieber Herr Abgeordneter Kirner, du hast die Gräfin Herberstein eine charmante Dame im Zusammenhang mit der Ausstellung 1986 genannt. Ich bestätige dir gerne, daß sie wirklich eine charmante Dame ist. Nur mit einem bin ich auch nicht ganz einverstanden: Stell dir einmal vor, soweit wir aus dem letzten Bericht des zuständigen Landesrates Prof. Jungwirth gehört haben, sind 13 Anmeldungen vorhanden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir 58 da entscheiden müßten, ob der Huber zuerst drankommt oder der Maier – Mahlzeit. Da müßten wir dann auch wieder diese bekannten Gutachten und Expertisen anfordern. Ich bin also froh, und ich glaube, einmal die Obersteiermark, einmal die Oststeiermark ist durchaus gerechtfertigt, obwohl es nicht in meinem Bezirk liegt, aber wir sind mit dabei, wir sind ein Teil.

Und noch ein Wort. Wo ist der Herr Abgeordnete Ritzinger? Sitzt hier als Berichterstatter. Du hast über die Bauernhäuser gesprochen. Ich bin sehr froh, daß es in der Obersteiermark viele solche Möglichkeiten gibt. Aber bitte, ich darf nur anhängen, auch in der Oststeiermark gibt es gleiche Probleme, und wer weiß – gerade der Herr Landesrat wird das bestätigen, er wird vielleicht dazu auch etwas sagen –, daß ein Verein drauf und dran ist, am Kulm, also an jenem Berg, wo sich am Fuße des Kulms in der Klamm im Schloß Herberstein die Ausstellung abspielen wird,

daß man dort alte Bauernhäuser von weit zurück durch Ausgrabungen aufstellen wird, haben wir natürlich das Problem der Erhaltung und Wiedererweckung alten Kulturgutes. Das zu diesem zweiten Thema.

Und zum Schluß zum eigentlichen Thema eine kurze Bemerkung: Im Haushaltsansatz, meine Damen und Herren, für Ausbildung und Musik finden wir auch den Betrag als Zuschuß für das Steirische Musikschulwerk und einen Zuschußbetrag für das Konservatorium in Graz mit einem Betrag von 120,89 Millionen Schilling. Was für mich interessant war und ist, ist der Umstand, daß davon in etwa 58 Prozent für das Steirische Musikschulwerk Verwendung finden sollen und 42 Prozent für das Konservatorium in Graz als Zuschuß, wenn man bedenkt, daß das Konservatorium in Graz – ich weiß sehr wohl, daß man das nicht ganz vergleichen kann, das ist mir völlig bewußt, aber trotzdem gestatten Sie mir, das zu sagen – von etwa 2.500 Schülern besucht wird, wovon nur 360 aus den Bezirken außerhalb von Graz kommen und der Rest – also der überwiegende Teil dieser Schüler – aus der Stadt Graz kommt. Der Betrag bedeutet – also der Zuschuß zum Konservatorium –, daß das Land Steiermark pro Schüler einen Aufwand von etwa 20.000 Schilling zu leisten hat. Der Jahresbeitrag, meine Damen und Herren, der für die musikalische Grundausbildung an diesem Konservatorium von den Eltern zu leisten ist, beträgt zwischen 1.700 bis 2.500 Schilling. Hingegen, meine Damen und Herren, besuchen die Musikschulen in den vielen steirischen Gemeinden 12.427 Schüler und ist hiezu ein Beitrag der Eltern von etwa 2.000 bis 3.500 Schilling zu leisten. Meine Damen und Herren, ich möchte damit zum Ausdruck bringen, daß das Land Steiermark eigentlich in einem im Vergleich überproportionalen Verhältnis für die Ausbildung der Schüler und der Kinder in musikalischer Hinsicht sorgt. Ich weiß sehr wohl, daß man das nicht ganz vergleichen kann, aber trotzdem, Herr Landesrat, würde ich meinen – und wir haben ja vom Vorredner, Herrn Abgeordneten Dr. Pfohl, gehört, daß man sich Gott sei Dank über das Opernhaus einig ist, nur über eines ist noch zu verhandeln: wer in Zukunft wieviel Prozent leistet –, es wäre durchaus gerechtfertigt, hier auch die Leistung des Landes, die überproportionale Leistung des Landes, für das Konservatorium mit zur Sprache zu bringen. Ich danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross. Ich erteile es ihm.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Gross: Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Mag. Rader in Abwesenheit des Herrn Landeshauptmannes bringt mich nun dazu, doch einige Worte grundsätzlich zu diesem Mahnmal zu sagen, weil ich nicht haben möchte, daß in diesem Hohen Haus der Eindruck entsteht, daß die Landesregierung Beschlüsse faßt und wir dann nicht dazu stehen, wenn Kritik daran geübt wird. Wir haben uns in der Landesregierung grundsätzlich dazu bekannt, auf Grund der tragischen Ereignisse des Jahres 1934 ein Mahnmal zu errichten. Wir haben für die Durchführung ein Komitee der drei im Landtag vertretenen Parteien eingesetzt. Das war der

Herr Präsident Koren, der Herr Präsident Afritsch und der Herr Präsident Huemer von den Freiheitlichen. Sie waren mit den Vorberatungen und der Vorplanung beschäftigt. Wir haben uns dann auch grundsätzlich dazu bekannt, daß dieses Mahnmal am Europaplatz hier in Graz errichtet werden soll. Herr Abgeordneter Mag. Rader, wenn Sie nunmehr an den Kosten, die Ihnen nicht bekannt gewesen wären, Kritik üben – uns waren sie bekannt, ich weiß also nicht, warum Sie Ihr Vertreter in dieser Frage nicht informiert hat –, möchte ich gleichzeitig eines festhalten: Es wird hier von fünf Millionen Schilling – ein relativ hoher Betrag – und von Steuergeldern gesprochen. Herr Kollege Mag. Rader und meine Damen und Herren! Wer die Ereignisse rund um das Jahr 1934 kennt, mit all den tragischen Folgen für unsere Heimat und was daraus geworden ist, der soll sich auch vor Augen führen, was in diesem Mahnmal inkludiert wird. Am Stein steht: „Nie wieder!“ Und wenn dieses „Nie wieder“ die Wirkung hat, daß wir uns alle besinnen, aus der Geschichte heraus, was wir im Gegeneinander hier praktisch in diesem Lande kaputtgemacht haben und nun einen gemeinsamen Weg gefunden haben, dann, glaube ich, erfüllt das Mahnmal wirklich sinnvoll seinen Zweck. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Ich persönlich, meine Damen und Herren – und heute ist so viel Jugend hier in der Landstube anwesend –, möchte sagen: Wir sind sicherlich nur in der Lage, unsere Zukunft gut zu gestalten, wenn wir auch den Mut haben, die Geschichte zu bewältigen, und das versuchen wir auch mit diesem Mahnmal gemeinsam hier in der steirischen Heimat. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Strenitz das Wort.

Abg. Dr. Strenitz: Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Von dem Mahnmal, das in diesen Augenblicken einen solchen Disput ausgelöst hat, zu einer anderen Tafel. Der Streit um die Gedenktafel an der Karl-Franzens-Universität in Graz war ja nicht ein Streit um Marmor oder um Wörter. Er war vielmehr eine Auseinandersetzung um eine Geisteshaltung und um ein Geschichtsbewußtsein, das allzu undifferenziert den Bogen über drei politische Systeme hinweg von 1934 bis 1955 gespannt hat.

Im Gegensatz zu jenem ersten Text der Tafel an der Universität, der doch sehr verschiedene Interpretationen zugelassen hat, steht auf der Tafel am Bahnhofsvorplatz in Graz am Mahnmal, von dem Erster Landeshauptmannstellvertreter Gross jetzt gesprochen hat, jener sehr schlichte Satz: „Wir haben gelernt, miteinander zu leben.“ Präsident Koren sagte bei der Enthüllung dieses Mahnmales am Staatsfeiertag am Schluß seiner ergreifenden Rede von unseren österreichischen Mitbürgern: „Es gibt keinen Einheitsstyp, es gibt nicht den normierten Österreicher, es gibt immer den einen und immer den anderen, mit einem anderen Gesicht und einem anderen Gehör, mit anderen Gedanken und Gedichten im Kopf, aber gemeinsam ist ihnen der Grund, aus dem sie wachsen, auf dem sie stehen, der gemeinsame Boden.“ Ende des Zitates. Man könnte diesen Satz unseres Altpräsidenten Koren so fortset-

zen, daß genauso, wie wir auch alle verschieden sind, wir auch eine verschiedene Sicht der Geschichte haben können, allerdings im Rahmen eines gemeinsamen Bekenntnisses zu Österreich und vom gesicherten Standpunkt einer demokratischen Beurteilung her. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Präsident Koren hat seine Rede mit dem Satz geschlossen: „Wer diese Inschrift liest, soll mit dem Vorsatz weitergehen, wir alle wollen weiterlernen“. Sehen Sie, darum geht es, und Landeshauptmannstellvertreter Gross hat es schon gesagt. Es geht darum, die Ursachen, die Zusammenhänge der Geschichte aufzuzeigen, die ja nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel kommen, sondern im Guten wie im Bösen das Ergebnis einer Vielzahl von Umständen, Ursachen und Entwicklungen sind, und man kann die historische Wahrheit durchaus darstellen, ohne neue Gräben aufzureißen. Das haben die großen politischen Kräfte dieses Landes auch getan, sowohl in der Gedenksitzung des Steiermärkischen Landtages anlässlich der Ereignisse des Jahres 1934 und auch im gemeinsamen Bekenntnis zum Mahnmahl.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Demokratie muß erlernt, erlebt und erfahren werden. Dieser Lernprozeß beginnt im Elternhaus und setzt sich zur Schule hin fort. Dabei kommt unseren hohen Schulen eine ungeheure Verantwortung zu. Darf ich bei allem Respekt gegenüber der Autonomie unserer hohen Schulen, aber auch aus der Legitimation eines gewählten Vertreters jenes demokratischen Systems, zu dem wir uns alle bekennen, den Beschluß des akademischen Senates für einen neuen, von allen großen politischen Kräften dieses Landes getragenen Text als ein positives Zeichen demokratischen Verständnisses begrüßen und dazu gratulieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Das Wort erteile ich nun Herrn Landesrat Prof. Jungwirth.

Landesrat Prof. Jungwirth: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mit einem Kommentar von meiner Seite zu der Frage des Jahres 1934 beginnen und zu dem Denkmal, das wir in einer sehr schlichten und eindrucksvollen Feier am Nationalfeiertag, am 26. Oktober, vor dem Grazer Hauptbahnhof eingeweiht haben. Es steht dort tatsächlich der Text, den Herr Dr. Strenitz schon zitiert hat: „Wir haben gelernt, miteinander zu leben.“ Nicht alle wissen den Hintergrund dieses Textes, und ich möchte ihn Ihnen sagen, denn er ist eigentlich der beste Kommentar zu dem, was hinter diesem Denkmal des Friedens steckt. Denn in meinen Augen handelt es sich um ein Denkmal des Friedens, das auch zeigt, daß Dinge, die einmal in einem Land und in einem Volk passiert sind, zwar vorüber sind und von vielen bewältigt wurden, daß wir aber nie sicher sind, ob der Bazillus der Pest, wie das Albert Camus in seinem Buch nennt, eines Tages in der nächsten Generation nicht wiederkommt. Der Text, der zu diesem Satz vor dem Grazer Hauptbahnhof inspiriert hat, der ganze Text, stammt von Martin Luther King, dem großen Bürgerrechtskämpfer in den Vereinigten Staaten, der für seine politische Gesinnung sein Leben hat opfern müssen, und dieser Satz von Martin Luther King ist für uns wiederum ein Text zum Nachdenken. Er heißt nämlich: „Wir müssen lernen, miteinander zu

leben, damit wir nicht miteinander untergehen.“ Zu diesem Text stehe ich, das ist ein Text zum Nachdenken. Ich glaube, wir brauchen ihn, das hat die heutige Debatte wieder gezeigt. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Ich danke für das „Hohe Lied für Eisenerz“. Drei Abgeordnete haben darüber gesprochen, Kirner, Hammer und Kollmann. Natürlich freut es einen, wenn eine solche Ausstellung gut gelaufen ist. Es gibt dafür im voraus keine Garantie. Es ist immer ein gewisser Ritt über den Bodensee. Das war es auch in Eisenerz, das müssen wir zugeben, und ich hoffe, daß, wenn nächstesmal vielleicht eine Ausstellung nicht so gut läuft, toi, toi, toi, das soll uns nie passieren, trotzdem die Unterstützung hier in diesem Haus für ein solches Projekt auch dann in voller Weise gegeben ist. Es ist gut gelaufen. Eisenerz hat großartig mitgetan. Die Eisenstraße ist dadurch auch in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gekommen. Es ist richtig, daß dieses historische Montanensemble von internationaler Bedeutung ist, und wir können uns mit Ensembles, wie sie zum Beispiel in Iron Bridge in England vorhanden sind, durchaus messen, und es besteht aller Grund dafür, auf einer gemeinsamen Plattform Land, Bund, Gemeinden, weiterzufahren und hier dafür zu sorgen, daß diese Attraktion im besten Sinne des Wortes diese Anziehungskraft, die in dieser steirischen Eisenstraße steckt, auch in Zukunft erhalten bleibt und daß wir durch Renovierungen, durch Restaurierung, durch Publizierung, durch Propaganda einen Schritt weiterkommen. Wir werden vom Land Steiermark nach Kräften dazu bereit sein mitzuhelfen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Anträge für Landesausstellungen liegen bereits in reicher Zahl vor. Es ist ein gutes Zeichen. Wir haben, Herr Abgeordneter Kirner, in der Vergangenheit nie im Volksbildungsausschuß die Abhaltung von Landesausstellungen beschlossen. Seit dem Jahre 1959, wo Koren damit begonnen hat, eine solche Ausstellung für den Erzherzog Johann in Graz zu kreieren, ist das so gewesen, und das wird sicherlich auch in Zukunft bleiben. Allerdings, wenn es Anträge der Abgeordneten dieses Hohen Hauses gibt, dann wird selbstverständlich im Ausschuß darüber zu berichten sein, und das wird auch in Zukunft so geschehen.

Derzeit liegen sechs verschiedene Landtagsanträge für Ausstellungen des Landes in steirischen Bezirken vor. Wir sind dabei, Projekte auf ihre Möglichkeit zu überprüfen und werden natürlich auch im Ausschuß zu berichten haben. Wir gehen im Jahre 1986, das ist schon gesagt worden, nach Herberstein. Zum ersten Mal in der Oststeiermark. Sie hat sich auch eine solche Chance verdient, und wir hoffen sehr, daß diese Ausstellung auch ein voller Erfolg wird. Es ist ja durch das Interesse, das überall ausgebrochen ist, so, daß wir in Zukunft wohl auf den Einjahresrhythmus werden übergehen müssen. Es wird wohl nicht jedes Jahr mit der ganzen Dimension möglich sein hineinzusteigen, aber es kann sich eine gewisse Abwechslung von Großprojekten mit mittleren oder kleineren Projekten wohl ergeben. Wir machen dafür 1986 und 1987 einen Probelauf mit Herberstein und der Riegersburg und wir nehmen an, daß das 1988 auch so weitergehen kann. Auf jeden Fall handelt es sich hier um eine Initiative, die selbstverständlich den steirischen Bezirken und

steirischen Regionen zugute kommen muß, und das ist ein Teil unserer Kulturpolitik. Denn wir wissen, daß man von den Bezirken her natürlich kritisch in die Landeshauptstadt blickt. Das haben auch einige der Herrn Abgeordneten bereits zum Ausdruck gebracht. Wo sind wir, wo ist die Unterstützung für uns draußen, wenn auf der anderen Seite in Graz große Projekte finanziert werden. Wenn hier angemerkt wird, daß die Mittel einerseits für das Musikschulwerk für unsere Begriffe gewaltig sind, aber auf der anderen Seite die des Konservatoriums ebenso, dann ist das nur zu unterstreichen. Natürlich ist das Konservatorium eine Einrichtung des Landes, und wir sind voll dafür verantwortlich, während die Musikschulen ja Einrichtungen der Gemeinden sind. Aber es wird auch an ihnen hervorragende Arbeit geleistet – und ich stehe voll dazu –, und wir müssen diese Beträge sehr wohl in die Waagschale werfen. Es wird sicherlich auch, wenn über künftige Finanzierungen der Vereinigten Bühnen in Graz zu sprechen sein wird, dieses Argument sehr wohl zu berücksichtigen sein. Denn natürlich ist die Stadt Graz eine schöne Dame, die sich gern vom Kavalier Land Steiermark aushalten läßt – und wir tun das ja auch mit Begeisterung und mit Überzeugung –, aber wir müssen natürlich eben auch das Maß finden, denn wir sind ja für die ganze Steiermark da. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Wir werden in einem Monat das Opernhaus eröffnen. Der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl als Vorsitzender des Bau-Ausschusses hat sich wirklich großartige Verdienste für diese gewaltige Initiative errungen. (Allgemeiner Beifall.) Und ich möchte ihm an dieser Stelle wirklich sehr herzlich dafür danken. Aber vergessen wir auch nicht, wenn vom Geld die Rede ist, woher die Gelder kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Diese Sanierung wird runde 300 Millionen Schilling kosten. Ein paar Millionen Schilling darüber werden es in der Schlußabrechnung sein. Es kommen davon – wie wir schon gehört haben – 100 Millionen Schilling vom Bund, und der gesamte übrige Betrag, meine Damen und Herren, kommt vom Land Steiermark: über den Fernseh-Schilling, über den Kultur-Schilling des Landes Steiermark. Das heißt, von den 300 Millionen Schilling kommen 200 und etwas mehr aus dem Budget des Landes, 100 aus dem Budget des Bundes und keiner aus dem Budget der Stadt Graz. Das muß man auch zur Information wirklich offen sagen, und das ist ein Faktum, das sicherlich in zukünftigen Diskussionen eingebracht wird, sicherlich auch dann eingebracht wird, wenn es um weitere Raumfragen in der Stadt Graz geht. Es wurde vom Herrn Abgeordneten Dr. Pfohl beispielsweise die Problematik einer Veranstaltungshalle in der Landeshauptstadt angezogen. Das ist tatsächlich ein Problem, das jeden Veranstalter, ob das die sogenannte öffentliche Hand ist, ob es eine Zeitung ist, ob es andere Veranstalter, Banken oder Vereine sind, wirklich angeht. Denn ob eine solche Rock-, Pop- oder andere Musikgruppe für 1.000 oder 2.000 oder 2.500 Leute spielt, ist ihr egal, der Preis ist der gleiche. Wenn wir nur Platz haben für 1.000 Besucher, dann zahlt die Differenz eben der Veranstalter, hier und da der Steuerzahler. Daher ist das tatsächlich ein offenes Problem in dieser Stadt Graz, und vielleicht wird sich die Stadtgemeinde Graz in dieser Problematik ganz

besonders angesprochen fühlen. Es wäre für viele Veranstalter und Initiatoren in dieser Stadt wirklich wünschenswert.

Wir haben ja auch eine andere Raumfrage in Diskussion, und das ist die Frage unseres Museums des 20., ja sogar den 21. Jahrhunderts. Sie wissen, daß die Neue Galerie am Joanneum den Auftrag hat, die Kunst des 19. und des 20. Jahrhunderts zu sammeln. Naturgemäß wird diese Sammlung immer größer und nicht das Haus, in dem sie untergebracht ist. Daher ist auch hier die Problematik gegeben: Wie geht es weiter, wie sieht es mit der Bewältigung der Raumfrage aus? Wir werden auch hier zu einer Lösung kommen müssen, wobei sicherlich Kombinationen zwischen Veranstaltungshallen und Museen auf der anderen Seite nach den Erfahrungen des Auslandes nicht sehr glücklich wären und diese zwei Probleme wirklich zwei verschiedene Paar Schuhe sind und wohl zwei verschiedene Lösungen brauchen.

Weil ich beim Stichwort „Museum“ bin, auch ein Wort zum Joanneum: Es ist schon zitiert worden, daß dieses Haus im Jahr 1984 den Preis des Europarates erhalten hat. Eine großartige Ehrung für ein Haus mit 14 Abteilungen, in dem wirklich sehr fleißig gearbeitet wird, in dem die Besucherzahlen rasant steigen. Wir haben im Joanneum im heurigen Jahr bereits eine Besucherzahl von 502.000 bis zum Ende des Monats September, bitte sehr. 502.000 Menschen sind bereits in die verschiedenen Abteilungen des Joanneums im Jahr 1984 gekommen. Wir haben eine Steigerung besonders bei den Sonderausstellungen um über 100 Prozent; die Besucherzahl hat sich bei den Sonderausstellungen im Vergleich zum vorigen Jahr verdoppelt. Das ist ein Beweis dafür, daß ein Museum, wenn es im modernen Geist geführt wird, mit Menschen, die Ideen haben und initiativ sind, wirklich auch in Österreich Erfolg haben kann. Ich möchte an dieser Stelle seinem Chef, seinem Direktor, dem Herrn Hofrat Waidacher, und seinem Team, das wirklich hervorragende Arbeit leistet, dafür danken. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Ich möchte nicht verschweigen, daß diese Arbeit den Leuten am Joanneum nicht immer leichtgemacht wird. Das ist eine Problematik, mit der – ich glaube – Museen in Österreich allgemein zu kämpfen haben. Museen werden fast immer von der öffentlichen Hand erhalten und stehen sehr stark – ich möchte sagen – in der Zwangsjacke der Administration. Administration ist wichtig, und Ordnung muß sein, und dazu stehen wir ohne jede Einschränkung, aber ein Museum ist natürlich kein Büro, keine Verwaltungsabteilung, ein Museum ist ja eine Servicestelle für die Öffentlichkeit. Sie muß auch ein „open house“ sein können, ein offenes Haus, das für die Besucher da ist und das einen ganz lebendigen Kundendienst einrichten kann. Und hier muß ich sagen, sind die Probleme schon oft sehr groß. Die Enge der Paragraphen, die Enge auch der Kameralistik ist manchmal eine Behinderung, die sich für die Arbeit eines Museums nicht zum besten auswirkt. Man wird immer wiederum darüber nachdenken müssen, wie man diese Situation verändern kann. Es liegt beispielsweise keinerlei Anreiz vor, sich für eine Sonderausstellung besonders zu engagieren. Ob eine solche Ausstellung 10.000 Schilling oder eine Million Schilling hereinspielt, ist völlig egal, denn die

Abteilung oder das Museum, das die Ausstellung organisiert, muß am Ende diese Summe an die Finanzkasse des Landes abliefern. Das hat insofern seine Richtigkeit, als ja das Land der Träger des Museums ist, aber ich glaube, wir sollen doch Überlegungen darüber anstellen, wieweit nicht eine kombinierte Form, eine Mischform im gegenseitigen Interesse in Zukunft besser ist, im Interesse sowohl auf seiten des Museums als auch auf seiten des Landes. Es sieht so aus, als ob das Modell, das in Trautenfels gerade durchgespielt wird, im Einvernehmen mit der Landesregierung, mit einem Vertrag, der geschlossen worden ist, hier neue Wege eröffnen könnte. Sie wissen, daß dieses Haus von der Gemeinde Pürgg gekauft worden ist. Es hat sich dort ein äußerst aktiver Museumsverein gebildet, Herr Dr. Hänsel ist ein äußerst initiativer Museumsleiter. Diese große initiative Gruppe im Ennstal spielt auf privater Basis eine Menge Geld herein. Es ist auch möglich geworden, einen Vertrag mit dem Land Steiermark zu treffen, so daß eine Einnahmenseitigung für die Trautenfeler bei ihren Sonderausstellungen stattfindet. Das ist ein zusätzlicher finanzieller Anreiz, sich ganz besonders für ihre Projekte einzusetzen. Nach den ersten Erfahrungen läuft das bereits sehr überzeugend. Es ist beispielsweise dazu gekommen, daß bereits eine Fassade des Schlosses Trautenfels auch in eigener Initiative durch die neuen Träger dieses Hauses renoviert werden konnte, und von den Kosten, die rund 2,2 Millionen betragen haben, hat zwar das Land Steiermark ein Million zugeschossen, aber mehr als die Hälfte, 1,2 Millionen, konnten auf privater Basis durch Ausstellungen und durch andere Initiativen in Trautenfels hereingespielt werden. Ein interessantes Modell, das – glaube ich – Zukunft hat. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

So bin ich darangegangen, auch unser Joanneum zu ermuntern, sich auf ähnliche Weise Lösungen einfallen zu lassen. Es gibt ja in unserem Steuersystem die Möglichkeit, Museen der öffentlichen Hand zu begünstigen, private Aufwendungen für sie sind steuerlich absetzbar in Österreich, und so ist beispielsweise auch das Schloß Eggenberg darangegangen, einen neuen Führer herauszubringen. Bisher war das über das kleine Budget der Abteilung nicht finanzierbar. Über den Verein des Museums Joanneum ist dieser Führer jetzt privat vorausfinanziert herausgekommen. Er verkauft sich gut und wird sich – so hoffen wir sehr – bald hereinspielen, und auch das ist ein Zeichen dafür, daß man in einem öffentlichen Museum der privaten Initiative einen neuen Platz schaffen kann.

Das Stichwort Eggenberg gibt mir noch einen Grund, über dieses Haus zu sprechen. Zuerst eine Anmerkung zu einer Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Trampusch von gestern. Er hat sich über den Ausdruck „steirischer Escorial“ mokiert, der vom Herrn Landeshauptmann manchenmal in Zusammenhang mit Eggenberg verwendet wird. Ich möchte dazu ganz einfach sagen, daß dieser Begriff sich schon seit Jahrzehnten in der Kunstgeschichte eingebürgert hat. Es hat ja tatsächlich enge Beziehungen zwischen den Höfen in Graz und Madrid um das Jahr 1600 gegeben, und der Erbauer des Hauses, Hans Ulrich von Eggenberg, ist mehrere Male in Spanien gewesen und hat nicht nur politische Beziehungen, die ja damals sehr wichtig gewesen sind, mit den spanischen Habsbur-

gern gehabt, sondern hat auch den spanischen Geist zu seiner Zeit sehr tief eingeatmet. (Abg. Dr. Strenitz: „Aber Herr Landesrat, vom Escorial aus wurde ein Weltreich regiert, was mit Eggenberg nicht der Fall sein dürfte!“) Noch nicht, Herr Dr. Strenitz! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Strenitz: „Das ist tiefenpsychologisch schon sehr hintergründig! Wenn Sie an den Don Carlos denken, ist das Schicksal der Einwohner des Escorial oft ein sehr bitteres gewesen!“) So weit muß es nicht gehen, die Parallelen haben sicherlich ihre Grenzen.

Eines noch zu diesem Thema. Jetzt sind wir wieder bei der Architektur und Kunstgeschichte. Es ist sicher, daß die Architektur des Hauses in Eggenberg so wie anderer Schlösser und Klöster, die zu dieser Zeit in Mitteleuropa entstanden sind, sich tatsächlich sehr stark an dem Vorbild des Escorial orientiert hat, und weil Sie sagen, daß das ein finsternes Haus ist, so hat das auch seine Richtigkeit. Es ist interessant, es gibt einen Text über das Schloß Eggenberg. Der große Montesquieu, der große Philosoph des 18. Jahrhunderts, ist auch einmal nach Graz gekommen und hat sich Eggenberg angeschaut; da gibt es in seinem Tagebuch eine Beschreibung der Stadt und des Hauses, und er sagt tatsächlich, das war so um 1750: „Eggenberg ist ein sehr häßliches Haus“. Interessant, sicherlich aus dem Geschmack der Zeit zu verstehen. Vielleicht auch deshalb, weil damals, nach dem Aussterben der Eggenberger, das Haus wahrscheinlich auch schlecht erhalten gewesen ist. Wie Sie wissen, hat es inzwischen das Land Steiermark übernommen. Es ist Gott sei Dank zum Teil sehr schön renoviert. Allerdings nicht ganz, und es ist auch erfreulich, daß es im nächsten Jahr möglich sein wird, mit einer ersten Tranche die Fassadenerneuerung in Eggenberg in Angriff zu nehmen. In diesem Haus wird auch eine interessante Ausstellung über Hans Adam Weißenkircher stattfinden, einen großen Barockmaler, der nächstes Jahr vor 300 Jahren sein großes Werk im Planetensaal des Schlosses Eggenberg fertiggestellt hat. Der Hüter von Eggenberg, Fritz Kryza-Gersch, der die Geschichte des Hauses weitestgehend erforscht hat, bereitet eine interessante Ausstellung vor. Sie wird zeigen, daß dieser Mann Hans Adam Weißenkircher, der von Salzburg zu uns nach Graz gekommen ist, ein bedeutender Künstler gewesen ist und auch ein wichtiger Vorläufer der österreichischen Barockmalerei des 17. und speziell des 18. Jahrhunderts. Ich glaube, wir dürfen uns auf die Ausstellung Hans Adam Weißenkircher in Eggenberg schon heute freuen.

Ich gehe nicht auf die Spezialproblematik des Kulturförderungsgesetzes ein. Über einzelne Bestimmungen wird in den Verhandlungen zu sprechen sein. Die Information, die ich gerne geben könnte, würde jetzt das Hohe Haus nicht besonders begeistern und interessieren. Ich spare mir das für den Ausschuß. Es wird sehr leicht sein, auf einzelne Punkte, die schon angesprochen worden sind, einzugehen.

Was Projekte des Jahres 1985 angeht, noch ein Wort zum „steirischen Herbst“. Zuerst zur Rückschau. Der „steirische Herbst 1984“ war gottlob wiederum sehr erfolgreich. Er war es bei den Besuchern, bei sehr vielen Presseerzeugnissen. Ich nenne eines für viele, es ist aus gerade auf den Tisch geflattert. Sie wissen, wir haben im Schloßberg eine interessante Ausstellung

zum Thema „Architekturvision“ gehabt. Es waren österreichische und ausländische Architekten von großem Renommee dazu eingeladen. Einer davon war auch ein japanischer Architekt. Das hat dazu geführt, daß in einer führenden japanischen Architekturzeitschrift in der letzten Nummer auf nicht weniger als 120 Seiten über Graz und den „steirischen Herbst“ berichtet wird. Das ist ein Beweis von Öffentlichkeitswirkung, der wirklich gewaltig ist. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Dr. Peter Vujica, der Intendant des „Herbstes“, ist mit Leib und Seele bei seiner Aufgabe. Er ist hoffentlich vor wenigen Stunden glücklich in New York gelandet. Er führt dort Gespräche über die Präsentation des „steirischen Herbstes“, die nächstes Jahr in New York im Einvernehmen mit dem österreichischen Kulturinstitut stattfinden soll. Dieses Kulturinstitut hat sich daran interessiert erklärt, die Präsentation des „steirischen Herbstes“ anlässlich 40 Jahre Freiheit in Österreich und anlässlich 30 Jahre Staatsvertrag im Mai 1985 unter dem Thema „Moderne österreichische Kunst“ im Rahmen des „steirischen Herbstes“ zu stellen. Eine Chance für die Steiermark, die wir gerne nützen wollen. Auf der anderen Seite gibt es auch an der Westküste – wie Sie wissen – in den Vereinigten Staaten, in Los Angeles, Interesse daran. Es wird ein Vertreter im Jänner zu uns kommen, um Vorgespräche zu führen, und wir werden in der nächsten Woche bereits im Präsidium des „steirischen Herbstes“ auch über diese Projekte zu sprechen haben.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Jahr 1985 vielleicht noch ein Wort apropos „steirischer Herbst“. Ein Teil davon ist auch die Steirische Akademie. Wir werden sie im Jahr 1985 unter das Thema „Natur und Naturraum“ stellen. Wir werden versuchen, dabei sowohl Theorie als auch Praxis zu spielen, in ähnlicher Weise, wie wir es vor Jahren bei der Steirischen Akademie zum Thema „Raumordnung“ gemacht haben, und wir hoffen, daß wir damit in Graz und draußen in den steirischen Bezirken Erfolg haben werden.

Es ist auch erfreulich, daß wir mit einem großen Grazer, einem großen Interpreten, in sehr interessanten Verhandlungen sind. Ich meine damit Nikolaus Harnoncourt. Das ist ein großer Interpret alter und neuer Musik, der seine eigenen Wege geht. Wir sind mit ihm in sehr erfolgreichen Verhandlungen und werden in Kürze ein Projekt vorstellen können, das sicherlich auch für den Fremdenverkehr in der Stadt Graz interessant ist. Die Koppelung zwischen Kultur und Fremdenverkehr ist ja bei uns immer wiederum ein ernstes Anliegen. Er ist bereit, schon im nächsten Sommer und auch darüber hinaus in den folgenden Jahren Konzerte in Graz zu spielen, und wir werden uns natürlich bemühen, sie auch entsprechend zu publizieren und publik zu machen, und hoffen, auf diese Weise auch zur künstlerischen und touristischen Belebung von Graz unseren Beitrag zu leisten.

Nun, meine Damen und Herren, Kollege Ritzinger hat noch über das alte Baugut gesprochen – ein großes Thema, das wir schon öfter abgehandelt haben. Ich sage dazu nur: Was die Gesetze betrifft, können Sie natürlich Ihren Beitrag leisten. Wir haben vor zehn Jahren das Grazer Altstadtgesetz verabschiedet und hatten heuer einen internationalen Kongreß aus diesem Anlaß. Wir haben im Jahr 1977 ein Ortsbildgesetz

verabschiedet, das sehr gut wirkt. 30 steirische Gemeinden haben sich bereits eine Schutzzone zugelegt, um sich ihre alte Bausubstanz zu erhalten. Das Problem, das der Herr Abgeordnete Ritzinger angeschnitten hat, geht allerdings über diese Möglichkeiten weit hinaus. Aber es gibt auch hier Chancen, auf andere Weise tätig zu werden, und ich begrüße es außerordentlich, daß in der neuen steirischen Wohnbauoffensive mein Regierungskollege Dipl.-Ing. Riegler auch 30 Prozent der Mittel für die Sanierung von alter Bausubstanz reserviert hat. (Beifall bei der ÖVP.) Das ist ja eine Initiative, die sowohl den Städten wie auch dem ländlichen Raum zugute kommen wird. Die Novellierung der steirischen Bauordnung, die auch in diesem Haus zur Verhandlung steht, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird auch einen interessanten Beitrag in dieser Hinsicht leisten, denn es gibt gerade in der Grazer Innenstadt das Problem der Entvölkerung und der Entsiedelung. Es gibt aber auf der anderen Seite eine Menge von Räumen, die ungenutzt sind und in die sehr wohl Wohnraum eingebaut werden könnte. Ich meine damit die zum Teil riesigen Dachböden der Grazer Altstadt. Durch die Revision, durch die Novellierung der steirischen Bauordnung, die ja bereits im Entwurf vorliegt, wird es möglich sein, diesen Dachbodenausbau, diese Dachbodensanierung speziell in der Grazer Altstadt, aber sicherlich auch in anderen Städten der Steiermark, wesentlich zu erleichtern und damit einen wichtigen Beitrag zur Belebung historischer Kerne, wie es die Grazer Altstadt ist, wie es andere steirische Innenstädte sind, zu leisten.

Einen großen Dank möchte ich abschließend allen Männern und Frauen sagen, die in der steirischen Kulturlandschaft tätig sind, als Schaffende auf der einen Seite, als Vermittler auf der anderen, auch als Kritiker der Szene, denn wir schätzen immer wiederum den fruchtbaren Dialog, das Pro und Kontra bringt uns weiter, und ich möchte Ihnen zum Schluß, meine sehr verehrten Damen und Herren, nebst einem Dank an meine Mitarbeiter in meinem Büro, in der Rechtsabteilung 6 und in anderen Abteilungen, einen kurzen Text noch zitieren, der über den Bereich der Kunst und Kultur hinaus geht und die Klammer zum ganzen gesellschaftlichen Leben und speziell auch zur Wirtschaft zeigt und der für uns in der Steiermark, so meine ich, sehr erfreulich ist. Der Leiter des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitutes, Professor Helmut Kramer, hat im September einen Vortrag zu dem Thema „Die Steiermark in den österreichischen Konjunkturperspektiven“ gehalten. Er hat dort in diesem Vortrag über die Notwendigkeit von Innovationen, von Neuerungen, gesprochen, und er schreibt dann, daß er sich nicht wundern würde, wenn in der Steiermark diese Maßnahmen in den nächsten Jahren sichtbare Früchte tragen würden. Und er sagt dann wörtlich – im Hinblick auf steirische Wirtschaft, aber auch auf steirische Kultur: „Dies umso mehr, als erwiesen ist, daß die Steiermark über Kapazitäten verfügt, auf die es in den nächsten Jahren noch mehr als bisher ankommt, nämlich auf die Erneuerung. Wenn gerade in der Steiermark Kunst und Wissenschaft so erfreuliche Neuentwicklungen zu unternehmen verstehen, warum sollte dies nicht auch in der Wirtschaft möglich sein? An Ideen mangelt es offenbar nicht.“ Meine Damen und Herren, es soll uns in der Steiermark auch in Zukunft an Ideen nicht mangeln. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Keine weiteren Wortmeldungen zur Gruppe 3. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus!

Ich wiederhole meinen Antrag und bitte Sie namens des Finanz-Ausschusses, die Ansätze Kultur, Kultus und kulturelle Angelegenheiten anzunehmen.

Präsident Zdarsky: Die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 einverstanden sind, mögen bitte die Hand heben.

Die Gruppe 3 ist somit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 4, „Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung“. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Anton Preamberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Preamberger: Sehr geehrte Frau Präsident, werte Damen und Herren!

Die Gruppe 4, „Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung“, umfaßt folgende Ansätze: Allgemeine öffentliche Wohlfahrt, unterteilt in Einrichtungen und Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe, Einrichtungen und Maßnahmen der Behindertenhilfe, Maßnahmen der Blindenhilfe, Hilfe für Kriegsoffer und Geschädigte nach dem Opferfürsorgegesetz. Die freie Wohlfahrt ist unterteilt in Entwicklungshilfe im Ausland, Flüchtlingshilfe sowie in sonstige Einrichtungen und Maßnahmen. Die Jugendwohlfahrt gliedert sich in Einnahmen und Ausgaben für Erziehungsheime, Jugendhilfe, Jugendfürsorgeerziehung. Weitere Ansätze: die Einrichtung zur Behebung von Notständen, Maßnahmen bei Katastrophenschäden und sozialpolitische Maßnahmen in der Altersvorsorge. Die Wohnbauförderung des Landes ist gegliedert in die allgemeine Wohnbauförderung, in die Förderung nach dem Wohnbauförderungsgesetz, die Förderung nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz und in die Förderung nach dem Gesetz betreffend die Erhaltung und Verbesserung von Wohnhäusern sowie die Stadterneuerung. In der Gruppe 4 stehen insgesamt Einnahmen im Voranschlag 1985 in Höhe von 3.217,200.000 Schilling den Ausgaben mit 4.563,401.000 Schilling gegenüber. Ich stelle namens des Ausschusses den Antrag auf Annahme.

Präsident Zdarsky: Meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Um die Möglichkeit zu sichern, daß die zuständigen politischen Referenten in jenen Gruppen ihr Schlußwort halten können, in denen mehrere politische Referenten budgetiert haben, schlage ich im Einvernehmen mit den Obmännern der im Haus vertretenen Parteien vor, die Spezialdebatte der Gruppe 4 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil die Soziale Wohlfahrt und im zweiten Teil die Wohnbauförderung behandelt werden.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 4, „Soziale Wohlfahrt“. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schrammel.

Abg. Schrammel: Verehrte Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Genauso wie die Wirtschafts-, Kultur- und die gesamte Gesellschaftspolitik haben natürlich auch die Sozialpolitik und die soziale Wohlfahrt ihren Stellenwert, und das hat auch im Budget einen dementsprechenden Niederschlag gefunden. Wir können in der Steiermark stolz sein, daß gerade in den letzten Jahren sehr wesentliche Einrichtungen zur Verbesserung der sozialen Wohlfahrt und zu Verbesserung der sozialen Stellung unserer Mitmenschen und unserer Heimat geschaffen wurden.

Ich möchte aus der Vielfalt der Sozialpolitik und der sozialen Wohlfahrt nur einige herausgreifen. Beginnend natürlich mit dem Sozialhilfegesetz, das seinerzeit als Initiativantrag der ÖVP-Abgeordneten beschlossen wurde, über die Alten- und Seniorenheime, die vom Land gemeinsam mit den Sozialhilfeverbänden betreut und finanziert werden, bis über die Altenurlaubsaktion und das Behindertengesetz, welches wir erst heuer neu novelliert und neu formuliert haben, der Zeit entsprechend angepaßt haben. Von der Sozialakademie hin zu den Fürsorgerinnen und Sozialarbeiterinnen, dann noch die Blindenbeihilfe, die Hilfe für die Kriegsoffer. Weiters die Entwicklungshilfe und die Flüchtlingshilfe; die Jugendwohlfahrt bis zur Jugendfürsorgeerziehung, nicht zu übersehen auch die Behebung von Notständen, beginnend von der Josef-Krainer-Hilfe bis zum Hilfsfonds, zur Katastrophenhilfe bei der Behebung von schweren Naturkatastrophen. Es sollen aber auch die Pendlerhilfe und der Familienlastenausgleich mit erwähnt werden.

Als wesentliche Erneuerungen des heurigen Jahres 1984 möchte ich die Pendlerhilfe und die Verbesserung des Behindertengesetzes herausgreifen.

Ich freue mich, daß grundlegend bei diesen beiden sehr wesentlichen Bereichen Übereinstimmung geherrscht hat. Ob Gesetz oder nicht Gesetz, das ist eine andere Frage. Die Pendlerhilfe wurde geschaffen. Das Behindertengesetz wurde einstimmig beschlossen. In den wesentlichsten Grundsätzen hat es immer Einhelligkeit nicht nur zwischen dem Referenten und den Abgeordneten, sondern auch innerhalb der politischen Parteien gegeben.

Überall, wo wir können, fördern wir eine gezielte Hilfe zur Selbsthilfe. Ich glaube, das ist auch eine sehr primäre Aufgabe in der sozialen Hilfestellung eines Landes und der Öffentlichkeit. Eine beträchtliche Zahl von Gruppen, Vereinigungen, Organisationen nehmen in beispielhafter Form, in freiwilliger, idealistischer Gesinnung in der Behindertenhilfe, Altenpflege, in der Sorge um gefährdete Randgruppen Aufgaben wahr, für die die öffentliche Hand nur die Rahmenbedingungen schaffen kann. Man kann sicherlich gerade in der sozialen Hilfestellung nicht in jedem Einzelfall direkt eingreifen, sondern man bedarf vieler Mitarbeiter und natürlich auch der notwendigen Gesinnung.

In der Arbeit mit den Menschen, mit dem Nächsten, hat man täglich das Gefühl, größere und kleinere Erfolge zu haben. Unser Ziel ist, Menschlichkeit und persönliche Verantwortung, hauptamtliche und ehrenamtliche Sozialarbeiter und vor allem Hilfe für den, der sie braucht, zu schaffen. So hat das Frau Präsident Waltraud Klasnic im Rahmen einer von unserem Lan-

deshauptmann Dr. Krainer initiierten Modell-Steiermark-Veranstaltung sehr treffend in zwei Kernsätzen formuliert: „Die Menschen haben heute in unserem ausgebauten Sozialstaat und erwirtschafteten Wohlstand vieles erreicht, was sie früher nicht hatten. Aber es muß auch eines gesagt werden: Sie haben auch viel verloren. Viel an wertvollen Dingen und Bereichen, die sie früher sehr wohl hatten, nämlich Menschlichkeit, Geborgenheit, überschaubare Lebensverhältnisse und in vielen Fällen auch die echte Nachbarschaft“. Ende des Zitates.

Es muß immer alles größer und besser werden. Dabei wird aber der Raum für menschliche Begegnung immer kleiner und immer schlechter. So werden viele materiell reicher, in menschlicher Hinsicht – sind wir ehrlich – jedoch ärmer. Die Bereicherung an sozialen Institutionen darf nicht zu einer Verarmung der menschlichen Beziehungen und im äußersten zur Hilflosigkeit führen. Ich möchte dabei gar nicht den Sozialisten Günther Nenning zitieren, der gemeint hat: „Der Staat ist das kälteste Ungeheuer; als kälter erwies sich nur noch der Sozialstaat“. So möchte ich das nicht formulieren. Ich möchte sagen, obwohl wir wissen, daß wir heute ohne durchorganisierten Sozialstaat ein funktionierendes, geordnetes Staatsgefüge nicht aufrechterhalten können und wir uns selbstverständlich zum Sozialstaat bekennen, brauchen wir die menschlichen Werte der Sozialhilfe, die echten und unersetzbaren Werte der menschlichen Nächstenliebe oder, einfacher ausgedrückt, eine intakte Partnerschaft und eine funktionierende Nachbarschaft. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Das, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, sind nicht nur christliche Fundamente. Sind wir als Politiker und politische Parteien nicht stolz allein auf Gesetze, die wir beschlossen haben, und daß wir im Lande hunderte Millionen für soziale Wohlfahrt ausgeben. Die soziale Wohlfahrt ist unbestritten ein Element der Lebensqualität.

Was ist aber Lebensqualität? Ist es vielleicht ein hohes Einkommen, das große Auto, teure Kleider, Urlaubsreisen, der Kachelofen im modernen Wohnzimmer oder anderes mehr? Oder ist es die Familienbeihilfe, die Kinderbeihilfe, die Lernbeihilfe, die Studienbeihilfe, die Heiratsbeihilfe, die Geburtenbeihilfe, die Wohnbeihilfe, die Mietzinsbeihilfe, die Pendlerbeihilfe, die Beihilfe, die Beihilfe, die Beihilfe für alles? Und zahlen – sind wir ehrlich – müssen wir dann alles selber, wir, die Steuerzahler. Für mich ist dies schon alles Lebensqualität, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber nur ein Teil, der zur Beseitigung klassischer Notstände unverzichtbar ist. Lebensqualität ist eben nicht quantifizierbar, schon gar nicht in der Sozialhilfe und in der Sozialgesetzgebung. Das soziale Netz, meine sehr geehrten Damen und Herren hier im Hohen Haus, je dichter wir und die Kollegen im Nationalrat es versuchen zu stricken, umso löchriger wird es. Da gibt es die neue Armut und Not, und nicht, weil sie hungern und frieren, sondern weil sie einsam, behindert oder arbeitslos sind, jene, die zu den kinderreichen oder kinderlosen Familien zählen, die alten Menschen ohne Familienanschluß, die Depressiven, die Alleingelassenen aus gescheiterten Ehen, die Pendlerfamilien und auch jene Menschen, denen man in der heutigen Gesellschaft oft keinen Stellenwert zumessen will: die Alkoholiker, die Drogenabhängi-

gen, aber auch Selbstmörder, Randalierer, Kriminelle und vielleicht auch die Sandler.

Die Sozialfälle haben sich in den letzten Jahren verdreifacht. Auch eine schockierende Zahl. In Österreich gibt es zur Zeit etwa 700.000 Arme, das heißt, die einkommensmäßig unter der Armutsgrenze leben, und das sind etwa 10 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Arbeitslosenzahlen steigen: 1982 66.000, 1983 90.000, 1984 92.000, jeweils in den Sommermonaten ausgewiesen, und tragisch dabei ist, daß etwa ein Drittel davon junge Menschen zwischen 15 und 20 Jahren sind. Wir lesen Schlagzeilen in den Zeitungen: „Ärztkongreß schlägt Alarm, rund 2.000 Selbstmorde in Österreich pro Jahr“.

Die Exekutionen stiegen im Laufe der vergangenen drei Jahre um mehr als 100 Prozent. Bauernhöfe werden wieder versteigert, und die Konsolidierungskreditsuchen haben sich vervielfacht. Man beschließt auf Bundesebene, gegen die Stimmen der ÖVP, eine Sozialreform mit einer generellen Beitragserhöhung, Pensionskürzungen bei bestehenden Pensionen durch eine Verschlechterung (Abg. Halper: „Das ist nicht wahr, Herr Kollege!“) der Pensionsdynamik ab 1986. Leider stimmt es. (Abg. Halper: „Wo treiben Sie diese Wortmeldungen auf? Liefern Sie einen Beweis!“) Ich komme noch darauf, ich komme auch auf die Beweise. Geringere Pensionen bei Neupensionisten durch Verlängerung des Bemessungszeitraumes – lesen Sie die neuen Beschlüsse genauer durch – (Abg. Loidl: „Bei den Arbeitern wesentlich besser, weil der Durchschnitt von 2 Jahren genommen wird!“) nur bei einzelnen, Benachteiligungen von Frauen mit Kindern, keine Förderung der Eigenvorsorge. Und jetzt zu einem konkreten Beispiel, lieber Kollege Halper: So wurden beispielsweise die Sozialversicherungsbeiträge für Landwirte innerhalb von vier Jahren um 40 Prozent aufgestockt. (Abg. Loidl: „80 Prozent muß doch der Staat dazuzahlen!“) Aus diesem Blickwinkel. (Abg. Loidl: „80 Schilling für 100 Schilling!“) Lieber Kollege Loidl, ich habe in dieser Sache mit einer Delegation von Bauern und Bäuerinnen aus Fürstenfeld beim Gewerkschaftspräsidenten Benya in Wien vorgesprochen. Ich war sehr beeindruckt, daß er uns nahezu eine Stunde Zeit gegeben hat, um unsere Probleme, die bäuerlichen Sozialprobleme, besprechen zu können, und daß er uns dabei in einigen Bereichen sehr wohl recht gegeben hat mit den Worten: „Da muß ich halt mit dem Fredl noch reden darüber.“ (Abg. Hammer: „Es ist ohnehin geredet worden. Die Erhöhung von 1 Prozent ist auf einen halben Prozent gesenkt worden!“) Ob da jetzt der Alfred Dallinger oder gar der Alfred Sinowatz gemeint war, das wußten wir nicht, aber es hat uns jedenfalls der Herr Gewerkschaftspräsident in dieser Sache beigepflichtet. (Abg. Trampusch: „Der Schrammel aus der Kottan-Serie weiß auch nicht alles!“)

Aus diesem Blickwinkel, meine sehr verehrten Damen und Herren, erweist sich die Pensionsreform als eine Maßnahme, bei der es wieder einmal Benachteiligte gibt, und das sind vor allem die Bauern. Ich gebe zu, in einigen Bereichen, bei den Schwerstversehrten-, Behinderten-Witwenrenten, hat es merkbare Aufstockungen gegeben. Aber die sind in keinen Vergleich zu den Beitragserhöhungen zu bringen, die eben 40 Prozent Aufstockung innerhalb der letzten vier

Jahre ausmachen. (Abg. Halper: „Mehr Leistungen!“) Das stimmt leider nicht, Kollege Halper! Da verstehst du in dieser Sache nicht einmal die Fundamente oder nicht einmal Einzelheiten.

Wovon niemand, meine lieben Kollegen hier im Hohen Haus, von den Regierungsparteien des Bundes redet, weil vielleicht keiner den Mut hat, ist der Umstand, daß die Pensionsreform trotz allem eine politische Zeitbombe bleibt. Dallingers Sozialpolitik hat über das Jahr 1990 nicht hinausgedacht und tut es auch jetzt noch nicht. (Abg. Hammer: „Die Sozialisten haben für euch Bauern schon an die Pension gedacht, da wollten sie sie noch nicht haben!“) Die Verhältnisse, lieber Kollege Hammer, zwischen Beitragszahler und Pensionisten entwickeln sich extrem ungünstig. Dann wird der Sozialstaat, nämlich über das Jahr 1990 hinausdenkend, nicht mehr zu finanzieren sein. Auch die Wahrung der Interessen der Familien ist meiner Meinung nach in Gefahr. Der Familienlastenausgleich – in einer sehr treffenden Weise hat unsere Generalrednerin Frau Präsident Klasnic das zum Ausdruck gebracht – wird schon beinahe selbstverständlich seit dem Jahre 1970 routinemäßig jährlich ausgeräumt. Zweckentfremdet werden so im heurigen Jahr 1,3 Milliarden Schilling für andere Maßnahmen verwendet als eben für familienpolitisch fördernde.

Wenn wir wollen, daß der Staat nicht noch mehr in unser Leben eingreift, noch mehr vorschreibt, wie wir zu leben und wie wir zu sterben haben, dann müssen wir uns eben wenigstens kleine Teile dieser Aufgaben wieder nehmen, die Beziehung zu unseren Nachbarn, zum Beispiel auch zu den weniger sympathischen, neu gestalten. Wir sollen nicht nach dem Staat schreien, wenn unsere Kinder nicht vor der Haustür mit dem Schulbus abgeholt werden, nur weil sie 200 oder 300 Meter zur Bushaltestelle gehen müssen. Wir sollen nicht jeden alten, gebrechlichen Menschen in ein Altersheim stecken, sie sterben oft am gebrochenen Herzen. Wir sollen nicht nach der Polizei rufen, wenn junge Menschen einmal lautstark lustig sein wollen. Wir sollen nicht Kulturhäuser fordern, wenn sie dann leer stehen, wo es gut zugängliche Wirtshäuser mit dem alten Stammtisch und das Kaffeehaus mit der gemütlichen Atmosphäre gibt, ohne daß wir dabei Alkoholiker werden. Wir müssen selbst die Dinge wieder in die Hand nehmen, mit Ideen und Phantasie, mit Mut und Willen, aber auch mit Freude und Liebe eine neue Strategie der kleinen Netze aufbauen, hausgemacht sozusagen.

Unser Landeshauptmann Dr. Krainer hat mit der Gründung der Gesellschaft für steirische Sozialdienste eine solche Idee aufgegriffen. 400 ehrenamtliche Helfer in den derzeit sechs bestehenden Bezirkssozialstationen, die in allen Bezirken und Gemeinden auf- und durchorganisiert werden sollen, arbeiten in der Steiermark. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen ein Prospekt vorstellen. „Wir helfen“ heißt es. Es stammt von der Sozialstation des Bezirkes Fürstenfeld, beispielgebend für die anderen sechs Sozialstationen, die es schon gibt, und beispielgebend für andere, die noch gegründet werden sollen. Ich möchte allen Initiatoren und Helfern, die dabei ehrenamtlich ohne jegliche Entschädigung mitwirken, meinen herzlichen Dank aussprechen. Es sind hier Bereiche angeführt,

angefangen von den Rechtsfragen, die von Fachleuten als Hilfestellung angeboten werden, bis zur Selbsthilfe bei der Betreuung von Schwerstkranken. Die Bereitschaft zu helfen, die Grundwerte der Nächstenliebe, der Nachbarschaftshilfe sind nach wie vor vorhanden. Ich bin fest davon überzeugt. Wecken wir sie, statt immer nur neue Gesetze zu beschließen.

Zum Schluß lassen Sie mich noch Dank sagen den vielen Pflegeeltern, vor allem aber den Pflegemüttern, die Waisenkindern und jenen Kindern, die kein Zuhause haben, Mutter und Vater abgeben, ein Zuhause geben, nicht zuletzt deshalb, weil es in der Steiermark einen Fall Paflik gibt. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Horvatek. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Horvatek: Hohes Haus, Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Zum polemischen Teil der Ausführungen des Kollegen Schrammel wird dann der Kollege Erhart antworten. Ich habe ein anderes Thema vorbereitet.

Vor wenigen Tagen sah ich im Fernsehen die erschütternden, grauenvollen, ans Herz gehenden Bilder der Hungernden und Sterbenden in Äthiopien, einem Land, in dem 9 Millionen Menschen vom Hungertod bedroht sind. Am nächsten Tag sah ich hier bei uns die gutgekleideten Menschen, wie sie in weihnachtlicher Vorfriede die Geschäfte stürmten. Deshalb meine ich, daß man in einer dreitägigen Budgetdebatte des Landes Steiermark schon aus ihrer humanistischen, kulturellen und sozialen Tradition heraus an den Realitäten dieser Welt nicht einfach vorbeigehen sollte. Der Budgetansatz über die Entwicklungshilfe gibt mir die formale Gelegenheit, einige Minuten hiezu zu sprechen. Gerade in Äthiopien zeigt es sich besonders deutlich, wie ein Krieg und Massenarmut, Massenelend zusammenhängen, und es zeigt sich zweitens an diesem Beispiel, wie sehr die Supermächte, aber auch die Mittelmächte, im Ernstfall versagen. Ich nenne nur ein paar Fakten: Das Wettrüsten zwischen den alten Herren im Kreml und der Cowboymentalität der wiedererstarkten Reaganadministration beginnt den Weltraum zu erreichen. Obwohl die 40 bis 50.000 Atomsprengköpfe, die nur Zeit in den Arsenalen der Supermächte lagern, den möglichen Overkill, das mehrfache Auslöschen jeglichen Lebens schon längst zu einer grauenvollen Möglichkeit gemacht haben. Obwohl es mehr als genug chemische und bakteriologische Waffen gibt, obwohl es zur Zeit – Kollege Trampusch hat gestern darauf hingewiesen – 30 bis 40 kriegerische Auseinandersetzungen gibt mit täglichem Leid und Tod, und täglich weinen Frauen um ihre Männer, weinen Eltern um ihre Kinder oder Kinder um ihre Eltern. Nach einem Napalmabwurf auf ein Dschungeldorf in der Nähe von Hayphong während des Vietnamkriegs hat ein 12jähriges Mädchen folgendes niedergeschrieben, und dieses Mädchen könnte aus vielen Ländern dieser Erde stammen, etwa aus Afghanistan. Es sind zeitlose Gedanken: „Alles war still. Die Sonne stieg durch die silbernen Zweige der Kiefern über den schlafenden, grünfarbenen Hütten, über den kühlen Wässern der Reisfelder zum Himmel. Die Männer erwachten und gingen auf die Felder, die Frauen setzten ihre Töpfe auf das Feuer,

die Kinder spielten an den Wasserläufen. Plötzlich ein Donnerschlag. Feuerschwänze, Beben, nur etwas Rauch, der Wald zittert, versinkt. Eine Hütte zerrieselt zu Asche – meine Eltern gibt es nicht mehr“. Hohes Haus! Jedes Jahr werden rund 650 Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben, das sind zirka 6 Prozent des Weltsozialprodukts. Die Militärausgaben der Industriestaaten entsprechen dem Jahreseinkommen von etwa 1,8 Milliarden Menschen der 36 ärmsten Staaten dieser Erde. General De la Rock hat in Graz als Friedensliebender, aber von seinem Beruf her eher kriegerisch gemeint in einem schrecklichen Pessimismus, daß die neuen Waffentechnologien heute so schnell entwickelt werden, daß alle fünf Jahre eine neue Technologie eingesetzt werden könnte. Vielleicht ist es richtig, daß auf vielen Gebieten die Naturwissenschaften heute selbst zu einem ungeheuren Angriff auf die Natur geworden sind. Und da gibt es, wenn es sie überhaupt gibt, Friedenskonferenzen, Konferenzen über Abrüstung, Konferenzen, wie man den Nord-Süd-Dialog lösen könnte, unzählige Bücher und Abhandlungen wurden darüber geschrieben, aber die Wahrheit ist, die Welt erstickt an Slogans, aus denen Blut spritzt. Würden schöne Worte hungernde Mägen füllen, dann wäre das Gespenst des Hungers schon längst gebannt. Aber die Fakten schauen ganz anders aus. Immer noch sterben in der dritten Welt täglich 40.000 Kinder am Hungertod, also alle zwei Sekunden, auch in diesen Sekunden, ein Kind. Nach dem letzten Bericht der FAO sind 840 Millionen Menschen, das ist ein Drittel der Menschheit, chronisch unterernährt. Natürlich gibt es auch die theoretische Gegenrechnung. Ich wiederhole, was ich schon einmal, glaube ich, hier gesagt habe: Die Militärausgaben aller Staaten eines halben Tages würden ausreichen, um das gesamte Programm der Weltgesundheitsorganisation zur Ausrottung der Malaria zu finanzieren. Ein moderner Panzer hat den Gegenwert von 1000 Klassenräumen. Ein Prozent der Jahresrüstungsausgaben würde ausreichen, die armen Länder mit all den landwirtschaftlichen Geräten auszurüsten, die sie brauchen, um sich selbst versorgen zu können. Das wäre ein Beispiel der Hilfe zur Selbsthilfe.

Im Jahre 1977 hat die Carter-Administration eine Studie in Auftrag gegeben, „The globe 2000“, da heißt es: „Im Jahre 2000 werden vier Fünftel der Weltbevölkerung in den Entwicklungsländern leben. Während im Jahre 1975 weltweit pro Kopf der Bevölkerung noch 0,4 Hektar anbaufähigen Landes verfügbar waren, werden es laut Studie um die Jahrtausendwende nur noch 0,25 Hektar sein. Allein als Folge des Bevölkerungswachstums wird das verfügbare Süßwasser um etwa ein Drittel pro Kopf abnehmen. Schlimmer noch wird es um die Holzreserven stehen, denn im Jahr 2000 wird kaum die Hälfte der 1975 noch nachgewachsenen Holzmengen verfügbar sein, vor allem als Folge der maßlosen Rodungen und Kahlschläge in den tropischen Urwäldern. Die Wüsten werden sich weiter ausbreiten. 15 bis 20 Prozent aller Pflanzen- und Tierarten dieser Erde werden ausgerottet sein, was einem Verlust von mindestens 500.000 Pflanzen- und Tierarten gleichkommen wird. Ökologische Ursachen werden die Armut auf dieser Welt also noch in erschreckendem Maße vergrößern.“

Hohes Haus! Ich weiß schon, vieles liegt bei den Oligarchien in den Entwicklungsländern selbst, vieles

freilich auch bei den ehemaligen und heutigen Kolonialmächten. Victor Hugo hat einmal über die Machtstrukturen gemeint: „Es gibt immer mehr Elend unter den niederen Klassen als Menschlichkeit in den höheren.“ Und um Oswald Spengler abzuwandeln: „Sie müssen erst lernen, was es heißt, heute verhandeln zu müssen, wo sie gestern noch befehlen.“ Es ist eine unbestreitbare Tatsache, wenn die Weltbank meint, daß die Industriestaaten heute am Nord-Süd-Handel mehr verdienen, mehr profitieren als die Entwicklungsländer. Die Verantwortlichen in der UNO und ihre FAO versagen mangels Kompetenz und Geld. In den Konferenzmaschinerien, etwa in der UNKAD 6, beschränkt man sich in Wirklichkeit auf verbale Streitereien. Sami Amir, ein ägyptischer Theoretiker der Entwicklungspolitik, meint mit Recht in dem erst vor wenigen Tagen erschienenen Buch von Heinz Fischer und Peter Jankovich: „Das Scheitern der neuen internationalen Wirtschaftsordnung und der Zerfall der dritten Welt bedeuten, daß die Krise andauert und daß es in den Beziehungen zwischen West und Ost in Hinkunft noch schwerere Erschütterungen geben wird. Es genügt daher nicht bloß, das Fehlschlagen der Nord-Süd-Verhandlungen aufzuzeigen. Eine gründliche Analyse der Situation erfordert die neuerliche Einbindung der Nord-Süd-Beziehungen im globalen Kontext des weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Systems und der vor sich gehenden Veränderungen.“

Hohes Haus! Deshalb glaube ich auch – und das über alle Parteigrenzen hinweg –, daß der Gedanke, den Bruno Kreisky vor Jahrzehnten ausgesprochen und formuliert hat, nämlich einen großen modifizierten Marshallplan für die dritte Welt zu konzipieren, einer echten Anstrengung wert wäre. Die Voraussetzung dafür ist allerdings ein gewaltiges Umdenken im Norden unserer Erde, ist das Erkennen und die Erkenntnis, daß der Zusammenbruch des Südens auch das Ende des Wohlstandes für den Norden bedeuten würde. Das haben viele erkannt, die sich zur Friedensbewegung bekennen, einer Friedensbewegung, die ernst zu nehmen ist, solange sie nicht einäugig ist. Freilich, mit moralischen Ansprüchen allein wird es nicht getan sein. Hohes Haus, wir können vielleicht wenig tun und doch wieder vieles. Ich begrüße den Budgetansatz „Entwicklungshilfe“, würde mir allerdings wünschen, daß man mit der Vergabe der Mittel nicht zu lange zuwarten sollte, wie das heuer geschehen ist. Die entscheidende Sitzung fand erst vor wenigen Tagen statt. Danken sollten wir auch allen jenen Idealisten und Hilfsbereiten, beginnend bei Amnesty International über die Dritte-Welt-Läden, die Volkshilfe, die Caritas und viele andere bis hin zum Afro-asiatischen Institut, die sich hier wirklich selbstlos einsetzen. Ihnen gebührt, glaube ich, wirklich der Dank des Steiermärkischen Landtages. (Allgemeiner Beifall.) Wir in der SPÖ haben einen Solidaritätsfonds eingerichtet, in den freiwillige Spenden einfließen und der wesentliche Entwicklungsprojekte fördert und weiter fördern wird. Wir alle wissen aus der Meinungsforschung, daß die Menschen Sorgen um die Umwelt haben, Sorgen um den sicheren Arbeitsplatz und vor allem Sorgen um den Frieden, und sie erkennen in zunehmendem Maße die Zusammenhänge. Die Menschen spüren, wohin Krieg, Gewalt, Verfolgung und Ungerechtigkeit führen, und viele haben Angst vor der Zukunft und der

Zukunft ihrer Kinder. Ich sage dazu, daß Angst allein kein Faktor sein darf, sondern daß eines noch immer wichtiger ist: das Prinzip Hoffnung. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Erhart. Ich erteile es ihm.

Abg. Erhart: Sehr geehrte Frau Präsident, Hoher Landtag!

Ich möchte jetzt zur sozialen Wohlfahrt sprechen. Doch bevor ich mit dem mir gestellten Thema beginne, erlaube ich mir, doch ein paar Anmerkungen zu dem vom Kollegen Schrammel Gesagten zu machen. Ich möchte das mit einem Kollegen von mir teilen. Zur Pensionsreform wird Ihnen der Kollege Rainer zu Ihren Ausführungen gebührende Antwort geben, aber was ich an Ihren Worten zu kritisieren habe, und das erlaube ich mir hier – Herr Kollege, ich schätze sonst alles, was Sie in Ihrer Rede gesagt haben –, ist, daß der Unterton dabei mitgeschwungen hat, als wäre die Armut in Österreich besonders hervorstreichend. Sie haben die Bereiche aufgezählt, und Sie lassen so das Gefühl entstehen, daß es immer schlechter geworden ist, die Armut ist sozusagen immer größer geworden. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Zugenommen!“ – Abg. Schrammel: „In gewisser Hinsicht!“) Herr Kollege Schrammel, Sie wissen es genauso gut wie ich, daß wir uns in Österreich in dieser Frage absolut mit vielen, vielen vergleichbaren Staaten vergleichen können. Ich gebe jetzt gerne zu, daß es in Österreich auch noch Armut gibt, aber in einem Ausmaß, das sicherlich – wir sind dabei, es zu bekämpfen, und wir haben seit vielen Jahren diese Armut bekämpft – in der Form, wie Sie das gesagt haben, nicht vorhanden ist, und daß man das so hinstellt, als würde das immer schlechter werden. Denn wer ist in diesem Land gegen die Armut angetreten, wer hat diesen Kampf gegen die Armut eröffnet? Das waren in erster Linie die 14 Jahre sozialistische Regierung hier in Österreich, das war Bundeskanzler Dr. Kreisky, der den Kampf gegen die Armut in Österreich angesagt hat (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das ist unfair!“), und ich möchte behaupten, große Erfolge wurden hier errungen. Der Lebensstandard in Österreich ist in diesen (Abg. Schrammel: „Aber es gibt mehr Arme!“ – Landesrat Heidinger: „Bitte wo? Zeigen Sie mir einen im Bezirk Fürstenfeld!“) 14 Jahren angestiegen, und zwar für einen übergroßen Teil der Bevölkerung. Mit Statistik kann man alles beweisen, so oder so, wie man das auslegt und wie man das ansieht. Eine Tatsache ist es, und die Menschen spüren es in unserem Lande, daß der Lebensstandard besser geworden ist. Die Menschen spüren das. Man kann nicht an der Tatsache vorbeigehen (Abg. Brandl: „Wenn die ÖVP regieren würde, gäbe es mehr Arme!“), daß wir eine Weltwirtschaftskrise haben, daß das wohl der Hauptanlaß dafür ist, daß die Arbeitslosenzahlen steigen. Auch hier muß man wieder vergleichen: Wo steigen sie mehr? Steigen sie bei uns mehr oder steigen sie mehr in den von den Konservativen regierten Ländern? Dort steigen sie nämlich wesentlich mehr, das braucht man nur zu vergleichen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Grillitsch: „Das ist jetzt aber polemisch!“) Das stimmt für alle Regionen Österreichs, was ich gesagt habe. Das stimmt auch für uns, lieber Kollege Grillitsch.

Liebe Damen und Herren, ich sagte ja schon eingangs, in vielen, vielen Punkten kann ich mit dem Kollegen Schrammel wohl einer Meinung sein. Das Thema ist die soziale Wohlfahrt des Landes Steiermark, und hier möchte ich auch einige Gedanken dazu aussagen. Wenn wir uns diese Budgetgruppe und die Endsumme ansehen, so können wir feststellen, daß eine gewaltige Summe für die soziale Wohlfahrt ausgegeben wird. In der Steiermark haben wir im Landesvoranschlag, wenn wir die Wohnbauförderungsmittel abziehen, immerhin noch eine Summe von 1,467 Millionen für dieses Kapitel vorgesehen, und wenn man sich das näher anschaut, was mit dieser großen Summe geschieht, so möchte ich ein paar Beispiele hierfür aufzählen.

Allein die allgemeine öffentliche Wohlfahrt – hier hinein fallen die Landesaltenpflegeheime sowie Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes, Beihilfen für die Hilfe in besonderen Lebenslagen, Beihilfen zur Beschaffung von Wohnraum, Soziale Dienste und besondere Hilfen für betagte Menschen, Beiträge an Gemeinden zur Altenbetreuung, die Altenurlaubsaktion und vieles andere mehr, allein diese Aufgaben bedürfen einer Ausgabensumme von 461 Millionen Schilling. Und das setzt sich so fort mit der Behindertenhilfe, der Blindenhilfe, der Hilfe für Kriegsoffer und Geschädigte nach dem Opferfürsorgegesetz oder in der freien Wohlfahrt mit Ausgaben für Entwicklungshilfe und Flüchtlingshilfe. Im Rahmen der freien Wohlfahrt ist auch die Unterstützung von gemeinnützigen Vereinen und Organisationen vorgesehen, ebenso die Förderung von Sozialprojekten und Privatinitiativen mit einer Gesamtsumme von 26 Millionen. Die gesamte Jugendwohlfahrt bedarf 113 Millionen Schilling insgesamt, zur Behebung von Notständen, bei Katastrophen und so weiter sind 26 Millionen vorgesehen. Wahrlich große Zahlen, meine Damen und Herren! Warum ich sie Ihnen nenne? Weil ich der Ansicht bin, daß diese großen Ausgaben sehr wohl die Gesinnung bezeugen, nämlich dem Bedürftigen in unserem Lande durch Mittel der öffentlichen Hand größtmögliche Hilfe zukommen zu lassen! Und trotzdem wissen wir alle, hier bin ich mit dem Kollegen Schrammel einer Meinung, daß diese Hilfeleistung heutzutage allein nicht mehr genügt. Wir wissen, daß es nicht der richtige Weg wäre, hätten wir auch mehr Mittel zur Verfügung, die Ansätze im Budget einfach generell zu erhöhen. Es gehören neue Wege beschritten – in manchen Bereichen der Sozialpolitik tun wir dies bereits mit Erfolg und sind dabei, neue Schwerpunkte zu setzen.

Anhand einiger Beispiele zu bestimmten Themen der sozialen Wohlfahrt möchte ich nun diese Feststellung begründen: Nehmen wir hiezu in der Jugendfürsorge das Thema Heimerziehung kontra Pflegeeltern. Ich weiß, beim Wort Pflegeeltern ergibt sich wahrscheinlich sofort eine gedankliche Assoziation mit dem abscheulichen Verbrechen, das noch heute die Öffentlichkeit bewegt – ich meine natürlich den Fall Paflik, aber vielleicht ist es gerade deshalb notwendig, generell zur Frage Pflegeeltern oder Heimerziehung etwas zu sagen. Wir wissen es längst, und wir haben auch hier in diesem Hause schon öfter davon geredet, daß wir beides brauchen. Und es wäre ein Unrecht, würde man heute die viele positive Arbeit, die auch in unseren Erziehungsheimen geleistet wurde und noch

immer geleistet wird, nicht schätzen. Aber daß wir heute der Pflegefamilie, die, wenn möglich, nicht mehr als zwei bis drei Pflegekinder haben soll, den Vorzug geben, das ist klar, und das brauche ich auch gar nicht näher zu begründen. In manchen Fällen brauchen wir die Heime, die sich mittlerweile durch die Verlagerung auf Schwerpunkt Berufsausbildung auch sehr gewandelt haben. Aber eine gut funktionierende Pflegefamilie mit – wie schon gesagt – einer beschränkten Pflegekinderanzahl wird sicher durch Nestwärme und Liebe eher eine fehlende echte Familie ersetzen. Und daran darf auch ein Fall Paflik nichts ändern! Hoffen wir, daß die berechtigte Forderung nach Aufklärung der Umstände und der Frage nach der Kontrolle nicht zu Verallgemeinerungen führt. Die verdienstvolle Arbeit von vielen Pflegeeltern darf nicht diskriminiert werden, wie ebensowenig die bisher sehr erfolgreiche Arbeit des Pflegeelternvereines, der, wie viele andere private Wohlfahrtsvereine auch, mit Recht vom Sozialreferenten des Landes, Landesrat Gruber, gefördert wird.

Als weiteres Beispiel möchte ich zu der eingangs von mir erwähnten Feststellung, daß es trotz hoher Ausgaben und trotz bester bisher geleisteter Arbeit in der sozialen Wohlfahrt eben auch notwendig sei, neue Wege zu gehen, die Behindertenhilfe erwähnen. Am 3. Juli 1984 haben wir das Behindertengesetz novelliert. Das alte war reformbedürftig, weil es bei weitem nicht mehr unserer heutigen Einstellung zur Behindertenhilfe entsprach. Behinderte sind Menschen, die ja unserer besonderen Hilfe bedürfen. Sie sind durch die neue gesetzliche Regelung, die wir ja erst vor einem halben Jahr getroffen haben, in Zukunft besser geschützt, und vor allem war es möglich, gesetzliche Voraussetzungen zu schaffen, welche eben für neue Wege in der Sozialpolitik notwendig sind. Ein besonderer Schwerpunkt in der Behindertenhilfe bleibt zum Beispiel die berufliche Eingliederung des Behinderten. In der Steiermark haben wir in diesem Bereich mit der Schaffung von geschützten Arbeitsplätzen und nunmehr verstärkt durch geschützte Werkstätten hier wesentliche Erfolge bereits erzielen können. Angefangen von der beruflichen Ausbildung Behinderter im Landesbehindertenzentrum Andritz oder in privaten Behinderteneinrichtungen, das Odilien-Blindeninstitut, das Heim „Sonnwald“ und „Jugend am Werk“, wo in guter Zusammenarbeit zwischen Land, den Sozialhilfeverbänden und damit den Gemeinden, dem Landesarbeitsamt, dem Landesinvalidenamts, eben für diese berufliche Ausbildung gesorgt wird. Bis zu den Möglichkeiten der geschützten Arbeitsplätze und den geschützten Werkstätten sind wir also auch in der Behindertenhilfe im vollen Begriffe, den Weg zu gehen, mehr Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, dem Behinderten mehr Chancen zur Integration in unsere Gesellschaft zu geben.

Unerwähnt soll aber auch nicht bleiben, wenn ich das heuer beschlossene Behindertengesetz erwähnt habe, der positive Effekt für die Sozialhilfeverbände in finanzieller Hinsicht. Wir wissen, daß die Verbände durch dieses Gesetz zu einer entscheidenden Entlastung von 85 Millionen Schilling gekommen sind, und der Herr Landesrat Gruber hat es kürzlich bei einer Veranstaltung sehr treffend gesagt: „Diese Umkehrung der Prozentsätze ist eigentlich nichts anderes als ein kleiner steirischer Finanzausgleich.“

Beim Thema Sozialhilfeverbände möchte ich aber auch eine Anmerkung machen, welche im Zusammenhang mit der gestern sehr heftig geführten Debatte, betreffend die Personalpolitik des Landes, zu sehen ist. Ich meine damit den Antrag der Abgeordneten Trampusch, Karrer, Ofner, Hammerl und Genossen, betreffend die Übertragung der Personalhoheit über jene Bediensteten, die in Heimen von Sozialhilfeverbänden tätig sind, an die Sozialhilfeverbände. Es ist nicht einzusehen, daß die in diesen Heimen Beschäftigten, die zur Gänze von den Sozialhilfeverbänden getragen werden und somit von der Gemeinden, der Personalhoheit des Landes unterstellt sind.

Doch zurück zum eigentlichen Thema, das ich mir zur Gruppe 4, soziale Wohlfahrt, gestellt habe. Welche Wege können wir in unserer Landes-Sozialpolitik gehen, um dem sozial Bedürftigen nicht nur durch Umverteilung der Steuermittel im speziellen zu helfen, sondern durch Förderung von Einrichtungen, die mit der öffentlichen Hand gemeinsam die sozialen Ziele verfolgen, welche Wege können wir gehen, um hier weitere Fortschritte zu erzielen? Denken wir zum Beispiel an das Thema Pflegeheime. Obwohl der Ausbau der ambulanten Betreuung für alte und pflegebedürftige Menschen – Stichwort Hauskrankenpflege – immer mehr gefördert wird, mit dem humanen Ziel, diesen Menschen ein Verbleiben in ihrer Wohnung zu ermöglichen, kann man andererseits nicht verhindern, daß die Nachfrage nach Pflegebetten steigt. Es handelt sich hierbei vermehrt um Fälle, die nach einem plötzlichen notwendig gewordenen Krankenhausaufenthalt wegen intensiver Pflegebedürftigkeit nicht mehr zu ihrer Familie beziehungsweise in ihre Wohnungen zurückkehren können. Die vier Landesaltenpflegeheime Mautern, Knittelfeld, Kindberg und Radkersburg sind bei weitem nicht mehr in der Lage, Pflegebedürftige rasch aufzunehmen, da derzeit im Durchschnitt pro Landespflegeheim meistens 40 Personen auf einer Warteliste stehen, also auf Aufnahme warten, und dringliche Fälle zu großen Problemen führen, die einer sofortigen Aufnahme bedürften. Hier muß man also feststellen, daß es sehr wohl notwendig wäre, die Pflegeheime auszubauen, zu erweitern oder in bestimmten Regionen, wo wir solche Einrichtungen noch nicht haben – ich denke an den Bezirk Deutschlandsberg –, hier etwas zu tun und parallel dazu die Hauskrankenpflege natürlich auch zu fördern.

Wenn wir vergleichen, wie das mit dem Ist- und Soll-Stand von Pflegebetten ausschaut, dann ergibt sich für uns folgende Zahl: In der Steiermark gibt es rund 2.800 Pflegebetten, davon sind 900 in den von mir aufgezählten vier Landespflegeheimen.

Vergleichen wir Deutschland und die Schweiz, wo auf 100 Menschen, die älter als 65 Jahre sind, 2,5 Pflegebetten kommen, dann würden wir in der Steiermark umgerechnet einen Pflegebettenbedarf von 3.500 haben. Also 2.800 haben wir – bei diesem Vergleich gesehen –, und ich glaube, die Probleme der über 65jährigen werden in der Schweiz und in Deutschland ähnlich wie bei uns sein; wir müßten also 3.500 haben. Nun ist, wie ich ja schon gesagt habe, das Pflegeheim allein nicht unsere letzte Weisheit. Ich könnte mir zur Abhilfe dieser schwierigen Lage zum Beispiel auch vorstellen – und das wäre eine von vielen Vorstellungen, die es zu diesem Thema gibt –, daß man – sicher-

lich geht das nicht plötzlich, aber in Zukunft – daran denkt, in den Landespflegeheimen, in den Bezirkspflegeheimen, in den Pflegeheimen der Städte den Personalstand insoweit zu erhöhen, daß man von dort aus rund um die Uhr im Sinne einer Hauskrankenpflege Bedienstete für den Einsatz zum Pflegebedürftigen abberufen könnte. Sicher eine weit kostengünstigere und vielleicht weit humanere Lösung als die sonst notwendige Vermehrung von öffentlichen Pflegebetten. Noch dazu, wo wir wissen, daß mangels solcher ja oftmals noch der Ersatz in den viel teureren Akutbetten in den Spitälern gesucht werden muß. Aber zu diesem Thema wird es wohl Aussagen in der nächsten Budgetgruppe geben.

Werte Damen und Herren! An diesen paar Beispielen wollte ich Ihnen zeigen, daß auf der einen Seite in der bisherigen Vorgangsweise ja sehr viel geleistet wurde, aber auf der anderen Seite durch neue Überlegungen, durch Modelle und Versuche auch bereits Erfolge erzielt worden sind und daß dieser Weg fortzuführen ist.

Eine Ausgewogenheit in der Sozialpolitik und im Sozialwesen anzustreben, ist wohl eine Selbstverständlichkeit im politischen Leben.

Für die geleistete Arbeit im Sozialwesen im vergangenen Jahr ist allen in der Sozialarbeit stehenden Mitarbeitern zu danken, ob sie sie in beruflicher Stellung leisten oder, was ganz besonders zu schätzen ist, ehrenamtlicher Weise; alle haben beigetragen, den sozial Bedürftigen in unserem Lande das Leben zu erleichtern. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Maitz das Wort.

Abg. Dr. Maitz: Verehrte Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist gut, wenn man sich ein konkretes Kapitel herausholt, was nicht bedeutet, daß alle anderen sozialen Angelegenheiten weniger wichtig wären. Ich schließe dort an, wo der Herr Abgeordnete Erhart aufgehört hat: bei der Betreuung behinderter Menschen in der Steiermark. Insoferne wird er auch mit mir zufrieden sein, weil es ein sehr positiver Beitrag sein wird. So war ja auch der Beitrag vom Herrn Abgeordneten Schrammel, und keineswegs einer, der etwas schlecht gemacht hätte.

Das Jahr 1985 wird für die Behinderten in der Steiermark, vor allem für die Kinder und Jugendlichen, ein sehr erfolgreiches und sehr positives Jahr werden. Wir haben vor wenigen Wochen gemeinsam beschlossen, in den alten Hallen der Frima Felten & Guillaume für 50 Behinderte eine geschützte Werkstätte zu errichten. Wir haben in der Vereinigung zugunsten behinderter Kinder und Jugendlicher gemeinsam mit der Landessonderschule im Jahr 1985 aller Voraussicht nach einen großen Abschluß, nämlich die bauliche Vollendung aller dort sinnvollerweise errichteten Bauten. Sie werden es daher verstehen, wenn ich tatsächlich auch hier einen aneinander gereihten Dank sage, sowohl dem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer als auch den Wohnbaureferenten Simon Koiner und Dipl.-Ing. Riegler, dem Herrn Landesrat Prof. Jungwirth und auch in besonderer Weise dem Herrn Landesrat Gruber. Denn es ist ein Beispiel gesetzt worden, wie die

gesamte Landesregierung aus den verschiedenen Referaten Mittel zur Verfügung stellte und in einer Sache ein tatsächlich großartiges Werk geleistet hat. Die Initiative dazu kam von einer privaten Vereinigung. Es ist heute der Beweis erbracht, daß dieses Zentrum für behinderte Kinder und Jugendliche einerseits und die Landessonderschule andererseits eine Einheit bilden und gemeinsam Großartiges leisten. Die Vereinigung betreibt zur Zeit einen Sonderkindergarten, ein Internat – also ein Heim –, eine Wohngemeinschaft, ein Ambulatorium in Graz und zwei Tageswerkstätten, eine in Deutschlandsberg und eine in Maria Lankowitz. Das neueste Kind dieser Vereinigung hat der Herr Landesrat Gruber gemeinsam mit seinen zuständigen Herren und in meiner Begleitung vor dem Sommer besichtigt, nämlich eine Druckerei, die nunmehr nach einem Versuchsstadium für zwölf – immerhin auch eine schöne Anzahl – Jugendliche einen geschützten Arbeitsplatz bieten wird. Nach dem Versuchsbetrieb, der dort im Sommer gemacht wurde, sind wir nun dabei, auch die formalen Eingaben, sowohl Gründung einer GesmbH als auch Eingabe an das Land, an den Referenten Gruber und das Referat – die Abteilung 9 –, durchzuführen. Diese schriftlichen Eingaben sind unterwegs. Es ist auch hier neben der Werkstatt in der Obersteiermark, neben der schon bestehenden Werkstatt in Graz-Puntigam nunmehr auch eine, zwar kleinere, aber immerhin für zwölf Jugendliche geschützte Werkstätte bei der Vereinigung im Hirtenkloster entstanden. Wieviele Kinder werden nun betreut, wie viele Kolleginnen und Kollegen finden dort Arbeit, wieviele geschützte Arbeitsplätze gibt es dort? Es werden in der Wohngemeinschaft, im Kindergarten und im Heim, und das ist doch sehr beachtlich, 116 Kinder zum größten Teil intern oder halbintern betreut. Im Ambulatorium, in den beiden Tageswerkstätten sind über 160 Personen, also Kinder und Jugendliche, in ständiger Betreuung. Das sind zum Teil dieselben und zum Teil zusätzliche Kinder. Wie gesagt, in der Druckerei als geschützte Werkstätte sind nunmehr 12 Jugendliche, die zum Teil – und das ist die konsequente Folge – aus dem Schulalter heraus sind und nun eine Arbeit suchen und diese dort leisten dürfen. Welches Personal steht zur Verfügung? Auch das ist zu erwähnen. Es sind zur Zeit 89 Bedienstete in der Vereinigung allein ohne die Landessonderschule. Wenn gerade von der Landessonderschule die Rede ist, dann muß man hier auch einmal die Leistung benennen. Sie begann im Jahre 1978 über das Jahr 1981 in den verschiedenen Baustufen und endet in diesem Jahr 1985, wo wir hoffen, daß wir auch durch zusätzliche Nachförderungen wirklich mit dem Bau der Landessonderschule fertig werden können. Hier liegen auch Zusagen der Landesregierung in der Budgetvereinbarung vor. Dann werden es über 50 Millionen Schilling sein, die für die Landessonderschule für behinderte Kinder investiert wurden, und dann haben wir wirklich eine echte Trennung zwischen Schule, Therapie und den von der Vereinigung betriebenen Einrichtungen. Auch dort wurden in der Vereinigung, und auch das ist sehr dankenswert, rund 50 Millionen Schilling Wohnbauförderungsmittel eingesetzt, wobei das nicht ganz einfach zu quantifizieren ist, weil das sind zum Teil langfristige Darlehen, über 47 Jahre reichende, zum Teil „nur“ über 20 Jahre reichende Darlehen, aber im wesentlichen ein Bauvo-

lumen von weit über 50 Millionen, verantwortet von dieser Vereinigung. Also neben der Schule, die etwa dieselbe Summe bis zum Ende des Jahres 1985 brauchen wird, auch Baugeld in Höhe von 50 Millionen, die die Vereinigung aus Förderungsmitteln verbaut hat. Im selben Atemzug ist natürlich auch zu nennen das aus dem Behindertengesetz aus dem Referat Landesrat Gruber kommende Pflegegeld, das nach Verhandlungen nunmehr jeweils im Einvernehmen festgesetzt wird. Das waren allein im vergangenen Jahr über 13 Millionen plus die 4,5 Millionen, die aus den Sozialhilfeverbänden kommen. Die Vereinigung verwaltet auch in diesem Sinne 17,5 Millionen Schilling soziales Geld. Auch das muß man sehen wenn man die Anzahl der Bediensteten sieht. 89 Personen sind beschäftigt, von den einfachsten bis zu den qualifiziertesten Diensten, und es werden dort Baugelder, Gelder des Sozialreferates in beachtlicher Höhe sehr verantwortungsbewußt und sehr korrekt immer im Einvernehmen mit den behördlichen Stellen des Landes verwaltet; ich glaube, auch wirklich zum Segen der dort lebenden Kinder.

Ein Problem wurde auch heuer gelöst, und dafür ist ebenso Dank zu sagen. Die Darlehensrückzahlungen, die die Vereinigung noch bis zum Jahre 2032 zu leisten haben wird, betragen jährlich 1,2 Millionen Schilling. Diese werden langsam zum Jahre 2032 abnehmen, aber sie sind immerhin eine jährliche beachtliche Belastung. Für diese Dauerbelastung wurde in diesem Herbst von Herrn Landesrat Gruber eine Förderung – nachdem die Waldschule in Wiener Neustadt nun keine Förderung des Landes mehr bekommen muß, da wir ja jetzt eine eigene haben – in Höhe von 1,2 Millionen in Aussicht gestellt und nunmehr auch bestätigt. Auch dafür ist Ihnen, Herr Landesrat, herzlich zu danken, denn es bedeutet eine große Sorge, dieses Geld Jahr für Jahr aufzubringen, und es ist zu hoffen, und das hängt ja weitgehend auch von der Vorbereitung in Ihrem Referat ab, daß diese Summe für die Rückzahlung der Darlehen auch in den nächsten Jahren möglich wird. Zu hoffen ist wirklich auch, daß die Vereinigung mit ihren Funktionären und hauptberuflichen Mitarbeitern den Beweis, den sie nunmehr erbracht haben, in sachlicher, finanzieller und menschlicher Hinsicht erbracht haben, so weiterführen und daß diese steirische Einrichtung im Hirtenkloster weiterhin blühen und gedeihen möge zum Wohl der dort lebenden, aber auch im zunehmenden Maß von außen hereinkommenden und zu behandelnden Kinder. Eine offene Frage für diese Behandlung von Kindern, die von außen kommen, in den Ambulatorien gibt es noch, wo ich all unsere steirische sozialpartnerschaftliche Gesinnung anbieten möchte und auch die Arbeitskraft unserer Leute, soweit dies in irgendeiner Weise dienlich sein kann. Es gibt nämlich noch immer keinen Vertrag zwischen der Gebietskrankenkasse und der Vereinigung für die Ambulanzbehandlungen dieser behinderten und kranken Kinder. Herr Landesrat, ich habe hier einen Akt, Sie kennen ihn wahrscheinlich, es sind seit März 1982 37 Briefe, Stellungnahmen und Versuche persönlicher Art, mit der Gebietskrankenkasse zu einem Übereinkommen zu kommen, wie es in Wien, Burgenland, Niederösterreich, Salzburg bereits besteht, nämlich Übernahme von 50 Prozent der tatsächlichen Behandlungskosten für die in den Ambulatorien behandelten Kinder und Jugendlichen. Wir

könnten damit zwei Fliegen mit einem Schlag treffen, und deshalb biete ich von unseren Funktionären und hauptberuflichen und anderen Mitarbeitern gerne die Zusammenarbeit an, wenn wir die Gebietskrankenkasse dazu bringen, in der Steiermark dasselbe zu tun, wie es in Wien, Salzburg, Niederösterreich und Burgenland schon geschieht, nämlich 50 Prozent der tatsächlichen Kosten zu übernehmen, dann ersparen wir uns im Landesbudget eine Million Schilling und sind noch dazu in der Lage, die Kinder nicht mehr über ein kompliziertes Verfahren, sondern durch eine einfache Einweisung eines Facharztes im Ambulatorium behandeln zu lassen. Wir könnten auch von der Gebietskrankenkasse die Fahrtkosten für diese Behandlungen hereinbekommen, und, wie gesagt, dem Land und dem Landesbudget Geld ersparen, und das könnten wir wieder einem anderen sozialen Zweck zuführen. Daher wiederhole ich die von mir gestellte Bitte. Es muß doch möglich sein, daß auch die steirische Gebietskrankenkasse – bisher war das eine von der Vereinigung und sogar mit Ihrer Unterstützung betriebene Sache, die keinerlei Erfolg gebracht hat – tatsächlich wie in anderen Bundesländern die Hälfte der Behandlungskosten übernimmt und dadurch den behinderten Kindern unseres Landes etwas Gutes tut. Und wir könnten mit dem ersparten Geld eine andere soziale Initiative fördern. Alles in allem: die Vereinigung ist über zehn Jahre intensiv tätig. Alle Skepsis, berechtigt oder unberechtigt, die es gegeben hat, ist zum allergrößten Teil beseitigt. Die Vereinigung und die Sonderschule arbeiten so wie viele Menschen, auch mit ihren Eigenheiten behaftet, gut zusammen.

Ich hoffe, daß wir auch diese Hürde noch überschreiten werden und daß diese Vereinigung, diese steirische Einrichtung, insgesamt zu einer guten ständigen Einrichtung dieses Landes wird, weil wir ja alle daran interessiert sind. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Karrer. Ich erteile es ihm.

Abg. Karrer: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Gruppe 4, soziale Wohlfahrt, ist ein Kapitel, wo die Probleme eines Menschen aufgezeigt werden, im positiven und auch im negativen Sinn. Ich will versuchen, nicht nur von der Sicht des Landes aus die soziale Sicherheit aufzuzeigen, sondern da gibt es ja mehrere verantwortliche Stellen, und hier darf ich wohl auch beim Bund beginnen. Der Bund hat ja auch in erster Linie die Aufgabe, für seine Mitbürger sozial zu sorgen, seine Mitbürger so in Schutz zu nehmen, daß sie von allen zu erwartenden Einflüssen verschont bleiben. Das geht nicht immer ganz, das weiß ich schon, aber durch die Gesetzgebung – und da beginnt eben die Gesetzgebung von Bundesebene aus bis herunter zu den Gemeinden, wenn Sie so wollen, also Bund, Länder und die Gemeinden sind dazu verpflichtet. Natürlich bemühen sich hier auch private Vereinigungen sehr aktiv, in der Frage der sozialen Sicherheit eine positive Stellung einzunehmen. Auf Bundesebene ist es doch so, daß wir in Österreich mit unserer sozialen Gesetzgebung, kurz gefaßt ASVG, doch beispielgebend sind, alle Berufsgruppen gegen soziale Einflüsse versichert zu haben. Ende 1983 hatte dies zur

Auswirkung, daß etwa über 90 Prozent aller Österreicher sozial erfaßt, versichert und auch dadurch betreut werden. Schon daraus ergibt sich ganz natürlich die Frage, daß ja diese soziale Sicherheit für alle Österreicher auch etwas kostet. Hier darf ich sagen: Es wird sehr viel Geld notwendig sein, und es muß dieses viele Geld auch aufgebracht werden in Form von Leistungen. Der eine sagt Steuer, wir sagen, das sind persönliche Sozialleistungen für sich und auch für seine Mitmenschen, und daß dies je nach Einkommen geregelt ist, meine Damen und Herren, ich glaube, darauf brauche ich nicht näher einzugehen, das verstehen Sie. Sie wissen auch, daß seit den Jahren 1958, 1959 auch der Rest der noch ausstehenden Berufsgruppen der Selbständigen und Bauern miteinbezogen wurde, und das ist auch die Gewähr für die soziale Sicherheit, von der ich spreche.

Daß innerhalb der ASVG verschiedene Gruppen ihre Verantwortung tragen, so auch die Krankenversicherung selbständig – mehr oder weniger –, wissen Sie. Um was es hier geht, das ist vielleicht jenes Kapitel, das der Herr Kollege Schrammel angezogen hat: die Pensionsleistungen. Es ist nicht meine Aufgabe, konkret dazu Stellung zu nehmen. Aber wenn er hier sagt, daß hier in Österreich auf Grund der 40. Novelle, auf Grund der Regelungen der Pensionsleistungen eine Armut eingetreten ist, ja, meine Damen und Herren, da muß ich ihn fragen: Was ist überhaupt eine Armut? Ich bin der Meinung, daß wir die Verpflichtung haben, in der gesamten Verantwortung dafür zu sorgen, daß unsere Mitmenschen, auch wenn sie weniger haben, aber doch jenes Geld zur Verfügung haben, damit sie einigermaßen leben können. Daß wir das erreicht haben, meine Damen und Herren, ersehen Sie daraus, daß der Staat im Jahr 1983, 1984, 1985 im Schnitt 35 Milliarden Schilling zu dieser sozialen Sicherheit des großen Personenkreises – Pensionen – in Österreich zuschießen muß.

Es würde zu weit führen, wollte ich nun versuchen, die Zusammenhänge der Pensionsanpassung mit der Geldaufbringung zu bringen. Da wird der Kollege noch dazu Stellung nehmen. Aber, daß die Erhöhungen alle Jahre doch mit einer Überlegung waren, meine Damen und Herren – und das sage ich nicht polemisch, das sage ich ganz in seiner natürlichen Auswirkung –, weil die medizinische Betreuung teurer geworden ist, aber auch, daß seit dem Jahre 1971, wo die Zahlungen für die Selbständigen, für die Unselbständigen, für die Bauern begonnen haben, auch hier eine Anpassung von Jahr zu Jahr notwendig war und daher auch verständlich und natürlich die Beträge gestiegen sind. Aber sie können nicht in so einem Maß steigen, wo letzten Endes die Verantwortung, egal, ob dies nun eine schwarze oder ob dies eine rote oder eine Koalitionsregierung ist, egal, jeder muß sie letzten Endes verantworten und muß dafür Sorge tragen, daß jener Personenkreis, der in Österreich weit über eine Million Menschen erfaßt, auch morgen und übermorgen – sprich: in den nächsten Jahren – seine soziale Sicherheit, seine Pension bekommt. Und das war der Grundgedanke, hier eine Gerechtigkeit auf Grund der geänderten Verhältnisse herbeizuführen.

Dem Staatsbürger wird, meine Damen und Herren, in jeder Lebenslage geholfen. Es ist heute auch schon vom Kollegen Schrammel gesagt worden: Diese

Betreuung beginnt bei der Geburt und endet, wenn er Abschied nimmt von dieser Welt. Und dazwischen liegen die vielen Bereiche, dazwischen liegt der Lebensbereich, wo geholfen werden muß. Und hier ist eine große Zahl in Österreich, die nicht allein ihr Leben bestreiten kann, und deshalb die Gesetzgebung und deshalb auch hier auf Landesebene diese Hilfe. Wir haben auf Landesebene – das wurde schon gesagt – eine Summe von 1.113 Millionen Schilling, das ist wahrlich sehr viel Geld. Es sind dies 4,86 Prozent, aufgeteilt auf Landesebene für die Sozialhilfe 487 Millionen Schilling, für die Behindertenhilfe 513 Millionen Schilling, für die Jugendwohlfahrt 113 Millionen Schilling. Sie sehen daraus, daß hier unser Referent sehr viel Geld zur Verfügung hat. Das klingt momentan, in Wirklichkeit weiß er auf Grund seiner Einstellung, auf Grund seines Willens und auf Grund seiner Erkenntnisse, was hier notwendig ist, daß sicher noch mehr Mittel notwendig wären. Genauso aber auch auf Bundesebene. Das darf man auch nicht übersehen. Daß der Bund auch parallel zu den Landesaufgaben einen noch weiteren Bogen zu betreiben hat, ich glaube, auch da werden Sie mir beipflichten. Daß es natürlich auf Grund der Situation in Österreich einige politische Gruppen gibt, die sagen, hier wird sozial schon zuviel gegeben, hier könnte gespart werden – und hier meine ich in erster Linie unseren konservativen Flügel in unserem Land –, daß die nicht einverstanden sind, wenn hier Sozialleistungen in diesem Ausmaß gegeben werden, das kann ich schon verstehen. Aber, meine Damen und Herren, wer die Verantwortung trägt – und das waren 13 Jahre die Sozialisten allein und jetzt in der Koalition mit der FPÖ. Man darf ja denen auch nicht absprechen, daß sie von so bösem Willen beseelt sind, daß sie nur für die Mitmenschen arbeiten, damit es schlechter wird. Im Gegenteil, der Aufstieg in Österreich, meine Damen und Herren, auf dem sozialen Sektor ist ja letzten Endes aus dem Erkenntnis, aus der Erfahrung und aus der Gesetzgebung und aus dem guten Willen, für seine Mitmenschen zu arbeiten, gerade der letzten Regierung, der 15 Jahre – wenn Sie so wollen – zugute zu schreiben. (Beifall bei der SPÖ.) Ich will, meine Damen und Herren, nicht verhehlen, daß wir auch Schwierigkeiten haben, daß wir auch auf dem Arbeitsmarkt Schwierigkeiten haben. Das wissen Sie ganz genau, meine Damen und Herren. Aber, wenn Sie offen und ehrlich sind – und die Zahlen stehen Ihnen zur Verfügung –: Es hängt eben nur davon ab, ob man hier am Rednerpult steht und die Zahlen verschweigt oder ob man eine andere Absicht hat. Tatsache ist, daß der Kollege Schrammel hier einige Länder angezogen und sie als Österreichs Beispiel hingestellt hat. (Abg. Pörtl: „Das sind Leistungen auf Grund wirtschaftlicher Grundlagen!“) Ich könnte ihm hier den Nachweis erbringen, daß gerade jene Länder, die er genannt hat, Österreich in der sozialen Betreuung, in der Arbeitslosenbekämpfung, in der Arbeitsplatzbeschaffung nicht die Hand reichen können. Wenn er hier Amerika angezogen hat, muß ich sagen, daß der amerikanische Staat gewaltige Leistungen bringt, und davon etwas wegzunehmen wäre falsch. (Abg. Schrammel: „Das habe ich gar nicht gesagt, wo hast du das her?“) Aber mit der Politik der Amerikaner sind wir Österreicher und gerade wir Sozialisten nicht einverstanden. Es ist nun so, daß von uns auf Bundesebene und auf Landesebene gerade für

die Arbeitsplatzbeschaffung sehr viel Geld ausgegeben wird. Die Arbeitslosenzahlen sprechen ja einiges. Wir sind der Meinung, daß wohl die Arbeitslosenunterstützung vorhanden sein muß. Es hat jeder, der die Arbeit verliert, ein Recht darauf, daß er unterstützt wird. Wir glauben aber, zumindest ich persönlich glaube, daß durch die Arbeitsplatzförderung, durch die ganze soziale Gesetzgebung es vernünftiger ist, wie in der Obersteiermark, die Leute in die Kurzarbeitszone einzuladen, sie für neue Aufgaben vorzubereiten, sie umzuschulen; das hat sich bei uns in Kindberg sehr positiv ausgewirkt. Die Leute wurden vom Hüttenbetrieb zu einem modernen Fertigungsbetrieb dadurch vorbereitet, daß sie Umschulungen mitgemacht haben, daß sie technisch und auch psychisch vorbereitet wurden. Auf Landesebene wird das genauso gemacht. Das kann man ja immer wieder sehen, und dafür gebührt auch der Dank. Im sozialen Bereich sind in Österreich 1,412.000 Menschen zu betreuen. Es sind dies 482.000 Männer und 808.000 Frauen. Daß hier sehr viel Geld benötigt wird, habe ich schon gesagt. Für die Pensionen der Arbeiter, die schon sehr lange versichert sind, das sage ich nicht polemisch, werden vom Staat ungefähr 20 Prozent benötigt, für die Selbständigen etwa 75 und für die Bauern etwa 80 Prozent. Wir haben hier keinen Neidkomplex, aber in den 35 Milliarden Schilling ist diese Summe drinnen. (Abg. Schrammel: „Das ist aber Polemik!“) Die notwendige Pensionsreform war mit einer Überlegung zu dieser Aufteilung. Sie sehen daher, daß auch wir für die sozialen Belange in Österreich Verantwortung tragen. Unser politischer Referent, der Herr Landesrat Gruber, der für das Geld verantwortlich ist, das das Land Steiermark für die soziale Wohlfahrt ausgibt, trägt diese Verantwortung. Wir als Abgeordnete können ihm dabei helfen und ihn unterstützen, daß unsere betroffenen Mitmenschen betreut werden und daß wir die Gewähr dafür haben, daß dies in einem menschlichen Geist und in seiner persönlichen Verantwortung vor sich geht, dafür dürfen wir unserem Referenten, Herrn Landesrat Gruber, danken und ihn bitten, so weiterzumachen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Schrammel: „Mit Landesrat Gruber sind wir ohnehin zufrieden!“)

Präsident Klasnic: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Dorfer: Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich möchte nur einen ganz kurzen Beitrag zur „Ladenschlußdebatte auf Dallingerisch“ liefern. Unser Herr Sozialminister Dallinger hat es so weit gebracht, und es ist ihm gelungen, daß man aus einer Mücke einen Elefanten gemacht hat, ja beinahe eine Staatskrise, und wo, Hohes Haus, kauft Herr Dallinger selbst ein? Am Samstag, den 24. November dieses Jahres, war er in München. Selbstverständlich mit Dienstwagen und Chauffeur und hat dort in einem großartigen Geschäft zwei teure und schöne Anzüge, Mäntel gekauft. (Abg. Brandl: „Das Niveau möchte ich haben, Herr Kollege!“) Die Zeugen sind vorhanden. Es stellt sich die Frage, ob Herr Dallinger diese Mäntel auch verzollt hat. Nach allem was uns bekannt ist, ist das leider nicht der Fall! Das ist ein österreichischer Sozialminister. Mein Kommentar dazu ist: Hätte Dallinger in Salzburg gekauft, er hätte sich zumindest ein wenig

Benzin erspart. Aber was sage ich dazu, denn schließlich Auto, Chauffeur und Benzin zahlt ja der Steuerzahler, also fahren wir nach München einkaufen. Was nützt es, wenn die Handelskammer immer wieder wirbt: „Kauft österreichische Ware!“? Das wäre ein praktizierter Beitrag zur Vollbeschäftigung in Österreich, aber das hat ein österreichischer Sozialminister, wenn er Dallinger heißt, offensichtlich nicht nötig. Ich möchte daher aus der steirischen Landstube, Herr Präsident der Arbeiterkammer, dem Herrn Dallinger zurufen: Treten Sie zurück, es wäre ein Glück für Österreich und ein Glück für die Glaubwürdigkeit der österreichischen Politik! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Ileschitz: „Herr Kammeramtsdirektor, das war der ganze Beitrag? Das ist ein Niveau!“)

Präsident Klasnic: Die nächste Wortmeldung ist Herr Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader: Meine verehrten Damen und Herren, Frau Präsident!

Ich habe die Debatte um die Ladenschlußzeiten eigentlich erst morgen bei der Wirtschaftsförderung erwartet, aber der Herr Kollege Dr. Dorfer hat es geschafft, auch im Sozialen die Ladenschlußdebatte anzuzünden. Ich will mich nicht zu dem äußern, was er über Dallinger gesagt hat. Sie wissen, daß wir hier unsere eigenen Auffassungen haben. Bei der steirischen Ladenschlußdebatte haben sich weder die Handelskammer noch die Gewerkschaften angepatzt. Gelegentlich habe ich den Eindruck, als ob Handelskammer nichts mehr mit Handeln und Gewerkschaft nichts mehr mit Werken zu tun hat. (Abg. Kohlhammer: „Und der Handelsminister auch nichts mit Handeln!“) In jenem Bereich, wo der Herr Handelsminister kompetent ist, hat er Ihren Landeshauptmann gedeckt. Dort, wo er nicht kompetent ist, konnte er es nicht. (Abg. Dr. Dorfer: „Zuerst hat er die Landeshauptleute aufgehetzt aufzusperren, und dann macht er Anklage beim Verfassungsgericht!“) Lieber Herr Kollege Dr. Dorfer, Sie wissen ganz genau, daß es zwei verschiedene Kompetenzbereiche gibt. Den Kompetenzbereich des Aufsperrens, und in diesem Bereich hat er selbstverständlich jede Entscheidung, die in diese Richtung führt. Es gibt einen zweiten Bereich, der übrigens, wenn ich mich richtig erinnere, mit Ihrer Zustimmung im Parlament beschlossen worden ist, die eben Kompetenz des Sozialministers ist. Es ist leider so, daß sich in dieser Bundesregierung die einen Gott sei Dank nicht in die Angelegenheiten der anderen einmischen. Auch das ist eine Basis der Kooperation. (Abg. Dr. Dorfer: „Da weiß der eine nicht, was der andere tut. Es gibt auch für einen Handelsminister die Sozialgesetze. Auch die hätte er wissen müssen!“) Ich sage Ihnen noch einmal, und wenn Sie das wollen, dann sage ich Ihnen noch etwas dazu. Wir sind sehr froh, daß es uns gelungen ist, in der Bundesregierung sicherzustellen, daß diese Anklage, die es jetzt gibt, zur Klärung dienen soll und nicht das Ziel hat, abzusetzen, um jemanden zu bestrafen. (Abg. Kollmann: „Das wäre das erste Mal, daß euch in der Bundesregierung etwas gelingt!“) Auch das ist unser Einfluß gewesen, verehrter Herr Kollege Dr. Dorfer. (Beifall bei der FPÖ.) Lieber Herr Kollege Dr. Dorfer, Sie haben im steirischen Bereich jedenfalls von der Seite der offiziellen Handelskammer dazu beigetragen, diejenigen, die

Liberalisierungen wollten, von vornherein niederzuhalten. (Abg. Dr. Dorfer: „Wir haben uns an das Gesetz gehalten!“) Das ist Ihr Beitrag zur Liberalisierung der Ladenschlußzeiten gewesen. (Abg. Dr. Dorfer: „Mein Beitrag kann es nicht sein aufzuhetzen, so wie es Steger gemacht hat!“) Ihr Beitrag sollte Ihre eigene Devise sein, das Unternehmen, das von unternehmen und nicht von unterlassen kommt, zu unterstützen. Das ist meine Auffassung, aber Sie können das in Ihrer Kammer regeln wie Sie wollen. Jedenfalls haben Sie sich in dieser Frage nicht mit Ruhm bekleckert.

Meine verehrten Damen und Herren, weil wir gleich in der Bundesregierungsdebatte drinnen sind, noch eine Anmerkung zum Kollegen Schrammel. Ich will nicht in die Details eingehen, ich höre, das wird noch der Fall sein – über die Pensionsreform. Ja, ja, Sie haben schon recht – vollkommen: Diese Pensionsreform in diesem ersten Schritt, der getätigt wurde, wird das Problem nicht lösen, aber – und das sollte man fairerweise auch sagen – Ihre Parlamentsfraktion hat bereits das, was bis jetzt als Kompromiß und erster Schritt zustande gekommen ist, als Demontage des Sozialstaates bezeichnet. Und ich würde Sie dringlich bitten, jene Fairneß, die Sie von der Opposition hier in diesem Hause verlangen (Abg. Ing. Stoisser: „Wie Sie es praktizieren!“), auch im Parlament anzuwenden. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine verehrten Damen und Herren, kehren wir zurück zu dem, worüber wir eigentlich reden sollten, nämlich zu den Ansätzen der Gruppe 4 in diesem Budgetkapitel. (Abg. Schrammel: „Ich möchte eines sagen: Es geht um die Gewichtung in den Pensionsfragen!“) Es ist mir völlig klar, Herr Kollege, daß wir noch tiefgreifendere Maßnahmen setzen werden müssen, um diese Situation zu beseitigen, an deren Entstehen wir jedenfalls nicht mitgewirkt haben, um das einmal klarzustellen. Aber wenn Sie schon das, was als erster Schritt kommt, als Demontage des Sozialstaates bezeichnen, dann ist das jedenfalls keine faire Haltung der Opposition im Parlament. Nur soviel wollte ich anmerken.

Kehren wir zurück zu dem, über das wir uns unterhalten sollen, nämlich zu Ansätzen der Gruppe 4 in diesem Budget. Hier sind verschiedene Bereiche geregelt. Es ist heute schon sehr viel über die Behindertenbeihilfe geredet worden. Ich bin froh, daß wir bei der Debatte um das neue Gesetz einbringen konnten, daß hier eine Kontrolle durch den Rechnungshof stattfinden kann und durch die Landesregierung, weil uns das wesentlich erscheint, daß die Menschen wissen, was mit ihren Steuergeldern geschieht. Es gibt hier auch einen Ansatz über die Landesaltenpflegeheime. Weil es gerade aktuell ist und weil ich hier eine Menge von Artikeln habe, lassen Sie mich ein paar Anmerkungen zu dem machen, was auch Redner vor mir getan haben, nämlich: Sollten diese Bereiche öffentlich betreut werden, durch die öffentliche Hand betreut werden oder privat? Auch wenn es sehr kritische Anmerkungen bezüglich eines Falles gibt, den ich persönlich nicht beurteilen kann, weil ich ihn nicht gesehen habe, so bin ich noch immer der Auffassung, daß der private Bereich „unterm Strich“ besser arbeiten kann, als es der öffentliche jeweils tun kann. Das kommt nicht zuletzt daraus, daß alles, was durch den öffentlichen Bereich verwaltet wird, in der Frage des Wirtschaftens

natürlich anders zu sehen ist als der private, wo es persönliches Engagement, vielleicht auch persönliche Interessen, jedenfalls starkes persönliches Engagement gibt. Ich hoffe, daß die Kritik, die es an den Landespflegeheimen gegeben hat, bezüglich Einhaltung der Richtlinien über das Wirtschaften im Lande, hoffentlich dazu führen wird, daß sich das ändern wird oder schon geändert hat – ich hoffe es jedenfalls. Ich würde meinen, daß wir auch im Sozialbereich in dieser Frage – niemand soll mit den Alten, mit den Behinderten und mit den Kranken ein Geschäft machen – private Initiativen zu fördern haben. Die Rolle, die der Staat hier zu spielen hat, ist die eines genauen und rücksichtslosen Kontrollors. Und dort, wo wir der Meinung sind, daß diese Kontrolle nicht ausreichend erfolgt ist, hat das genau überprüft zu werden. Sie brauchen keine Angst zu haben, ich komme nicht mehr auf den Fall Paflik zurück, den ich das letzte Mal hier angeschnitten habe, aber das ist so eine Situation, wo die Kontrolle durch den Staat zu erfolgen hat und wir genau darauf achten müssen, daß diese Kontrolle ohne Rücksicht auf irgendwelche Interventionen tatsächlich erfolgt. Meine Fragen, Herr Landesrat Gruber, weil ich mich das letzte Mal nicht mehr zu Wort gemeldet habe, haben Sie mir ja an sich „unterm Strich“ nicht beantwortet. Ob es Weisungen im Falle Paflik gegeben hat, ist nicht beantwortet worden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es nicht eruierbar ist, ob das der Fall ist, auch wenn der Akt beim Untersuchungsrichter liegt. Und wer interveniert hat, haben Sie mir eigentlich auch nicht beantwortet. (Abg. Dr. Dorfer: „Weisung wozu – zur Mißhandlung?!“) Weisung dazu, dieses Modell, Herr Kollege Dr. Dorfer, besonders rücksichtsvoll zu behandeln, wenn es Beschwerden gibt, zum Beispiel. Das wäre eine der möglichen Weisungen, die es geben könnte. (Abg. Dr. Maitz: „Ist Ihnen die Sache nicht ernst genug, um parteipolitisches Kleingeld zu machen?!“) Lieber Herr Kollege Dr. Maitz! Seit zwei Tagen spare ich mir auf, Ihnen etwas zu sagen, was ich Ihnen jetzt sage. Genau in dieser Gegend, wo Sie jetzt sitzen, hat es seinerzeit vor etwa 10 oder 11 Jahren den Kollegen Pölzl gegeben, der einer der Zwischenruffkönige im steirischen Landtag – hinter Ihnen – war. Sie sind ein sehr kritischer Zwischenrufer in der Zwischenzeit geworden – nämlich ein ständiger Zwischenrufer.

Meine verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich wie im Vorjahr in einigen Sätzen eine Lanze für die Selbstorganisation im Sozialstaat brechen. Selbstorganisation, meine Damen und Herren, ist nicht nur eine Alternative zur Bürokratie, sie ist auch ein Mittel zur Budgetentlastung, sie ist ein Mittel zur Verbesserung der Organisation, und sie ist ein Symbol des alternativen Lebensstils. Ich weiß, daß wir hier in Mitteleuropa andere Voraussetzungen haben als etwa im angelsächsischen Raum, und ich weiß, daß sich dort Selbstorganisation leichter entwickelt, aber die Entwicklung müssen auch wir vorantreiben, meine Damen und Herren. Es gibt hier eine sehr umfangreiche Literatur, welche Möglichkeiten es gibt. Es gibt Tageshilfezentren, die privat sind, es gibt Besuchsdienste, Hauskrankenpflege, über die heute schon geredet wurde – das kann ich voll unterstreichen, das ist eine Möglichkeit, die wir ausbauen und fördern müssen –, es gibt Telefondienste privater Natur, nicht nur öffentlicher, weil hier diskutiert wurde, daß wir das öffentlich

machen müssen, es gibt organisierte Begleitdienste, es gibt Aktivierungen der Senioren und vieles andere mehr: Spielplätze, Babysitterdienste.

Meine Damen und Herren, ich kenne auch die Gegenargumente, und auch die habe ich schon im Vorjahr angeführt. Es sind die Versorgungssicherheit durch den öffentlichen Bereich, die Verlässlichkeit durch den öffentlichen Bereich. Aber, meine Damen und Herren, ich bin felsenfest davon überzeugt, gerade hinter der finanziellen Situation, hinter der wir stehen – Sie wissen, daß wir mit diesem Budget eine dramatische Verschlechterung der finanziellen Situation des Landes Steiermark haben werden –, daß der Ausbau und die Weiterentwicklung der Selbstorganisation auch eine finanzielle Entlastung sein kann, ohne die Betreuung zu verringern, sondern gelegentlich auch die Betreuung zu verbessern. Ich komme noch einmal zurück, und ich unterstreiche das voll, was der Herr Kollege Schrammel gesagt hat. Zum Beispiel ist die Hauskrankenpflege einer jener Bereiche, wo wir qualitativ wirklich ausbauen können, und ich würde meinen, wenngleich sie erst zur nächsten Gruppe gehört, daß man auch hier im Sozialbereich diesen Aufbau und dieses Engagement als Beispiel nehmen soll. Der verstärkte Einbau der Sozialhilfe und der Selbstorganisation ist diesmal demonstrativ in diesem Budget angedeutet. Ich weiß nicht, was aus diesen finanziellen Mitteln dann schlußendlich wirklich herauskommt. Aber allein die Möglichkeit, daß dieses Budget das andeutet – und ich halte das für eine sehr positive, schwerwiegend gute Entwicklung –, bringt uns dazu, daß war, obwohl wir ansonsten dieses Budget ablehnen, diesem Kapitel demonstrativ unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Rainer das Wort.

Abg. Rainer: Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin schockiert über die Niveaulosigkeit, die hier an den Tag gelegt wurde. Wir haben beim Kapitel 3 Martin Luther King sehr ausgiebig strapaziert und darauf hingewiesen, wie wir miteinander umgehen sollten. Wir stellen jetzt fest, daß wir einen Stil an den Tag legen, wie man sicher nicht miteinander umgehen sollte und wie man etwas aufgreift, das man irgendwie erfahren hat, was unter Umständen auch gar nicht verifiziert ist. Das ist der angebliche Einkauf des Herrn Bundesministers Dallinger (Abg. Ing. Stoisser: „Er hat nicht dementiert!“), und dem steht gegenüber, Herr Kollege Dr. Dorfer, gleichzeitig die Situation des Verfassungsbruches Ihres Parteikollegen, des Herrn Dr. Wilfried Haslauer, Landeshauptmann von Salzburg. So schauen die Dinge in dieser Republik aus, und dazu gibt es dann die Aussagen eines Dr. Mock, Dallinger möge zurücktreten. Ich weiß, warum Sie hier diesen Stil pflegen, und ich verstehe das auch deswegen, weil ich weiß, daß Sie Handelskammerwahlen haben, und ich akzeptiere daher, daß Sie eine schwierige Situation haben und einfach den Ritt nach vorne suchen, um aus Ihrer Misere herauszukommen. Tatsache ist, daß das eine sehr geschmacklose und eine sehr unschöne Vorgangsweise war, die an sich mit der

Sache nichts zu tun hat. (Abg. Dr. Dorfer: „Wenn man die Wahrheit sagt, ist das nie geschmacklos! Das ist nur für Sie unangenehm und nicht geschmacklos!“) Auch Dallinger ist ein freier Bürger in diesem Staat, und er kann einkaufen wo er will und wann er mag, und es geht Sie überhaupt nichts an, wo er einkauft. (Abg. Dr. Maitz: „Er soll ein Vorbild sein!“) Es ist nur eine eigenartige Form der Darstellung, weil Sie es politisch gerne so wollen, und weil Sie von Ihren Schwierigkeiten ablenken wollen. (Abg. Dr. Dorfer: „Geschmacklos und niveaulos wäre es, die Wahrheit zu leugnen!“) Ich werde mich aber nicht darauf einlassen, und ich werde auch jetzt nicht zum Ladenschluß reden, sondern das Thema dann noch einmal aktualisieren, wenn es wirklich heransteht bei der Gruppe 7.

Ich möchte mich jetzt mit jener zitierten ASVG-Novelle beschäftigen, die auch in einer Form dargestellt wurde, die zumindest sachlich nicht richtig ist und nicht korrekt präsentiert wurde. Vielleicht geht man davon aus, daß man sich einmal fragt, wie sind denn diese Notwendigkeiten überhaupt entstanden? Es war ganz eindeutig, und das hat mein Kollege Karrer bereits ausgeführt, das explosionsartige Anwachsen der Ausgaben in der Sozialversicherung insgesamt und die Veränderung der Beschäftigungsstruktur und die Arbeitsmarktsituation und auch der Aufwand. Wir werden gleich darstellen, wie der Aufwand wirklich aussieht. Pro Person und pro Jahr eines Gewerbeselbständigen, Herrn Kollege Ing. Stoisser, müssen 60.000 Schilling aufgewendet werden oder 77 Prozent des Gesamtaufwandes. Bei den Bauern sind es 50.000 oder 82 Prozent des Gesamtaufwandes. (Abg. Schrammel: „Bei den Bergbauern? Bei den Eisenbahnern?“ – Abg. Brandl: „Ähnlich wie bei den Arbeitern!“) Und bei den Arbeitern 18.000 Schilling. (Abg. Schrammel: „Die Zahlen werden so oft strapaziert!“) Vielleicht darf man etwas dazu sagen. Ich möchte dieses Haus nicht entweihen, wenn ich auf etwas hinweise. Die Zahl stimmt, ich gebe Ihnen das statistische Handbuch der Sozialversicherungsträger, Sie können es verifizieren. Die Zahlen sind richtig! Faktum ist, daß diese Ausgaben in diesem Umfange getätigt werden müssen, und Faktum ist auch, daß in diesem Haus eine Philosophie bei den Bauern entstanden ist, wo man gesagt hat: Bauern dürfen nie Staatsrentner werden. Daher ist das auch der Grund, warum so lange keine Beiträge entrichtet wurden und so hohe Zuschüsse des Staates tatsächlich entrichtet werden müssen. Das hat gar nichts mit einer unsozialen Einstellung zu tun, sondern das ist ein Faktum, und das ist die historische Wahrheit, und das war auch die Entwicklung. Daher sollte man sich zurückhalten.

Vielleicht ein anderes Beispiel. Wenn man 1.000 Aktive nimmt, so sind gegenwärtig von diesen 1.000 Aktiven 524 durch Pensionen zu unterhalten, wenn man das so darstellen will. Wenn man jetzt aber diese Relation umlegt auf die Selbständigen, dann sind es 825. Sie sehen allein aus der Relation, was hier aufgebracht werden muß und was der Staat aufbringt, weil es nicht aus den Beiträgen kommt. (Abg. Ing. Stoisser: „Das stimmt ja nicht, ich werde das sachlich richtigstellen!“) Sie können schreien, wie Sie wollen, die Fakten bekommen Sie nicht vom Tisch. (Abg. Schrammel: „Wozu gibt es ein ASVG?“) Nach dem ASVG zahlen wir insgesamt, das ist der Stand 1. Jän-

ner 1985, 22,7 Prozent Teilung Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammen. Bei den gewerblichen Selbständigen 13 Prozent und bei der bäuerlichen Pensionsversicherung 12,5 Prozent, also es ist hinlänglich widerlegt, so ist es nicht, wie Sie es darstellen. Was sind aber die wirklichen Gründe? Die wirklichen Gründe sind, daß wir eine explosionsartige Entwicklung bei den Pensionsfällen zu erwarten haben. Auf Grund der demographischen Kurve des Bevölkerungswachstums, der Struktur haben wir festzustellen, daß im Jahre 1990 zusätzlich 200.000 Pensionsempfänger da sein werden, die abfinanziert werden müssen, oder aber umgekehrt, daß bei den Beschäftigten ein Rückgang zu verzeichnen sein wird von 110.000 Beitragszahlern, und so entwickelt sich die Schere, und das ist der Grund, warum wir dieses System anpassen mußten, warum es diese 40. ASVG-Novelle gibt. Wir haben eine ordentliche Wirtschaftspolitik, sonst könnten wir das gar nicht finanzieren.

Nun zum Leistungsrecht. Hier wurde wehleidig dargestellt, es würde hier zu irgendwelchen Eingriffen kommen. Ich möchte zuerst dem Kollegen Ing. Stoisser antworten. Ich will Ihnen nicht unterstellen, daß Sie eine asoziale Gesinnung haben, aber überlegen Sie einmal und erwägen Sie, ob es denn besser ist, jene, die in die Sonderunterstützung gehen müssen, weil wir sie nicht beschäftigen können, tatsächlich nach den rechtlichen Voraussetzungen mit diesen Möglichkeiten zu versorgen, oder aber ob wir diese Leistungen aufbringen. Ich sage Ihnen, wir können uns diese Leistungen bei den Arbeitern, bei den Angestellten, also bei den unselbständig Erwerbstätigen, sehr wohl leisten, weil wir nur 18 Prozent zahlen brauchen und keine 72 Prozent oder 82 Prozent. So ist das, und daher hatten wir mit Recht diese Ansprüche auch beansprucht.

Es geht ja um das Leistungsrecht, und auch hier ist etwas festzustellen. Ich möchte jetzt zum Leistungsrecht zu Kollegen Schrammel etwas sagen. Er hat mitleidig die Entwicklung dargestellt, so quasi der Weg zu einer neuen Verarmung. Nichts davon ist richtig, meine Damen und Herren! Wir haben in den siebziger Jahren eine radikale Verbesserung des ASVG vorgenommen. Wir hatten die Pensionen im Durchschnitt zwischen 1970 und 1984 um 180 Prozent angehoben bei einer Preissteigerungsrate im gleichen Zeitraum von nur 120 Prozent. Das heißt, eine zusätzliche Steigerung von 60 Prozent. Wir haben die Mindestpensionen um 250 Prozent angehoben. Also, davon kann keine Rede sein, daß jetzt Leistungseinbrüche zu verzeichnen sind, weil nämlich auch die 40. ASVG-Novelle keine Abstriche und keinen Eingriff in bestehende Pensionsleistungen vornimmt. Keine Pension wird auch nur um einen Schilling gekürzt werden. Ganz im Gegenteil, die Pensionen werden mit 1. Jänner 1985 ganz beträchtlich erhöht. (Beifall bei der SPÖ.)

Und nun zu jenen Beitragserhöhungen, weil wir dieses System ja auch finanzieren müssen. Zugegeben, wir erhöhen den Beitrag um einen Prozentpunkt und teilen diesen. Wir erhöhen bei den Gewerblichen um einen Prozentpunkt, aber bei den Bauern nur um einen halben Prozentpunkt. Nur, daß das auch dargestellt wird.

Bei den Bemessungszeiträumen, meine Damen und Herren – das war ja offensichtlich auch das Anliegen des Kollegen Schrammel, hier etwas darzustellen, was unrichtig ist und was nicht verstanden wurde. Diese Verlängerung des Bemessungszeitraumes von fünf auf zehn Jahre muß ja keineswegs, wie es immer wieder von Ihnen aus politischen Überlegungen dargestellt wird, zu einer Leistungseinschränkung oder zu einer künftigen Pensionsminderung führen. Ganz im Gegenteil, in sehr vielen Berufen, bei sehr vielen Pensionserwerbenden wird das durchaus eine günstigere Regelung haben, und es wird sich dann das überflüssig machen, was wir als zweite Bemessungsgrundlage zum Beispiel im ASVG beinhaltet haben. Daher ist das keine Einschränkung, sondern ist das nur eine Adaptierung eines Systems an einen Zeitraum, den wir jetzt vor uns haben, und es ist unrichtig, wenn man sagt, daraus resultieren erhebliche Pensionseinschränkungen. Der Wegfall des Grundbetrages, das ist der zentrale Ansatz Ihrer Kritik. Auch hier sei bitte einmal folgendes festgestellt: Auch die anderen bereits bestehenden Systeme zum Beispiel der Pensionsversicherung sind immer vom Versicherungsprinzip ausgegangen. Auch wir gehen heute vom Versicherungsprinzip aus, und wir glauben daher, daß es durchaus legitim ist, wenn man den Prozentsatz, der jährlich zu gewähren ist, anhebt, daß dann das Versicherungsprinzip eingeführt werden kann und eingeführt werden soll, und das ist auch eingeführt worden, und daß es keinen 30prozentigen Grundbetrag mehr gibt. Jetzt ist zugegeben die Situation tatsächlich jene, daß es da oder dort auch bei Frauen Schwierigkeiten geben könnte. Aber auch hier haben wir ja vorgesorgt, daß diese Schwierigkeiten egalisiert werden, und zwar in der Form – zum Beispiel herausgegriffen: Wenn eine Frau mit 15 Lebensjahren zu arbeiten beginnt und mit 55 in die Pension geht, wenn sie zwei Kinder geboren hat – sie hätte also 40 Arbeitsjahre –, kann sie 18 Jahre davon unterbrechen, und sie hat keine Verschlechterung nach dem neuen Recht zu erwarten, das mit 1. April 1985 wirksam werden wird. So sieht das wirklich aus. Nehmen Sie dazu Ihre Darstellung – sie ist grundfalsch, sie ist entgegen den rechtlichen Grundlagen, sie ist eine politische Aussage und stimmt keineswegs mit Ihren Darstellungen überein.

Vielleicht kann man zum Schluß folgendes feststellen: Ich könnte jetzt weitere Punktationen, die ja interessant sind – der Herr Kollege Schrammel hat es angeführt – bringen: Invaliditätspension ab 55 für die gewerblich Selbständigen, für die Bauern, die Schwerstversehrtenrente, bäuerliche Unfallversicherung 100 Prozent, der Jahresausgleich mit den Ruhensbestimmungen. Daher, liebe Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses, vielleicht noch zwei oder drei aktuelle Vergleiche. Wir haben auch gegenwärtig eine aktuelle Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland. Dort geht es darum, daß die Pension einmal aufgeschoben wurde, nämlich im Zeitpunkt der Flüssigstellung, der Zahlung, und zwar wurde der Zeitraum um ein halbes Jahr hinausgeschoben. Dort geht es darum, daß die Pensionen auch gekürzt wurden. Gleichzeitig wird jetzt dann ganz bestimmten Einkommensbeziehern, die eine Sondersteuer gehabt haben, weil sie ein höheres Einkommen in dieser Gesellschaft beziehen, die Steuer rückerstattet. Sie können sich die

Diskussionen in etwa vorstellen, oder Sie können die soziale Symmetrie einer derartigen Maßnahme beurteilen. In Großbritannien, das brauche ich Ihnen ja nicht zu sagen, wurde das Pensionsrecht erheblich verschlechtert. Es wurden rund 20 Prozent Leistungskürzung vorgenommen. Ich darf nur anmerken: Die Gesinnung dieser Regierung zeigt sich auch am Bergarbeiterstreik und an der Auseinandersetzung, die dort im Gang ist. Eine wirklich sozialpolitische Frage erster Ordnung in diesem Staate für alle Arbeitnehmer. In Dänemark ist dieselbe Situation, wo es ebenfalls zu beträchtlichen Leistungskürzungen gekommen ist.

Wir haben, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, dafür gesorgt, daß die soziale Symmetrie gewahrt bleibt, daß dieses System finanziert werden kann bis zum Jahr 2000, ganz sicher, und wir verbürgen uns dafür, daß keinem, der gegenwärtig eine Pension bezieht, nur ein Schilling genommen wird. Ganz im Gegenteil, diese Pensionen werden erhöht. Ich danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Stoppacher. Ich erteile es ihm.

Abg. Stoppacher: Verehrte Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich unterstelle eigentlich niemandem, daß die Sorge um die Sicherheit der Pensionen für die Alten unseres Landes keine echte ist. Trotzdem möchte ich einige Bemerkungen dazu machen: Der Volkswissenschaftler Herbert Girsch hat einmal gemeint: „Der Sozialstaat mag ein positiver Produktionsfaktor sein, aber er hat einen hohen Preis. Als Umverteilungsstaat beeinträchtigt er das Niveau der natürlichen Motivationen in der Bevölkerung, als Versorgungsstaat das Streben nach eigenständiger Sicherheit und Vermögen und damit die Kapitalbildung. Als Bürokratiestaat belastet er die Effizienz der Gesellschaft allgemein.“ Ich glaube, daß hier eigentlich dieser Volkswissenschaftler einiges über das Problem der Pensionen und Renten ausgesagt hat.

Bevor ich zu meinem Thema, die Sozialhilfe und Sozialhilfverbände, komme, lassen Sie mich doch zu einigen Punkten über die friedliche und so ruhige Auseinandersetzung über das Problem Pensionen, die derzeit im Haus stattgefunden hat, einige Bemerkungen machen. Herr Abgeordneter Karrer, du hast gesagt, daß der Anteil des Staates bei den Bauernpensionen 80 Prozent betragen würde – (Abg. Karrer: „Zirka, habe ich gesagt!“) ganz genau 82 Prozent. Dazu ist etwas zu sagen: Ich darf daran erinnern, meine Damen und Herren, daß das Bauernpensionsgesetz 1969 unter der ÖVP-Alleinregierung beschlossen worden ist. Ich glaube, das steht außer Frage. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Brandl: „Zu spät, es hätte schon früher beschlossen werden können. Ihr ward dagegen!“) Lieber Kollege Brandl, was kannst du dafür, daß du im Jahr soundso geboren worden bist, und ich, daß ich im fünfundzwanziger Jahr geboren worden bin – „zu spät“ kann man im nachhinein immer sagen. Tatsache ist, es ist beschlossen worden, und ein Umstand ist euch zugute gekommen: daß im siebziger Jahr ihr die relative Mehrheit bekommen habt und daß die Wirksamkeit dieses Gesetzes zu einem Zeitpunkt eingetreten ist, wie ihr in der Regierung ward. Das war

das einzige Glück, das unverdiente Glück von euch. (Abg. Brandl: „Wenn die Bauernvertreter früher dafür gewesen wären, wäre es früher gekommen!“) Entschuldige, lieber Kollege Brandl, du weißt genauso wie ich, daß das Problem genauso seine Entwicklungszeit gehabt hat wie vieles andere auch.

Dann also zum Vorwurf: Die Bauern zahlen zuwenig. Meine Damen und Herren, zwei Dinge: (Abg. Karrer: „Eine gute Regierung ist gekommen!“) Na, Entschuldigung, wenn es im neunundsechziger Jahr beschlossen worden ist. Ich muß dir sagen, ich halte dich wirklich für viel zu intelligent, daß du das glaubst, was du jetzt gesagt hast. Du glaubst das ja selber nicht.

Zum Bauernpensionsgesetz: Einmal die Ursache, warum der Staatsanteil so hoch ist. Sie wissen genau, daß die Beiträge der Bauern zur Bauernpensionsversicherung nach dem Einheitswert berechnet werden, und Sie wissen genau, daß dieser Einheitswert in den letzten Jahren um etwa 30 Prozent stufenweise erhöht worden ist. (Abg. Brandl: „Das ist ein großer Vorteil für die Bauern!“) Das ist ein Vorteil. Ich darf aber jetzt etwas anderes sagen. Dieser Zustand sagt auch aus, wie bescheiden das Einkommen der Landwirtschaft hier in Österreich ist. Das muß man auch sagen. Mit Ausnahmen, aber im allgemeinen ist das der Ausdruck des minderen Einkommens in der Land- und Forstwirtschaft.

Und ein Zweites: Wenn man sagt, die Bauern zahlen für ihre Pensionsversicherung einen niederen Betrag – bitte, es ist nicht gesagt worden, man kann es ja umgekehrt tun: Es ist gesagt worden, daß die Staatsrate etwa 80 Prozent ausmacht – es kommt, bitte, auf dasselbe heraus, wie man es nimmt, nur ein anderes Wort dafür. Man sollte doch nicht übersehen, daß die Land- und Forstwirtschaft, daß die Bauernfamilien in den letzten Jahren und Jahrzehnten etwa 700.000 Menschen im Bauernhaus als Kinder aufzogen, sie teilweise die Kosten der Ausbildung getragen haben, und dann sind sie in andere Berufe eingewandert und zahlen heute dort ihre Beiträge. Ich selbst bin auch einer davon. Ich darf das als Beispiel sagen. (Beifall bei der ÖVP.) Man kann nicht mit Recht der Bauernschaft vorwerfen, daß sie einen so hohen Staatsanteil hat. Das ist die Pensionsreform. Der andere nennt es Pensionssicherung, der andere sagt, es ist eine Reduzierung der sozialen Leistungen. Lassen Sie mich auch dazu etwas sagen. Auch hier ist ein Faktum, daß aus der Finanzsituation heraus die derzeitige Regierung gezwungen ist, irgendeine Reform, eine Lösung, eine Änderung herbeizuführen, damit einerseits die Renten und Pensionen, die zwar nicht ganz – und da sind wir uns einig – mit der Inflationsrate Schritt halten können und nach Adam Riese ... (Abg. Rainer: „Da sind wir uns nicht einig!“) Wenn ich das kurzfristig sehe, das ist eine Realität, daß man nicht ganz mitkommt. Ich gebe aber gerne zu, wenn ich das langfristig sehe, der Herr Abgeordnete Rainer hat das getan, dann schaut das etwas anders aus. Man kann ein Faktum nicht wegdiskutieren. Wenn ich zehnmals sage, ist nicht da, so ist es trotzdem vorhanden. (Abg. Karrer: „Alle wollen länger leben!“) Karrer, sei mit deinen Aussagen ein bißchen vorsichtiger. Sagen darfst du alles, aber am Schluß fällt es dir selbst auf den Kopf, so habe ich es gemeint. Ohne Zweifel versucht die Regierung, damit ihren Anteil, den Staatsanteil, zu

senken. (Abg. Brandl: „Ein bißerl mehr Gerechtigkeit!“) Ich unterstelle der Regierung überhaupt nicht, daß sie das aus schlechtem sozialem Gewissen tut, sondern aus der Finanznot, die sie hat.

Wenn man schaut, daß die Finanzschulden des Bundes von 1978 – von der ÖVP-Zeit getraue ich mich nichts zu sagen, weil dann werdet ihr auch im Gesicht rot und nicht nur im Herzen, wie ihr es seid –, wenn man denkt, von damals 23,6 Prozent sind wir glücklicherweise im Jahre 1983 auf 34,5 Prozent hinaufgestiegen. Das ist die Wahrheit und Sicherheit. Um andere Finanzlöcher stopfen zu können, muß auch geschaut werden, daß das Geld hereinkommt. (Beifall bei der ÖVP.) Ich muß dazu noch etwas sagen, damit die Gesundheit gefördert wird, nämlich die Pulsierung des Blutes ist gesund. Wenn man glaubt, daß deswegen Änderungen vorgenommen wurden in der Leistung, in den Beiträgen, bei den Arbeitgebern, bei den Arbeitnehmern und so weiter, daß dies der Pensionssicherung dient, dann kann man nicht dagegen sein. (Abg. Brandl: „Schwer!“) Aber der überwiegende Teil dieser Gelder, die hier hereingenommen werden müssen und eine Belastung für den einzelnen Steuerzahler und Staatsbürger sind, wird dazu verwendet – und das sind wir nicht mehr der gleichen Meinung –, daß auch das abgedeckt wird, wo wir meinen, daß das unnötig ist und teilweise – wenn Sie mir das Wort erlauben – eine gewisse Verschwendung ist. Sie können beim AKH bis zum Konferenzentrum zählen. Das stört uns dabei. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Brandl: „Das sind alte Hütel!“)

Jetzt werden wir in die ruhigen Gewässer der Sozialhilfe einschwimmen. Ich möchte einen herzlichen Dank den Damen und Herren in der Rechtsabteilung 7 sagen, die so nett waren, mir gerade über Sozialhilfe, Sozialhilfeverbände eine Zusammenstellung in die Hand zu geben, die es ermöglicht, einige Bemerkungen sachlich zu tun. Nach dem Paragraph 40 Absatz 2 des Steiermärkischen Behindertengesetzes haben die Sozialhilfeverbände und damit die Gemeinden und das Land Steiermark zu den Kosten der Leistungen für Eingliederungshilfe, Beschäftigungstherapie, Pflegegeld und Mietzinsbeihilfe einen Betrag zu leisten. Das Land hat zu den Einnahmen, die in diesem Kapitel sind, außerdem noch 1.346.399.000 aus anderen Einnahmen des Budgets für diesen sozialen Bereich aufzuwenden. An Hand der Rechnungsabschlußberichte 1983 aller steirischen Sozialhilfeverbände hat eine Untersuchung, wie sich die Umkehr des Aufteilungsschlüssels im Jahre 1983 ausgewirkt hätte, wenn damals bereits die Novelle des Behindertengesetzes in Kraft gewesen wäre, es war schon hier bei der Budgetdebatte dieses Jahres die Rede von 80 Millionen, scheinbar stimmt diese Zahl nicht genau, ergeben, daß für die Verbände 1983 etwa eine Ersparnis von 62.352.000 Schilling eingetreten wäre, wenn diese Novelle bereits in Gültigkeit gewesen wäre. Da die Sozialhilfeverbände berechtigt sind, ihren durch eigene Einnahmen nicht gedeckten Finanzbedarf auf die verbandsangehörigen Gemeinden nach Maßgabe der Finanzkraft umzulegen, hätte sich auch die Sozialhilfeumlage beziehungsweise der Hundertsatz für die Berechnung der Sozialhilfeumlage entsprechend vermindert. Logischer Fall! Durch die unterschiedliche Höhe der Aufwendungen der einzelnen Verbände

würden sich Verminderungen der Hundertsätze in etwa zwischen 0,82 Prozent bis 2,32 Prozent ergeben. Das bedeutet einen Landesdurchschnitt von 1,63 Prozent. Soweit diese rein theoretische Betrachtung auf der Basis des Rechnungsabschlußergebnisses des Jahres 1983.

Andererseits wurde festgestellt, daß immer noch ein Ansteigen der Zahl der Hilfsbedürftigen zu verzeichnen ist. Auch eine nicht uninteressante Feststellung, daß trotz aller vermeintlichen Sicherheiten das Ansteigen der Hilfsbedürftigkeit gegeben ist. Sehr günstig, meine Damen und Herren, wirkt sich auf die Gebarung der Sozialhilfeverbände die Novelle zum Verwaltungsstrafgesetz aus, die mit 1. April 1983 in Kraft getreten ist und wodurch nunmehr Strafbeträge den Sozialhilfeverbänden zufließen. Für die letzten neun Monate, da staunt man, des Jahres 1983 haben die steirischen Sozialhilfeverbände daraus eine Einnahme von 16.983.446 Schilling, also nahezu 17 Millionen, gehabt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß dadurch sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite eine für die steirischen Sozialhilfeverbände günstige Entwicklung eingetreten ist, die auch ihren Niederschlag in einer Herabsetzung der Hundertsätze für die Einhebung der Sozialhilfeumlage finden müßte. Ob und inwieweit, meine Damen und Herren, dies auch in den kommenden Jahren möglich sein wird, geht aus einer Untersuchung hervor, die ich Ihnen nicht vorenthalten will. Aus dieser Untersuchung ist die Finanzkraft festgelegt, und hier darf ich in Prozenten ausdrücken: Von 1980 auf 1981 ist die Finanzkraft der steirischen Gemeinden um 10,67 Prozent angestiegen. Die Solla Ausgaben der Sozialhilfeverbände im gleichen Jahr sind um 8 Prozent gestiegen. Also sind die Mehrausgaben in den Sozialhilfeverbänden geringer als die Einnahmen durch die Finanzkraft für die Gemeinden. 1982 betrug hingegen die Steigerung der Finanzkraft 4,42 Prozent, aber die Ausgaben sind um 6,68 Prozent gestiegen, und 1983 sind die Einnahmen um 3,10 Prozent angestiegen und die Ausgaben abermals um 6,67 Prozent angestiegen. Daraus, meine Damen und Herren, ist ersichtlich, daß die Steigerung der Finanzkraft der Gemeinden in den Jahren 1982, 1983 nicht mehr in dem Ausmaß wie jene der Ausgaben der Sozialhilfeverbände erfolgte. Da die Finanzkraft jedoch die Grundlage der Berechnung der Sozialhilfeumlage bedeutet, muß man besorgt darauf sehen, wie die weitere wirtschaftliche Entwicklung sein wird.

Meine Damen und Herren! Wer den letzten Bericht vom Statistischen Zentralamt für das zweite Quartal 1984 angeschaut hat und daraus gesehen hat, wie die Entwicklung in der Steiermark ist, kann nicht ganz unbesorgt der Zukunft entgegenblicken. Hier sind natürlich Prognosen – und ich weiß auch, daß Prognosen halt immer wieder revidiert werden, und Gott sei Dank auch, daß die Wirklichkeit besser ist als es die Prognosen waren. Wollen wir also auch hoffen, daß das auch hier so ist, obwohl ich nicht verhehle, daß auch das Finanzausgleichsgesetz, das neu verhandelt worden ist, den Gemeinden einiges dazugebracht hat. Aber – und auch hier muß man „aber“ sagen – auch die Aufwendungen und auch die Anforderungen an die Gemeinden aller Couleurs steigen ständig an. Und es ist ja nicht anders, daß die Wünsche und Forderungen

gen – berechnete Wünsche –, genau gleich wie beim Land, meistens höher sind als die finanziellen Möglichkeiten. Mit diesem Problem kämpfen wir in allen Bereichen herum.

Ein Zweites, meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch sagen: Mich hat auch interessiert, wie es mit den Aufwendungen der Sozialhilfeverbände für die Heime aussieht. Ich kann mir ersparen, Vergleiche mit dem Land anzustellen. Das hat liebenswürdigerweise der Herr Kollege Bürgermeister Harntodt schon gestern getan. Meine Damen und Herren, lieber Herr Landesrat! Ich weiß auch – wie immer –, das Vergleichen zwischen Kraut und Rüben ist ein Problem. Lassen Sie mich trotzdem sagen: Wenn man es von den Kosten her vergleichen würde, so ist das einfach ein großer Sprung. Ich weiß schon, daß es gewisse Dinge gibt, die es in den Landesheimen gibt und die dort besorgt werden, die dort geboten werden, daß diese in den einzelnen Heimen der Sozialhilfeverbände nicht immer vorhanden sind.

Aber lassen Sie mich ein paar Beispiele sagen: Wenn ich mir anschau, daß zum Beispiel der Zuschußbedarf, meine Damen und Herren, von einzelnen Heimen pro Bett – sie sind alle angeführt, ich erspare mir, das zu sagen – (Abg. Karrer: „Habe ich gelesen!“) Gelesen? Das ist gut, dann weißt du eigentlich schon alles, kannst also jetzt dazwischen weghören –, der höchste Zuschußbedarf ergibt sich in Mariazell mit 63.381 Schilling und der geringste Zuschußbedarf – wie kann es auch anders sein – in Döllach, im Bezirk Liezen, mit 2.002 Schilling. Nur muß man eines offen sagen, und das bestätige ich sofort: Das sind geistliche Schwestern, das ist das gleiche Problem, wie es bei uns immer vor ein paar Jahren in Gleisdorf war. Das war immer das billigste, weil dort gewisse Dinge einfach nicht vorhanden sind. (Landesrat Gruber: „Nur eine Zwischenfrage: Wann haben Sie das letzte Mal das Heim in Döllach gesehen?“) Ich habe es nur hier aus der Statistik, ich betone das ausdrücklich. Ich kenne es überhaupt nicht, ich sage das nur, so ist die Statistik. Ich möchte das damit gesagt haben. Das also zum einen.

Hier bitte ist auch – ganz interessant – zum Beispiel die Bettenanzahl in Normalbetten und in Pflegebetten aufgeschlüsselt. Weil mir sehr wohl bewußt ist – und das ist halt der Schnitt –, wie ja die Statistik wirklich ist: mit der kann man eines beweisen und mit der gleichen wieder das Gegenteil. Das ist die Realität. Aber ich glaube doch, daß es trotzdem interessant ist, zumindest zu sehen und wirklich zu untersuchen, warum es in einem Fall – und jetzt, ohne das eine als gutes Beispiel und das andere als Negativbeispiel hinzustellen, aber doch, was die Ursachen sind. Wenn man hier auch die Aufteilung zwischen Normal- und Pflegebetten sieht, so weiß ich, bitte, aus eigener Erfahrung, leider Gottes aus eigener Erfahrung, was es für ein Heim bedeutet, wo Menschen liegen, die wirklich gehoben und gelegt werden müssen. Das weiß ich sehr wohl, daß das ein Unterschied ist, ob er selber zu seinem Tisch hingeht, sein Frühstück, sein Mittagessen und sein Abendessen einnimmt, sich selbst waschen kann, als jener, wo alles der Hilfe bedarf und wo meistens nicht einmal eine einzelne Pflegerin oder ein einzelner Pfleger das tun kann, sondern wo zwei zusammenhelfen müssen. Trotzdem

ist hier recht interessant, wie das aussieht. Im allgemeinen und der Landesdurchschnitt – und das darf ich noch sagen – ist laut Statistik ein Zuschußbedarf bei diesen Altenheimen der Sozialhilfeverbände von 25.401 Schilling.

Lassen Sie mich noch etwas anschnitten, weil das ja immer wieder gerade bei den Sozialhilfeverbänden eine große Rolle von uns Bürgermeistern spielt, ich nehme mich da nicht aus – ich bin in einem Moment fertig.

Und das ist halt so, lieber Herr Präsident: Wenn man gekitzelt wird, muß man lachen, und wenn man viel gekitzelt wird, lacht man länger. Das ist so auf der Welt.

Ich möchte auch noch ein paar Einzelziffern sagen, was mir also recht interessant vorkommt, weil immer wieder die Frage auftaucht: Verwaltungsaufwand. Eine zweite Frage taucht dann auf: Organe, Versammlung, Ausschuß, Obmannaufwand, Reisekosten, Verfügungsmittel. Hier nur ein paar Zahlen: Es ist ganz interessant, daß im Landesdurchschnitt – und ich möchte jetzt die Ziffern sonst nicht sagen – der Verwaltungsaufwand 6,22 Prozent beträgt. Ich glaube, die Sozialhilfeverbände können sich durchaus in etwa mit allen anderen vergleichen, so daß man also nicht sagen kann, daß das Geld, das für Hilfsbedürftige eigentlich verwendet werden soll und muß, anderen Zwecken zugeführt wird.

Zum Schluß noch in dem Zusammenhang ein Wort zu den Reisekosten, auch aus dem Rechnungsabschluß 1983:

Meine Damen und Herren! Der Gesamtaufwand der steirischen Sozialhilfeverbände macht 702 Millionen Schilling aus. Davon werden 2.150.000 Schilling für Organe aufgewendet, 79.000 Schilling für Reisekosten, 200.720 Schilling für Verfügungsmittel und 65.000 Schilling für Gemeinschaftspflege. Ich glaube, sagen zu können, daß das durchaus angemessen ist und daß alles unternommen wird, um mit dem Geld gerecht umzugehen.

Ein Letztes noch, und das ist wirklich das letzte: das ist das steirische Mutterhilfswerk. Ich möchte hier sagen, daß für das steirische Mutterhilfswerk erfreulicherweise auch wieder im Landesbudget ein erheblicher Beitrag unter „Soziales, Rechtsabteilung 9“ und „Landwirtschaft, Rechtsabteilung 8“ enthalten ist. Was mich wundert, und das sage ich auch, ist, daß wohl die Beiträge der Stadt Graz äußerst bescheiden sind, wenn ich 85.000 Schilling insgesamt nehme. (Abg. Dr. Strenitz: „Das wird mit Bürgermeister Stingl besser werden!“) Aha, der hat dann mehr Geld. Ich hoffe, daß ihr den Stingl nicht einsetzt und wir ihn dann im Dorotheum versteigern müssen, daß wir das Geld bekommen.

Herr Präsident Ileschitz, eine Frage. Ich sehe 500.000 Schilling die Landwirtschaftskammer – die arme Landwirtschaftskammer zahlt 500.000 Schilling. Herr Präsident, Sie haben 40.000 Schilling. Machen Sie das nächste Mal Ordnung, daß die Gerechtigkeit wiederhergestellt wird. Sie müssen sich nahezu schämen, Herr Präsident! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Ileschitz: „Lieber Freund, wieviel Geld bekommt ihr in der Landwirtschaftskammer auf geradem Wege und auf Umwegen, und was bekommen wir?“) Ich kenne

kaum einen geraden Weg, alle Straßen sind ein wenig gebogen. Sie wollen doch nicht unterstellen, daß ihre eure Gelder gerade hereinbekommt und die Landwirtschaftskammer krumm. Das behaupten Sie nicht! (Abg. Ileschitz: „Ihr bekommt das vom Land – mit der vollen Hose ist leicht stinken!“) Lieber Präsident, jetzt wundert mich nichts mehr! Ich habe es immer als einen angenehmen Geruch empfunden. Herr Präsident, Sie haben noch etwas vergessen. Wenn ich Ihnen 926 Einsatzfälle sage, wissen Sie, wieviele Arbeiter, Pensionisten, Angestellte sind? 56,8 Prozent und 40.000 Schilling! Lassen wir das. (Beifall bei der ÖVP.) Ich möchte sehr herzlich allen danken, die im Sozialbereich tätig sind. Dem Herrn Landeshauptmann, der gesamten Landesregierung. Auch Ihnen, Herr Landesrat, für Ihre Mühe (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – Abg. Hammer: „Wenn es etwas Positives ist, brauchen Sie sich nicht zu entschuldigen!“) Sicher, selbstverständlich, warum nicht. Übrigens: Für meinen Geschmack, meine Damen und Herren, kann keiner in sein Brieftascherl greifen, auch nicht der Bürgermeister, sondern wir verwalten alle und wir tragen die Verantwortung, und wer dazu beiträgt, verantwortungsbewußt mit dem Geld der Steuerzahler umzugehen, der verdient auch einen Dank.

Weil wir von Geld reden: Lieber Herr Präsident, du tust mir leid. Es gibt ein Sprichwort, und das möchte ich sagen: Ohne Abgaben und Steuern, ohne schwarze Zahlen kann auf Dauer keine Gebietskörperschaft und auch keine Kammer existieren. Für uns gilt das vom Volksmund Gesagte. Geld ist gewiß nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts. Denken Sie an das Mutterhilfswerk. Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Feldgrill: Ich unterbreche die nun laufende Debatte auf eine Stunde und bitte Sie, um 14.15 Uhr pünktlich wieder hier zu sein. (Unterbrechung von 13.15 Uhr bis 14.15 Uhr.) Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Bevor ich dem nächstgemeldeten Redner das Wort erteile, möchte ich eine Richtigstellung machen. Bei der gestrigen Begrüßung haben die Bundesräte gefehlt. Sie haben Plenumsitzung gehabt, konnten daher nicht anwesend sein. Mich hat diese Nachricht, daß das so ist, zu spät erreicht. Damit ist die Sache in Ordnung gebracht.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Hirschmann das Wort.

Abg. Dr. Hirschmann: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf zu Ende des Kapitels Soziales noch zu einem Thema Stellung nehmen, mit dem man keine Wahlen, keine Stimmen gewinnen kann, dem wir uns aber doch alle sehr verpflichtet fühlen. Ich möchte noch kurz einige Gedanken an das anschließen, was der Kollege Dr. Horvatek heute zur Entwicklungshilfe gesagt hat. Ich möchte nicht weiter ausholen zu jenen Fakten, die er schon genannt hat, ob es sich um die vielen Kriege handelt, die es seit 1945 in diesen Regionen gegeben hat, um die enorme Rüstungsproblematik, um die Hunderte von Millionen an Arbeitslosen und Unterbeschäftigten, um das unvorstellbare Ausmaß an Auslandsverschuldung und das Hungerproblem, das wir gerade in diesen Tagen am Beispiel Äthiopiens, das Dr. Horvatek auch schon erwähnt hat, eines der trau-

rigsten Beispiele der Weltpolitik im Moment, miterleben, um die Menschenrechtssituation, um die Ungerechtigkeit der Bedingungen des Welthandels oder, was wir heute noch oft übersehen im Hinblick auf die eigenen Sorgen, um die Probleme des Umweltschutzes, die ja dort im Vergleich zu uns geradezu dramatische Umstände annehmen. Ich darf nur eines hinzufügen, und das nur als Ergänzung: Kollege Trampusch hat gestern zu Recht von der enormen Rüstungsproblematik gesprochen, die es weltweit gibt, und man kann nur sagen, daß es Wahnsinn und eigentlich für vernünftige Menschen unvorstellbar ist, was sich hier abspielt. Der Kollege Dr. Horvatek hat mit einigen Zahlen dies bereits belegt, mit welchem Bruchteil dieser Ausgaben wir heute eigentlich weltweit für Ernährung, Gesundheit und für ein einigermaßen erträgliches Zusammenleben sorgen könnten. Ich darf als Denkanstoß hinzufügen: Es ist auch Österreich in den letzten Jahren zu einem der bedeutendsten Rüstungsproduzenten und -exporteuren geworden. Ich frage, ob wir uns nicht anstrengen sollten, nachzudenken, ob wir mit dem ungeheuren Einsatz an Investitionsmitteln nicht Sinnvolleres machen können. Ich weiß schon, daß das nicht über Nacht geht, und ich weiß, daß hier berechnete Konflikte auszutragen sind und daß eine solche Lösung von allen getragen werden muß. Aber ich glaube, das Finden einer Lösung würde sich lohnen. Wir wissen, daß die Arbeitsplätze gerade in diesen Betrieben besonders von Krisen betroffen sein können.

Ein Zweites zum Thema Äthiopiens. Es gibt im Moment dank medialer Unterstützung eine ungeheure Welle der Hilfsbereitschaft. Gott sei Dank, muß man sagen. Man darf aber eines nicht übersehen, daß Äthiopiens einmal mehr ein Paradebeispiel ist, wie nicht über Nacht etwas hereinbricht, sondern vor Monaten hat man voraussagen können, wann und wie sich diese Katastrophe ereignen wird. Deswegen möchte ich auch einen Gedanken in das Spiel bringen, der bemerkenswerterweise in einer linksliberalen Zeitung der Bundesrepublik Deutschland geäußert wurde. Nämlich, die Opfer und die Mittel, die von den Menschen gebracht werden, sollten vielleicht doch an Bedingungen gebunden sein. Ich erinnere mich an viele Diskussionen über die Entwicklungsproblematik, wo es dieses und jenes geheiß hat, und ich weiß, wie problematisch das ist. Nur, wenn man will, daß sich auf diesem Gebiet einiges ändert, und zwar grundlegend, wie wir sagen, Hilfe zur Selbsthilfe, und die Menschen müssen die Chance und die Gelegenheit haben, sich selbst zu ernähren, selbst für ihre Grundbedürfnisse aufzukommen, dann wird man in Hinkunft überlegen müssen, ob es im Interesse gerade dieser Völker nicht richtig wäre, Bedingungen zu stellen. Und zwar Bedingungen, daß man sagt, man müßte diese Gelder, diese durchaus großen Beträge – Gott sei Dank – auch dafür einsetzen, um zum Beispiel eine gezielte Landreform durchzusetzen. Soviel zum zweiten Gedankenanstoß.

Ich möchte zu den Fakten – wie gesagt –, die der Herr Kollege Dr. Horvatek vorgebracht hat, nichts weiter hinzufügen, doch eines noch bemerken: Alle diese Diskussionen, alle diese Schreckensbilder, wie wir sie sehen und wie wir sie natürlich auch nicht übersehen dürfen, sollen aber trotzdem nicht in Resignation münden, denn es gibt, wie ich meine, auch

eine Reihe von Zeichen der Hoffnungen, die uns jenen Optimismus vermitteln können, daß es sich lohnt, auch wenn es eine noch so kleine Privatinitiative ist, daß es sich lohnt, wenn auch das Land noch so klein ist – ob es jetzt die Republik Österreich ist oder das Land Steiermark –, hier auf diesem schier unermesslichen Bereich doch auch einige kleine Schritte zu setzen. Es ist einiges weitergegangen. Wenn wir schauen, das Bevölkerungswachstum ist zwar dramatisch angestiegen, es gibt aber viele Regionen auf dieser Welt, wo die Kurve nicht mehr so steil verläuft. Die Weltproduktion konnte immerhin in den Jahren zwischen 1950 und 1980 verdreifacht werden. Das Pro-Kopf-Einkommen hat sich verdoppelt, obwohl in derselben Zeit die Weltbevölkerung von 2,8 auf mehr als 4 Milliarden gestiegen ist. 1950 war ein Drittel der Weltbevölkerung alphabetisiert, heute sind es immerhin 70 Prozent. Die Lebenserwartung ist in vielen dieser Länder nachweislich gesteigert und die Säuglingssterblichkeit parallel dazu gesenkt worden. Wir sehen also, daß es an sich doch nicht nur ein Teufelskreis der Unterentwicklung ist, der nach unten geht, sondern daß es ja auch durchaus Bereiche der Hoffnung und Bereiche gibt, die Besseres in die Zukunft weisen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich einen zweiten Punkt – wegkommend vom allgemeinen – zu ein paar konkreten Schritten sagen: Was können wir tun? Ich habe schon gemeint, es ist einiges geschehen, und es geht um diese kleinen Schritte. Wir können die Welt nicht total verändern, wir können die Welt nicht entscheidend verbessern, aber wir können ein paar Schritte setzen, die auch wiederum ein Zeichen der Hoffnung sind und die insbesondere eine Ermutigung für jene sind, die vor allem in großer persönlicher Opferbereitschaft sich diesen Dingen und Anliegen zur Verfügung stellen. So meine ich, daß es erfreulich ist, das es der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer seinerzeit vor einigen Jahren der Mühe wert gefunden hat, diesen Budgetansatz doch um ein Vielfaches zu verdoppeln, daß es gleichzeitig gelungen ist, einen entwicklungspolitischen Beirat bei der Landesregierung einzurichten. Wir haben vor einigen Tagen eine Preisverleihung an Journalisten für Berichte über die Probleme der dritten Welt miterleben können, wo es sehr beeindruckend war, was einerseits die Profis – von denen ist man es ja gewohnt – und andererseits insbesondere die vielen Schüler, Jugendgruppen auf diesem Gebiet zustandebringen. Das ist ja eigentlich dann der Motor für die Arbeit und für die konkrete Hilfe, die hier passiert.

Ein zweiter Punkt, ein zweiter konkreter Schritt der Steiermark: Die bisher – glaube ich – wohl bedeutendste steirische konkrete Initiative auf dem Gebiete der Entwicklungszusammenarbeit konnte vor wenigen Wochen ihr zwanzigjähriges Jubiläum in Anwesenheit des Herrn Bundespräsidenten und des Herrn Landeshauptmannes feiern. Es handelt sich um das Afro-Asiatische Institut in Graz, eine Betreuungsorganisation für Studenten aus Entwicklungsländern, ein Kommunikationszentrum für ausländische Studierende und ihre österreichischen Kollegen und schließlich um ein ganz entscheidendes Bildungs- und Informationszentrum für Entwicklungsfragen. Viele Tausende Studierende hier in Graz sind in diesem Haus aus und ein gegangen. Heute allein sind ungefähr 900 Studenten aus Afrika,

Asien und Lateinamerika in Graz und benutzen dieses Haus einer ganz konkreten alltäglichen Hilfestellung mit großer Dankbarkeit.

Es ist daher besonders zu danken, daß es der Herr Landeshauptmann auch ermöglicht hat, daß der notwendige Umbau dieses Hauses durch außerhalb der im Budget für Entwicklungszusammenarbeit vorgesehene Mittel besonders großzügig durch das Land unterstützt wurde.

Meine Damen und Herren, es gibt darüber hinaus eine erfreulich große Anzahl von privaten Initiativen. Zu den schönsten Initiativen zählen hier ohne Zweifel die Städtepartnerschaften, die es derzeit zwischen steirischen Städten und Orten aus Ländern der dritten Welt gibt. Deswegen zu den schönsten, weil es auf Dauer angelegte Initiativen sind, die auch einem gegenseitigen kulturellen Austausch dienen und insbesondere auch eine Hilfestellung gegeben werden kann, die sich über Jahre hinwegzieht und wo man auch Strukturen zum Besseren wenden kann. Ich darf nur ein Beispiel erwähnen, um das sich der frühere Bürgermeister von Leibnitz, Hans Stoisser, sehr verdient gemacht hat: die Städtepartnerschaft zwischen Petra Badejo und Leibnitz. Ein anderes Beispiel ist die Städtepartnerschaft von Mürzzuschlag und Arusha in Tansania.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, durch das Land Steiermark werden mit diesem Geld, das im Budget zur Verfügung gestellt wurde, heute einige Schwerpunktprojekte finanziert, die neben diesem schon erwähnten Projekt insbesondere in Nicaragua, in San Salvador und in Brasilien angesiedelt sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch gerne ein Dankeschön an den unermüdlichen und engagierten Koordinator in diesen Fragen, Herrn Magister Wolfgang Pumpernig, sagen (Allgemeiner Beifall!), der gerade in den nächsten Tagen wieder nach Nicaragua fliegen wird, um dort eine konkrete Hilfsaktion gemeinsam mit der Caritas Österreich durchzuführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Abschluß eine Bemerkung machen, eine Bitte an die Bundesregierung in diesem Zusammenhang. Ich darf daran erinnern, daß es seinerzeit unter der Regierung Klaus eine erste Dynamik im Bereiche der Entwicklungspolitik gegeben hat, die leider dann in der Regentschaft des Herrn Bundeskanzlers Dr. Kreisky doch deutlich abgeebbt ist. Wenn ich nur ein Beispiel zum Vergleich erwähnen darf: Das von den Sozialisten immer für Österreich als Musterland hingestellte Schweden gibt immerhin neunmal soviel an Entwicklungshilfe jährlich aus. Mir kommt es jetzt also nicht auf die genaue 1-zu-1-Relation an. Ich sage nur, wenn man will, ist natürlich etwas mehr möglich als derzeit eben von uns auf diesem Gebiet getan wird. Und weil der Herr Kollege Dr. Horvatek vom berühmten Marshall-Plan gesprochen hat, den der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky immer wieder ins Treffen geführt hat: Ich möchte sagen, das wäre an sich eine durchaus gute Idee, wenn man für ein solches Projekt die weltweite Unterstützung fände – überhaupt nichts dagegen zu sagen –, ich meine nur, das wird leider nicht von uns abhängen, sondern das wird anderen vorbehalten bleiben, so etwas zu tun oder so etwas nicht zu tun. Wir sollten das aber nicht als Vorwand nehmen, um – wie gesagt – unsere eigenen Leistun-

gen inzwischen einschlafen zu lassen, denn ich glaube auch, das Wenige, das wir geben können, ist ein notwendiges Zeichen.

Ein Zweites – es ist hier an der Öffentlichkeit unbeachtet vorbeigegangen in den letzten Tagen: Anlässlich der Regierungsumbildung ist offenbar ein Ressort übriggeblieben, muß man sagen, nämlich das der Entwicklungspolitik. Das war bis jetzt – ich glaube, immer auch in einem gewissen Sinne symbolträchtig – beim Bundeskanzler angesiedelt, und im Zuge der großen Umstellungen hat man auf das vergessen, und es ist dann schlußendlich beim Außenministerium gelandet. Das ist jetzt also auch keine entscheidende Frage oder die Kardinalfrage in dieser Angelegenheit, ich weiß nur aus kirchlichen Kreisen, aber auch aus den Linken innerhalb der SPÖ, daß die das schon auch als einen Symbolakt betrachten und der Meinung sind, daß sich der Bundeskanzler hier einmal mehr einer Verantwortung entzogen hat, der er sich eigentlich ruhig stellen könnte. Ich meine deswegen abschließend, wir können hoffen, daß es auch von dorthin jene Initiativen gibt, die notwendig sind, um noch einmal jenen vielen Privaten, die sich engagieren, ob das jetzt die katholische Kirche ist, ob das Selbstbesteuerungsgruppen sind, ob das Schul- oder andere Jugendgruppen sind, die moralische Stützung und Hilfe gerade der staatlichen Stellen zu geben, wenn gleich man – wie gesagt – dadurch keine sehr populäre Politik machen kann.

Zum Abschluß möchte ich insbesondere jenen 23 steirischen Entwicklungshelfern danken, die seit Jahren und wahrscheinlich auf Jahre hinaus noch draußen in der Welt dieses persönliche Opfer auf sich nehmen und dort einfach ein Beispiel geben, von dem wir alle profitieren können und das auch ein Zeichen konkreter Friedensarbeit ist. Ich danke Ihnen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Stoisser. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Stoisser: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe eigentlich eine Hochachtung vor Gewerkschaftern und Gewerkschaftssekretären, weil sie sehr sachkundig immer wieder über die Wirtschaft und über dazugehöriges Soziales sprechen, und ich glaube, auch der Herr Kollege Rainer weiß sehr wohl Bescheid über die Sozialversicherung und im speziellen über die Pension. Ich zweifle nichts von dem an, was er am Vormittag gesagt hat. Nur ist es ein nicht guter Untergang, wenn man nur einen Teil der Wahrheit sagt. Ich möchte das ein wenig berichtigen. Es ist lustig und schön zu sagen, bei der Arbeiterpension werden nur 18 Prozent dazugezahlt, bei den Bauern 88 und bei den Selbständigen 60 oder 65 Prozent. Wie ist jetzt die Wirklichkeit, Kollege Rainer? Daß ein Selbständiger nicht schon mit 15 Jahren selbständig werden kann, ist wohl klar. Man lernt zuerst, braucht einige Verwendungsjahre, und wenn man Glück hat, wird man mit 25 oder 30 oder 40 selbständig. Diese Zeit zählt man die Versicherungsbeiträge bei der PVA ein, und dieses Geld wird der Pensionsversicherung der Selbständigen nicht rückvergütet, und das macht im Jahr 1984 2,4 Milliarden Schilling aus. Das muß man dazusagen. Dann

schaute dieser Zuschuß schon anders aus. Der Selbständige hat nur einen Arbeitgeber- oder einen Arbeitnehmeranteil, wie Sie es nehmen wollen. Er zahlt 12 Prozent seines Einkommens in die Pensionsversicherung ein. Für den Arbeitnehmer werden 21,7 Prozent einbezahlt, wovon der Arbeitgeber für seine Mitarbeiter 11,95, also nicht ganz 12 Prozent bezahlt. Das gehört dazugesagt. Wenn man das dann so betrachtet, dann ist der Zuschuß, den wir vom Bund mit 4,3 Milliarden Schilling bekommen, vermindert um diese 2,4 Milliarden für die Vordienstzeiten, die nicht rückvergütet werden, nur mehr 1,9 Millionen. Das sind die absoluten Zahlen. Wir Selbständigen bekommen 4,3 und noch 0,5 aus einem Ausgleichsfonds dazubezahlt, das sind 4,8 Milliarden, und die PVA für die Arbeiter bekommt 16,7 Milliarden aus dem Ausgleichsfonds und 12,6 Bundeszuschuß. Jetzt schaut es schon etwas anders aus, Herr Kollege! (Beifall bei der ÖVP.)

Jetzt bringe ich ein weiteres Beispiel für einen einzelnen Unternehmer. Wir haben in der Steiermark rund 30.000 Unternehmer, die rund 350.000 Mitarbeiter beschäftigen. Sagen wir der Einfachheit halber, jeder hat rund zehn Mitarbeiter. In dieser Zeit zahlt ein Selbständiger, der im Monat rund 24.000 Schilling verdient, 72.475,20 Schilling Sozialversicherungsbeiträge im Jahr. Sein Mitarbeiter, der gleich viel verdient, zahlt in derselben Zeit 49.383 Schilling, und dazu zahlt der Unternehmer noch einmal 51.000 Schilling für diesen Arbeitnehmer. Wenn er jetzt zehn solche hat, dann zahlt er 500.000 Schilling, die Differenz bei der Steuer auch noch, das sind 73.000 Schilling im Jahr. Bei 20 Jahren ergibt das 12 Millionen Schilling Differenz. (Abg. Karrer: „Das Geld gehört nicht ihm!“) Das stimmt, aber ich habe das absichtlich so auf die Spitze getrieben. Denn in Wirklichkeit, meine Damen und Herren, zahlt es der Konsument und der Steuerzahler. Egal, ob er selbständig, Konsument oder unselbständig ist. Deswegen ist diese blöde Hin- und Herspielerei ein Unsinn. (Beifall bei der ÖVP.) Die Wahrheit ist, daß von den selbständigen Pensionisten der größte Prozentteil eine Ausgleichszulage bezieht, weil sie als Selbständige so wenig verdient haben. Ich weiß den Prozentsatz jetzt nicht, aber er ist weit höher als bei den Arbeitern und Angestellten.

Ich habe eigentlich eine viel angenehmere und schönere Sache zum Punkt Entwicklungshilfe. Es ist in unserem Budget wiederum eine Million Schilling drinnen. Die Entwicklungshilfe, das haben wir heute schon von einigen Kollegen gehört, ist eine gute und wichtige Sache. In der Stadt Leibnitz haben wir in der Entwicklungshilfe eine positive Sache begonnen. Wir haben einen Verein begründet, die Städtefreundschaft zwischen Petra Badejo und Leibnitz. Ich habe schon im Vorjahr davon berichten dürfen und möchte heute über das weitere Fortkommen dieses Vereins berichten. Diese Stadt auf den Kapverdischen Inseln ist 500 Kilometer westlich von Senegal. Es hat dort seit 1968 faktisch nicht mehr geregnet. Wenn es einmal regnet, so wie heuer, reißt es alles weg. In dieser Stadt gibt es keine Infrastruktur. Wir haben, nachdem ein junges Mitglied unseres Vereines, das Wirtschaftswissenschaften studiert, dort war, mit Folgendem begonnen: Es gibt in dieser Stadt neun Tischler, die mit primitivsten Mitteln ihr Handwerk betreiben. Es wird dort eine Schule gebaut. Es war der Wunsch der

Bevölkerung, eine Schuleinrichtung für diese Schule zu bekommen. Wir haben uns das angeschaut und haben gemeint, diese Schuleinrichtung zu liefern wäre nicht sinnvoll. Wir errichten eine maschinelle Tischlerei, in der die Tischler von dort diese Schulmöbel machen können, und haben ihnen auch Zeichnungen und das Material dazu geliefert. Es wird bereits an diesen Schulmöbeln gearbeitet. Wenn diese Schulmöbel fertig sind, bleibt diese Tischlerei unten. Das bedeutet einen Schritt weiter in der Infrastruktur. Es ist derzeit ein Tischler aus Graz mit seiner Frau, die eine Handarbeitslehrerin ist, unten, und nun wird eine Näherei errichtet. Wir sammeln hier Nähmaschinen und Stoffe, und es wird diese Schneiderei in den nächsten Wochen eröffnet werden. Das gibt eine Arbeit für die Frauen in diesem Ort. Gleichzeitig sammeln wir jetzt Material für eine Schlosserei. Wir haben auch schon einen Mann ausfindig gemacht, der bereit ist, auf die Kapverden zu gehen, um dort diese Schlosserei zu errichten. Wir haben vom Wirtschaftsförderungsinstitut eine Schweißanlage bekommen, die wir hinunterschicken werden. Wir haben einen Tierarzt aus Petra Badejo zwei Monate auf unsere Kosten in Leibnitz gehabt, der hier Praxis in Intensivschweinehaltung gesammelt hat. Es war von uns ein Arzt unten, und in nächster Zeit wird ein Entwicklungshelfer nach Petra Badejo gehen, um dort die Stadtplanung zu machen. Es existiert dort unten schon seit drei oder vier Jahren ein Flächenwidmungsplan, den ein jugoslawisches Team entworfen hat, aber der nicht vollzogen wird, weil er nicht durchführbar ist. Jetzt werden wir mit den Erfahrungen des Flächenwidmungsplanes von Leibnitz unten in Zusammenarbeit mit jedem einzelnen Bewohner und den Verantwortlichen dieser Stadt einen neuen Flächenwidmungsplan erstellen, so daß dort wirklich einmal solche Verhältnisse werden, daß die Menschen dort wohnen können. Es gibt dort keinen Kanal, keine Heizung. Sie können sich die sanitären Zustände vorstellen!

Das alles, meine Damen und Herren, geht nur, weil hier ein ganzes Team zusammenarbeitet und weil alles zusammenspielt. Ich möchte Ihnen einige Zahlen nennen. Wir haben für diese Arbeit bisher vom Land Steiermark 410.000 Schilling bekommen – es sind ein bißchen mehr, so ungefähr – und vom Bund 250.000 Schilling. Der Verein hat durch Sammelaktionen der Vereinsmitglieder und mit Sachspenden schon weit über eine halbe Million Schilling zusammengebracht. Ein Beispiel: Einen Zahnarztstuhl, der hier technisch schon überholt ist, aber voll funktioniert, schicken wir hinunter. Der allein hat schon einen Wert von mehr als einer halben Million Schilling. Das ist nur möglich, weil wir Vorstandsmitglieder haben, vor allen Dingen den geschäftsführenden Obmann, die organisatorisch unheimlich gut sind und die Leute begeistern, und wir haben auch schon an die 300 Mitglieder, die bereit sind, alljährlich oder allmonatlich einen Beitrag zu bezahlen. Dann haben wir auch hier im Land Steiermark einen tüchtigen Beamten, der uns immer wieder dabei hilft – es ist der Herr Magister Pumpernig –, die Verbindung mit Petra Badejo mit den zuständigen Stellen auch im Bund herzustellen, daß wir auch von dort die Unterstützung bekommen. Und, bitte, nicht zu vergessen – und das freut mich ganz besonders –, daß wir eine Gruppe junger

Menschen haben, die bereit sind, hier wirklich viel Zeit zu opfern. Es sind Studenten, die in der Woche zwei, drei Tage dafür arbeiten, denn das Sammeln von Stoffen und Nähmaschinen und so weiter braucht ja alles Zeit. Man hat auch eine wunderschöne Broschüre gemacht; das machen die Jungen alles selber in Eigenregie. Das ist wirklich anerkennenswert. Sie sind dann auch bereit, als Entwicklungshelfer auf einige Monate oder auch Jahre hinunterzugehen. Dieser Idealismus, die Hilfe des Landes, die Hilfe des Bundes zusammen, glaube ich, ergibt ein Entwicklungshilfemodell, wie wir es uns nur wünschen können. Dann ist noch zu sagen, daß sich auch die Bevölkerung der Stadt damit zu identifizieren beginnt und bereit ist, wenn irgendwo etwas von diesem Verein stattfindet, dazusein. Es war als Krönung der Ministerpräsident von den Kapverdischen Inseln in Leibnitz, und da waren halt an einem regnerischen Sonntagnachmittag 700 oder 800 Leute am Hauptplatz. Das war eine wirklich feine Geschichte. Ich freue mich, daß es so etwas gibt und daß hier wirklich eine tätige, direkte Entwicklungshilfe stattfindet, die von Mensch zu Mensch geht. Und ich glaube, wenn wir das so machen, haben wir alle dafür viel mehr Verständnis. Danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Schlußwort zur Gruppe 4, „Soziale Wohlfahrt“, erteile ich dem Herrn Landesrat Gruber.

Landesrat Gruber: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Sozialpolitik auf allen Ebenen des Bundes, des Landes, der Gemeinden und so weiter ist in den letzten Jahren mehr in Diskussion, als das im vergangenen Jahrzehnt der Fall gewesen ist. Die einen meinen, der Sozialstaat ist schon so räumlich eingerichtet oder aufgebläht, daß man an die Abschaffung schreiten müßte, und die anderen wiederum meinen, es gibt noch viel Armut, und es gibt noch viele Probleme, die sozialpolitisch zu lösen sind. Wenn man oft einen Blick in die Zeitungen wirft, dann findet man diese Formulierungen, so wie in der „Hamburger Zeit“ am letzten Wochenende mit der großen Überschrift – womit die Bundesrepublik gemeint ist –: „Der Sozialstaat wird zum Moloch“. Und dann finden Sie alles das drinnen, was bei uns an sich an Einschränkungen des Sozialstaates nicht denkbar wäre, weil ich ja schon heute aus der Diskussion entnommen habe, daß ein verminderter Dynamisierungsfaktor schon zu einer gewaltigen Kritik Anlaß gibt, ob es hier zu einer Verarmung gewisser Kreise unserer Bevölkerung kommt.

Nun auch ein Wort zu dem, was immer wieder gesagt wird: Es gibt viele, die angeblich die sozialen Leistungen in einem unverhältnismäßigen Maß ausnützen oder diese Leistungen ungerechtfertigterweise in Anspruch nehmen. Hierzu gibt es jetzt eine Untersuchung der Arbeiterkammer in Österreich, und nach dieser Untersuchung – ich weiß, das ist auch nicht die Bibel – sind es etwa 2 Prozent der Betroffenen, die die sozialen Einrichtungen ungerechtfertigterweise in Anspruch nehmen. Wenn diese Untersuchung ihre Richtigkeit hat, dann glaube ich, können wir insgesamt doch davon ausgehen, daß die sozialen Leistungen jenen in unserem Lande zugute kommen, die dieser Leistungen bedürfen. In den letzten Jahren und insbesondere – glaube ich auch – in den letzten Monaten

ist auch immer wieder die Diskussion um das Thema entbrannt: Ist die Armut in unserem Land – und ich meine das jetzt österreichweit und natürlich auch spezifisch für die Steiermark – im Sinken, oder steigen die Armutsfälle? Aus der Statistik – das hat ja heute schon einmal ein Abgeordneter gesagt, und ich darf das daher wiederholen – kann man alles herauslesen, was man gerade für seine Argumentation brauchen könnte, aber es ist ein Faktum, daß die Zahl der Bezieher von Ausgleichszulagen bei uns erfreulicherweise sehr empfindlich gesunken ist und daß wir jetzt bei einem Stand von 360.000 Ausgleichszulagenempfängern angekommen sind. Das ist die niedrigste Zahl, die wir jemals gehabt haben, und ich weiß daher nicht, wie man zu der Schlußfolgerung kommt, daß bei uns in Österreich 700.000 – wie von einem Abgeordneten gesagt wurde – in ihrer Einkommenslage unter der Armutsgrenze liegen, die ja an sich schwer ziehbar ist. Ich sage immer wieder, das ist eine Bandbreite, weil das von so vielen Umständen abhängt. Einer, der in der Stadt lebt, braucht ausschließlich das Geld, um seine Lebensbedingungen befriedigen zu können, einer, der am Land lebt, hat auch andere Möglichkeiten zur Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse. Und so läßt sich eben überhaupt manches schwer oder fast alles immer wieder nur schwer vergleichen. Ich glaube aber, es ist gerechtfertigt, wenn immer wieder auch die Forderung erhoben wird, daß die sozialen Leistungen immer wieder auf ihre Richtigkeit und auf ihre Zweckmäßigkeit geprüft werden. Einer solchen Überprüfung im Grundsätzlichen habe ich mich nie verschlossen – ja, im Gegenteil, ich habe sie von mir aus selbst immer wieder eingeleitet, und ich glaube, daß ich daher in dieser grundsätzlichen Frage sagen kann: Soweit es unsere steirische Sozialpolitik betrifft, haben wir in der öffentlichen Sozialpolitik und im Rahmen der öffentlichen Wohlfahrt eine gewisse Flexibilität unter Beweis gestellt, wonach wir Überholtes, wenn es auch manchmal schmerzlich war, doch aufgelassen haben und damit für Neues, was einfach gemacht werden muß, wiederum Geld beschafft haben.

Die Organisationen der freien Wohlfahrt, über deren Bedeutung wir uns schon oft unterhalten haben, werden durch unsere Aktivitäten aus der öffentlichen Wohlfahrt finanziell und ideell gefördert und unterstützt. Der Herr Abgeordnete Dr. Maitz hat darauf hingewiesen, daß das eine Projekt, das er hier sehr eindrucksvoll vertreten hat, allein aus den verschiedensten Ressorts der Landesregierung bis zur Wohnbauförderung – wenn man das so sagen will – eine Förderung in der Größenordnung von 100 Millionen Schilling erhalten hat, daß das natürlich Kredite sind, die zurückzahlen sind, das ist die Problematik. Aber es zeigt schon, daß es nicht so ist, daß wir hier nicht ganz besondere Interessen gehabt hätten. Auch aus meinen Ressortmitteln, möchte ich sagen, war es mir in diesem Jahr möglich, etwa 20 Millionen Schilling für die Förderung der freien Wohlfahrt zur Verfügung zu stellen, und da wird sich natürlich der eine oder andere denken, der bei mir wegen 10.000 Schilling herumstreitet, wenn er das vielleicht hört oder liest: „Na, wenn der Herr Landesrat 20 Millionen Schilling zum Verteilen hat, dann braucht er doch mit mir nicht um 10.000 Schilling streiten.“ Aber wenn man die breite Palette unserer Organisationen der freien Wohlfahrt sieht und die unzähligen Aktivgruppen, wir haben

Dutzende schlagkräftige Organisationen. Ich denke an die Caritas, an den Wohlfahrtsdienst, an die Volkshilfe, an die Lebenshilfe, an das Altenhilfswerk, an die Familienhelferinnen. Ich könnte hier eine lange Kette von bewährten Einrichtungen der privaten Wohlfahrt anführen, und wenn man diese Kette sieht, weiß man, daß es immer wieder einer gewissenhaften Prüfung bedarf, wenn man diesen oder jenen Betrag zuerkennt beziehungsweise der Landesregierung zur Beschlußfassung vorschlägt.

Ich glaube aber auch, sagen zu müssen, daß die diesjährige Budgetdebatte im Bereich der sozialen Wohlfahrt auch im Schatten diese unfaßbaren Ereignisses steht, das sich bei uns in der Steiermark in Form des Sozialprojektes Paflik ereignet hat. Wir sind alle entsetzt, daß so etwas denkbar ist, daß so etwas geschehen konnte, daß diese Familie Paflik, die aus Wien zu uns in die Steiermark gezogen ist, solche entsetzlichen Dinge getan hat und daß heute die Gerichte und der Staatsanwalt über diese Dinge zu urteilen haben. Aber ich glaube, sagen zu können, es war ganz Österreich entsetzt, was sich hier getan hat, und die Einbindung in die Medien, ins Fernsehen, Rundfunk und Zeitungen ist in einem Ausmaß erfolgt, so viel ist über die Sozialarbeit in zehn Jahren nicht geschrieben worden wie in diesem entsetzlichen Fall. Es ist zu sagen, daß unsere Medien auch ihre Fehler machen und dann gewisse Entwicklungen begünstigt und unterstützt werden, die man vielleicht vorsichtiger behandeln müßte und bei denen man kritischer in der Beurteilung sein müßte. Aber eines hat sich aus dieser medialen großen Berichterstattung auch gleich ergeben, daß in unzähligen Anrufen und Aufforderungen auch via Medien die Frage aufgeworfen wurde, wo ist da die Fürsorge geblieben, wo ist da die Kontrolle geblieben. Ich möchte dazu einmal eines sagen. Es haben so viele geschrieben und geredet über dieses Projekt und das Ergebnis dieses Projektes, ohne sich gründlich zu informieren, und dadurch sind natürlich auch wiederum gewisse falsche Darstellungen erfolgt. Wenn etwa im Nationalrat ein Abgeordneter ans Rednerpult tritt, wie ich aus einer Zeitung, die ich jetzt nicht nennen möchte, erfahre, und sagt, er fordere den Justizminister auf, mit dem Pflegekinderskandal in der Steiermark Schluß zu machen, so muß ich sagen, daß es für den Abgeordneten besser gewesen wäre, er hätte sich informiert, um was es sich handelt, bevor er an das Rednerpult getreten ist. Ich sage das deshalb, weil es ein Abgeordneter aus meiner eigenen Partei ist. Oder, wenn die Leiterin des Sozialamtes in Linz in der Tageszeitung „Die Presse“ die Erklärung abgibt, so etwas könnte in Linz nicht passieren, dann muß ich sagen, ich wünsche es den Linzern, daß so etwas nicht passiert, ich wünsche es uns allen, aber so die absolute Gewißheit auszusprechen im Unterton, so etwas kann nur in der Steiermark passieren, halte ich wahrlich für eine falsche Aussage. Denn wir in der Steiermark sind eigentlich mehr zufällig zu diesem Projekt gekommen, und ich weiß genau, wie ich die ersten Kontakte mit dieser Familie gehabt habe, daß sie genauso in Oberösterreich und in Niederösterreich einen Bauernhof gesucht haben. Der Zufall mehr oder weniger wollte es, daß sie diesen Bauernhof in der Oststeiermark gefunden haben und daher sich dann entgegen meiner ausdrücklichen Empfehlung von damals hier in der

Oststeiermark angesiedelt haben. Aber wie immer das ist, es ist heute die große Frage immer wieder, wie ist denn das überhaupt mit den Pflegekindern, mit den Adoptivkindern, mit der gerichtlichen Erziehungshilfe, mit diesen ganzen Fragen der Kinderheime. Es ist zur Zeit ein großes Interesse in der Öffentlichkeit, und es werden einem in dieser Richtung viele Fragen gestellt. Oder: wie ist es mit den Kindesmißhandlungen, oder: welchen Schutz habe ich als anonymer Anzeiger von Kindesmißhandlungen, wenn sie verfolgt werden und wenn sie sich unter Umständen als nicht ganz stichhältig erwiesen haben. Es sind das schwer zu beantwortende Fragen, und es ist hier nicht immer leicht, diese Dinge wirklich richtig zu beantworten. Fest steht eines, daß es hier verschiedene Einrichtungen bei uns gibt, um Kinder, die nicht in ihrer Ursprungsfamilie aufwachsen können, unterzubringen. Fest steht auch, daß die Zahl der Pflegekinder sehr stark zurückgegangen ist. Im letzten Jahrzehnt etwa fast um die Hälfte, und daß wir jetzt in der Steiermark etwa 3.000 Pflegekinder bei 2.000 Pflegemüttern und Pflegefamilien haben, und von diesen 3.000 Pflegekindern sind etwa 1.000 aus Wien. Wir haben schon viele Anstrengungen unternommen, darauf möchte ich auch hinweisen, um die Pflegeeltern in ihrer verantwortungsvollen Arbeit zu unterstützen, und ich möchte ausdrücklich hier im Hohen Haus sagen: Ohne die 2.000 Pflegemütter oder Pflegefamilien wüßte wahrscheinlich niemand von uns eine Lösung, was mit diesen 3.000 Kindern geschehen sollte. (Allgemeiner Beifall.) Daher kann man das Kind nicht mit dem Bad ausschütten. Es ist eine wichtige soziale Einrichtung, die eine verantwortungsvolle Aufgabe hat, und wir müssen daher gerade die Pflegemütter unterstützen. Wir haben infolge der Jugendwohlfahrtsenquete 1980 in der Steiermark 1981 einen Pflegeelternverein begründet, der Pflegeelternberater ausgebildet hat in einem sechsmonatigen Kurs an der Akademie für Sozialarbeit, und wir werden in der Beratung und Unterstützung der Pflegeeltern und der Pflegemütter bestimmt noch viele Aktivitäten setzen.

Das zweite Problem war, wie steht es mit der Adoption von Kindern. Hier ist bei uns in der Steiermark eine andere Situation als in Wien. Wir haben immer viel mehr adoptionswillige Eltern, als Kinder zur Adoption freigegeben werden. Nach dem letzten Stand ist es so, daß wir in der ganzen Steiermark 1984 etwa 400 adoptionswillige Eltern haben, und dazu kommen noch 50 Eltern aus dem Ausland, die sich um ein Adoptivkind in der Steiermark bewerben, wir können aber bestenfalls Adoptionen in der Größenordnung von 70 im Jahr abwickeln. Es zeigt sich hier ein sehr positives Verhältnis von adoptionswilligen Eltern zu zur Adoption freigegebenen Kindern. Ich will nicht auf die Ursachen eingehen, warum wir Pflegekinder haben, warum wir Kinder zur Adoption freigeben. Sie sind ja irgendwie doch bekannt. Ich möchte aber insgesamt auch hier zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Mag. Rader sagen: Es hat hier keine politischen Weisungen nach meiner Kenntnis in dieser Sozialprojekentwicklung Paflik gegeben. Ich habe das schon das letzte Mal beantwortet. Sie haben geglaubt, ich habe das nicht beantwortet, und haben diese Frage neuerlich aufgeworfen. Ich sage Ihnen nochmals: Es hat meiner Kenntnis nach hier keinerlei solche Weisungen gegeben.

Nun ist auch ein Wort noch zu sagen: Wie werden wir denn diese Frage jener Kinder weiter behandeln, die nicht bei ihren Eltern sein können, die bei Adoptiveltern sind, die Pflegekinder sind, die in den Kinderdörfern sind und so weiter? Wir haben uns mit dieser Frage sehr auseinandergesetzt, und die Steiermärkische Landesregierung hat über meinen Antrag einen Forschungsauftrag vergeben, und zwar durch das Institut für Erziehungswissenschaften unserer Universität, Problemfelder der Sozialarbeit insbesondere für die Frage des Pflegekinderwesens und überhaupt im Hinblick auf die Jugendwohlfahrt zu untersuchen. Das Institut für Erziehungswissenschaften hat nun nach zwei Jahren – ich habe das schon vor einem Jahr erwartet – diesen Forschungsauftrag erfüllt, und vor 14 Tagen habe ich diese Unterlagen erhalten. Hier sind auch Modellfälle angeboten, wie wir an die Lösung dieses Problems herangehen können. Es ist ja vorgesehen, daß wir im nächsten Jahr am 23. und 24. Jänner hier in Graz eine Enquete veranstalten, wo wir uns mit den Fragen der Jugendwohlfahrt und insbesondere auch der Organisationen der freien Wohlfahrtspflege auseinandersetzen und beschäftigen wollen, und bei der Gelegenheit kann auch diese Studie entsprechend behandelt werden.

Eines darf ich aber vielleicht in diesem Zusammenhang schon auch feststellen, und zwar, daß meine unentwegte Bitte – durch zehn Jahre hindurch –, den Stand der Fürsorgerinnen im Lande zu erhöhen, bisher keine Erfüllung gefunden hat, so daß wir hier im Hinblick auf Breitenarbeit eben doch sehr behindert sind. Denn wenn wir heute außerhalb von Graz in den Bezirken ein Verhältnis haben, daß eine Fürsorgerin für eine Einwohnerzahl von 8.800 zur Verfügung steht, und wenn wir wissen, daß der Europarat hier 1 zu 5.000 empfiehlt, so sind wir hier doch beachtlich weg, und das ist natürlich noch dazu regional verschieden, und das kommt natürlich dann bei der Überwachungsaufgabe auch irgendwo zum Durchbruch. Es ist eben hier insgesamt schwieriger.

Ganz allgemein darf man aber sagen, daß wir in der Steiermark doch unsere Sozialarbeit so erfüllen können, daß die steirische Sozialarbeit zu keiner besonderen Kritik Anlaß gibt, und daß wir im Budget 1985 Vorsorge getroffen haben, daß wir die traditionellen Aufgaben erfüllen können und daß wir neue Aufgaben ebenfalls aufnehmen können. Auch den Gemeinden können wir sagen und können wir mit gutem Gewissen gegenüberreten, daß wir mit der Novelle zum Behindertengesetz, mit dem, was die Sozialhilfeverbände zur Entlastung ihrer Ausgaben in verschiedensten Bereichen selbst gemacht haben, daß hier doch eine günstigere finanzielle Situation eingetreten ist. Wenn ich das alles zusammenfasse, dann – glaube ich – kann man sagen, daß die Sozialhilfeverbände sich ab dem nächsten Jahr ungefähr um 10 Prozent ihrer bisherigen Ausgaben entlastet haben oder daß sie entlastet wurden – ich sage das so und so, weil beides seine Richtigkeit hat. Da müssen Sie mir schon sagen: Wenn ein Unternehmen in einem Jahr 10 Prozent seiner Ausgaben einsparen kann, dann ist es sicherlich ganz stolz darauf, daß es ihm gelungen ist, denn das ist nicht so einfach. Dazu hat natürlich das Land, der Landtag und die Landesregierung durch den Beschluß der Behindertengesetznovelle ganz groß beigetragen.

Nun hat es hier heute und schon gestern eine Diskussion gegeben: Wie sieht es mit der privaten und der öffentlichen Wohlfahrt aus? Der Herr Abgeordnete Mag. Rader hat gesagt – ich habe mir das mitgeschrieben –: "Privat ist immer besser als die öffentliche Wohlfahrt." Dem muß ich entschieden widersprechen. Meine Erfahrung sagt mir: Es gibt gute private Einrichtungen und nicht so gute private Einrichtungen, und es gibt gute öffentliche Einrichtungen und nicht so gute öffentliche Einrichtungen. Wenn wir das, was in kleineren Pflegeheimen da in den letzten Tagen durch die Zeitungen verfolgt wurde, nehmen, sehen wir halt, daß im privaten Bereich auch einiges passieren kann. Es wäre ungerecht, wenn wir sagen würden, unsere Beamten, unsere Sozialarbeiter sind a priori die Schlechteren und die Schwächeren in der Sozialpolitik und die weniger Einsatzbereiten. Ich glaube, das wäre eine große Ungerechtigkeit.

Im Hinblick auf die Fragen der Heime und der Heimkosten, die von zwei Abgeordneten angeschnitten wurden – ich würde sagen, unter Anführungszeichen angeschnitten wurden –, die Kostenvergleiche Altenpflegeheime des Landes und Bezirksaltenheime mit Pflegeabteilungen, muß man schon sagen: Natürlich besteht da schon ein ganz großer Unterschied in der Qualität. Ich will das jetzt gar nicht so genau sagen, aber es gibt ein Landesaltenpflegeheim, wo wir eine Warteliste von 60 bis 70 Interessenten haben, und daneben steht ein Bezirksaltenheim, das halb leer ist. So kann es nicht sein, daß wir da die nicht so guten Einrichtungen präsentieren. Gerade bei den Landesaltenpflegeheimen möchte ich sagen, daß unsere Landesaltenpflegeheime jetzt eine ganz hervorragende Qualität anbieten. Wir haben ja fast 400 Millionen Schilling in den letzten mehr als zehn Jahren etwa investiert, und wir haben die Neubauten in Mautern und in Radkersburg. Sie dürfen bei den Kosten nicht übersehen, daß wir ja in diesen Pflegeheimen Unterwassertherapie betreiben, Sprudelbäder eingerichtet haben, Moorbäder haben, Stromtherapie, Wärmetherapie und daß wir eine Vielzahl von Behandlungsmethoden haben. Ich habe das Beispiel einer Frau, die 20 Jahre gelähmt im alten Siechenheim Ehrnau gelegen ist und die nach dieser Therapie in Mautern heute im Haus spazieren geht, wenn auch mit zwei Stöcken, aber die durch diese Therapie in die Lage versetzt wurde, wieder zu gehen. Daß das alles mehr kostet, als wenn ich jemanden nur in einem Bett liegen habe, dem ich die notwendigste Versorgung gebe, ist selbstverständlich. Ich glaube, sagen zu können, daß das hier in unseren Landesaltenpflegeheimen eine sehr, sehr wichtige Sache ist, die wir unter allen Umständen nicht nur aufrechterhalten sollen, sondern weiterentwickeln sollen. Und da kommt ja etwas dazu, was wir auch nicht übersehen dürfen: Die Verpflegskostensätze, die wir immer den gestiegenen Kosten und Preisen angepaßt haben, decken auch in den Landesaltenpflegeheimen 80 Prozent des Aufwandes. Das ist immerhin doch ein nicht unbeachtlicher Prozentsatz, und das war nicht immer so.

In der Behindertenhilfe wurde schon darauf hingewiesen, was wir alles an Neuem haben und was hier alles Neues entwickelt wurde. Ich hoffe im Besonderen, daß wir neben der Schaffung der geschützten Werkstätten – den Ausbau in Kapfenberg-Diemplach,

die Entwicklung der geschützten Arbeitsplätze – nun durch das Krankenhaus Deutschlandsberg endlich in die Lage versetzt werden, eine Forderung, die seit 1946 im Landtag erhoben wird, zu realisieren, daß nach dem Auszug der III. Chirurgie aus der Hörbehindertenanstalt am Rosenberggürtel das ganze Haus für die Hörbehinderten zur Verfügung steht. Es braucht sich da auch niemand Gedanken zu machen, daß dieser Zuwachs an Raumbedarf nicht ganz besonders wichtig ist. Ich will Sie damit nicht so lange aufhalten, ich könnte Ihnen hier ein ganzes Konzept vorlesen, wie jeder einzelne Quadratmeter von unserer Direktion der Hörbehindertenanstalt überlegt und bereits eingeteilt ist und nach einer entsprechenden Adaptierung den Hörbehinderten zur Benützung übergeben werden kann.

Es hat dann noch eine Reihe anderer Fragen gegeben. Der Herr Abgeordnete Stoppacher hat mit seinem Bericht auf eine Reihe von Problemen hingewiesen, die wir im Zusammenhang Sozialhilfeverbände und Land haben. Ich glaube, es ist eines natürlich auch zu sagen. Der Vergleich auch unter den Altenheimen ist schwierig. Wir haben Heime, die vor 50 Jahren gebaut wurden, und welche, die vor 60 oder 70 Jahren gebaut wurden, und wir haben neue Heime. Daß die natürlich alle ein anderes Kostenbild haben, wenn dazu dann nichts investiert wurde in den letzten 30 Jahren, dann schaut das alles ein bißchen anders aus. Daß der Verwaltungsaufwand mit 6,2 Prozent bei den Sozialhilfeverbänden ein relativ günstiger ist, hat niemand in Zweifel gestellt, und es ist nur zu begrüßen. In diesem Zusammenhang darf ich auch sagen, daß ich mich immer dafür bei den Verhandlungen für das neue Sozialhilfegesetz eingesetzt habe, daß wir die damaligen Bezirkssozialhilfeverbände beibehalten haben. Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß es günstiger ist, wenn wir eine bürgernahe Sozialverwaltung haben, weil in den Bezirken und den Gemeinden die Unmittelbarkeit gegeben ist und weil eine bessere Kontrolle der Ausgaben vorhanden ist, und ich selbst informiere mich immer wieder bei irgendwelchen Maßnahmen, was macht die Gemeinde in dem Fall, was macht der Sozialhilfeverband. Das machen wir täglich so, weil man weiß, daß die, die an Ort und Stelle sind, die Dinge besser kennen, als wir es jemals aus Akten und Statistiken werden herauslesen. Daher finde ich, daß diese Zusammenarbeit eine gute ist und daß unsere Sozialhilfeverbände eine gute Arbeit leisten und daß auch unsere Zusammenarbeit einwandfrei funktioniert.

Zum Schluß kommend, meine Damen und Herren, möchte ich sagen, daß ich gerne wiederum die Gelegenheit wahrnehme, wie jedes Jahr, all denen, die in der Sozialarbeit tätig sind, zu danken, insbesondere auch denen, die in der freien Wohlfahrt tätig sind, die mit großem Idealismus und großer Begeisterung arbeiten. Aber nicht weniger möchte ich allen Beamten danken, die in der Sozialverwaltung tätig sind, und unsere steirische Sozialverwaltung ist keine Bürokratie in dem Sinne, wie man sonst Bürokratie versteht, und an der Spitze unserer Rechtsabteilung 9 gilt natürlich mein Dank Herrn Hofrat Dr. Herbert Knapp. Mein Dank gilt aber auch allen meinen Mitarbeitern im Büro, die sich stets engagiert einsetzen und stets bereit sind, diese Aufgabe auch persönlich und menschlich

zu erfüllen; dem Steiermärkischen Landtag danke ich, weil ich annehme, daß er das Budgetkapitel Soziale Wohlfahrt und Jugendwohlfahrt auch so, wie es ist, beschließen wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 4 „Wohnbauförderung“. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kanduth. Ich erteile es ihm.

Abg. Kanduth: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Wenn man sich mit der Wohnbauförderung im Rahmen der Budgetdebatte befaßt, muß man sich auch mit dem neuen Wohnbauförderungsgesetz 1984 auseinandersetzen. Ein derart eigentumsfeindliches Gesetz kann nur von einer Regierung kommen, wo die einen für das Eigentum nichts übrig haben und die anderen auf ihre Grundsätze wieder einmal vergessen, wie so oft, seit sie an der Regierung mitbeteiligt sein dürfen. Oder sollte gar eine fast vergessene Ideologie wieder zum Vorschein kommen oder hat sich die Wiener Gemeindehausherrenmentalität durchgesetzt? Anders ist es nicht zu verstehen, wenn eine Reihe von Umfragen ergibt, daß 74 Prozent der Österreicher im Eigentum wohnen wollen. Tatsächlich haben aber bisher nur 32 Prozent dieses Ziel erreicht. Man müßte annehmen, daß man ein solches Gesetz auf die Wünsche der Bürger ausrichtet. Aber nein, das Gegenteil ist der Fall! Erwerb von Eigentum wird erschwert. Dabei weiß man ganz genau, daß man mit Wohnungseigentümern und Eigenheimbesitzern die wenigsten Probleme hat, daß keine Folgekosten für die Gemeinden, für das Land und für den Staat entstehen. Es ist aber kurios, daß ein Wohnungseigentümer, der seine Darlehen voll zurückbezahlt hat, diese Wohnung erst nach acht Jahren weiterverkaufen kann. Ursprünglich bestand sogar die Absicht, dieses Verbot auf 20 Jahre anzusetzen. Es ist der Volkspartei im Parlament gelungen, diese Zeitverkürzung einzubringen. Das Gravierendste in diesem Zusammenhang ist wohl, daß bei Eigentumswohnungen kein Rechtsanspruch auf Wohnbeihilfen mehr besteht. Auch hier ein Einwand von seiten der Volkspartei: Nur in besonders harten sozialen Fällen ist eine Wohnbeihilfe zu gewähren. Daß bei Förderungsdarlehen für Eigentumswohnungen keine Grenze nach unten mehr gesetzt ist, ist ebenfalls keine Neuigkeit. Man könnte also, wenn es das Land wünscht, unter die 60 Prozent der Objektförderung gehen. Bei Mietwohnungen ist die unterste Grenze mit 50 Prozent festgeschrieben. Es ist das erste Mal, daß Eigentum unter keinen Umständen günstiger gefördert werden darf als die Mietwohnungen. Auch hier ersichtlich: Bei Eigentumswohnungen 10 Prozent der Eigenmittel sind vorgeschrieben, bei Mietwohnungen höchstens 5 Prozent oder gar kein Baukostenbeitrag. Auch bei einem notwendigen Verkauf kann zum Beispiel bei einem Arbeitsplatzwechsel das gewährte Darlehen ganz oder teilweise fälliggestellt werden, auch wenn der Käufer förderungswürdig ist. Bei einer vorzeitigen Rückzahlung der Darlehen wird nur mehr ein Nachlaß von 25 Prozent gewährt, und falls in den letzten sieben Jahren eine Wohnbeihilfe gewährt wurde, ist diese Summe vom Nachlaß einzurechnen. Durch diese Bestimmung wird kaum jemand von der Begünstigung Gebrauch machen. Ich meine, man hätte hier es ohne

weiteres beim fünfzigprozentigen Nachlaß belassen können. Ich bin schon dafür, daß die Wohnbeihilfe eingerechnet wird. Das ist sicherlich eine gerechte Sache. Entscheidend aber ist, daß bei bestehenden Verträgen für Eigentumswohnungen diese jederzeit abgeändert werden können, daß der Zinssatz geändert werden kann und daß sich dadurch natürlich die monatliche Zahlung ganz empfindlich ändern kann. Wenn man bedenkt, daß es keinen Rechtsanspruch auf Wohnbeihilfe gibt, kann eine Familie in große finanzielle Schwierigkeiten kommen. Bisher war die Eigentumswohnung eine echte soziale Sicherheit. Eine besondere Verteuerung bei der Eigentumswohnung erfolgt, weil das gewährte Eigenmitteleinsatzdarlehen nicht mehr in die Wohnbeihilfen eingerechnet werden darf. Das führt zu einer Verteuerung im untersten Bereich sicherlich von 300 Schilling aufwärts pro Monat. Das hätte man doch in einer Zeit bedenken müssen, wo die Menschen von Jahr zu Jahr vor allem in der Wohnungswirtschaft allein durch die Betriebskosten wesentlich mehr belastet werden. Das waren nur einige Punkte, die ich aus dem neuen Wohnbauförderungsgesetz zitiert habe. Es wäre besser gewesen, man hätte sich Zeit gelassen oder hätte das Wohnbauförderungsgesetz 1968 belassen. Noch dazu, wo durch dieses Gesetz überhaupt keine Aufstockung der Bundesmittel zu erwarten ist. Hier verstehe ich auch nicht ganz, ich muß das immer wiederholen: Die 30 Schilling Wohnbeihilfe hat man den Menschen in diesem Lande abgenommen, man hat sie nicht dem Wohnbau zugeführt, die Wohnbeihilfen werden noch immer aus dem Wohnbautopf bezahlt und nicht, wie es sich gehören würde, vom Sozialministerium. Wenn man, und das ist eine sehr gravierende Angelegenheit, dem ersten Eigentumsbildungsgesetz der ÖVP im Hohen Haus zugestimmt hätte und nur 6 Prozent der heutigen Wohnungsmieter davon Gebrauch gemacht hätten, dann würde dies bedeuten, daß 40 Milliarden Schilling in den Wohnbautopf zufließen würden. Das würde weiters bedeuten, daß wir 5.000 bis 6.000 Wohnungen im Jahr mehr errichten können. Das würde darüber hinaus bedeuten, daß wir 10.000 Wohnungen generalisieren können, und das würde schlußendlich bedeuten: 16.000 ständige Dauerarbeitsplätze. Aber nein, man ist nicht bereit, in diesen Fragen umzudenken. Noch dazu – ich verstehe es immer weniger –, wenn man ein Gesetz schafft, wo die Menschen freiwillig Mehrbelastungen auf sich nehmen können, wo der Staat zu Geld kommt. Und hätte man schlußendlich – und man muß es immer wieder erwähnen, gerade beim Wohnbau – auf das Monster Konferenzzentrum verzichtet, hätte man in Österreich um einige tausend Wohnungen mehr bauen können. Ich bin daher sehr froh, daß wir in der Steiermark wieder einmal einen eigenen Weg gehen, daß Landeshauptmann Dr. Krainer und unser Landesrat Dipl.-Ing. Riegler eine Wohnbauoffensive gestaltet haben. 2.000 Wohnungen mehr in den nächsten zwei Jahren (Beifall bei der ÖVP.), das ist eine Verdoppelung des normalen Programmes, meine Damen und Herren. Das heißt Hilfe für 2.000 Familien, das heißt weiter, daß 6.000 Menschen in unserem Lande wohnversorgt werden. Das ist soziale Politik, das ist bürgernahe Politik. Diese Wohnungen, die hier errichtet werden, werden sich die Menschen leisten können. Denn das darf auch gesagt werden: Solange es eine ÖVP-Mehrheit in diesem Lande gibt,

wird es eine Wohnbeihilfe geben, und die Menschen brauchen keine Sorge um die Bezahlung ihrer Wohnung haben. (Beifall bei der ÖVP.) Die Abwicklung dieser Wohnbauoffensive wird über die normale Wohnbauförderung laufen, das heißt ohne Komplikationen, das heißt, daß das Geld wieder zurückkommt, daß es neu eingesetzt und verbaut werden kann. Zum Unterschied des Sonderwohnbauprogrammes des Bundes, wo es rein eine Förderung für das Darlehen mit Zinsen ist. Daher ist dieses steirische Programm um wesentliches billiger, und die wirtschaftliche Bedeutung dieses Programmes, meine Damen und Herren, ist gewaltig. Es ist nicht so, wie gestern hier behauptet wurde, es sind ja nur 600 Millionen Schilling im Budget vorgesehen. Wissen Sie, was es heißt, 2.000 Wohnungen in zwei Jahren mehr zu bauen? Das heißt, daß der Bauwirtschaft, den Baunebengewerben in dieser Zeit mindestens 2,4 Milliarden Schilling zugeführt werden. Das sind nach vorsichtigen Schätzungen 3.000 Arbeitsplätze. Was dies bedeutet, brauche ich hier nicht näher auszuführen. Neben diesen 2.400 Millionen Schilling werden nach vorsichtigen Schätzungen weitere 2 Milliarden Schilling der Wirtschaft über die Sonderwünsche der künftigen Wohnungseigentümer zufließen. Das heißt, daß diese Wohnbauoffensive in den nächsten zwei Jahren dieser Wirtschaft in der Steiermark mindestens 4,5 Milliarden Schilling bringt. Das ist keine Kleinigkeit, meine Damen und Herren, und ich danke daher besonders herzlich unserem Landeshauptmann, unserem Wohnbaureferenten namens der Wohnungssuchenden, aber auch namens der steirischen Wirtschaft. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Loidl. Ich erteile es ihm.

Abg. Loidl: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der für so viele Menschen in unserem Lande so wichtigen Frage des Wohnbaues ist tatsächlich in letzter Zeit erfreulicherweise einiges wieder in Bewegung gekommen. Das sind das zu beschließende Sonderwohnbauprogramm des Landes Steiermark sowie das ebenso sehr kritisierte neue Wohnbauförderungsgesetz 1984 des Bundes, und das ist auch das neue Wohnhaussanierungsgesetz, welches ebenfalls zu Beginn dieses nächsten Jahres in Kraft tritt.

Was das Sonderwohnbauprogramm des Landes betrifft, so möchte ich keinen Vaterschaftsstreit entfesseln, erstens, weil ohnehin alle, die hier sitzen, bis zum Herrn Landeshauptmann ganz genau wissen, wie das Ganze sich in Wirklichkeit abgespielt hat, und zweitens, weil bei mir einfach die Genugtuung darüber weit überwiegt, daß es nun ein wirkliches und nicht nur mehr ein behauptetes steirisches Sonderwohnbauprogramm mit allen seinen positiven Auswirkungen gibt. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren! Dieses Programm ist nach meiner Meinung keineswegs ein Wahlzuckerl, wie es kürzlich in einer Zeitung geschrieben wurde, es ist aber auch genausowenig eine Wohnbauoffensive der ÖVP, es ist gar nichts anderes als die notwendige Reaktion der Landesregierung und des Landtages auf eine unhaltbar gewordene Situation im öffentlichen geförderten Wohnbau unseres Landes. In der letzten

Landtagssitzung vor den Sommerferien habe ich ja darauf hingewiesen, daß der Umfang – und ich spreche vom Umfang – der öffentlichen Wohnbautätigkeit in unserem Lande aus verschiedenen Gründen vor dem Zusammenbruch steht. Wir haben einfach in der Hoffnung, daß die Rezession nur von kurzer Dauer ist, aus arbeitsmarktpolitischen Gründen sehr massive Vorgriffe getätigt. Wir haben alle gehofft, daß wir es sozusagen durchtauchen können, und das ist leider nicht gelungen, und dazu müssen wir uns eben jetzt bekennen. Verstärkt wurde diese Situation allerdings auch dadurch – und darüber gibt es ja auch keinen Zweifel –, daß sich die Mehrheit des Hauses damals nicht dazu entschließen konnte, aus welchen Gründen immer, sich am ersten Sonderwohnbauprogramm des Bundes zu beteiligen. (Abg. Kanduth: „Herr Kollege Loidl, ich habe genau gesagt, aus welchen Gründen!“) Ich sage: aus welchen Gründen immer. Tatsache ist, daß es so gekommen ist.

Meine Damen und Herren! Die Finanzierung dieses Programmes ist für das Budget gewiß eine ganz schwere Belastung. Aber es ist nach meiner Meinung richtig und vertretbar – und ich hoffe, auch nach unserer aller Meinung –, weil damit nicht nur dringender benötigter Wohnraum geschaffen und erhalten werden kann, sondern auch eine wirksame Wirtschaftsförderung für zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe mit großer Breitenwirkung verbunden ist. Außerdem – das soll ja auch gesagt werden – fließen ja diese Darlehen, wenn auch sehr langfristig, in Zukunft sogar einigermaßen wertgesichert wieder zurück. Das noch vorhandene Normalprogramm zusammen mit dem Sonderwohnbauprogramm ergibt für die nächsten Jahre ein Bauvolumen, das allerdings leider trotzdem unter dem Durchschnitt der vergangenen Jahre liegen wird, und zwar ganz beträchtlich. Meine Damen und Herren, ich bin gewiß der letzte, der das Sonderwohnbauprogramm nicht entsprechend würdigen würde, aber bei allem Optimismus sollten wir keine falschen Hoffnungen erwecken. Ich halte es für sehr bedenklich, Herr Kollege Kanduth, wenn so plakativ erklärt wird, daß 2.000 Wohnungen zusätzlich gebaut werden. Es ist nämlich beabsichtigt, und das hast du auch gesagt, diese 600 Millionen jährlich in den Wohnbautopf zu geben. Aus diesem müssen aber auch die Wohnbeihilfen, die Eigenmitteldarlehen und so weiter entnommen werden. Außerdem sollen ja 30 Prozent von diesen 600 Millionen für die Wohnhaussanierung abgezweigt werden, und Sanierung bedeutet ja nicht unmittelbar und direkt einen Neubau. (Abg. Kanduth: „Aber die wirtschaftliche Bedeutung ist gleich!“) Das ist ganz klar. Ich sage nur, weil du gesagt hast, 2.000 Familien können sich freuen, eine neue Wohnung zu bekommen. Das wird nicht der Fall sein, das wären falsche Hoffnungen, die wir einfach nicht erwecken dürfen. Ich möchte daher den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Riegler fragen, welche Möglichkeiten er sieht, daß die Bauwirksamkeit dieser Sonderfinanzierung gesichert werden kann.

Meine Damen und Herren! Es geht aber nicht nur darum, wieviel gebaut wird, sondern auch für wen und unter welchen Förderungsbedingungen. In dem Zusammenhang kann ich eigentlich nicht verstehen, was der Kollege Kanduth vorhin an Kritischem gesagt hat. Ich hätte nicht geglaubt, daß das der Kollege

Kanduth ist, wenn ich ihn nicht hier am Rednerpult gesehen hätte. Nach buchstäblich jahrelangen Verhandlungen wurde das Wohnbauförderungsgesetz 1984 nunmehr im Nationalrat, endlich muß ich sagen, beschlossen. Obwohl sehr viele Anregungen der ÖVP, ich weiß das von Kollegen, die im Ausschuß waren, in dieses Gesetz aufgenommen wurden, konnte schließlich kein einstimmiger Beschluß zustande gebracht werden. Das ist bedauerlich. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Zuwenig war es!“) Der Stein des Weisen wurde natürlich nicht gefunden, insbesondere nicht hinsichtlich der Finanzierung. Aber grundsätzlich muß doch gesagt werden, daß dieses Gesetz den Spielraum der Länder ungeheuer erweitert hat. Es ist vernünftig, weil die Verhältnisse in den Ländern so grundverschieden sind, etwa zwischen dem Burgenland und Vorarlberg und der Steiermark und Wien. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das ist in Wien einstimmig beschlossen worden!“) Ist nicht einstimmig beschlossen worden. Es ist eine Grundsatzgesetzgebung, welche den Ländern einen wahrhaft sozialen Wohnbau ermöglicht. Zum Beispiel könnten 100 Prozent mit einer Laufzeit bis zu 50 Jahren gefördert werden. Das wäre ausschließlich Sache des Landes, und der Bundesgesetzgeber würde sich da überhaupt nicht einmischen. Die Ausdehnung des Anspruches auf Wohnbeihilfe ist auf viele Bereiche ausgedehnt worden. Es ist eine wesentliche Verdichtung des Systems der Subjektförderung nunmehr möglich. (Abg. Kanduth: „Den Rechtsanspruch hätte man trotzdem drinnenlassen können, und die Länder könnten das in ihrem Ermessen machen!“) Das haben wir zum Teil, der Kollege Dipl.-Ing. Schaller wird das bestätigen, schon gemacht gegen das Gesetz und wurde jetzt durch das Gesetz erst saniert, und darauf sind wir ein bißchen stolz. Das hat auch der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler oder der Herr Landeshauptmann kürzlich in einer Bemerkung gesagt.

Man muß sich angesichts dieser Möglichkeiten, welche dieses Wohnbaugesetz nunmehr den Ländern gibt, doch einige Fragen stellen, die, wie ich glaube, sehr wichtig sind. Nachdem nämlich die für die Wohnbauförderung zur Verfügung stehenden Mittel in ihrer Größenordnung bekannt sind – und es ist unernst zu glauben, daß es da irgendwelche geheimen Quellen außer dieser im Land gibt, stellt sich, auf einen ganz einfachen Nenner gebracht, die entscheidende Frage: Sollen wir durch die Anwendung aller im Gesetz vorgesehenen Förderungsmöglichkeiten in Kauf nehmen, daß trotz der großen Nachfrage weniger gebaut wird, oder durch eine gewisse Zurückhaltung in der Förderung ein größeres Bauvolumen und daher mehr Wohnungen ermöglichen? (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Die müssen dann teurer sein!“) Natürlich, das ist die Konsequenz, und das ist die Frage, vor der wir im Wohnbauförderungsbeirat am Dienstag gestanden sind, wo der Kollege Kanduth auch dabei war. Ich persönlich glaube, daß durch die am Dienstag im Wohnbauförderungsbeirat einstimmig begutachteten Verordnungen die richtige Ausgewogenheit in dieser Frage auch tatsächlich gefunden wurde. (Abg. Kanduth: „Eine Richtigstellung: Ich gehöre nicht dem Wohnbauförderungsbeirat an, sonst glaubt jemand, ich habe etwas beschlossen, was dort gemacht wurde!“) Nehmen wir zur Kenntnis, aber deine Meinung gilt immerhin doch viel in eurem Kreis der Wohnbauexper-

ten. Man kann ohne Zweifel sagen, daß die soziale Komponente weitestgehend beachtet wurde und das soziale Steuerungselement der Subjektförderung weiter sehr verstärkt wurde. Jetzt komme ich zum Gegensatz. Als besonders wichtig empfinde ich zumindest, daß zwischen dem Erwerb einer Eigentumswohnung und einer Mietwohnung stärker differenziert wurde. Nicht etwa, weil wir eigentumsfeindlich wären. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß wir alle oder fast alle entweder selbst ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung haben. (Abg. Kanduth: „Wir haben es ja nicht beschlossen, bei uns schaut es anders aus!“) Ich will keine ideologische Debatte entfachen, aber eines darf ich schon als Gewerkschafter sagen, daß es sehr weitgehend ein Erfolg und ein Verdienst der Arbeiterbewegung ist, daß es heute in materieller Hinsicht so viele Menschen gibt, die sich auch ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung leisten können. (Beifall bei der SPÖ.) Uns eine Eigentumsfeindlichkeit zu unterstellen ist wirklich nicht am Platze! Ich bekenne, daß das so ist, aber es gibt heute überhaupt keinen Zweifel, und das wissen wir doch auch, daß jede Familie, wenn es nur irgendwie geht, ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung als erstrebenswert empfindet. Es gibt leider noch sehr viele Familien, die zum Erwerb einer Eigentumswohnung nicht in der Lage sind. Daher bin ich der Meinung, und da sind wir uns auch im Beirat einig gewesen, daß der gänzliche Verzicht auf die Einhebung von Eigenmitteln und die Anhebung der Förderung auf 65 Prozent für die Minderbemittelten eine ganz große Hilfe ist. (Abg. Harmtoldt: „Lieber Kollege, warum sollen die Armen keine Eigentumswohnung haben?“) Einem wirklich Minderbemittelten muß man die Wohnung halt schenken. Ich habe gar nichts dagegen, wenn man die finanziellen Mittel aufbringt, daß man jedem Österreicher, so wie in Kuwait, ein Eigenheim schenkt, wenn das möglich wäre. Aber ich bin halt gewohnt, über Realitäten zu reden und nicht über Wunschträume, und das unterscheidet uns vielleicht ein bißchen.

Es muß allerdings jetzt darauf geachtet werden, daß sich die Wohnbaugenossenschaften an diese Förderungsmöglichkeiten halten. Aber jene Gemeinden, meine Damen und Herren, welche beim zweiten Sonderwohnbauprogramm des Bundes nicht mehr berücksichtigt werden konnten, obwohl sie bereit waren und es auch noch sind, aufgeschlossene Grundstücke zur Verfügung zu stellen, sollten jetzt von diesen günstigen Bedingungen Gebrauch machen.

Meine Damen und Herren! Das neue Gesetz ermöglicht in Verbindung mit den erlassenen und noch zu erlassenden Verordnungen – wie schon gesagt – einen durchaus sozialen Wohnbau. Für viele Familien bleiben aber trotzdem die steigenden Wohnungsbetriebskosten – und das vergift man heute auch oft –, das sind Heizung, Warmwasser, Strom und was alles dazugehört, trotz aller Förderung des Baues der Wohnung ein schier unlösbares Problem. Eine Unterstützung dieser verbrauchsabhängigen Kosten aus dem Wohnbautopf halte ich zumindest, so notwendig sie in vielen Fällen wäre, einfach für unmöglich. Infolge der vom sozialen Standpunkt durchaus gerechtfertigten verstärkten Subjektförderung werden die finanziellen Möglichkeiten zur Förderung des Wohnungsneubaues, aber auch zur Wohnhaussanierung und -erhaltung

immer geringer. Und wiederum ist bei realistischer Einschätzung der Gegebenheiten nicht damit zu rechnen, daß sich, abgesehen von diesen zweimal 600 Millionen Schilling durch das Land, in absehbarer Zeit der Geldzufluß für die Wohnbauförderung wirklich spürbar verstärkt. Und wer sich für den Wohnbau in unserem Lande über die nächsten zwei Jahre hinaus verantwortlich fühlt, der muß sich über die gegebene finanzielle Situation Gedanken und ich glaube auch große Sorgen machen. Die einzige Chance, die wir nach meiner Meinung haben, ist, dort, wo es gerechtfertigt und vertretbar ist, den Rückfluß der aushaftenden Darlehen zu beschleunigen. (Abg. Harmtodt: „Bravo!“) Und auch da gibt uns das neue so sehr kritisierte Gesetz im Paragraph 54 eine Möglichkeit, dies auch zu tun. Dort heißt es: „Die Länder können durch Verordnung auf die auf Grund des Wohnbauförderungsgesetzes 1954 und des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 gewährten Darlehen allenfalls schrittweise und unter Bedachtnahme auf den Zeitpunkt ihrer Zusicherung die Rückzahlungsbedingungen neu festlegen. Dabei darf jedoch die Gesamtlaufzeit nicht weniger als 25 Jahre betragen und ein jährlicher Zinsfuß von 6 Prozent nicht überschritten werden.“ Ich möchte sagen, meine Damen und Herren: Die Erbsünde unserer an sich auch in der Welt beispielhaften Wohnbauförderung wurde nämlich ursprünglich begangen – ich habe das schon einmal gesagt –, als man sich nicht entschließen konnte, auch noch so langfristige Darlehen, mit 50jähriger und noch längerer Laufzeit, bis 100 Jahre war es ursprünglich beim Wiederaufbau, mit einer bescheidenen Wertsicherungsklausel zu versehen, so wie wir dies in der Steiermark seit einiger Zeit tun und wofür wir jetzt erst die gesetzliche Deckung erhalten haben. Durch diesen Mangel ist nämlich das entstanden, was von vielen als so große Ungerechtigkeit empfunden wird. Nämlich, daß zum Beispiel für eine durchaus gleichwertige Wohnung für den einen die Annuität 600 Schilling beträgt und für den anderen 5.000 Schilling und mehr. Diesen Paragraph 54 auch nur behutsam zu nützen – das möchte ich auch sagen – wäre einerseits für die Betroffenen sicher nicht populär, aber andererseits ohne Zweifel ebenso ein Akt der Gerechtigkeit und für viele, wie ich glaube, die einzige Chance, zu einer geförderten Wohnung zu kommen. Ich weiß, das ist eine sehr heikle Frage, es gibt sicher viel Für und Wider, aber auf alle Fälle müßte eine solche Entscheidung von uns allen gemeinsam getragen werden.

Wir haben, meine Damen und Herren, die Wohnbaupolitik in unserem Lande im großen und ganzen gemeinsam im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten gestaltet. Es war nicht immer alles angenehm, wie Sie wissen, und es war auch nicht immer leicht. Da der Herr Kollege Dipl.-Ing. Schaller in der letzten Sitzung des Wohnbauförderungsbeirates seinen Vorsitz wegen anderer Verpflichtungen zurückgelegt hat, möchte ich bei dieser Gelegenheit gerne sagen, daß es nicht nur seine große Sachkenntnis, sondern auch sein Gefühl für Ausgewogenheit war, daß wir uns immer wieder einigen konnten. Wir – ich glaube, ich darf das im Namen unserer Mitglieder des Wohnbauförderungsbeirates sagen – sehen dich wirklich ungern aus dieser wichtigen Funktion scheiden. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Die Damen und Herren der Rechtsabteilung 14 haben in den letzten Wochen – ich glaube, ich muß besser sagen, in den letzten Tagen – mit äußerstem Einsatz jene Verordnungen vorbereitet, die es erst ermöglichen, die neue Wohnbauförderung ab Jahresbeginn zu vollziehen. Dafür sei auch von dieser Stelle aus herzlich Dank gesagt. (Allgemeiner Beifall.)

Wir haben nun, meine Damen und Herren, geänderte – und ich sage es noch einmal –, vorwiegend verbesserte gesetzliche Grundlagen – auch gerechtere – und klare Durchführungsbestimmungen. Aber die Sorge, wie wir das, was wir auf diesem Sektor machen könnten, machen möchten oder, noch besser gesagt, eigentlich machen müßten, finanzieren, wird uns in nächster Zeit ganz bestimmt begleiten. Umso mehr werden wir darauf achten müssen, mit den vorhandenen Mitteln soviel als möglich zu leisten. Wir werden dazu nur, so wie bisher, gemeinsam imstande sein. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Präsident Buchberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Buchberger: Verehrte Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe jetzt nicht unbedingt die Absicht, auf die Zeitepoche unserer Urvorfahren zurückzublenden, in eine Zeit, wo die Menschheit noch nicht sesshaft war, sich durch Jagd und Fischerei ernährte und erst in der weiteren Folge das Bedürfnis verspürte, sich sesshaft zu machen, sich zu bekleiden, wenn auch primitiv, aber zumindest – wie gesagt – das Bedürfnis verspürte, über eine eigene Wohnung zu verfügen, um darinnen eine entsprechende Feuerstelle errichten zu können. Also auch schon in der damaligen Zeit war bei den Menschen das Bedürfnis nahe, wo es noch keinen Karl Marx gegeben hat, vielleicht war einer seiner Vorfahren bei diesen bereits mit unterwegs. Aber wie gesagt, ich will nicht auf diese Epoche zurückblenden, sondern nur auf eine nähere Vergangenheit, die wir zum Teil persönlich auch noch miterlebt haben, an die Kriegszeit, an die Nachkriegszeit, wo viele unserer Städte auch in der Steiermark durch die Kriegseinwirkungen zum Teil schwer, zum Teil weniger schwer zerstört wurden und wo vor allem weitere Bereiche unserer Steiermark, vor allem im östlichen Bereich, in den ländlichen Regionen ganze Dörfer und einzelne Anwesen durch den Krieg total zerstört wurden. Wenn wir uns an diese Zeit zurückerinnern, an die Nachkriegszeit, an das Jahr 1945, und wenn wir wissen, daß es damals viele gegeben hat, die die Meinung vertreten haben, daß es nie möglich sein wird, das Zerstörte wiederherzustellen, wo sich aber die Mehrheit der Bevölkerung doch dazu durchrang, um wiederum Hand anzulegen und an den Wiederaufbau heranzutreten. Wenn ich nur an einige Ortschaften bei uns im oststeirischen Bereich erinnern darf: der Ort Wenigzell, wo es an und für sich kein Anwesen und kein Haus gab und dank des Einsatzes der damaligen Steiermärkischen Landesregierung unter Landeshauptmann Krainer in einem Wiederaufbaufonds die Mittel zur Verfügung gestellt wurden, um diesen Wiederaufbau zu vollziehen. Wenn man heute die Möglichkeit hat, diese neu aufgebauten Ortschaften, Ansiedlungen und

Anwesen zu sehen, so ist es fast nicht zu glauben, daß diese Aufbauphase überhaupt möglich war. Wenn man dies auch vom architektonischen Gesichtspunkt her betrachtet, so muß man sagen, daß manches nicht in der Form wiederaufgebaut wurde, wie es an und für sich für diese Region sinnvoll gewesen wäre. Es wird daher für die gegenwärtige Zeit und vor allem für die Zukunft von besonderer Bedeutung sein, was den Bereich der architektonischen Entwicklung betrifft, dem ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Aber, wie gesagt, es wäre dieser Aufbau nicht möglich gewesen, wenn nicht durch den Wiederaufbaufonds die notwendigen Beträge zur Verfügung gestellt worden wären. Es sind seit dem Jahre 1949 in der Steiermark insgesamt 78.000 Wohnungen, Eigenheime mit einem Gesamtbetrag von insgesamt über 8 Milliarden Schilling gefördert worden. Es ist erfreulich, was den Bereich der Eigenheime betrifft, daß an und für sich während der letzten Jahrzehnte immer der letzten Zeit angepaßt wurde, wenn der Sockelbetrag der Förderung im Jahre 1979 bei 100.000 Schilling lag, dann in der Folge für die Jungfamilien im Jahre 1980 entsprechend aufgestockt wurde – auch für die kinderreichen Familien – und im August 1980 diese Sockelbeträge von 100.000 Schilling auf 120.000 Schilling aufgestockt wurden, in der weiteren Folge wieder ab dem Jahre 1981 eine Aufstockung von 120.000 auf 140.000 Schilling erfolgte und nun seit dem 1. Jänner 1984 dieser Sockelbetrag von 140.000 Schilling auf 170.000 Schilling aufgestockt wurde. Das sind Beträge, die an und für sich keinen entscheidenden Einfluß auf die Gesamtbaukosten haben, aber immerhin ein entscheidender Faktor waren, um vielen oder fast allen, die sich zum Bau eines Einfamilienhauses entschlossen, den entscheidenden Anstoß zu geben. Wenn wir die wahren Verhältnisse draußen in allen Gebieten unseres Landes kennen, wissen wir, daß es an und für sich kein errichtetes Eigenheim gibt, das nicht von dieser möglichen Finanzierung Gebrauch gemacht hat. Daher war es eine der wesentlichsten Voraussetzungen, daß man diese Wohnbauförderungsmöglichkeiten geschaffen hat, um diese Entwicklung überhaupt einbegleiten zu können. Wir haben schon früher gemeint, daß es für die Zukunft notwendig sein wird, vor allem was den architektonischen Bereich betrifft, hier vorsorglich Einfluß zu nehmen, daß jeder Bauwerber früh genug entscheidend beraten wird, damit die Planerstellung und Planabfassung so erfolgt, daß in weiterer Folge nicht unter Umständen die zuständige Baubehörde gezwungen ist, hier eine Änderung vornehmen zu müssen, weil wir als Bürgermeister und jeder in der Gemeinde- oder Kommunalpolitik Verantwortliche genau wissen, daß an und für sich schon der Kauf eines Grundstückes, in der weiteren Folge dann der Bau eines Einfamilienhauses ohnehin schon eine Belastung für den einzelnen bedeutet, und wenn er in der weiteren Folge dann noch durch die Baubehörde gezwungen werden sollte, seinen mit vielen Kosten für den Förderungswerber erstellten eingereichten Bauplan noch ändern zu müssen, so wissen wir, welche einschneidenden finanziellen Bedeutungen das für den Siedlungswerber haben könnte. Es wäre daher sinnvoll, und das ist in einigen Bezirken bereits geschehen, daß auf Initiative auch unserer Landesbaudirektion, vom Herrn Landesbaudirektor Andersson inszeniert, gemeinsam mit den zuständigen Bezirkshaupt-

mannschaften die Bürgermeister und auch die örtlich planenden Baumeister und Architekten zu gemeinsamen Beratungen geladen wurden, um auf die Möglichkeit einer frühzeitigen Bauberatung und entsprechende Einflußnahme auf die architektonische Gestaltung auch des Einfamilienhauses Einfluß zu nehmen. Ich bin daher der Meinung, daß es notwendig sein wird, hier gerade in dieser Frage im Sinne einer Bauberatung über die Gemeinden oder über die Bezirkshauptmannschaften entsprechend auf die Gestaltung unserer Regionen entsprechend Einfluß zu nehmen. Wir freuen uns über die Entwicklung, daß es möglich war, seit dem Jahre 1949 insgesamt 78.000 Einfamilienhäuser zu fördern. Aber es wird speziell für die Zukunft notwendig sein, daß wir versuchen, auf die künftige Gestaltung der ländlichen Regionen, vor allem auf die Gestaltung der Dörfer und der Märkte, einen besonderen Einfluß auszuüben. Eine umfassende Erneuerung unserer Dörfer ist ein von meiner Sicht aus gesehen staatspolitisches Anliegen. Denn lebenswerte Dörfer sind die notwendige Voraussetzung für eine dauerhafte und ausreichende Besiedlung im ländlichen Raum überhaupt. Es ist daher notwendig, meine sehr verehrten Damen und Herren, der bevölkerungs- und siedlungspolitisch bedenklichen Abwanderung entsprechend entgegenzuwirken. Daher, wie gesagt, muß der Dorferneuerung ein besonderes Augenmerk zugewendet werden. Genau wie wir die Stadterneuerung brauchen – und die haben wir auch in der Vergangenheit in allen Belangen unterstützt –, muß auch die Dorferneuerung als eigenständige und umfassende neue Aufgabenstellung angesehen werden. Die Dorferneuerung muß den ganzen Dorfbereich des dörflichen Umfeldes ohne Unterschied der Bevölkerung in diesen Regionen umfassen. Im Rahmen der Dorferneuerung haben Bund, Land und Gemeinden ihre förderungs- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen so auszurichten, daß die Eigeninitiative aller Dorfbewohner bestmöglich unterstützt wird. Die Dorferneuerung darf sich nicht auf einzelne Projekte, einzelne Förderungsmaßnahmen oder einzelne Organisationen beschränken, sie muß umfassend gesehen werden und eine Vielzahl von Maßnahmen umfassen.

Wenn wir uns – und Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler hat bereits auf diese notwendigen und auch möglichen Maßnahmen immer wieder hingewiesen – dieser Frage für die Zukunft im besonderen stellen, bin ich überzeugt, daß auch das Leben in den dörflichen und ländlichen Regionen wiederum entsprechend ausgestaltet und ausgestattet wird und daß man auch vor allem die Möglichkeit hat, auf das architektonische Bild dieser Regionen entsprechend Einfluß ausüben zu können. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Sehr geehrte Frau Präsident, werte Damen und Herren!

Das Problem des Wohnens ist alt, sogar so alt wie die Menschheit selbst, und immer war der Mensch bestrebt, das sehr wesentliche Bedürfnis Wohnen bestmöglich zu befriedigen. Wohnen ist ein Phänomen, das für den Menschen eine fundamentale Bedeutung hat.

Es liegt in der Wertskala daher an vorderster Stelle, weil es für den einzelnen Menschen und natürlich seine Familie das Problem der Lebensgestaltung prägt. Wenn der Herr Präsident Buchberger vorhin die Dorferneuerung angezogen hat und alle Probleme, die da mit dem Ortsbildgesetz und mit der Sanierung hineingehören, kann man hier heute wirklich froh sein, daß es eben ein neues Wohnungssanierungsgesetz gibt. Wohnen ist aber auch ein politisches Problem, und es spiegelt die gesellschaftliche Entwicklung wider. Im Wohnungswesen ist nämlich ablesbar, inwieweit die Politik die individuellen Bedürfnisse des Wohnens gelöst hat. Nur mußten wir in letzter Zeit feststellen, daß der immer so hoch gelobte soziale Wohnbau schon lange nicht mehr so sozial war, wie wir es gerne gesehen und gehabt hätten. Es gab eine breite Diskussion darüber und eine Reform der Wohnbauförderung. Die Gründe waren stark gestiegene Wohnungskosten, das hohe Zinsniveau, die leeren Förderungskassen, die angespannten Haushalte in Bund, Ländern und Gemeinden, denen es nicht mehr möglich war, den Wohnbaufonds entsprechend mit Subventionen zu füllen. Ja, es waren die Fondskassen nicht nur leer, sondern sie waren sogar überleer, denn durch die Vorgriffe fielen ja da noch weitere zusätzliche Zinsen an.

Der steirische Wohnbau kam bereits zum Erliegen, und ich höre noch die Klagen, daß etwas geschehen müsse, wobei die ÖVP im Vorjahr zusagte, sich beim Wohnbausonderprogramm des Bundes zu beteiligen. Wie gesagt, das Wohnbauförderungsgesetz des Bundes wurde neu geregelt und trägt die Handschrift liberaler Wohnbaupolitik. Es ist ein Rahmengesetz, in dem sehr weitgehend die Kompetenzen, die Wohnbauförderung betreffend, den Ländern übertragen werden. Wenn Sie wollen, dann ist es ein liberales Gesetz, das gerade die föderative Komponente sehr unterstreicht. Die Länder haben die Möglichkeit, die Darlehenslaufzeiten wie die Zinssätze in ihrer eigenen politischen Verantwortung selbst zu regeln. Die Steiermark hat damals noch gesetzwidrig, also gegen das damalig geltende Bundesgesetz, eine Verkürzung der Laufzeiten von damals 54 Jahren auf 20 beschlossen. Das neue Bundeswohnbauförderungsgesetz hat diesen Schritt legalisiert, wobei der Gesetzesvorlage von uns Freiheitlichen die Giftzähne gezogen wurden. Als unser Verdienst ist anzuschreiben, daß es die Eigentumsfeindlichkeit verhindert hat. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Besonders gute Zahnärzte seid ihr nicht gewesen! Das tut weh, daß ihr das widerspruchslos hinnehmen müßt!“) Gerade Ihre Partei, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat versucht, der FPÖ die Version zu unterschieben, daß die Freiheitlichen im Bund einem zwanzigjährigen Veräußerungsgebot zustimmen würden. Aber gerade das beschlossene neue Bundeswohnbauförderungsgesetz 1984 zeigt, daß es dem von uns Freiheitlichen immer vertretenen Standpunkt eigentumsfreundlicher Wohnbauförderungspolitik unter Verhinderung von Spekulation voll gerecht wird. Dabei konnten wir einige Punkte besonders durchsetzen: Die Reduzierung des Veräußerungsverbot auf acht Jahre; das sind eigentlich nach der Zuzählung, wenn man die dreijährige Bauzeit abzieht, nur mehr fünf Jahre, was natürlich auch der Spekulationsfrist nach dem Einkommenssteuergesetz entspricht.

Bei den Eigentumswohnungen, die wie die Eigenheime gefördert werden, können die Länder die Einwilligung zur Lösung des Veräußerungsverbot geben, wenn das Förderungsdarlehen zurückbezahlt wurde. Die Zustimmung zur Veräußerung müssen die Länder erteilen, wenn es sich beim Erwerber um eine förderungswürdige Person handelt. Hier wurde ursprünglich das vorgesehene Erfordernis der Preisangemessenheit gestrichen und ermöglicht somit eine freie Preisbildung am Wohnungsmarkt. Ich glaube, daß hier auch eine Chance für das Land gegeben ist.

Durch die Verpflichtung der Länder zu Mindestauskünften aus den Prüfungsberichten der Revisionsverbände an Wohnungserwerber gibt es eine verbesserte Kontrolle der Wohnbaugenossenschaften.

Durch den Rechtsanspruch auf Gewährung von Wohnbeihilfen wurde für in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratene Inhaber von Eigenheimen ein „soziales Auffangnetz“ geschaffen.

Eine erhebliche Senkung der Fertigstellungskosten für Eigentumswohnungen wurde durch die Einbeziehung der Mehrwertsteuer in die Förderung erreicht. Ich glaube, das sollten Sie auch nicht übersehen. Weiters eine Ausweitung der Kontrolltätigkeit von landeseigenen Kontrollorganen auf Ziviltechniker. Durch dieses neue Bundeswohnbauförderungsgesetz wurde die Bankrotterklärung des österreichischen sozialen Wohnbaues verhindert. Gegen dieses Gesetz haben Sie, die ÖVP, polemisiert, daß es ein riesiges Belastungspaket sei. So schlecht kann es nicht sein, wenn es eigentlich in der Steiermark die Grundlage bietet, daß die Wohnbauförderung so gepriesen wird und damit die Budgetlöcher im steirischen Wohnbauförderungsfonds, der ja zu einem Großteil vom Bund finanziert wird, stopfen kann. Wenn der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller im Vorjahr anlässlich des Streites, warum in der Steiermark weniger Wohnungen gebaut werden, sagte: „Und wenn wir uns heute beklagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß nicht mehr ausbezahlt werden kann, dann hängt es auch damit zusammen, daß durch Vorgriffe einfach soviel auch notwendiger- und richtigerweise konjunkturpolitisch gemacht worden ist, aber uns auf der anderen Seite natürlich das Geld abgeht.“ In Wirklichkeit klafft ein gigantisches Loch im Wohnbauförderungsfonds, wie es der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller durch die Vorgriffe bedingt bedauert, das nun mit den neuen Möglichkeiten, Wohnbauoffensive, gestopft werden soll. Jenes Wohnbausonderprogramm 1984 des Landes Steiermark, das sich die große Wohnbauoffensive der ÖVP nennt, die ja meiner Meinung nach geradezu in einer bauernfängerischen Argumentation vorgeht. Ich darf Ihnen aus einer Einladung vorlesen: „Die Steiermark nutzt aber nicht nur die Mittel der Wohnbauforschung sehr gut, sie nutzt auch die Mittel der Wohnbauförderung besser als andere. Dies wird deutlich in der ‚Steirischen Wohnbauoffensive‘, die in den nächsten beiden Jahren eine Verdoppelung des Wohnbaus im Land Steiermark bringt. Gleichzeitig betragen die dafür erforderlichen Mittel nur ein Zehntel jener Mittel, die von Qualität und Quantität her vergleichbare Bundesprogramme den Steuerzahler kosten würden, ohne daß die Wohnungen teurer würden als anderswo. Landesrat Dipl.-Ing. Josef Riegler zeigt, daß es mit Ideen und Mut auch in Zeiten

leerer Kassen geht, zukunftsweisende Schritte zu setzen.“ Irgend jemand muß ja diese Wohnungen zahlen. Nicht ein Zehntel sollen diese nur mehr kosten. Das ist sicherlich Zauberei. Bezahlt werden diese Wohnungen von jenen werden müssen, die bereits wohnversorgt sind. Wenn man noch die Kosten der Wohnbeihilfe, die hier miteinfließt, dazurechnet, dann kann es sich nicht ausgehen, daß es ein Zehntel der Kosten ist. Aber man sollte nicht so tun, als wären die da draußen in Wien oder auch selbst die Vorgänger auf dieser Regierungsbank total vernagelt gewesen. Dipl.-Ing. Riegler und seiner Gruppe ist die große Erleuchtung gekommen. Seien wir ehrlich, erst durch das neue liberale Wohnbauförderungsgesetz ist eine Besserung möglich. Wenn es heißt: mit Ideen und Mut auch in diesen Zeiten, mit leeren Kassen gehts. Ich meine, das ist Demagogie. Ohne die Kassen zu füllen wird es nicht gehen, Herr Landesrat, und dieses Geld müssen Sie zum Teil irgendjemandem wegnehmen. Vielleicht ist doch diese Wohnbauoffensive so weit, daß sie mit einem Auge schon auf die bevorstehenden Gemeinderatswahlen schießt. Ohne auch nur der Bevölkerung zu sagen, wem sie das Geld für Ihre Finanzvariante wegnehmen, wird es nicht gehen, Herr Landesrat. Ich fürchte, das wird auch sonst niemand so leicht glauben.

Nun zurück zum Wohnbau. Man sollte sich mehr Gedanken machen. Wir haben in der Kommissionskontrolle im Wohnbau Vorschläge eingebracht, die zur Verbilligung im Wohnbau führen könnten. Oder man sollte sich Gedanken machen, wo liegen wirklich die Bedürfnisse der Bürger. (Abg. Kanduth: „Das wissen wir ganz genau!“) Ich glaube nicht, daß Sie es wissen. Es läßt vielmehr vermuten, daß Sie meinen, wir haben einige Bürger mit Wohnungen versorgt, und sie haben damit glücklich zu sein. (Abg. Kanduth: „Das ist Ihre Auffassung, unsere ist anders!“) Wenn Sie sie dabei noch parteipolitisch vereinnahmt haben, dann müßten sie theoretisch noch glücklicher sein. (Abg. Kanduth: „Das ist eine Unterstellung!“) Wie sieht es in Wirklichkeit aus? Junge Familien kaufen eine Wohnung, können sich auf Grund der finanziellen Möglichkeiten eine große Wohnung nicht leisten und ziehen daher nach Überwindung vieler Hürden in eine kleine Wohnung ein, die meist zu Beginn der Wohnungsnutzung noch ausreicht. Im Laufe der Zeit vergrößert sich die Familie, es hebt sich der Einkommensstandard und damit der Wunsch nach einer größeren Wohnung. Dies ist eine logische Folgerung. Der Wunsch, zu einer größeren Wohnung zu kommen, stellt den wohnungsversorgten Wohnungswerber vor schier unüberwindbare Probleme. Da für einen solchen Wohnungswerber ein Wohnungsnotstand nicht gegeben ist, rangiert jeder, der unter solchen Randbedingungen eine Wohnung sucht, in der Dringlichkeit weiter hinten, obwohl es anerkannt ist, daß eine größere Wohnung die Lebensqualität einer Familie enorm heben kann. Die Lebensqualität ist das Zusammenleben, die Chance auf ein einzelnes Zimmer, auch einmal allein zu sein und sich nicht gegenseitig auf die Nerven gehen zu müssen. Bekanntlich hebt enger Raum die Aggressivität und auch die Scheidungsrate.

Nun, daß unser sozialer Wohnbau schon lange nicht mehr sozial ist, wissen alle, wenn man nur ein bißchen an die Großfamilie denkt. Aber einen möglichen Ausweg in Richtung Aufstiegswohnung, wie wir es nen-

nen, haben Sie vielleicht doch noch nicht untersucht. Das Los der Wohnungssucher mit größerer Familie war, trotz gesetzlichen Verbotes, schwarze Ablösen zu zahlen. Ich glaube, das muß sich ändern. Wir Freiheitlichen fordern daher von Ihnen, sehr geehrter Herr Landesrat, daß Sie umgehend ein Programm einleiten, das den Wünschen vieler Familien entspricht, nämlich den Bau von Aufsteigerwohnungen. Eine allfällige Rücknahme beziehungsweise Ablöse der alten zu kleinen Wohnungen durch das Land, das diese wieder weiter Wohnungssuchenden anbieten könnte, müßte möglich sein. Ich glaube, das wäre ein Weg. (Abg. Kanduth: „Es gibt die Startwohnungen dafür!“) Ich weiß schon, daß dieser Antrag Ihnen keine Freude macht. (Abg. Kanduth: „Sie müssen sich bei den Genossenschaften über die Möglichkeiten erkundigen!“) Lieber Herr Direktor Kanduth, gerade Ihre Ankündigungspolitik beweist, lieber 2.000 Wohnungen mit einer Grundfläche von mir aus 60 Quadratmetern als vielleicht 1.000 Wohnungen mit 120 Quadratmetern, da Sie Ihrer plakativen Ankündigung von 2.000 Wohnungen ja sonst nicht nachkommen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in der Kommission zur Kontrolle im Wohnbau Richtlinien ausgearbeitet, und diese wurden auch beschlossen. Es ist nur traurig, wenn sie dann nicht eingehalten werden. Ich weiß, daß es bei einem Wohnbauprojekt eine Ausschreibung gegeben hat – Modell Steiermark, Sie kennen ja das Modell, das Mitarbeitern mit der Scheibtruhe –, und diese Ausschreibung hat eine ganz komische Reihung gezeigt. Der erste hatte 17,9 Millionen Schilling, der zweite 18 Millionen Schilling, der dritte 28 Millionen Schilling, und weit dahinter lagen noch viele. Ich habe Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Riegler in einem Brief gebeten, mir diese Angebotsliste zu überlassen. Er hat mir zurückgeschrieben, so quasi: „Das ist nicht Ihre Sache, das geht Sie nichts an, das wird der Landesrechnungshof feststellen.“ (Abg. Kanduth: „Da könnte ein jeder kommen!“) Richtig, da könnte ja jeder kommen. (Abg. Kanduth: „Wozu haben wir den Landesrechnungshof?“)

Die Ausrede, die es da gibt: „Es ist nichts passiert, die anderen lagen weit über dem Förderungspegel“, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, hier wäre notwendig, daß die schon längst überfällige Vergabekontrollkommission endlich eingerichtet wird, und hier sollten wir alle mitwirken und für Durchschaubarkeit sorgen. Denn nur, wenn sich jeder überzeugen kann, dann werden alle miteinander, Baufirmen, Politiker, Wohnbaugenossenschaften, alle, die wir hier hineinnehmen können, das Image der Gauner wegbekommen. (Abg. Kollmann: „Das sind versteckte Unterstellungen!“) Ich meine das so, denn wir Politiker haben ja sowieso ein Image wie die Leichenwäscher im Mittelalter, und das sollten wir verbessern. Ich glaube, das kann nur mit mehr Transparenz, mit mehr Durchschaubarkeit gehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe hier eine Untersuchung über die Eigenheime. Sie zeigt österreichweit, daß im Jahre 1980 44.000 Bauansuchen eingegangen sind, 1981 45.000 und 1982 41.000. In den gleichen Jahren ist die Entwicklung der Baugenehmigung in der Steiermark folgendermaßen abgelaufen: 4.000 Einfamilienhäuser und 2.200 Mehrfamilienhäuser 1980, 1981 3.600 Einfamilienhäuser und

2.200 Mehrfamilienhäuser, 1982 3.156 Einfamilienwohnhäuser und 2.261 Mehrfamilienwohnhäuser. Die Gesamtzahlen liegen natürlich für diese drei Jahre höher, weil in diesen Summen der Anteil von landwirtschaftlichen Bauten nicht inkludiert ist. Nimmt man den hinein, so sind es für die Jahre 1980, 1981 und 1982 6.500, 6.200 und 5.980 Wohnungseinheiten. Es zeigt sich in diesem Zusammenhang, daß die Wohneinheiten der mehrgeschossigen Wohnbauten praktisch konstant geblieben sind, während jene der Einfamilienhäuser zurückgegangen sind. Ich glaube, es wäre eine verstärkte Initiative in Richtung Einfamilienhaus notwendig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine, wir sollten in der Zukunft mehr auf die individuellen Bedürfnisse der gesamten Wohnungswerber eingehen. Nachdem hier in diesem Kapitel der Wohnbau auch als eine Wirtschaftsankurbelung zu sehen ist und zur Entspannung des Arbeitsmarktes beitragen wird, werden wir unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Tschernitz das Wort.

Abg. Tschernitz: Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich persönlich glaube, daß gerade die Wohnbaupolitik eine ganz bedeutende wirtschaftspolitische und konjunkturpolitische Maßnahme darstellt. Wie aus nahezu allen Gutachten und Analysen der steirischen Wirtschaft zu entnehmen ist, wird die steirische Wirtschaft durch ihren überproportional hohen Grundstoffanteil und auf der anderen Seite einen überproportional großen Bauwirtschaftsanteil besonders von den Konjunkturschwankungen der Weltwirtschaft immer wieder erfaßt. Ihren Niederschlag findet diese Entwicklung insbesondere dann natürlicherweise in der Folgewirkung am Arbeitsmarkt, wo alle für die Beschreibung des Arbeitsmarktes üblichen Indikatoren eindeutig eigentlich schlechtere Werte aufweisen als in den meisten übrigen Bundesländern.

Eine wissenschaftliche Untersuchung am Institut für Finanzwissenschaft an der Wirtschaftsuniversität in Wien hat über die konjunkturpolitische Effizienz von Landesbudgets am Beispiel des Landes Steiermark auch für die Steiermark die für Bundesländer typische prozyklische Wirkung von Landesbudgets bestätigt. So wurde in dieser Arbeit festgestellt, daß seit dem Jahre 1980 bis 1984 vom steirischen Landesbudget aus keine so starken konjunkturstabilisierenden Effekte ausgegangen sind, wie man sich diese eigentlich erwartet hätte. Es ist vielmehr dieser Budgetspielraum des steirischen Landesbudgets in den letzten Jahren eigentlich immer enger geworden und hat sich zunehmend verringert.

Wenn 1980 noch trotz Gebarungsabgang über 1,1 Prozent der Ausgaben frei verfügt werden konnte, so muß im Jahre 1985 ja bereits ein Beitrag von 114,6 Millionen Schilling jener Leistungen, die festgelegt sind, aus Fremdmitteln finanziert werden.

Im Klartext möchte ich damit sagen, daß die Möglichkeiten der Länder, insbesondere der Steiermark, aktive Konjunkturpolitik zu betreiben, eher begrenzt sind, obwohl für diesen Zweck erhebliche Ausgaben

natürlich immer wieder getätigt werden, und weil es ja wesentlich nachfragewirksamer wäre und hier vor allem eben die Wohnbauförderung ein besonderer Bestandteil dieser Belebung der Wirtschaft und der Konjunktur darstellt, im 1. Sonderwohnbauprogramm des Bundes, das vom Land nicht angenommen wurde, das wir aber sicherlich dringend gebraucht hätten, sehr wohl aber im 2. Bundeswohnbausonderprogramm die Möglichkeit gehabt haben, von seiten des Landes dieses Programm angenommen wurde, und wir ja heute feststellen können, daß die Gemeinden heute noch sehr stark an diesem Bundeswohnbausonderprogramm interessiert sind. Wenn man das Institut der Wirtschaftsforschung in seiner letzten Ausgabe betrachtet, so wird dort festgestellt, daß sich gerade wiederum Mitte 1984 in der Steiermark die Bauumsätze verringert haben, der Aufschwung, der in der Bauindustrie vorhanden war, sich doch wesentlich verringert hat, ich möchte fast sagen, zum Teil zum Stillstand gekommen ist. Vor allem die Aufträge auf dem öffentlichen Sektor sind in diesem Zeitraum sehr stark zurückgegangen, was natürlich vor allem deshalb interessant ist, weil ein überdurchschnittlicher Anteil von über 52 Prozent des Gesamtergebnisses auf den öffentlichen Sektor fällt. Man stellt hier fest, daß wenig Privatinitiative im Baugeschehen vorhanden ist, umso mehr spielt die Wohnbauförderung in unserem Lande eine bedeutende Rolle. Nicht nur, daß die Steiermark nach Wien den größten Wohnungsfehlbestand aufweist, es fehlen zirka 50.000 Wohnungen, sondern die Bauwirtschaft und das Baunebengewerbe sind mit zirka 21.000 Beschäftigten in der Steiermark auch wirtschaftlich ein wichtiger Faktor. 90 Prozent der in Österreich geplanten Wohnungen werden mit Wohnbauförderungsmitteln errichtet. Dies sind bedeutende Impulse für die Bauwirtschaft und das Baunebengewerbe im Sinne der Arbeitsplatzsicherung. Wir begrüßen es und freuen uns mit allen anderen Kollegen dieses Hohen Hauses, daß diese Initiative des Ersten Landeshauptmannstellvertreters Gross jenen Konsens mit dem zuständigen Träger des Wohnbaues gefunden hat und daß gerade hier dieses Sonderwohnbauprogramm nun im Budget 1985 und dann auch 1986 mit je 600 Millionen Schilling seinen Niederschlag findet und zu einem verstärkten Wohnbau in diesen Jahren in unserem Lande Steiermark führen wird. Wir wissen genau, daß durch Vorgriffe aus diesem gemeinsamen Wohnbautopf doch erhebliche Mittel bereits in Anspruch genommen wurden und daß es sonst zu Einschränkungen des steirischen Wohnbaues gekommen wäre, wenn es nicht gelungen wäre, eben hier diese Aufstockungen in diesen beiden Jahren mit den wirklich schönen Beträgen vorzunehmen. Wir glauben, daß wir gerade mit diesem Programm für einkommensschwächere Familien wirklich für eine gute Wohnversorgung mit beitragen. Wir Sozialisten sehen die Wohnversorgung der Bevölkerung natürlich als ein besonderes Anliegen der Gesellschaft und sehen gerade in diesem Wohnbauförderungsgesetz und Wohnhaussanierungsgesetz 1984 des Bundes und in den Verordnungen, die die Landesregierung ja demnächst beschließen wird, sehr viele positive Aspekte, um funktionsgerechte Wohnungen, die für die Erziehung und das Heranwachsen der Kinder äußerst wichtig sind und auch der Familie jene Erholung und Entspannung vom Alltag und Berufsstreß

gibt, die sie unbedingt braucht, zu schaffen. Wir müssen uns gemeinsam im Steirischen Landtag bemühen, für alle Schichten der Bevölkerung dem Lebensstandard angepaßten Wohnraum zu schaffen, denn auch dies ist ein wichtiger Teil der Lebensqualität der Menschen in unserem Lande. Ich glaube, daß eine ganz besondere Bedeutung gerade jetzt in Zukunft der Althausanierung, der Stadterneuerung, wie es heute schon aufgezeigt wurde, vor allen Dingen in den Städten, aber auch draußen am Lande entgegengebracht werden muß, wo natürlich mit diesem neuen Wohnhaussanierungsgesetz es möglich gemacht werden soll, auch sehr viele leerstehende Wohnungen, es werden ja zum Beispiel große Zahlen hier im Raume Graz genannt, wiederum zu aktivieren, Verbesserungen vorzunehmen, und womöglich soll ein hoher Anteil an diesen Verbesserungsarbeiten im Rahmen der Förderungen bezahlt werden, Verbesserungen, die sicherlich auch zum Ziel haben, die Bausubstanz zu verbessern und damit verbunden, daß auch die Bauordnung hier einer Novellierung unterzogen werden soll. Wie ich überhaupt glaube, daß mit diesem Wohnhaussanierungsgesetz die Förderungsvoraussetzungen und ihre Instrumente sowie auch das Verfahren vereinfacht wurden und der Schwerpunkt sicherlich auf die Generalsanierung von erhaltungswerten Wohnhäusern gelegt werden soll. Man sieht schon darin, daß es jetzt auch möglich wäre, sogar auch bei Althausanierung und Stadterneuerung die Wohnbeihilfen laut Gesetz in Anspruch zu nehmen. Ich glaube, daß es sehr viele positive Aspekte schon in diesem Wohnbaugesetz 1984 gibt, und die neuen Wohnbaugesetze, das Wohnbauförderungsgesetz, das Wohnhaussanierungsgesetz, welches ja im Parlament mit den Stimmen der Sozialisten und der Freiheitlichen Partei beschlossen wurde, schaffen sehr viele neue Rahmenbedingungen für die Länder, welche ihnen weitgehendste Möglichkeiten für maßgeschneiderte Förderungen hier im Lande bieten. Man kann in diesem Zusammenhang wirklich von einem Föderalismus in der Praxis sprechen. Als weitere Grundkomponenten sind mehr soziale Gerechtigkeit und natürlich auch die Verhinderung des Mißbrauches von Förderungen in diesen Dingen zu verstehen. Ich möchte um eines ersuchen, daß man im Zuge dieses Hochbaues, der so wichtig ist und auch schon von den Vorrednern zum Ausdruck gebracht wurde, auf die Eigenheime nicht vergessen darf, wo wiederum in den Verordnungen eine Besserstellung für die Eigenheimsiedler vorhanden sein wird. Eine Bitte vielleicht an den zuständigen Landesrat Dipl.-Ing. Riegler. Vielleicht gibt es eine Möglichkeit, eine Sonderdotation dieses Wohnbautopfes zu finden und damit die Wartezeiten bei den Förderungsansuchen, sei es Althausanierung, Wohnbauförderung für Eigenheime oder auch zum Teil die Jungfamilienförderung, wo eine Wartezeit von zirka acht bis neun Monaten, beim Wohnhausbau von zwei bis zweieinhalb Jahren, vorhanden ist, vielleicht dadurch eine Verkürzung erreichen könnte, weil ich glaube, daß gerade in diesem Zeitraum der Familiengründung, in dem Zeitraum des Eigenheimbaues das Geld am dringendsten gebraucht wird. Mit einer einmaligen Dotation könnte man dies aus der Welt schaffen, weil der Rückfluß dieser Mittel dann wiederum gegeben ist. Ich glaube, eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist sicher: Mit dem neuen Wohn-

bauförderungsgesetz und dem Wohnhaussanierungsgesetz des Bundes, mit den Verordnungen des Landes, die beschlossen werden, sind im Wohnbau neue Weichen für die Zukunft gestellt worden. Mit der weiteren Zuführung jener 600 Millionen Schilling 1985 und 1986 werden sicherlich sehr entscheidende Impulse in den nächsten Jahren für den Wohnbau gesetzt. Ich darf zum Ausdruck bringen und mir wünschen, daß auch in den weiteren Jahren 1987/88 oder in weiteren Jahren mit einem dementsprechenden Ausmaß des steirischen Wohnbaues gerechnet werden kann im Interesse der Wohnungssuchenden, der gesamten Bauwirtschaft und daß darüber hinaus auch der derzeitige Wohnungsfehlbestand in der Steiermark durch diese Maßnahmen im Interesse der Wohnungssuchenden dementsprechend verringert beziehungsweise gesenkt werden soll. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Ich ersuche die Damen und Herren, ihre Nebengespräche so zu reduzieren oder in ihrer Lautstärke so einzustellen, daß sie die Aufmerksamkeit auf den Sprecher nicht irritieren. Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Schützenhöfer das Wort.

Abg. Schützenhöfer: Liebe Frau Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wenn man die bisherige Wohnbaudebatte verfolgt hat und der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura in seinem umfangreichen Beitrag mehrmals – so ich mich recht erinnere – auch von Zähnen und Giftzähnen gesprochen hat, so ist mir heute insbesondere aufgefallen, daß dem Abgeordneten Loidl, der in den vergangenen Jahren keine Gelegenheit ausgelassen hat, sehr temperamentvoll sogenannte Versäumnisse des Landes auszusprechen, heute offensichtlich mehrere Zähne vorzeitig gezogen wurden. Ich weiß nicht, ob es Giftzähne waren, aber es war halt für dich auch schwer, und wer dich genau kennt – und ich bilde mir ein, dich doch auch ein wenig zu kennen, auch von anderen Gremien –, der hat doch gemerkt, du hast dich doch ein wenig gewunden, und es war halt doch auch schwer, denn vom Bund gibt es nicht sehr viel Gutes zu vermelden, und das Land kann man andererseits wiederum nicht zu sehr loben, und sich da sozusagen in einem Slalom durchzuwedeln, ist auch für dich schwer. Aber du hast doch – und da muß man genau zuhören – auch einige Bemerkungen gemacht, Herr Abgeordneter, die ich natürlich nicht unwidersprochen lassen kann. Du hast gemeint, dieses Landeswohnbauprogramm, diese Initiative für 2.000 zusätzliche Wohnungen, das sei eigentlich kein Sonderwohnbauprogramm, sondern nur eine Antwort auf einen unhaltbar gewordenen Zustand im öffentlichen Bausehen. Ja, lieber Kollege Loidl, da kann ich nicht anders, als dich zu erinnern, dich zu bitten, dein Erinnerungsvermögen zu stärken und zurückzuschauen auf das Jahr 1970, dich auf ein Inserat aufmerksam zu machen, das im Februar 1970 in allen Tageszeitungen erschienen ist. Dort hat es geheißen: „Hunderttausend, vor allem junge Menschen, suchen eine Wohnung. Wir bauen sie ihnen; 775.000 in den nächsten 10 Jahren, und ab 1980 werden es jährlich 100.000 sein – deshalb SPÖ!“ Dann hat sich, lieber Kollege Brandl, die Zeit geändert, dann ist, was ihr offensichtlich selber nicht geglaubt habt, Kreisky ans

Ruder gekommen, und die Zeiten haben sich auch diesbezüglich leider zuungunsten der Wohnungssuchenden geändert. Das ist ein sehr wichtiger Hinweis, den du hier gegeben hast. (Abg. Loidl: „Du weißt, was in der Welt los ist!“) Hör mir zu, Kollege Loidl. Ich habe euch in der Arbeiterkammer oft genug gesagt, das Schreien ersetzt ja die Wahrheit nicht.

Wie sieht die Bilanz aus? Statt 775.000 Wohnungen in den ersten 10 Jahren waren es 554.590 Wohnungen. Das sind um 220.000 weniger, und statt der anschließend jährlich 100.000 Wohnungen mehr sind es in den letzten Jahren im Schnitt unter 40.000 Wohnungen, die in Österreich errichtet worden sind. Deshalb muß man diese Dinge immer wieder voranstellen und sagen: Hätte diese sozialistische Bundesregierung mit Kreisky, oder jetzt Sinowatz oder wer immer auch Kanzler gewesen ist, eingehalten, was versprochen wurde, dann könnten wir uns seit Jahren hier in diesem Hohen Haus jede Debatte um ein Bundesson-derwohnbauprogramm und um ein Sonderwohnbauprogramm des Landes ersparen, weil wir vielleicht genug oder annähernd genug Wohnungen hätten. (Beifall bei der ÖVP.) Deshalb ist die Frage wohl eindeutig geklärt, wer dafür verantwortlich ist, daß wir in diese Situation gerutscht sind.

Und, lieber Kollege Loidl, noch eines und – was immer mir auch vorgeworfen wird – ich möchte das mit der entsprechenden Ernsthaftigkeit sagen, weil du gemeint hast: „Ja, viele Familien können sich heute selbst eine sozial geförderte Eigentumswohnung“ – und ich möchte dann zu diesen Dingen, Eigentum und Mietwohnungen, schon noch ein paar Sätze sagen, denn das war auch ein ganz ordentlicher Slalom, der hier gefahren wurde – „nicht mehr leisten.“ Ja, warum können sich diese Familien diese Wohnungen nicht mehr leisten? (Abg. Loidl: „Das ist zu erklären: weil die Unternehmer so wenig zahlen!“) Ja, lieber Loidl, schau dir doch die Statistiken, schau dir das Arbeiterkammerhandbuch, das jährlich herauskommt, an, wo die Entwicklung der Einkommen drinnen steht. Und welche Regierung immer auch seit 1970 – auch wenn das eine von der ÖVP geführte gewesen wäre – an der Regierung ist, das ist mir zunächst einmal ganz gleich. Es steht fest – und das kann nicht hinwegdiskutiert werden –, daß die Einkommensentwicklung, insbesondere der Arbeitnehmer, in den letzten 15 Jahren jedenfalls eine ganz dramatische geworden ist, daß wir heute vor der Situation stehen, daß nach 15 Jahren sozialistischer Hauptverantwortung es eine Gruppe von Menschen gibt, denen es immer besser geht – viele von uns gehören dazu –, und daß es eine Gruppe von Menschen gibt – das ist vielleicht die Minderheit, aber sie werden immer mehr –, denen es gar nicht gut geht, die nicht wissen, wie sie mit ihrem Einkommen auskommen können. Ja, was geht denn im Herzen eines sozialistischen Gewerkschafters vor, wenn er heute sehen muß, daß etwa ein Beschäftigter der Bekleidungsindustrie im Jahr 1983 im Monat durchschnittlich samt allen Zulagen 8.606 Schilling (Abg. Brandl: „Wer zahlt die Löhne?“) bekommen hat und daß etwa ein Angestellter heute 24.000 Schilling bekommt? Das ist die Einkommenspolitik der sozialistischen Bundesregierung, die dazu führt (Abg. Brandl: „Wer zahlt die Löhne?“), daß heute Tausende Arbeitnehmer sich selbst eine geförderte Eigentumswohnung

nicht mehr leisten können. Und das ist auch der Grund, warum ihr unter dem Druck dieser Ereignisse nicht umhin könnt, daß ihr immer mehr für die Mietwohnungen eintretet anstatt für die Eigentumswohnungen, weil ihr auch seht, daß man sich heute eine sozial geförderte Wohnung nicht mehr leisten kann. (Abg. Dr. Horvatek: „Wer zahlt diese Löhne?“) Ich verstehe diese Aufregung, aber das liegt zu einem guten Teil an der Einkommenspolitik der Bundesregierung. So weit sind wir heute gekommen. (Abg. Loidl: „Bei Lohnverhandlungen ist er nicht dabei, da drückt er sich!“) Es wäre eine Aufgabe insbesondere der Mehrheitsgewerkschafter, hier stärker zu kämpfen. Das tut weh. (Glockenzeichen des Präsidenten. – Präsident Zdarsky: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Schützenhöfer.“)

Meine Damen und Herren von der Seite der SPÖ! Lassen Sie mich eines sagen: Es bedrückt mich – und ich möchte das nicht pauschalisieren –, daß wir heute in vielen Bereichen auch unserer gemeinsamen Arbeitnehmervertretung nichts davon spüren, daß um die soziale Gerechtigkeit für die wirklich schwachen Einkommensbezieher gekämpft wird.

Und ich sage Ihnen eines, weil Sie mich so provozieren: (Abg. Loidl: „Das ist doch eine Lüge!“) Herr Abgeordneter Loidl! Jahr für Jahr habt ihr hier gesagt, es müssen mehr Wohnungen gebaut werden. Heute werden sie gebaut. Der Bund hat seine Versprechungen nicht wahrgemacht. Ihr habt gesagt, es muß für die sozial Schwachen etwas getan werden. (Abg. Prensberger: „Aber in der Textilindustrie könnt ihr zusperrn!“ – Abg. Dr. Stenitz: „Das soll er im Wirtschaftsbund sagen, aber nicht hier!“) Ihr fordert es immer hier, wo ihr in der Minderheit seid. Dort, wo ihr in der Mehrheit seid, im Bund oder auch in den entsprechenden Interessensvertretungen, könnt ich euch davon nicht überzeugen lassen, daß der Kampf für diese Arbeitnehmerschichten besonders wichtig ist. Herr Präsident Ileschitz, nachdem du mir so aufmerksam zuhörst, als wir das letzte Mal vor zwei Wochen in der Arbeiterkammer als ÖAAB den Antrag gestellt haben, daß die steirische Arbeiterkammer so wie alle anderen acht Arbeiterkammern auch für die sozial schwächsten Arbeitnehmer eine Wohnbeihilfe gewährt, das gibt es in anderen Bundesländern bis zu 60.000 Schilling, hat die SPÖ dagegengestimmt. Das ist die Antwort auf Ihre Provozierungen. Das muß man in aller Deutlichkeit sagen. (Abg. Ileschitz: „Warte nur, wir werden dich gleich zu Verhandlungen einladen!“) Auch, wenn Sie es mit schönen Worten ausschmücken wollen, muß ich Ihnen sagen, daß das von der SPÖ und FPÖ im Nationalrat beschlossene Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz eben ein weiterer Markstein einer Politik vor allem gegen kleine Einkommensbezieher ist. Wenn der Abgeordnete Kollege Loidl gesprochen hat, ja, es ist der Spielraum erweitert worden, das gebe ich zu, der Spielraum ist erweitert worden. Aber zugunsten der Mietwohnungen gegen die Eigentumsbildung, gerade in Arbeitnehmerhand, das müßtest du doch sehr genau in diesem Bereich auch gesehen haben. (Abg. Ileschitz: „Du bekommst ein Chance!“ – Abg. Loidl: „Erkundige dich bei deinen Freunden!“) Sieh dir doch diese Vorlage etwas genauer an, weil immer gesagt wird, es stimmt nicht, was uns der ÖAAB oder die ÖVP vorwirft im Zusam-

menhang mit der Eigentumsbildung. Für uns ist das immer ein sehr ernstes Thema, weil wir sagen, der Arbeitnehmer, der einzelne, der sein Leben lang schuftet, der arbeitet, er soll auch die Möglichkeit haben, zu einem Eigentum zu kommen. (Beifall bei der ÖVP.)

Was war vorgesehen im Wohnbauförderungsgesetz? Ich lese Ihnen das jetzt vor, das werden Sie mir nicht vorenthalten. (Abg. Loidl: „Wir brauchen nicht darum zu kämpfen. Das ist gewesen!“) Im Wohnbauförderungsgesetz 1968 heißt es im Paragraph 15: Verpflichtende Wohnbeihilfe für alle Rechtsformen. Im Wohnbauförderungsgesetz 1984 heißt es, daß die Wohnbeihilfe zwingend nur mehr bei Mietwohnungen vorgesehen ist, und heißt es dann weiter im Paragraph 36 Absatz 1, daß das Land für Eigenheime und Eigentumswohnungen Wohnbeihilfe leisten kann. Das ist der erste Anschlag vom Muß zum Kann. Und was wird der zweite sein? Lassen wir es dahingestellt. Aber kämpfen wir gemeinsam dafür, daß es diese Wohnbeihilfe auch für die Eigentumsbesitzer gibt. Es gibt in der Steiermark an die 16.000 Wohnbaubeihilfenempfänger, davon sind 8.000 in Eigentumswohnungen untergebracht. Ja, wenn wir diesen die Beihilfen wegnehmen würden, nicht wenige wären auf der Straße. Das muß man doch ganz klar auch einmal zum Ausdruck bringen, und wir wehren uns gegen solche Dinge. (Beifall bei der ÖVP.) Ich wiederhole daher nochmals, daß wir im Bereich der Politik des Wohnbaues wie in allen Bereichen unserer Arbeit die Eigentumsbildung ganz vorne stehen haben. Ich sage es nochmals, daß wir uns am 1. Bundessonderwohnbauprogramm deshalb nicht beteiligen konnten, weil man Eigentumswohnungen nicht erwerben konnte, und daß wir uns beim 2. Bundessonderwohnbauprogramm, das nach neuestem Stand 812 Wohnungen bringen wird, uns trotz ungünstiger Finanzierungsform vor allem auch deshalb, weil jetzt die Länderwünsche, wonach auch Eigentumswohnungen gebaut werden können, erfüllt sind und auch die entsprechende Beteiligung der Länder. Ja, wir stehen auf der Seite der Kleinen. Die steirische Wohnbauoffensive 1985/86 ist der Beweis dafür. Mit einem Aufwand von 1,2 Milliarden werden 2.000 Wohnungen errichtet, und auch, wenn hier der Versuch unternommen wurde, hier Berechnungen vorzunehmen, daß sich das alles nicht ausgeben wird, sage ich Ihnen (Abg. Loidl: „Das geht sich ja nicht aus!“), heute wie in der Vergangenheit können Sie sich darauf verlassen, ein Wort, das der steirische Landeshauptmann gibt und mit ihm die Mehrheit oder überhaupt die Landesregierung in Einstimmigkeit, auf das können sich die Leute verlassen, glauben Sie mir das, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Das führt immerhin dazu, daß wir 1985 2.800 und auch 1986 insgesamt 2.800 Wohnungen jeweils errichten können. Herr Abgeordneter Loidl, eines: Es freut mich als Mitglied und Funktionär der Gewerkschaft und wahrscheinlich dich auch, daß mit dieser Offensive und durch die steirische Wirtschaftspolitik – es fließen ja 6 Milliarden in die Wirtschaft – für 1985 gerade der schwer getroffenen Bauwirtschaft neue Impulse verliehen werden können und daß damit nicht weniger als 9.500 Bauarbeiterarbeitsplätze gesichert werden können. Das ist doch ein Erfolg, über den wir uns alle freuen können. Es muß doch in diesem

Zusammenhang – ich sage noch einmal, weil hier solche Aufrechnungen vorgenommen wurden – auch eines gesagt werden, nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 werden die Mittel aus zweckgebundenen Einnahmen aufgebracht. Es hat gestern schon die Diskussion gegeben, daß diese zweckgebundenen Einnahmen eine Zuwendung des Bundes wären. Ja, hallo, wo sind wir denn? Das sind Steuermittel, die uns zur Verfügung stehen, wo der Bund weder ja noch nein sagen kann, sondern sie stehen uns zu. Die Länder dürfen diese zweckgebundenen Mittel, die auf Bundesebene eingehoben und auf die Länder aufgeteilt werden, bekanntlich nur dann in Anspruch nehmen, wenn die Länder dazu ein Sechstel vom Budget aufbringen. Dies, obwohl die Länder faktisch keine eigene Budgethoheit haben. Nach Paragraph 4 Absatz 1 des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 sind auch Zuwendungen des Bundes nach Maßgabe der Ansätze im jeweiligen Bundesfinanzgesetz vorgesehen, jedoch – bitte – vom Bund bisher noch nie zur Anwendung gelangt. Das Land Steiermark leistet 1985 einen Beitrag von insgesamt 877 Millionen Schilling, das sind 3,6 Prozent des Budgetausgabenvolumens des Landes. Würde der Bund, und das ist die Berechnung, die man logischerweise anstellen muß, 1985 wie das Land ebenfalls 3,6 Prozent seiner Budgetausgaben der Wohnbauförderung nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 zur Verfügung stellen, so wären dies für das Jahr 1985 16,6 Milliarden Schilling. Mit diesem Betrag könnten unter der Annahme einer durchschnittlichen Förderungssumme von 600.000 Schilling pro Wohnung zusätzlich 27.000 neue Wohnungen 1985 in ganz Österreich gefördert werden. Nach dem Anteil der Steiermark von 14,53 Prozent an den Wohnbauförderungsmitteln würde dies im Bundesland Steiermark 1985 zusätzlich 4.000 geförderte Wohnungen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 bringen. Obwohl diese Wohnungen sowohl wohnbaupolitisch als auch beschäftigungspolitisch notwendig wären, gibt der Bund aus seinem Budget an zusätzlichen Mitteln in Wahrheit keinen Schilling, damit das auch einmal in aller Form so ausgesprochen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich ursprünglich insbesondere heute mit den Fragen der Kontrolle im Wohnbau beschäftigen wollen, ich möchte es sehr kurz machen, da andere Punkte mich bisher behindert haben, das auszusprechen. Aber ich glaube, wir können insgesamt sagen, daß jedenfalls zu einem wichtigen und wie kaum zuvor entscheidenden Bereich im Zusammenhang mit dem Wohnbau in den letzten Jahren eben die Fragen der Kontrolle geworden sind. Ich bin auch im Kontrollausschuß diesbezüglich ein wenig tätig, und schließlich ist das Funktionieren der Kontrolle in diesem so sensiblen Bereich wie dem Wohnbau von besonderem Interesse. Der Landesrechnungshof, der sowohl gestern wie auch heute des öfteren schon in verschiedenen Zusammenhängen angesprochen wurde, nimmt jedenfalls seit seiner Gründung stichprobenweise Prüfungen auch von gemeinnützigen Wohnbauträgern vor, im betriebswirtschaftlichen und bautechnischen Bereich. Die bisherigen Prüfungen haben gezeigt, wie entscheidend die Tätigkeit dieses Landesrechnungshofes als zusätzliches Kontrollinstrument geworden ist. Es ist – auch darüber dürfen wir uns alle freuen – dem Landesrech-

nungshof durchaus gelungen, eine heilsame Unruhe im Bereich der Wohnbauträger zu erzeugen. Es ist erwiesen, daß die bundesweiten großen Wohnbauskandale eindeutig von Außenseitern verursacht wurden, und gerade weil das so ist, muß es unser gemeinsames Ziel sein, diese Außenseiter zu lokalisieren – das ist an sich schon geschehen – und ihnen, um es sehr konkret zu sagen, das Handwerk zu legen, und zwar so das Handwerk zu legen, daß diesen Genossenschaften keine Förderungsmittel mehr zugeteilt werden. Das ist die einzige Sprache, die manche verstehen, aber es ist die einzige richtige Antwort an die Außenseiter, die dafür gesorgt haben, daß der gesamte soziale Wohnbau in den letzten Jahren ein schlechtes Image bekommen hat und die Bevölkerung in vielen diesbezüglichen Fragen verunsichert wurde. Durch ausreichende Kontrollmaßnahmen und durch radikale Eliminierung der erwähnten Außenseiter gilt es, das Vertrauen der Bevölkerung in den sozialen Wohnbau wieder herzustellen. Neben der Initiative des Steiermärkischen Landtages, auch dem Landesrechnungshof Kontrollkompetenzen im sozialen Wohnbau zu übertragen, hat auch der Herr Landeshauptmann – und dafür ist ihm zu danken – Dr. Krainer zu Beginn des Jahres 1983 einen entscheidenden Schritt zur Verbesserung der Kontrolle im sozialen Wohnbau gesetzt. Es wurde die Kommission „Kontrolle im sozialen Wohnbau“ eingesetzt, deren Ergebnis vorliegt und zu neuen Wohnbauförderungsrichtlinien unter dem neuen Landesrat Dipl.-Ing. Riegler geführt hat, die als die strengsten aller österreichischen Bundesländer bezeichnet werden können.

Ich darf nur beispielsweise folgende Verstärkung der Kontrollmechanismen anführen: Erstens: Wie bei konkreten Einzelprüfungen festgestellt wurde, sind sehr oft Baufirmen als Vermittler bei Grundstücksankäufen durch Wohnbauvereinigungen aufgetreten. Dafür hat man sich dann meistens den Planungsauftrag und das Einstiegsrecht zu Bestbieterpreisen für die Bauausführung sozusagen eingehandelt. Bei durchgeführten Überprüfungen konnte jeweils konkret bewiesen werden, daß darin bereits oft die Wurzel späterer Unzukömmlichkeiten lag. Nach den neuen Förderungsrichtlinien muß jeder Wohnbauträger offen auf den Tisch legen, von wem er das Grundstück erworben hat. Es wird nicht mehr möglich sein, dem Voreigentümer oder Vermittler von Grundstücken als zusätzliches Entgelt den Planungsauftrag zu erteilen beziehungsweise diesem nach der öffentlichen Ausschreibung ein Einstiegsrecht einzuräumen. Zweitens: Prüfungen haben immer wieder gezeigt, daß mangelhafte Planungen bereits die Wurzel für Baukostenüberschreitungen sind. Warum? Mangelhafte Planung bedeutet, daß auch eine umfassende Ausschreibung nicht möglich sein wird. Dies bedeutet aber zum Beispiel: Nachtragsangebote zu meist höheren Preisen, spekulative Anbotlegung einzelner Anbieter, die die Schwächen der Ausschreibung erkannt haben. Mit der nunmehr verlangten Massengarantie, wonach der Förderungswerber die schriftliche Erklärung abzugeben hat, daß die für die Baudurchführung erforderlichen Leistungen und deren Mengen möglichst erschöpfend erfaßt beziehungsweise ermittelt worden sind, werden eben die Bauvereinigungen zu exakter Planung und zu sorgfältiger Erstellung der Ausschreibungsunterlagen

gezwungen. Und schließlich drittens: Mit den neuen Förderungsrichtlinien wurde zusätzlich das Instrument der begleitenden Kontrolle vorgesehen. So kann das Amt der Landesregierung fallweise befugte Fachleute mit der Überprüfung einzelner oder sämtlicher die Vorbereitung, Abwicklung, Abrechnung und Verwaltung von Bauvorhaben betreffenden Vorgänge im Bereiche der Förderungswerber beauftragen.

In die neuen Förderungsrichtlinien, meine Damen und Herren, wurden aber auch Bestimmungen aufgenommen, die zu einer Verringerung der Kosten und zu noch mehr Mitbestimmung der Wohnungswerber führen, etwa daß die Skonti den Wohnungswerbern gutzuschreiben sind – ein lang diskutiertes Thema – oder daß etwa nach den Bestimmungen des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes 1979 die Bauvereinigung die Grundkosten für die vor längerer Zeit erworbenen Grundstücke bis zum Zeitpunkt der tatsächlichen Eigentumsübertragung der Wohnung aufwerten konnte. Da die Wohnungswerber bei Abschluß des Anwartschaftsvertrages Zahlungen leisten, war diese Lösung natürlich ungerechtfertigt. Nach den neuen Förderungsrichtlinien darf deshalb die Aufwertung der Grundkosten nur bis zum Zeitpunkt des Abschlusses des Anwartschaftsvertrages erfolgen. Diese nun geschaffene Neuregelung bedeutet eine Verringerung der Grundstückskosten, welche von den Wohnungswerbern aus Eigenmitteln aufzubringen und nicht Bestandteil der geförderten Gesamtbaukosten sind.

Bereits die Förderungsrichtlinien aus dem Jahr 1981 sahen vor, daß die Ausstellung der Förderungszusicherung erst zu erfolgen hat, nachdem der Förderungswerber einen Nachweis über die Bildung der Interessentengemeinschaft und die Bestellung des Bauausschusses vorgelegt hat, und diesem Bauausschuß sind hier insbesondere recht interessante neue Rechte auch eingeräumt worden.

Ich möchte abschließend folgendes sagen: Der Landesrechnungshof – er hat das kürzlich auch den Wohnbaukontrollsprechern sozusagen mitgeteilt – beabsichtigt in nächster Zeit, Vertreter aller Wohnbauträger zu einer Besprechung einzuladen. Dabei wird der Landesrechnungshof die bei Einzelprüfungen immer wieder festgestellten Fehler und Mängel in anonymer Form bekanntgeben und die Wohnbaugenossenschaften ersuchen – viele tun es ja jetzt schon –, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, diese Fehler abzustellen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es lohnt sich, darauf hinzuweisen, daß diese Vorgangsweise für eine Kontrollinstanz zweifellos ungewöhnlich ist. Die meisten Kontrollinstanzen warten, bis Fehler geschehen sind, und zeigen diese dann mit großer Freude mehr oder weniger auf. Unser Landesrechnungshof unternimmt dagegen den Versuch, Fehler zu verhindern. Ich glaube, daß dies ein Zeichen einer modernen, einer zukunftsorientierten und konstruktiven Kontrolle ist, die im Interesse des Mitbürgers tätig ist.

Einen neuen Weg versucht der Landesrechnungshof auch bei den sogenannten Massenprüfungen zu gehen. Für den Wohnungswerber ist es von besonderem Interesse, ob diejenigen Leistungen, die von den Firmen in Rechnung gestellt werden, auch tatsächlich erbracht wurden. Ich erinnere mich, daß das gerade vom Herrn Abgeordneten Loidl immer wieder und mit